



STUDIA UNIVERSITATIS

BABEȘ-BOLYAI



EUROPAEA

2/2015

STUDIA
UNIVERSITATIS BABEȘ-BOLYAI
STUDIA EUROPAEA

2/ 2015
June

STUDIA UNIVERSITATIS BABEȘ-BOLYAI STUDIA EUROPAEA

EDITOR-IN-CHIEF:

Prof. Dr. Nicolae PĂUN

EXECUTIVE EDITORS-IN-CHIEF:

Conf. Dr. habil. Sergiu MIȘCOIU, miscoiu@yahoo.com

Conf. Dr. Georgiana CICEO

EXECUTIVE EDITORS:

Lect. Dr. Laura HERTA

Lect. Dr. Ovidiu VAIDA

EDITORIAL BOARD:

Babeș-Bolyai University:

Prof. Dr. Ovidiu PECICAN

Prof. Dr. Marius JUCAN

Prof. Dr. Vasile PUȘCAȘ

Conf. Dr. Alina ANDREICA

Conf. Dr. Mircea MANIU

Conf. Dr. Carmen LAZĂR

Conf. Dr. Valentin NAUMESCU

Asist. Dr. Ciprian BOGDAN

Asist. Dr. Christian SCHUSTER

Asist. Dr. Adrian CORPĂDEAN

Lect. Dr. Monica MERUȚIU

Lect. Dr. Șerban VAETISI

Prof. Dr. Dr.h.c. Reinhard MEYERS, WWU Münster

Prof. Dr. Albert van GOUDOEVER, Utrecht

Prof. Dr. Alfredo CANAVERO, Univ. degli Studi di Milano

Prof. Dr. Chantal DELSOL, Académie des Sciences Morales et Politiques, Paris

Prof. Dr. Michael O'NEILL, Nottingham Trent University

Prof. Dr. Philippe CLARET, Université Bordeaux IV, Montesquieu

Conf. Dr. Michael IANCU, Institut Maimonide, Montpellier

Lect. Dr. Karen SCHLUETTER, Otto von Guericke University, Magdeburg

Dr. Hygin KAKAI, Université Abomey-Calavi, Benin

Conf. Dr. Adrian BASARABA, West University, Timișoara

Prof. Dr. Dr.h.c. Basarab NICOLESCU, Centre National de la Recherche Scientifique, Paris

Prof. Anna KRASTEVA, Nouvelle Université Bulgare, Sofia

Dr. Sergiu GHERGHINA, Goethe University, Frankfurt-am-Main

Prof. Dr. Roberto Di QUIRICO, University of Cagliari

YEAR
MONTH
ISSUE

(LX) 2015
JUNE
2

S T U D I A
UNIVERSITATIS BABEȘ-BOLYAI
STUDIA EUROPAEA

2

EDITORIAL OFFICE: Hasdeu no. 51, 400015 Cluj-Napoca, ROMANIA
Phone +40 264 405352

SUMAR – CONTENTS – SOMMAIRE – INHALT

VORWORT5

JUDITH URBAN

Einleitung zu Konferenz „Minderheitenpolitik und Wertewandel“6

LECTURES

CHRISTOPH SCHNELLBACH

EU-Minderheitenpolitik in Osteuropa: zwischen Erweiterung und
Nachbarschaft.....11

CRISTINA ELENA PANȚA

Die Sathmarer Schwaben nach 198927

ROMANA SĂLĂGEANU

Der Europarat. Bedingungen für Minderheitenrechte.
Fallstudie: Das Rumänische Minderheitengesetz.....39

MARC STEGHERR

„Die Entdeckung der Volksselle“: Osteuropäische Sprachminderheiten
Zwischen Identitätspflege und Separatismus: Das Beispiel der Karpatho-
ruthenen55

CHRISTIAN SCHUSTER

Begriffliche Fallen: Identität, Integration und Inklusion/Exklusion nationaler Minderheiten75

THOMAS PETERSEN

Die Entdeckung des Wertewandels und Die Bewältigung der Diktatur in den Familien87

EDIT SZEGEDI

Der Nationalstaat als Überwundene Geschichte 101

INGEBORG SZÖLLÖSI

Über die Korrumpierbarkeit des Wahren, Schönen und Guten..... 109

MARIANO BARBATO

Werte und Identität in Europa. Von Gemüsehändlern, Pilgern und Krieg..... 129

INTERNATIONAL STUDIES/POLITICAL THEORY

DAWISSON BELÉM LOPES

Legitimacy, Democracy, Contestation: Introducing the Brazilian Formula for Global Governance..... 147

ANA PANTEA

A Theoretical Approach of Social Capital in China..... 185

CAMIL-ALEXANDRU PÂRVU

Radical Political Theory and Deliberative Democracy 199

RADU ALBU-COMĂNESCU

Sous le signe des lumières : les règlements organiques et la modernité constitutionnelle des principautés roumaines. 1834-1856 225

VARIA

ANDREI ROTH

Biofuels: An Alternative to Oil?..... 247

MONICA IOANA BURCĂ-VOICU

The Role of the Agro-food SMEs for the Development of the Romanian Rural Areas..... 269

ALEXANDRA VÎLCU

Romanian Migration Abroad and European Integration:
The Sociocultural Aspects279

BOOK REVIEWS

RADU ALBU-COMĂNESCU

Sorin Bocancea, *Je suis Charlie? Regândirea libertății în Europa
multiculturală [Je suis Charlie? Rethinking freedom in a
multicultural Europe]*, Iași: Adenium, 2015297

Minderheitenpolitik und Wertewandel
**Konferenz vom 28. bis 30. April 2015 in Klausenburg/Cluj-Napoca
(Rumänien)**
Universität Babeş-Bolyai (UBB) Klausenburg/Cluj-Napoca

Vorwort

Vorliegende Publikation (S. 6–146) dokumentiert die Ergebnisse einer Konferenz zum Thema *Minderheitenpolitik und Wertewandel*, die vom 28. bis 30. April 2015 an der UBB Klausenburg/Cluj-Napoca stattgefunden hat. Veranstalter waren die Deutsche Gesellschaft e. V. Berlin, die Fakultät für Europastudien der UBB Klausenburg/Cluj-Napoca und das Institut für deutschsprachige Lehre und Forschung an der UBB Klausenburg/Cluj-Napoca. Gefördert wurde die Konferenz durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages und durch das Deutsche Generalkonsulat Hermannstadt/Sibiu. Die Publikation stellt nur eine Auswahl der Konferenzbeiträge dar. Das ausführliche Tagungsprogramm ist unter: www.deutsche-gesellschaft-ev.de zu finden.

Die Deutsche Gesellschaft e. V. dankt Eva Papp für die Hilfe bei der Organisation der Konferenz und Romana Sălăgeanu für die Redaktion der Tagungsbeiträge.

EINLEITUNG ZU KONFERENZ *MINDERHEITENPOLITIK UND WERTEWANDEL*

INTRODUCTION TO THE CONFERENCE *MINORITY POLICY AND CHANGING VALUES*

Judith Urban*

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, dass Sie alle so zahlreich erschienen sind und darf Sie an der Universität Babeş-Bolyai in Klausenburg zu der Konferenz *Minderheitenpolitik und Wertewandel* begrüßen.

Die Meisten von Ihnen kennen die Vertreter der Universität.

Herr Vizerektor Professor Dr. Gräf, Herr Dekan Professor Dr. Păun von der Fakultät für Europastudien und der Vizepräsident des Senats der UBB für die deutsche Studienrichtung, Herr Dr. Doz. Schuster, haben ja bereits ihre Grußworte an Sie gerichtet.

Die Universität Babeş-Bolyai Klausenburg ist schon seit vielen Jahren ein gesuchter und hoch geschätzter Partner, nicht nur für das Deutsche Konsulat und die Deutsche Botschaft, sondern auch für die Deutsche Gesellschaft e. V. Berlin, der wir die Initiative und Ausgestaltung dieser Tagung zum Thema *Minderheitenpolitik und Wertewandel* verdanken.

* Konsulin, Deutsches Konsulat Hermannstadt.

Sie erlauben, dass ich an dieser Stelle zunächst meinen ausdrücklichen Dank an den Bevollmächtigten des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V., Herrn Dr. Andreas Apelt, und an seine Mitarbeiterin, Frau Dr. Ingeborg Szöllösi, für die Durchführung dieser Tagung ausspreche. Beide sind hier keine Unbekannten; auch ist diese Universität, wie viele von Ihnen wissen, die Alma Mater von Frau Dr. Szöllösi.

Der Deutschen Gesellschaft e. V. gelingt es immer wieder, Tagungen zu aktuellen und interdisziplinären Themen eine Plattform zu geben und wir freuen uns, dass dies oft auch in Klausenburg geschieht – dafür an dieser Stelle herzlichen Dank.

Die Deutsche Gesellschaft e. V. hat mich gebeten, eine kurze Einleitung zu der Konferenz zu geben.

Ich komme dieser Bitte sehr gerne nach und möchte mich dabei entlang des Projektantrags bewegen, den die Deutsche Gesellschaft e. V. für diese Tagung bei den deutschen Stellen eingereicht hatte.

Minderheitenpolitik im Wertewandel – warum eine solche Konferenz mit diesem Thema, warum gerade jetzt, warum gerade hier in Rumänien, in Siebenbürgen, in Klausenburg?

Ein Großteil dieser Frage lässt sich ganz einfach mit einem Datum beantworten: mit dem 16. November 2014.

An diesem Sonntag vor etwas über fünf Monaten wurde mit Klaus Werner Johannis ein Mitglied der deutschen Minderheit in Rumänien mit deutlicher Mehrheit zum Staatspräsidenten von Rumänien gewählt.

Viele von uns kennen Klaus Johannis aus seinen früheren Positionen und Tätigkeiten. Bei dem einen oder anderen hier im Raum reicht die Bekanntschaft bis in seine Zeiten als Lehrer an der Brukenthal-Schule oder als Schulinspektor in Hermannstadt zurück.

Die Meisten von uns kennen ihn als konsequenten, aber immer verbindlichen langjährigen Vorsitzenden des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien und als erfolgreichen Oberbürgermeister von Hermannstadt/Sibiu.

Bereits seine im Jahre 2000 erfolgte Wahl zum Hermannstädter Bürgermeister – mit über 90 Prozent Zustimmung, *nota bene*, aus der rumänischen Mehrheitsbevölkerung – erstaunte viele, ebenso wie die dann folgenden Wiederwahlen 2004, 2008 und 2012.

Nicht nur hier in Rumänien, sondern vor allem im Ausland erregte die Tatsache, dass ein Vertreter einer Minderheit durch die rumänische Mehrheitsbevölkerung in die politische Verantwortung und nunmehr im Jahre 2014 sogar in das höchste Staatsamt gewählt wurde, Erstaunen, teilweise auch Ungläubigkeit.

Der Ausdruck „Johannis-Effekt“ war geboren.

Die Ursachensuche für diesen „Johannis-Effekt“ war von der in- und ausländischen Presse und den Kommentatoren des Geschehens schnell gefunden. Seine deutschen Tugenden seien es gewesen, die die Wähler angezogen hätten; sie hätten den Unterschied zu den Vertretern des Establishments – vor allem während des Wahlkampfes – deutlich hervortreten lassen.

Ich möchte stellvertretend für die vielen Pressestimmen und Kommentare nach der gewonnenen Wahl hier drei zitieren:

Vom „Sieg der Wahrheit über die Lüge“ oder vom „Sieg des Anstands und der Ehrlichkeit über Mafia und Korruption“ ist die Rede und der rumänische Schriftsteller Ion Bogdan Lefter verglich die Wahl von Johannis mit der Wahl von Obama und kommentierte, dass „die Wahl einen qualitativen Sprung markiere und einen außergewöhnlichen Stellenwert habe, der darin bestehe, dass eine Mehrheit ihre Stimme einem Minderheitler gab, in dem sie einen Garanten für die Demokratie erblickte“.

Diese Zitate sind nur ein winzig kleiner Ausschnitt der im Tenor aber immer gleichen Kommentare aus dem In- und Ausland.

Die Kommentatoren und Beobachter sind sich einig, dass seine deutschen Tugenden, seine deutsche Art die Dinge anzugehen, mit zu dem Wahlerfolg geführt haben. Tugenden, die hier in Rumänien schon lange und traditionell positiv besetzt sind. Es kommt einem ein in Rumänien bekannter Satz in

den Sinn. Der Satz von der „*lucru făcut nemțește*“ – also etwas auf deutsche Art zu machen, d. h. eine gute, solide, verlässliche Arbeit abzuliefern.

Ein weiteres Phänomen ist, dass diese andere, diese solide, wertorientierte – ich gebrauche jetzt bewusst auch das aus der Mode gekommene Wort – rechtschaffene Politik vor allem von den Auslandsrumänen geschätzt und gewollt wurde.

Dies zeigte sich an der Zähigkeit und Verbissenheit, mit der diese Wähler – allen zufälligen oder administrierten Widrigkeiten des Wahlmodus zum Trotz – stundenlang vor den Botschaften und Konsulaten ausharrten, um ihr demokratisches Recht, ihr Wahlrecht, auszuüben und damit über das weitere Schicksal ihres Heimatlandes mitzubestimmen.

Fest steht, dass die rumänische Präsidentschaftswahl einmalig war – und der Hauptgrund dieser Besonderheit trifft das Thema unserer Konferenz *Minderheitenpolitik und Wertewandel* genau: Ein aus der Minderheit stammender Politiker wird zum Hoffnungsträger der Mehrheitsgesellschaft, die sich auch einen Wertewandel in ihrem Lande wünscht.

Sehr viele der Bürgerinnen und Bürger Rumäniens hatten in den letzten Jahrzehnten leider sehr wenige Gelegenheiten, positive Integrationserfahrungen zu sammeln. Sie mussten in den letzten Jahrzehnten eher die Erfahrung machen, dass normierte Regeln, Gesetze und Maßstäbe, deren Einhaltung ja eigentlich verbindlich sein sollte, von Teilen des jeweiligen Establishments bzw. der jeweils an der Macht befindlichen politischen Klasse missachtet oder für eigene Zwecke uminterpretiert oder teilweise negiert wurden. Wertediskussionen hingegen, also die Frage nach dem, was eine Gesellschaft für erstrebenswert hält, ob in materieller, geistiger oder sittlicher Hinsicht, fanden kaum statt.

Eine rationale Verständigung der Gesellschaft zu Themen wie Ethik und Rechtsstaatlichkeit, über Begriffe wie Freiheit und soziale Gerechtigkeit oder Reflexionen über Moral und Recht führten ein Schattendasein, zumindest in der Wahrnehmung der breiten Bevölkerung. Und dies, obwohl Rumänien seit 2007 Mitglied der EU ist, die der Wertedebatte, oder, besser gesagt, ihrem Wertekanon, eine große Bedeutung beimisst, wie ein Blick in den EU-Vertrag, Artikel 2, zeigt, den ich Ihnen zitieren möchte:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Den Wunsch, diese Werte zu leben und zu teilen, zeigt stellvertretend für das ganze Land in diesen Tagen die Jugend hier in Klausenburg.

Klausenburg, diese schöne und bedeutende Universitätsstadt, mit ihrer wechselhaften Geschichte, die schon immer durch die Minderheiten – besonders die deutsche und ungarische Minderheit – mitgeprägt wurde, ist im Jahre 2015 Europäische Jugendhauptstadt.

Das Europäische Jugendforum hat dieser größten siebenbürgischen Universitätsstadt den Titel verliehen, weil diese sich mit einem überzeugenden Konzept zu einer Werte Thematik beworben hat. Den Kernsatz möchte ich Ihnen gerne zum Schluss zitieren:

„Sharing – was wir mit Europa teilen möchten, ist unsere Kultur, unsere Gegend, unsere Freude, Vision, Stärke und Arbeit, so dass Europa ein Teil von dem haben kann, was wir besitzen: die Werte von Cluj-Napoca.“

Durch Teilen reicher werden – einen Austausch zwischen arrivierten Experten, Dozenten und Professoren mit der Jugend, mit den Studenten, zu finden, eine Plattform zu schaffen, um über die Problematik *Minderheitenpolitik und Wertewandel* kritisch zu diskutieren, den interkulturellen und interdisziplinären Austausch zu stärken – dies alles sind Ziele unserer Konferenz. In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen guten, offenen und fruchtbaren Austausch.

EU-MINDERHEITENPOLITIK IN OSTEUROPA: ZWISCHEN ERWEITERUNG UND NACHBARSCHAFT

EU MINORITY POLICY IN EASTERN EUROPE: BETWEEN ENLARGEMENT AND NEIGHBOURHOOD

Christoph Schnellbach*

Abstract

Minority policy is still a controversial policy area of the European Union. After the accession waves of 2004 and 2007, minority issues are increasingly shifted to the European agenda. The EU has created a legal framework for this purpose since 2001, but the implementation of minority policy remains within national competence. For the foreign policy of the EU, the protection of minorities keeps playing an important role, particularly in relation to increasing ethnic conflicts in the European neighbourhood. In this context, the EU is depending on other actors such as the OSCE and the Council of Europe.

Key words: Minority policy, European Union, EU enlargement

Einleitung

Der Beitritt der Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) hat zweifelsohne eine neue Etappe der EU-Minderheitenpolitik eingeleitet und die EU vor neue Herausforderungen gestellt: Mit den Erweiterungsrounden

* Dr. Christoph Schnellbach ist Lehrbeauftragter und Projektkoordinator am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft. Von 2012-2014 war er Junior Research Fellow an der Andrassy Universität Budapest. Seine Forschungsschwerpunkte sind Europäische Integration, EU-Erweiterung und Minderheitenpolitik.

Contact: Christoph.Schnellbach@gsi.uni-muenchen.de

von 2004 und 2007 stieg die Gesamtbevölkerung der EU von etwa 375 auf ca. 500 Mio. Menschen an. Die Anzahl der nationalen und ethnischen Minderheiten in der EU erhöhte sich von 73 auf 187, der Anteil ethnischer oder nationaler Minderheiten an der Bevölkerung in der EU wuchs von 8,6 % (32,1 Mio. Angehörige) auf 8,8 % (42,3 Mio. Angehörige).¹

Beschäftigt man sich mit einem so vielschichtigen und facettenreichen Thema wie „Minderheitenpolitik“ wird eines schnell deutlich: Neben der (formal-)rechtlichen Dimension gibt es eine – zumeist nicht unumstrittene – politisch-normative Seite. Obgleich sich an der Frage der Definition von Minderheiten die Geister scheiden, kann hier eine juristische Eingrenzung des Gegenstandes vorgenommen werden: Minderheitenrecht bezeichnet im Völkerrecht das Anrecht ethnischer und nationaler Minderheiten auf Minderheitenschutz. Als Anknüpfungspunkte minderheitenrechtlicher Regelungskonzepte sind grundsätzlich zwei Möglichkeiten denkbar. Wenn ein einzelner Angehöriger einer Minderheit Adressat einer solchen Regelung ist, handelt es sich um Individualrecht. Wird eine Minderheit als solche zum Subjekt besonderer Rechte, liegen kollektive Rechte vor.

Das Politikfeld Minderheitenpolitik kann – zumindest innerhalb der EU – als historisch gewachsenes „europäisches Minderheitenschutzregime“ bezeichnet werden. Dieses basiert auf verschiedenen Entwicklungslinien im europäischen Mehrebenensystem. Die beiden zentralen Quellen im europäischen Minderheitenschutz, auf die später noch näher eingegangen wird, sind das Rahmenübereinkommen des Europarats und das Kopenhagener Dokument der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Beide Instrumente unterscheiden zwischen dem Schutz nationaler Minderheiten als Gruppe und den Angehörigen dieser Minderheiten als Individuen und ordnen den Minderheitenschutz in den weiteren normativen Bereich des allgemeinen Menschenrechtsschutzes ein.

¹ Die Gesamtzahl der Volksgruppen in Gesamteuropa (39 Staaten) wird auf 337 beziffert, mit insgesamt 103,5 Mio. Angehörigen. Als Gründe für das starke Ansteigen der Anzahl Minderheitsangehöriger in Europa führen die Autoren an, dass die Transparenz politischer und demografischer Strukturen in Europa größer geworden ist, viele Minderheitenangehörige im Schutze der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit wieder zu ihrer Identität zurückgefunden haben und die Anzahl der Staaten beträchtlich gestiegen ist – womit auch die Zahl der Minderheiten überproportional ansteigt, vgl. Christoph Pan, Beate S. Pfeil, *Minderheitenrechte in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen*, Band 2, 2, überarbeitete und aktualisierte Auflage, Wien/New York: Springer, 2006.

Im Folgenden sollen die wesentlichen Entwicklungspunkte des Minderheitenschutzes als rechtliches und politisches Konzept im Zusammenhang der EU-Erweiterung nachgezeichnet und problematisiert werden. Aus ihnen können wichtige Hinweise auf die Handlungsebenen, Motivationen und Zielentwicklungen des europäischen Minderheitenschutzes gewonnen werden. Ferner soll erörtert werden, inwieweit man von einer Internationalisierung des Minderheitenrechts sprechen kann oder ob an dieser Stelle nicht das Konzept der differenzierten Integration von Minderheitenrechten zutreffender ist.²

Das europäische Minderheitenschutzregime

Das bestehende europäische Minderheitenschutzregime ist von mehrfacher Relevanz für die Internationalisierung des Minderheitenrechts: Es stellt einerseits den Handlungsrahmen dar, in dem internationale Akteure agieren, und bietet andererseits rechtliche und politische Ressourcen an, auf welche beispielsweise die EU, aber auch transnationale NGOs zurückgreifen. Die Erkenntnisse über Defizite und Dynamiken dieses Minderheitenschutzregimes, welches vorwiegend auf völkerrechtlichen Regeln sowie auf weichen Mechanismen (*soft law*) basiert, können als Maßstab für die Bewertung der Internationalisierung des Minderheitenrechts dienen.

Im folgenden Abschnitt wird das völkerrechtliche, europäische Minderheitenschutzsystem in seiner konkreten Ausgestaltung näher untersucht. Der Fokus liegt dabei – neben der EU – auf den beiden wichtigsten Akteuren in diesem Bereich, der OSZE und dem Europarat.

OSZE

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die im Jahr 1995 in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übergang, hatte sich mit unterschiedlichen Instrumenten für den Minderheitenschutz eingesetzt. Die Organisation beschäftigte sich nach dem Ende der kommunistischen Regime in Osteuropa als erster der europäischen Akteure im Rahmen der

² Internationalisierung meint in diesem Zusammenhang die Erweiterung der Zuständigkeit auf mehrere Staaten oder internationale Organisationen, unter differenzierter Integration versteht man dagegen die abgestufte Integration in verschiedenen Politikfeldern (z. B. der EU) auf zeitlicher, inhaltlicher, struktureller oder räumlicher Ebene.

„menschlichen Dimension“ des KSZE-Prozesses mit minderheitenrechtlichen Fragen.³ Seither gehören die Formulierung einheitlicher Standards im Minderheitenschutz und die Überwachung der Einhaltung der sich aus diesen ergebenden Verpflichtungen der Staaten zu den wichtigsten Aufgaben der beteiligten Länder. In der Regel sind die internationalen Dokumente der KSZE/OSZE nicht als völkerrechtliche Verträge zu werten, sondern als *soft law* oder politische Absichtserklärungen.

Besonders hervorzuheben ist das Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE vom 29. Juni 1990, in dem sich die Teilnehmerstaaten zum ersten Mal auf einen europaweiten Standard für den Status und die Rechte von Minderheiten verständigten. Die Kopenhagener Schlussakte gehört bis heute zu den umfassendsten Dokumenten im europäischen Minderheitenschutz und hatte eine Vorbildfunktion für später verabschiedete Regelungen zum Recht nationaler Minderheiten. Trotz ihres politischen Charakters wurde sie in mehrere bilaterale Verträge zwischen KSZE-Teilnehmerstaaten als Bezugstext aufgenommen und als „rechtlich verbindlich“ anerkannt. Die Europäische Union hat sie im Rahmen ihrer externen Beziehungen gegenüber einigen Drittstaaten zur Bedingung für EU-Unterstützungsmaßnahmen gemacht. So wurde in der im Dezember 1991 von den EG-Außenministern verabschiedeten Erklärung zu den „Richtlinien für die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa und in der Sowjetunion“ die Einhaltung der eingegangenen KSZE-Verpflichtungen zum Mindeststandard erklärt.

In der Folgezeit schuf die KSZE/OSZE eine Reihe von Mechanismen, um die Überwachung und Durchsetzung der (politischen) Verpflichtungen zu verbessern. Besonders wichtig für den Minderheitenschutz war das auf dem KSZE-Gipfel von Helsinki im Juli 1992 eingeführte Amt des Hochkommissars für Nationale Minderheiten (HKNM). Sein Mandat bezieht sich in erster Linie auf ein Frühwarnsystem, um hinter den Kulissen präventiv und deeskalierend auf Minderheitenkonflikte einzuwirken. Der HKNM bedient sich vor allem des Mittels der „stillen Diplomatie“, um Vermittlung zwischen Parteien und Förderung von Vertrauen und Dialogbereitschaft zu erreichen.

³ Die KSZE war seit ihrem Entstehen im Jahr 1975 ein rein zwischenstaatlicher Prozess. Erst durch die zunehmende Institutionalisierung seit der Charta von Paris 1990 verfestigte sich die Organisationsstruktur.

Dabei unterliegt sein Amt einer Reihe von institutionellen und operativen Einschränkungen. Insgesamt lassen sich die bisherigen Aktivitäten des HKNM als Element der Krisenprävention innerhalb der OSZE aber als überwiegend gelungen bewerten. Dadurch erlangten die Vermittlungsbemühungen des Hochkommissars erhebliche Bedeutung, sodass auch die EU während des Beitrittsprozesses klar signalisierte, dass sie von den MOEL die Befolgung seiner Empfehlungen erwarte.

Europarat

Zu den Hauptaufgaben des Europarats gehört die Erarbeitung multilateraler völkerrechtlicher Verträge. Mit der *Europäischen Menschenrechtskonvention* aus dem Jahr 1950 (EMRK) und dem dazugehörigen Überwachungsmechanismus des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) hat er beachtliche Maßstäbe gesetzt. Die EMRK enthält jedoch nur vage Vorschriften zum Schutz von Minderheiten. Direkte Erwähnung finden Minderheitenrechte nur im Diskriminierungsverbot des Art. 14 und in einigen Entwürfen für ein Zusatzprotokoll zur EMRK. Ein allgemeines Diskriminierungsverbot bietet das 12. Zusatzprotokoll, das im April 2005 in Kraft getreten und von 18 Staaten ratifiziert worden ist (Stand: 18.03.2013); verwiesen sei an dieser Stelle auch auf den Entwurf eines Zusatzprotokolls zur EMRK in der Empfehlung 1201 (1993) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Dieser Entwurf, insbesondere die in Art. 1 enthaltene und auch von anderen internationalen Akteuren zitierte Begriffsdefinition von „nationaler Minderheit“ diene als bindender Maßstab für zukünftige Entscheidungen der Parlamentarischen Versammlung.

Im Bereich des Minderheitenschutzes verdienen zwei Verträge des Europarats besondere Aufmerksamkeit, die *Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen* und das *Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten*.

Die *Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen* ist als Ergebnis langjähriger Bemühungen am 5. November 1992 zustande gekommen und seit dem 1. März 1998 in Kraft.⁴ Die „Sprachencharta“ stellt in der chronologischen Abfolge das erste rechtlich verbindliche regionale

⁴ Vgl. Europarat, *Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen*, ETS-No. 148, Zeichnung 5. November 1992, Inkrafttreten 1. März 1998, Text online abrufbar unter <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/148.htm> (Stand: 05.06.2015).

Minderheitenschutzabkommen dar, auf das sich die Europaratsmitglieder verständigen konnten. Sie behandelt mit dem sprachlich-kulturellen Bereich einen wichtigen Teil des Minderheitenschutzes, da Sprachen zu den wesentlichen Identitätsmerkmalen vieler nationaler Minderheiten zählen. Dabei geht sie über den bloßen Schutz von Regional- und Minderheitensprachen hinaus und fordert auch deren aktive Förderung. Diese Unterstützungsmaßnahmen schließen Regeln zur positiven Diskriminierung, also der aktiven Förderung von Minderheitsangehörigen, etwa in Bezug auf Sprachminderheiten, mit ein. Gleichwohl haben die Vertragsstaaten hier die Möglichkeit, einen Vorbehalt einzulegen. Die Sprachencharta konstituiert weder individuelle noch kollektive Minderheitenrechte, sondern stellt nur Verpflichtungen der Vertragsstaaten auf. Sie bietet damit einen Ansatz zum Schutz der Minderheitensprachen, die ausdrücklich keine Diskriminierung der Mehrheit darstellt. Zur Kontrolle der Umsetzung ist die Sprachencharta mit einem ausgefeilten, aber relativ schwachen Berichtssystem ausgestattet – ein entsprechendes Sanktionssystem fehlt allerdings.

Im Ergebnis ist die Sprachencharta ein wichtiger Baustein des europäischen Minderheitenschutzsystems, da sie mit dem sprachlichen Bereich einen wesentlichen Teil der kulturellen Identität von Minderheiten anspricht. Zu ihren Defiziten gehören dagegen der große Spielraum der Vertragsstaaten und die geringe Kontrolle der Umsetzung. Die Ermessensspielräume der Staaten bei der Auswahl der Sprachen und der zu ergreifenden Maßnahmen erlauben es den Unterzeichnerstaaten, nur ein Minimum an Verpflichtungen auszuwählen, ohne damit den sprachlichen Minderheitenschutz nachhaltig zu verbessern. Hinzu kommt, dass der Ratifikationsprozess eher schleppend verläuft: Von den 47 Mitgliedsstaaten des Europarates haben bislang erst 25 Staaten die Charta ratifiziert, acht Staaten haben sie lediglich unterschrieben, 14 Mitgliedsstaaten (darunter auch die EU-Mitglieder Belgien, Bulgarien, Estland, Griechenland, Irland, Lettland, Litauen und Portugal) haben sie nicht einmal unterzeichnet.⁵

Aufgrund der oben genannten Nachteile fällt die Beurteilung der Sprachencharta eher negativ aus. Die Ratifikation gestaltete sich auch im EU-Beitrittsprozess problematisch. Ende Februar 2004 – also kurz vor der Osterweiterung – hatten sie nur drei der MOEL (Ungarn, die Slowakei

⁵ Übersicht der Unterzeichnungen/Ratifikationen, online abrufbar unter: <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=148&CM=8&DF=05/06/2015&CL=ENG> (Stand: 05.06.2015).

und Slowenien) ratifiziert. In den Fortschrittsberichten der EU wurde der Stand der Ratifikation zwar erwähnt, spielte aber im Vergleich zum Rahmenübereinkommen eine weniger wichtige Rolle.

Das *Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten* (kurz: Rahmenübereinkommen), welches ab Februar 1995 zur Zeichnung (auch für Nichtmitgliedstaaten des Europarats) auslag, trat im Februar 1998 und damit noch vor der Sprachencharta in Kraft.⁶ Sein Schwerpunkt liegt im grundsatzpolitischen Bereich bezüglich des Minderheitenschutzes. Das Rahmenübereinkommen verfolgte offiziell das Ziel, die politischen Verpflichtungen aus den Dokumenten der KSZE in völkerrechtliche Verträge umzuwandeln. In der Ausarbeitungsphase wurden eine verbesserte Koordination der europäischen Organisationen angestrebt und Vertreter der KSZE/OSZE und der Kommission der EG/EU miteinbezogen.

Das Rahmenübereinkommen ordnet den Minderheitenschutz als Bestandteil des internationalen Menschenrechtsschutzes ein (Art. 1). Es enthält nur andeutungsweise eine Definition von „nationaler Minderheit“ (Präambel, Art. 3) und auch keine direkt anwendbaren Bestimmungen. Vielmehr beschränkt es sich darauf, Grundsätze und Prinzipien zum Minderheitenschutz aufzustellen. Die Vertragsparteien verpflichten sich zur Durchführung der Ziele, haben aber einen breiten Ermessensspielraum bei der Wahl der Mittel zur konkreten Durchsetzung. Zur Kontrolle der Durchführung des Rahmenübereinkommens wurde wie schon bei der Sprachencharta bewusst kein gerichtsförmiges Verfahren, sondern ein System regelmäßiger Staatenberichte gewählt. Anhand dieser Staatenberichte sollen die beiden Überwachungsgremien, das Ministerkomitee und ein Beratender Ausschuss, die Umsetzung des Rahmenübereinkommens kontrollieren (Art. 24 ff.).

Das Rahmenübereinkommen hat sich aus juristischer Sicht zum wichtigsten Bezugspunkt im europäischen Minderheitenschutzregime entwickelt. Auch im *Monitoring*-Prozess der EU-Erweiterung hat es als wichtige

⁶ Europarat, *Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten*, ETS-No 157, Zeichnung 1. Februar 1995, Inkrafttreten 3. September 1998; online abrufbar unter <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/157.htm> (Stand: 05.06.2015).

Referenz gedient.⁷ Insgesamt ist das Rahmenübereinkommen durchaus als deutlicher Fortschritt für den regionalen Minderheitenschutzstandard zu bewerten, da es zu einer – wenn auch relativ schwachen – rechtlichen Bindung seiner Vertragspartner führt. Die Mitgliedsstaaten wurden durch den Durchsetzungsmechanismus des Rahmenübereinkommens erstmals einer gewissen Kontrolle hinsichtlich ihrer Minderheitenpolitik unterworfen. Die Effektivität des Rahmenübereinkommens hängt jedoch von der Bereitschaft der Vertragsstaaten zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen, von der sorgfältigen Kontrolle der Überwachungsorgane sowie von der Anzahl der Vertragsstaaten ab. Besonders in der großen Beteiligung der europäischen Staaten hebt sich das Rahmenübereinkommen von der Sprachencharta ab. Bisher haben 39 Staaten das Rahmenübereinkommen ratifiziert, wengleich wichtige Staaten wie Frankreich, Griechenland, Belgien und die Türkei noch fehlen.⁸

Europäische Union

Auf dem Gebiet der Minderheitenpolitik verfügte die EU über lange Zeit kaum über eigene Zuständigkeiten. Im Zuge der EU-Osterweiterung entwickelte sie jedoch Ansätze einer Minderheitenpolitik nach außen – welche als Folge der Erweiterung teilweise rechtlich und politisch „internalisiert“ wurde. Bei der Bewertung der EU-Minderheitenpolitik gilt es dennoch, zunächst zwischen Binnen- und Außenperspektive zu unterscheiden.

Der Amsterdamer Vertrag von 1997 brachte zahlreiche minderheitenrelevante Neuerungen im Primärrecht. Der eigene Anspruch der EU, eine ‚Wertegemeinschaft‘ zu sein, führte dazu, dass sich die EU-Institutionen verstärkt mit menschenrechtlichen Themen beschäftigten. Mit dem damaligen Art. 13 EG-Vertrag (heute Art. 19 AEUV) wurde in der Textfassung des Amsterdamer Vertrages eine Rechtsgrundlage geschaffen, auf deren Basis die EU seither Maßnahmen gegen Diskriminierung aufgrund

⁷ Vgl. Gwendolyn Sasse, „Minority Rights and EU Enlargement: Normative Overstretch or Effective Conditionality?“, in: Toggenburg, Gabriel [Hrsg.]: *Minority Protection and the Enlarged Union: The Way Forward*, Budapest: OSI/LGI, 2004, S. 68 f.

⁸ Frankreich und die Türkei haben das Rahmenübereinkommen nicht unterzeichnet, Übersicht online abrufbar unter: <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=157&CM=8&DF=05/06/2015&CL=ENG> (Stand: 05.06.2015).

von Rasse und ethnischer Herkunft ergreifen kann. Auf Basis dieses Artikels präsentierte die EU-Kommission mit der „Antidiskriminierungsrichtlinie“ (RL 2000/43/EG) und der „Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie“ (RL 2000/78/EG) zwei Vorschläge, die im heutigen EU-Recht als Grundsteine der gemeinschaftlichen Antidiskriminierungspolitik gelten. Damit wurde der Diskriminierungsschutz im gemeinschaftlichen Besitzstand (*acquis communautaire*) der EU verankert und das Fundament für die weitere Ausgestaltung der EU-Minderheitenpolitik gelegt.

Mit dem gescheiterten Verfassungsvertrag und dem daraus hervorgehenden Reformvertrag von Lissabon fand der Begriff ‚Minderheit‘ im Jahr 2007 erstmals in einem primärrechtlichen Text der EU Erwähnung. Im neuen Artikel 2 EUV werden Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, ausdrücklich zu den grundlegenden Werten der Union gezählt.

Eine weitere Quelle des EU-Minderheitenrechts stellt die Charta der Grundrechte (GRC) dar, welche mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags für die meisten EU-Staaten (außer Polen, dem Vereinigten Königreich und der Tschechischen Republik) durch den Verweis in Artikel 6 des geänderten EU-Vertrages verbindlich wurde. Aus minderheitenrechtlicher Sicht ist die GRC besonders interessant, da sie in Art. 21, Abs. 1 den Begriff ‚nationale Minderheit‘ einführt:

„Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, sind verboten.“

Im Gegensatz zu Art. 19 AEUV enthält diese Bestimmung eine klare und direkt anwendbare Verbotsklausel, gibt der EU jedoch kein eindeutiges Mandat, um gegen solche Diskriminierungen vorzugehen. Gleichwohl wurde mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages der Terminus ‚nationale Minderheit‘ als Begriff in das Primärrecht überführt.

Der Vertrag von Lissabon ist somit eine Zäsur in der EU-Minderheitenpolitik, da auch die Rechte von Angehörigen ethnischer und nationaler Minderheiten erstmals zu den Grundwerten der Gemeinschaft gezählt werden: Die GRC verbietet Diskriminierung aufgrund der „Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit“ (Art. 21, Abs. 1). Zusammen mit Artikel 22 GRC, in welchem die Achtung der Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen verankert wurde, ist sie eine eindeutige Aussage für Minderheitenrechte innerhalb der EU. Dennoch kann der Reformvertrag nicht über den Widerspruch hinwegtäuschen, dass zwar ein expliziter Bezug zu Minderheiten hergestellt wird, konkrete Bestimmungen für die Umsetzung dieser Rechte aber noch fehlen.

Maßgeblich für die externe Dimension der EU-Minderheitenpolitik waren die vom Europäischen Rat im Juni 1993 beschlossenen ‚Kopenhagener Kriterien‘. Die politischen Beitrittskriterien, die rechtsstaatliche und demokratische Strukturen verlangen, beinhalten dabei auch die Achtung und den Schutz von Minderheiten.

Den konkreten Beitrittsverhandlungen ging eine analytische Durchleuchtung des sich ständig fortentwickelnden Acquis durch ein Screening der EU-Kommission voraus. Die EU machte bereits die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen von der völligen oder partiellen Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Kriterien abhängig und verfolgte deren weitere Implementierung und Einhaltung durch ein aufwendiges *Monitoring*-Verfahren während der Verhandlungen bis zur Aufnahme.

Die regelmäßigen Fortschrittsberichte offenbarten dabei einen sehr selektiven Ansatz der Kommission bei der Bewertung der Minderheitensituationen in den Beitrittsstaaten. Die Kommission richtete ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf drei Minderheitengruppen: Neben den russischen Gruppen im Baltikum und in Osteuropa bildeten die Roma und die ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten Ungarns bisher die Schwerpunkte der Fortschrittsberichte. Dabei wurden sowohl „harte“ (sicherheitspolitischer Konflikt mit Russland) als auch „weiche“ Sicherheitsinteressen (Armutsmigration der Roma, organisierte Kriminalität und soziale Spannungen) berücksichtigt. Das Konfliktpotential um die „Auslandsungarn“ im Karpatenbecken konnte durch die EU-Politik zumindest vorübergehend entschärft werden. Jedoch

zeigt der zunehmende Nationalismus in Ungarn nach dem EU-Beitritt eine parallele Entwicklung, die EU-Werte und Normen in diesem Bereich untergraben könnte.

Der Fokus der EU auf politisierte Gruppen ließ zahlreiche kleinere Minderheitengruppen in den Beitrittsländern dagegen weitgehend unerwähnt – diese wurden nur selten überhaupt in den Berichten behandelt. Außerdem wurden die Minderheitengruppen nicht offiziell von EU-Seite in die Beitrittsverhandlungen mit einbezogen; sie waren nur mittelbar über die nationalen Parlamente beteiligt – falls die betroffene Minderheit dort repräsentiert war (wie etwa die ungarische Minderheit in der Slowakei).

Der Minderheitenschutz spielt im Erweiterungsprozess eine zunehmend wichtige Rolle: Die Beitrittsländer mit Kandidatenstatus (Albanien, Montenegro, Serbien, Mazedonien, Türkei) haben allesamt Minderheitenkonflikte. Die EU kann jedoch nur mit einer nach innen und außen glaubwürdigen Minderheitenpolitik solche ethnischen Konflikte in der Nachbarschaft einhegen. Das eine solche Politik auch proaktiv ausgestaltet werden muss, ist nicht zuletzt seit der Ukraine-Krise virulent geworden.

Schlussbemerkungen

Der Minderheitenschutz hat in Europa seit den 1990er Jahren eine besondere zentrifugale und zentripetale Dynamik entfacht. Nachdem die KSZE/OSZE zunächst die politische Vorreiterrolle für sich beansprucht hatte, verlagerte sich das Engagement der an Minderheitenschutz interessierten Staaten auf den Europarat und schließlich auf die EU. Das (ideal-)politische Moment der KSZE-Dokumente von 1990 ist abgeflaut und einer pragmatischeren Handhabung gewichen. Die Dynamik im europäischen Minderheitenschutzregime ging von anfangs weitreichenden, rein politischen hin zu schwächeren, dafür aber rechtsverbindlichen Vereinbarungen. Teilweise lässt sich auch feststellen, dass sich die Trennlinien zwischen Recht und Politik durch internationale Instrumente wie das Rahmenübereinkommen überschneiden.

Bei der inhaltlichen Bestandsaufnahme zeigt sich, dass sich das völkerrechtliche Minderheitenrecht derzeit im Wesentlichen auf einen individualrechtlichen Zugang beschränkt. Kollektive Minderheitenrechte

sind kaum vorzufinden, der Gruppenschutz beschränkt sich bisher allenfalls auf den Schutz vor physischer Gewalt im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Weitergehende Gruppenrechte, etwa Verpflichtungen zu bestimmten Autonomieformen, sind dagegen bisher wenig internationalisiert. Lediglich in politischen Absichtserklärungen, wie dem Kopenhagener Dokument der KSZE, wird auf solche kollektiven Rechte hingewiesen. Da diese Erklärungen oft nur als *soft law* zum europäischen Minderheitenschutzregime beitragen, bleiben für das Schutzniveau der europäischen Minderheitengruppen primär das nationale Recht und die Vereinbarungen in bilateralen Verträgen ausschlaggebend. Die Ausgestaltung nationaler Rechtsordnungen hinsichtlich der Stellung nationaler Minderheiten in Europa ist aber sehr heterogen und spiegelt die speziellen demographischen, historischen, ökonomischen, politischen und sozialen Merkmale der einzelnen Staaten wider. Etwa drei Viertel der europäischen Rechtsordnungen beinhalten jedoch zumindest eine verfassungsrechtliche Absicherung der grundlegenden Minderheitenrechte.⁹

Der normative Druck der Institutionen führte bisher allenfalls zu inkrementellen Verbesserungen des minderheitenrechtlichen Schutzniveaus in Europa. Gerade die Defizite des völkerrechtlichen Minderheitenrechts werden hier deutlich: vage Formulierungen und weite Ermessensspielräume für Vertragsstaaten; juristisch unzureichende Kontroll- und Durchsetzungsverfahren sowie die Abstinenz großer Staaten von zentralen Verträgen wie dem Rahmenübereinkommen. Die OSZE hat mit ihrem pragmatischen Zugang gegenüber dem Europarat den Vorteil, dass sie mit ihren Langzeitmissionen und dem Hohen Kommissar direkt vor Ort die Situation von Minderheiten untersuchen und politische Kompromisse zwischen den Konfliktparteien erarbeiten kann. Da sie aber kaum rechtlich verbindliche Vereinbarungen hervorbringt, bleibt auch ihr Einfluss auf die nationalen Minderheitenpolitiken und Rechtssysteme gering.

Mit der EU-Osterweiterung wurden zunehmend grenzüberschreitende Minderheitenfragen demographischer, politischer und rechtlicher Natur in den Raum der EU importiert und dadurch multiple Pfadabhängigkeiten

⁹ Vgl. Pan, Pfeil, S. 641. Ein durch Rechtsvergleichung ermittelter gemeineuropäischer Mindeststandard des Minderheitenrechts findet sich bei Rainer Hofmann, „Der Schutz von Minderheiten in Europa“, in: Werner Weidenfeld [Hrsg.], *Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2006, S.390 f.

erzeugt.¹⁰ Durch die sich ändernden Akteurskonstellationen entwickelt sich die EU-Minderheitenpolitik dynamisch in allen drei Bereichen der politischen Analyse (*policy, politics, polity*) durch innere und äußere Einflussfaktoren weiter.

Schließlich stellt sich noch die Frage: Welche Rückwirkungen hat die EU-Erweiterung auf die Internationalisierung der Minderheitenrechte und wie lassen sich diese theoretisch erfassen?

Im Bereich des Minderheitenschutzes ergeben sich einige Schwierigkeiten bei der Anwendung von etablierten Konzepten der Europaforschung: Da es in der Minderheitenpolitik aufgrund mangelnder Normenkonsistenz keine klaren *benchmarks* der EU gab, sind sowohl Politiktransfer als auch Diffusion als Analyserahmen nur bedingt brauchbar. Die EU hat bei den besonderen Minderheitenrechten keine eigenen *Policy-Modelle* zur Verfügung stellen können, da es sich größtenteils um nicht-vergemeinschaftete Politikfelder handelte. Die einzelnen EU-Länder haben unterschiedliche Traditionen, Normen und Praktiken im Umgang mit ethnischen und nationalen Minderheiten. Teilweise kamen die innovativeren, anwendungserprobten Modelle aus den MOEL, wie etwa das europaweit einzigartige System der Minderheitenselbstverwaltungen in Ungarn.

Parallel zum EU-Erweiterungsprozess entwickelte sich die Minderheitenpolitik auf der EU-Ebene fortgehend weiter. Diese Prozesse mündeten in der Aufnahme des Minderheitenschutzes im EU-Primärrecht mit dem Vertrag von Lissabon. Dass solche Neuerungen in das EU-Vertragswerk aufgenommen wurden, lag auch an der erhöhten Zahl minderheitenpolitisch interessierter Staaten.¹¹ Allerdings führt dies nicht zwangsläufig zu erhöhter Konvergenz der EU-Mitgliedstaaten im Minderheitenschutz: Im Bereich Minderheitenpolitik lässt sich – wie in vielen anderen Politikbereichen – eine

¹⁰ Die Interessen der staatlichen Akteure werden auf die EU-Ebene übertragen und im Beitrittsprozess transformiert. Die EU entwickelt parallel zum Erweiterungsprozess eigene Mechanismen und Politiken im Minderheitenschutz. Diese Innovationen können vom organisierten Austausch von *best practices* bis zur Einführung von rechtlichen Regelungsmechanismen reichen. Die EU-Mitgliedsstaaten sind ihrerseits verpflichtet, die neuen EU-Politiken zu importieren.

¹¹ Vgl. Vizi Balázs, "An Unintended Legal Backlash of Enlargement? – The Inclusion of Minority Rights in the EU Constitutional Treaty", in: *Regio – Minorities, Politics, Society*, 2005/01, S. 89 ff.

zunehmend differenzierte Integration beobachten. Die Schutzniveaus einzelner Mitgliedstaaten sind sehr unterschiedlich und reichen von einer verfassungsmäßigen Verankerung der Minderheitenrechte bis zur Nichtanerkennung der Existenz von ethnischen oder nationalen Minderheiten auf dem eigenen Territorium. Überdies ist eine durch den EU-Erweiterungsprozess entstandene Diskrepanz festzustellen. Alle beigetretenen Länder aus Mittel- und Osteuropa haben auf Druck der EU etwa das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarats im Zuge des EU-Beitritts ratifiziert, im Gegensatz zu den „alten“ EU-Staaten Frankreich und Griechenland.

Das Teilnehmerfeld an wichtigen Instrumenten des Minderheitenschutzes gleicht eher dem Modell der „konzentrischen Kreise“. Mit Hinblick auf das Rahmenübereinkommen oder der Grundrechtecharta kann hier nicht nur auf eine temporäre Differenzierung hingewiesen werden: Viele der nicht-partizipierenden Staaten beabsichtigen nicht, diesen Vertragswerken mittelfristig beizutreten. Insofern ist die Aussicht auf eine sektorale Differenzierung und damit auch die Gefahr permanenter räumlicher Trennlinien im Minderheitenschutz in Europa nicht von der Hand zu weisen. Wenn die EU jedoch Minderheitenwerte nach außen und in unmittelbarer Nachbarschaft verteidigen will, muss sie auch nach innen für einheitliche Regelungen sorgen.

Bibliographie

1. Europarat (1992), *Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen*, ETS-No. 148, Zeichnung 5. November 1992, Inkrafttreten 1. März 1998, Text online abrufbar unter <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/148.htm> (Stand: 05.06.2015).
2. Europarat (1995), *Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten*, ETS-No 157, Zeichnung 1. Februar 1995, Inkrafttreten 3. September 1998; online abrufbar unter <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/157.htm> (Stand: 05.06.2015).

3. Hofmann, Rainer (2006), „Der Schutz von Minderheiten in Europa“, in: Weidenfeld, Werner [Hrsg.]: *Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
4. Opitz, Maximilian (2007), *Die Minderheitenpolitik der Europäischen Union: Probleme, Potentiale, Perspektiven.*, Berlin: LIT-Verlag.
5. Pan, Christoph; Pfeil, Beate S. (2006), *Minderheitenrechte in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen*, Band 2, 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Wien/New York: Springer.
6. Sasse, Gwendolyn (2004), “Minority Rights and EU Enlargement: Normative Overstretch or Effective Conditionality?”, in: Toggenburg, Gabriel [Hrsg.]: *Minority Protection and the Enlarged Union: The Way Forward*, Budapest: OSI/LGI.
7. Toggenburg, Gabriel; Rautz, Günther (2010), *ABC des Minderheitenschutzes in Europa*, Stuttgart: UTB.
8. Vizi, Balázs (2005), “An Unintended Legal Backlash of Enlargement? – The Inclusion of Minority Rights in the EU Constitutional Treaty”, in: *Regio – Minorities, Politics, Society*, 2005/01.

DIE SATHMARER SCHWABEN NACH 1989

THE SATU MARE GERMAN MINORITY AFTER 1989

Cristina Elena Panța*

Abstract

The article reflects the cultural and social identity of the German minority in the Satu Mare region after a controverse history. The theme of the German identity after the revolution (1989) was often avert making it a conscious avoidance of the question: "Who is the German minority the Satu Mare?". The bibliography for this subject is poor and often influenced by the subjective view of the author. In the following pages I intend to draw up an objective picture of the identity of the german minority in Satu Mare after the Romanian revolution.

Keywords: Satu Mare, German minority, colonialisation, magyarization process, emigration, identity crisis, culture of the German minority, German language, German institutions.

I. Historischer Hintergrund

Obwohl die Sathmarer Schwaben deutscher Abstammung sind, unterscheidet sich ihre Geschichte von den anderen deutschen Minderheiten in Rumänien. Die deutsche Minderheit der Sathmarer Schwaben war immer zwischen Ungarn und Rumänien gespalten, die Grenzen der Länder wurden mehrfach geändert, sodass diese Vorgänge auch jetzt noch Ursache von Identitätsproblemen sind.

* Cristina Elena Panța ist Studentin an der Fakultät für Europastudien und Soziologie innerhalb der Babeș Bolyai Universität, BA Stufe. Lyzeum wurde an der Samuel von Brukenthal Gymnasium in Hermannstadt beendet; derzeit Mitglied des deutschen Forums in Hermannstadt und Nachhilfestundenlehrer.

Contact: cristina.p.elena@gmail.com

Nach dem gewonnenen Krieg gegen das osmanische Reich begann das Habsburgerreich langsam einen Prozess der Ansiedlung in den damals zerstörten Gebieten. Die Ansiedlung der Schwaben begann am Anfang des 18. Jahrhunderts durch die Initiative von Graf Sándor Károlyi und der katholischen Kirche. Sándor Károlyi wollte mit der Ansiedlung der Deutschen die wirtschaftliche Lage verbessern, die leeren Gebiete bevölkern und auch die katholische Kirche stärken. 1712 begann die erste Ansiedlungswelle.¹ Die Zuwanderer kamen aus katholischen Dörfern, aus der Oberwischau und aus Franken, aber sie mussten in der Sathmarregion mit existenziellen Schwierigkeiten kämpfen. Ein Teil der Zuwanderer flüchtete vor diesen Zuständen erneut; von 1.500 Ansiedlern sind nur 63 Bauern im Dorf Schinal (Urziceni) geblieben (gegenwärtig gibt es 5.000 Schwaben). 1720 wurde der Ansiedlungsprozess fortgesetzt, sodass 1723 schon drei gut bevölkerte deutsche Kolonien entstanden. Sie modernisierten in vielen Dörfern den Landbau und das Handwerk. In einer zeitgenössischen Beschreibung heißt es: „Die Schwaben sind ein fleißiges und wohlhabendes Volk (...). Die nett gebauten Häuser, die geräumige Scheune am Ende des Hofes mit ihrer bemalten Thüre, die zur Feldarbeit verwendeten starken Pferde kennzeichnen sofort das Schwabendorf.“²

Am Ende des Ansiedlungsprozesses (1815, nach einem Jahrhundert) sind 31 schwäbische Dörfer entstanden.³ In den ersten Jahren waren die Schwaben die einzigen Siedler der Dörfer, aber mit der Zeit begannen auch ungarische und rumänische Bevölkerung die Region zu besiedeln. Die Ungarn, Ruthenen, Rumänen und die Deutschen haben anfangs nicht miteinander, sondern nebeneinander gelebt. Weil aber die ungarische Politik nationalistisch war, und die deutschen Bauern keine Eliten hatten, um die Identität der Ansiedler zu erhalten und zu beleben, begann allmählich ein Prozess der Madjarisierung der Schwaben. 1825 wurde die ungarische Sprache im öffentlichen Leben eingeführt. Auch die katholische Kirche stellte sich in den Dienst der allgemeinen Madjarisierungspolitik.

¹ Istvan Vonhaz, *Die deutsche Ansiedlung im Kreis Sathmar*, Pecs: Dunantul, 1931, S. 6-24.

² Deutsche Spuren entlang der Donau - reisen, begegnen, erleben, [http://www.danube-places.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=22&Itemid=194&lang=de], zuletzt aufgerufen am 01.06.2015.

³ Enikő Dácz, *Fragen der Ethnizität der Sathmarer Schwaben nach 1989*, München: Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas e.V. an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2012, S. 2.

Gottesdienste wurden nur noch in ungarischer Sprache abgehalten, wie auch der Schulunterricht nur ungarisch war.⁴ Trotz dieser Verdrängung der deutschen Kultur, ging der Prozess der Madjarisierung in den rein schwäbischen Gemeinden nur langsam voran. Hier sprachen die Schwaben sowohl in der Familie als auch außerhalb dieser nur in ihrer Mundart.⁵

Die Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg (1920) hatte für die Sathmarer Schwaben positive Auswirkungen. Der rumänische Staat unterstützte die nationale Selbstfindung der Sathmarer Schwaben als Gegengewicht zur ungarischen Macht in Siebenbürgen. Man wollte eine Gegenmacht in der Region bilden und so begann die Einführung der deutschen Unterrichtssprache in die Schulen. 1933 gab es bereits in fünfundzwanzig Gemeinden Schulunterricht in deutscher Sprache und drei Zeitungen der Sathmarer Schwaben.⁶

Die kulturelle Entwicklung wurde unterbrochen, als Nordsiebenbürgen und das Szeklerland 1940 an Ungarn angegliedert wurde. Weil die Schwaben Angst hatten, an die vorderste Front geschickt zu werden, begannen sie für 5 pengó einen madjarischen Namen zu kaufen. Später wurden sie abwertend als „5-pengó-Ungarn“ angesehen.⁷ 1944 verließen zusammen mit der deutschen Armee 3.000 Schwaben ihre Heimat und ließen sich in Österreich, Süddeutschland und in den Vereinigten Staaten nieder. 1945 wurden aus dem Kreis Sathmar 5.000 Männer und Frauen aufgrund der deutschen Abstammung zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. In dem Gebiet wurde die deutschsprachige kulturelle Arbeit verhindert, deutsche Schulen wurden geschlossen, die deutsche Sprache wurde aus den wenigen Kirchen, in denen noch deutschsprachige Gottesdienste abgehalten worden sind, verbannt. Die deutsche Sprache wurde als Provokation interpretiert, die Sathmardeutschen wurden als „Hitleristen“ verfolgt, für den Zweiten Weltkrieg und die schlechte wirtschaftliche Lage verantwortlich gemacht.⁸ Obwohl sich nach 1950 die Lage der Minderheit

⁴ Ernst Hauler, *Istoria Nemtilor din regiunea Satmarului*, Satu Mare: Lamura, 1998, S. 55-57.

⁵ Berner Helmut, Die Sathmarer Schwaben –Wechselvolles Schicksal deutscher Siedler im Nordwesten Rumäniens, [<http://www.sathmarerschwaben.de/artikel/entry.php?id=24&w=geschichte#body>], zuletzt aufgerufen am 19.06.2015.

⁶ Hauler, *op. cit.*, S. 64- 65.

⁷ *Ibidem*, S. 69.

⁸ Helmut, *op. cit.*

verbesserte, setzte um 1980 ein Prozess der Auswanderung der Sathmarer Schwaben ein. Während es 1930 knapp 25.000 Sathmarer Schwaben gab, fiel ihre Zahl bereits bis 1956 auf weniger als 3.600 (wegen dem Zweiten Weltkrieg der Madjarisierung und der Deportation).⁹

II. Die Sathmarer Schwaben nach 1989 und ihre kulturelle Identität

Der zweite Teil des Referats basiert auf zwei Untersuchungen über die Identität der Sathmarer Schwaben (anhand von Interviews), die 2012 zum Anlaß des 300-jährigen Jubiläums der Ansiedlung durchgeführt wurden.

Bei der ersten Volkszählung nach der Wende, 1992, erklärten sich mehr als 14.000 Personen als Schwaben in Sathmar. Bei den nächsten beiden Volkszählungen bemerkte man aber einen starken Rückgang; 2002 ging die Zahl auf 6.400 und 2011 auf 5.000 zurück.¹⁰ Die wichtigsten Ortschaften, in denen heutzutage Sathmar Schwaben leben, sind Sathmar/Szatmarnémeti (über 1.000 Personen) und Großkarol/Nagykároly (mit 500 Schwaben).¹¹

Die Konstruktion und Rekonstruktion der schwäbischen Identität stützt sich auf die Traditionen und die Sprache der Schwaben; diese zwei Elemente sind in der Gegenwart eine Mischung von schwäbischen und ungarischen Elementen.¹² Nach 1989 gab es nur einen begrenzten Wunsch zur Revitalisierung der deutsch-schwäbischen Identität und die importierbare Kultur aus Deutschland war kein geeignetes Mittel für die Wiederbelebung der traditionellen Lebensform der Schwaben.¹³ Somit könnten wir jetzt über die Sathmarer Schwaben oder schwäbische Ungarn reden.

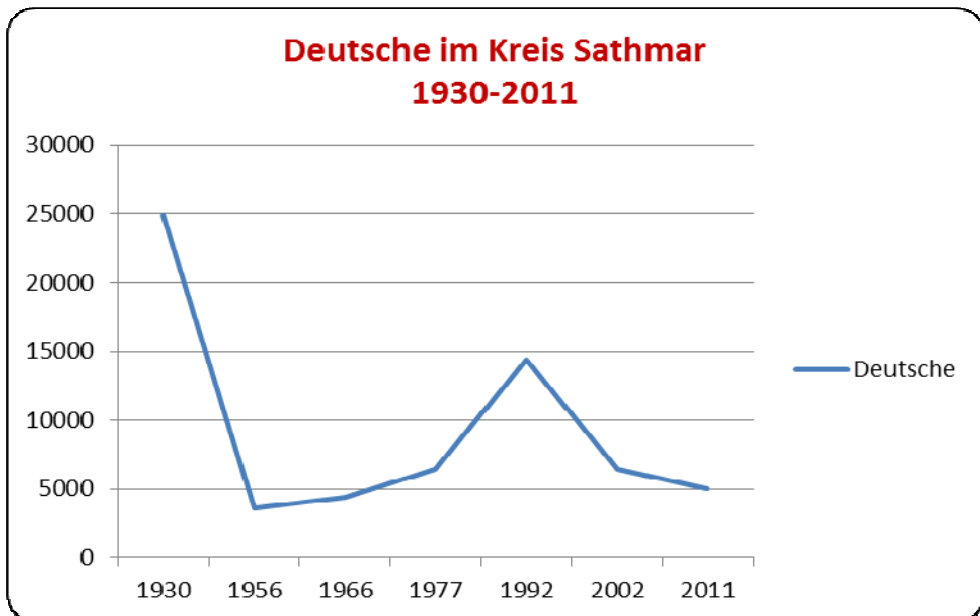
⁹ Melinda Marinka, „Einführung. Die heutige Konnotation des schwäbischen Phänomens“, in *Ethnographica et Folkloristica Carpathica*, 18, Debrecen: Kapitalis Ltd., 2013, S. 116-130.

¹⁰ <http://recensamantromania.ro/rezultate-2/>, zuletzt aufgerufen am 19.06.2015.

¹¹ Dác, *op. cit.*, S. 2.

¹² Marinka, *op. cit.*

¹³ Bela Vegh Balazs, *Kulturwechsel bei den Sathmarer Schwaben in Gegend von Großkarol*, Korkun 2013, S. 105-109.



*Anzahl der Deutschen im Kreis Sathmar aufgrund der Daten des Rumänischen Statistischen Amtes.¹⁴

Die kulturelle Identität im Alltag

Die kulturelle Identität wird im Wesentlichen anhand der Unterschiede gegenüber den anderen Gruppen konstruiert. Die junge Generation meint, dass es zwischen Ungarn und Schwaben keinen Unterschied gibt, sondern nur zu den Rumänen. In den Schulen „wütet die ich-mag-dich-nicht-Sache.“¹⁵ Die rumänischen Schüler nennen Kollegen aus der Minderheit Heimatslose (*bozgor*); und die schwäbischen und ungarischen Schüler sind meistens befreundet. Sie betonen eine Differenz zwischen sich und den Rumänen durch unterschiedliche Erziehung und Denkweise. Die Alten sehen zwischen den Einwohnern keine großen Unterschiede und betonen das friedliche Zusammenleben, obwohl sie auch der Meinung sind, dass die Rumänen auf die Schwaben herabsehen würden und dass die Rumänen

¹⁴ Daten des rumänischen staatlichen Amtes aufgrund der Konfession, [<http://www.recensamantromania.ro/noutati/volumul-ii-populatia-stabila-rezidenta-structura-etnica-si-confesionala/>], zuletzt aufgerufen am 19.06.2015.

¹⁵ Junge aus Sathmar, Interview von Enikő Dác, *op. cit.*, S. 7.

keine Ungarn oder Schwaben heiraten.¹⁶ Auf die Frage, ob es zwischen Ungarn und Schwaben Unterschiede gäbe, gibt es die folgende Antwort: „Ungar und Schwabe, das ist schon eins ... der Ungar und der Schwabe das sind eine Wurzel.“ Diese Meinungen bestärken die schwäbischen Ungarn.

Einige wenige Schwaben sind der Meinung dass es doch Unterschiede zu den reformierten Ungarn gibt: „Wir sind toleranter, sie (die reformierten Ungarn) weniger.“¹⁷ Auseinandersetzungen zwischen den zwei Minderheiten gab es z. B. bei der Volkszählung und bei offiziellen Treffen in den Dörfern. 2012 hat man in der Kirche die ungarische Hymne nicht gesungen, weil jemand, der aus Deutschland gekommen ist, verlangt hatte, dass auch die deutsche und die rumänische Hymne gesungen werden. Die Ungarn waren damit nicht einverstanden.¹⁸

Eine Schwäbin sagt Folgendes:

„Eigentlich lebte sowohl der Ungar, der sich dazu bekannte, als auch der Deutsche, der sich dazu bekannte, in der Minderheit, nur gibt es bei uns einen Unterschied zwischen Minderheit und Minderheit, die eine ist mehr Minderheit als die andere, z. B. tolerierte, nach meinem Gefühl, der rumänische Staat die Deutschen immer besser als die Ungarn, mit den Deutschen waren sie sozusagen nicht so streng wie mit den Ungarn ... wenn sie aber so viele wären wie die Ungarn, dann würde man sie sicherlich anderswie behandeln.“¹⁹

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass heute die Identität der Schwaben im Alltag sehr ähnlich zu jener der Ungarn ist, Abgrenzung gibt es aber gegenüber den Rumänen. Das Leben ist konfliktfrei, zu Spannungen kommt es zwischen Ungarn und Schwaben nur in den Fällen, wo die beiden Eliten entgegengesetzte Interessen haben (z. B. bei Volkszählungen).

Die ethnische Identifikation ist vom Interesse des Individuums abhängig. Mit der Auswanderungswelle fand ein erneuter Identitätswechsel statt. Viele änderten ihre Namen und wurden wieder Schwaben, haben sich ins Deutsche Forum (1990 gegründet) eingeschrieben, um bessere Chancen

¹⁶ *Ibidem*.

¹⁷ Interview mit einer Frau von Enikő DácZ durchgeführt.

¹⁸ DácZ, *op. cit.*, S. 9.

¹⁹ Interview mit einer Frau von Enikő DácZ durchgeführt.

für den Erhalt eines Visums zu haben. „Es gibt solche, die sich jetzt in die Brust werfen, dass sie große Deutsche oder Schwaben sind, aber eigentlich [...].“²⁰

Ein weiteres Thema der Identität sind die deutschen Schulen, durch welche man viel bessere Chancen in der Zukunft hat, obwohl die Anzahl der Schüler, die sich als Schwaben bekennen, niedrig ist.²¹ Sehr viele aus dem Sathmarer Gebiet konnten sich bei der 2011 Volkszählung nicht entscheiden, zu welcher Nationalität sie gehören, denn die rumänischen Fragebogen haben keine Spalte für beides.

Johann Forstenheizler, der ehemalige Vorsitzende des Forums, unterscheidet drei Identifikationsgruppen innerhalb der Sathmarer Schwaben:

1. Angehörige der schwäbischen Ethnie mit Ungarisch als Muttersprache,
2. jene, welche auf die deutsche Abstammung stolz sind, aber sich, da sie kein Deutsch können, schämen sich als Deutsche zu bekennen,
3. einige, die meinen, dass man mit ungarischer Muttersprache nicht ein Schwabe ist.²²

Identität und Gesellschaft

Die drei Säulen der Identität der Sathmarer Schwaben sind die Kirche, das Forum und die Schule. Seit 1990 gibt es das Demokratische Forum der Deutschen im Kreis Sathmar. 2013 waren 5.019 Vollmitglieder und 1.197 Sympathisanten eingetragen.²³ Das Deutsche Forum fördert die Multikulturalität und kämpft (zusammen mit den ungarischen Politikern) für die Rechte der Minderheiten, obwohl die Ziele nicht immer die gleichen sind.

Das Forum möchte diejenigen, die sich als Schwaben fühlen und die, welche deutscher Abstammung sind, aneinander näher bringen, unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit. Es soll die Kultur und die Geschichte der Schwaben vermittelt werden. Die erste Priorität des Forums ist die Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse. In dieser Hinsicht

²⁰ Interview mit einem Mann von Enikő DácZ durchgeführt.

²¹ DácZ, *op. cit.*, S. 11.

²² Die Schwaben, die als Muttersprache deutsch haben, kommen in der Einteilung nicht vor.

²³ DácZ, *op. cit.*, S. 14.

wurde die Einrichtung von Kindergärten und Schulen gefördert. Diese zeigen schon Erfolge. Zwischen 2013 und 2014 waren 287 Kinder im Kreis Sathmar in den deutschen Kindergärten, 711 Schüler in der Grundschule und 203 im Lyzeum „Johannes Ettinger“ eingeschrieben.²⁴



**Anzahl der Kinder in den deutschen Kindergärten im Kreis Sathmar 2013- 2014 aufgrund der Daten der Schulkommision.²⁵*

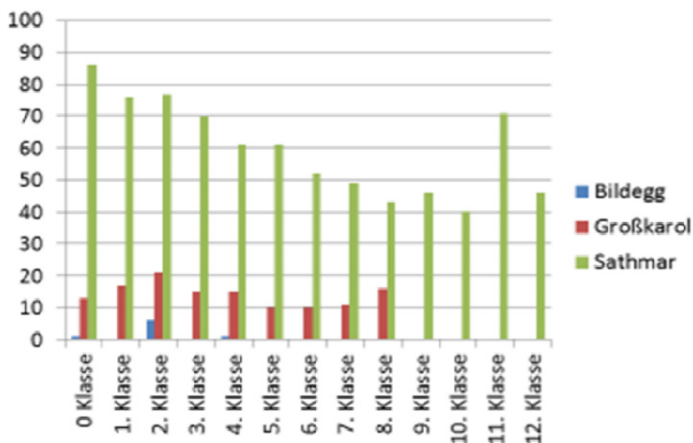
Der deutsche Staat unterstützt die Weiterentwicklung der deutschen Klassen durch Zuschüsse für den Schülertransport und Bücher. Trotz dieser Unterstützung ist in den letzten Jahren die Zahl der Schüler gesunken, auch wegen der ungarischen staatlichen Unterstützung für die ungarischen Schulen. Selbst die Schüler der ungarischen Abteilungen erhalten eine finanzielle Unterstützung.²⁶

²⁴ Demokratisches Forum der Deutschen in Rumänien, Statistik der Kindergärten, Allgemeinbildende Schulen und Lyzeen zwischen 2013 und 2014, Statistik erstellt von Andreea Fușle-Țană.

²⁵ Statistik der Schulkommision der Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien; Statistik erstellt von Andreea Fușle-Țană.

²⁶ Dácz, *op. cit.*, S. 15.

Schüler an den deutschen Schulen im Kreis Sathmar 2013-2014



**Anzahl der Schüler in der deutschen Schulen im Kreis Sathmar 2013-2014
aufgrund der Daten aufgrund der Daten der Schulkommission.²⁷*

Eine weitere Priorität des Forums ist es, die Jugendarbeit zu unterstützen. Seit 1995 gibt es die Jugendorganisation Sathmar „Gemeinsam“, die monatliche Treffen mit den Jugendforummitgliedern veranstaltet, verschiedene Projekte durchführt und Kulturgruppen organisiert (Tanzgruppe, Chor, Theateraufführungen).²⁸

Innerhalb der Kirche stieß die Initiative der Gründung einer deutschen Gemeinde auf Widerstand. Deutsche Messen gab es ab 1978. Nach der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begann sich die Lage in Rumänien zu stabilisieren, und so wurde die Gemeinde 2004 selbstständig. In der Gegenwart zählt die Gemeinde 500 Mitglieder; viele kommen in die Gemeinde, sind aber nicht Mitglieder und die, welche Mitglieder sind, gehen oft regelmäßig in eine andere Kirche.²⁹

²⁷ Statistik der Schulkommission der Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien; Statistik erstellt von Andreea Fuşle-Ţană.

²⁸ Arbeitsgemeinschaft Deutscher Jugendorganisationen in Rumänien e.V. 2015, [<http://adj.ro/mitglieder/jugendforum-sathmar/>], zuletzt aufgerufen am 01.06.2015.

²⁹ Dácz, *op. cit.*, S. 18.

Schlussfolgerungen

Wenn man die Zahlen der Volkszählungen vergleicht: 1956 weniger als 3.600 Personen und 1992 mehr als 14.000 Personen, ist es eindeutig, dass zum Teil die gleichen Personen sich 1956 als Ungarn und 1992 als Schwaben erklärt haben. Die Madjarisierung war auch mit Druck verbunden, zugleich wurde auf die Schwaben, die über keine Intellektuellenschicht verfügten, herabgesehen. Das führte dazu, dass sich auch noch 1956, Jahre lang, nachdem das Sathmarer Gebiet wieder zu Rumänien gehörte, viele Schwaben als Ungarn erklärten. Nach der Wende wurde es durch wirtschaftliche Faktoren und den Wunsch, leichter ein Visum zu erhalten, wieder attraktiver, Schwabe zu sein. Die Unterstützung der ungarischen Schulen und die Möglichkeit die ungarische Staatsbürgerschaft zu erhalten, ließ das Pendel dann wieder zurück schwingen.

Es fällt den Schwaben dementsprechend schwer, sich zwischen der schwäbischen und der ungarischen Identität zu entscheiden. Die Schwaben sind somit ein treffendes Beispiel dafür, wie vielschichtig Identität sein kann und zugleich ein Beleg, dass die Madjarisierung ziemlich erfolgreich war. Die weniger starke Abwanderung der Schwaben nach Deutschland nach der Wende, wie auch der überwiegende Gebrauch der ungarischen Sprache spricht dafür, dass bei einer großen Zahl der Schwaben die Identifizierung als Ungar stärker ist wie jene als Schwabe.

Die Zahl der existierenden zeitgeschichtlichen Studien zu der Thematik ist gering, sodass sich der Themenkomplex für weitere Untersuchungen zu Fragen von Identität und Identitätswandel anbietet.

Bibliografie

1. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Jugendorganisationen in Rumänien e.V. (2015), [<http://adj.ro/mitglieder/jugendforum-sathmar/>], zuletzt aufgerufen am 01.06.2015.
2. Berner, Helmut (2011), Die Sathmarer Schwaben -Wechselvolles Schicksal deutscher Siedler im Nordwesten Rumäniens, [<http://www.sathmarerschwaben.de/artikel/entry.php?id=24&w=geschichte#body>], zuletzt aufgerufen am 19.06.2015.

3. Dácz, Enikö (2012), *Fragen der Ethnizität der Sathmarer Schwaben nach 1989*, München: Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas e.V. an der Ludwig-Maximilians-Universität München.
4. Demokratisches Forum der deutschen in Rumänien (2013, 2014), *Statistik der Kindergärten, Allgemeinbildende Schulen und Lyzeen*. Statistik erstellt von Andreea Fuşle-Ţană.
5. Hauler, Ernst (1998), *Istoria Nemtilor din regiunea Satmarului, Satu Mare*: Lamura.
6. Marinka, Melinda (2013), „Einführung. Die heutige Konnotation des schwäbischen Phänomens“ in *Ethnographica et Folkloristica Carpathica*, 18, Debrecen: Kapitalis Ltd.
7. Recensamant (2011), [<http://recensamantromania.ro/rezultate-2/>], zuletzt aufgerufen am 19.06.2015.
8. Vegh, Balazs Bela (2013), *Kulturwechsel bei den Sathmarer Schwaben in Gegend von Großkarol, Korkun*.
9. Vonhaz, Istvan (1931), *Die deutsche Ansiedlung im Kreis Sathmar*, Pecs: Dunantul.
10. Deutsche Spuren entlang der Donau - reisen, begegnen, erleben [http://www.danube-places.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=22&Itemid=194&lang=de] zuletzt aufgerufen am 01.06.2015.
11. Daten des rumänischen staatlichen Amtes aufgrund der Konfession [<http://www.recensamantromania.ro/noutati/volumul-ii-populatia-stabila-rezidenta-structura-etnica-si-confesionala/>] zuletzt aufgerufen am 19.06.2015.

**DER EUROPARAT. BEDINGUNGEN FÜR
MINDERHEITENRECHTE. FALLSTUDIE:
DAS RUMÄNISCHE MINDERHEITENGESETZ**

**THE COUNCIL OF EUROPE. CONDITIONS FOR MINORITY
RIGHTS. CASE STUDY: THE ROMANIAN LAW FOR MINORITIES**

Romana Sălăgeanu*

Abstract

The national minorities in Europe are perceived by the Council of Europe as elements that preserve and promote the cultural wealth of Europe. For their protection, the Council of Europe created instruments. The national minorities have also been part of the Romanian population for a long time. They contributed to the modernization of the Romanian state. Romania has ratified the instruments of the Council of Europe. The implementation of these rights can be further improved.

Keywords: Council of Europe, Romania, minority protection and rights

Einleitung

Im Fall der Mittel- und Osteuropäischen Staaten werden die Rechte wie Gleichheit aller Bürger und Freiheiten immer wichtiger. Insbesondere die Mitgliedschaft in der EU fördert die Gewährleistung dieser Prinzipien. Jedoch müssen sich die Nationalstaaten damit auseinandersetzen. Bevölkerungsgruppen, die einmal die Mehrheit waren oder Gesetze erlassen konnten, sind im 20. Jahrhundert quasi über Nacht Teil eines anderen politischen Systems geworden. Damit wurden auch die Politiken

* Romana Sălăgeanu promoviert an der Fakultät für Europastudien, Babeş-Bolyai Universität, Cluj-Napoca und an der Otto-von-Guericke Universität, Magdeburg zum Thema Regionale Mitwirkung im europäischen Mehrebenenregieren am Beispiel von Sachsen-Anhalt.
Kontakt: romana.salageanu@euro.ubbcluj.ro

für Minderheiten aus anderer Perspektive betrachtet. Dennoch unterscheiden sich diese nicht so stark von anderen Gesetzesvorhaben für Minderheiten vom 19. Jahrhundert.

Ein Beispiel dafür ist das 1868 Gesetz Nr. XLIV der Nationalitäten aus Ungarn. Das Gesetz basierte auf kollektive Autonomie, die auf dem Aspekt der Sprache reduziert war. Das heißt, dass die kulturelle Entfaltung der jeweiligen anderen Nationalitäten dadurch verhindert wurde. Es gab die Idee der politischen Gemeinschaft anstatt der Nation, in der alle gleich sind. Die Rede über „eine einzige politische Nationalität“, somit die politische Gemeinschaft (Ferenc Deák) war nicht direkt und gleich mit dem Nationalstaat zu setzen.¹

Aber was ist dann der Nationalstaat oder die Nation? Gemäß Benedict Anderson ist die Nation der größte legitimierende Wert des politischen Lebens, die Nation und der Nationalismus sind hingegen kulturelle Artefakte. Dabei ist die Nation eine politische vorgestellte Gemeinschaft, die ihre Grenze hat.² Folglich ist der Nationalstaat eine Konstruktion, die sich auf die Bekenntnis ihrer Mitglieder und deren mit dem Nationalstaat vereinbarte Wahrnehmung basiert. Diese Konstruktion kann aber gegenüber den Bevölkerungsgruppen, die sich von der Mehrheit unterscheiden, gerecht werden und deren kulturellen Besonderheiten pflegen. Für dieses Ziel gibt es auf europäischer Ebene mehrere Instrumente, wie z. B. diejenigen des Europarates: die Europäische Menschenrechtskonvention, das Rahmeneinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regionalen- und Minderheitensprachen. Diese Instrumente wurden von vielen Staaten ratifiziert, inklusive Rumänien.

Dieser Beitrag befasst sich mit den europäischen Instrumenten für den Schutz der Minderheiten und mit dem Fall des Gesetzesentwurfes zum Statut der nationalen Minderheiten in Rumänien. Es werden einige offene Fragen dargestellt, die zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Statut der Minderheiten und mit den gesetzlichen Maßnahmen einladen.

¹ Gábor Gángó, „Legea naționalităților din 1868 și consențințele ei“, in Attila Gidó, István Horváth, Judith Pál (eds.), *140 de ani de legislație minoritară în Europa Centrală și de Est*, Cluj-Napoca: Editura Institutului pentru studierea problemelor minorităților naționale, Kriterion, 2010, S. 13ff.

² Benedict Anderson, *Comunități imaginate*, București: Editura Integral, 2000.

Der Europarat und der Minderheitenschutz

Der Europarat ist eine Wertegemeinschaft und „Europas führende Organisation für Menschenrechte.“³ Die Hauptziele dieser Gemeinschaft sind der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der Prinzipien der Demokratie und des Rechtsgrundsatzes. Der Europarat fördert die Erkenntnis der Vielfalt Europas und die Entwicklung der kulturellen Identität.⁴ Die Ziele des Europarats erfassen die Entdeckung gemeinsamer Lösungen für die Herausforderungen der europäischen Gesellschaft, wie z. B. Diskriminierung der Minderheiten, Intoleranz, Korruption sowie die Konsolidierung demokratischer Stabilität durch politische, gesetzliche und Verfassungsreformen.

Das erste Instrument vom Europarat ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die am 4. November 1950 in Rom verabschiedet wurde. In September 1953 trat sie in Kraft. Die EMRK enthält ein Katalog der wichtigsten Rechte, die gewährleistet werden sollten:⁵

- Ausreisefreiheit,
- Beschwerderecht und effektiver Rechtsschutz,
- **Bildung,**
- Brief- und Telekommunikationsgeheimnis,
- **Diskriminierungsverbot,**
- Eheschließung, Eigentum,
- **Freie Meinungsäußerung,**
- Freie Wahlen,
- Freizügigkeit,
- **Gedankenfreiheit,**
- **Gewissensfreiheit,**
- **Religionsfreiheit,**
- **Heimkehrrecht,**
- Informationsfreiheit,
- Nulla poena sine lege,
- **Presse- und Rundfunkfreiheit,**
- Privatsphäre und Familienleben,

³ Europarat, [<http://www.coe.int/de/web/about-us/who-we-are>], 15.06.2015.

⁴ Europarat, *Werte*, [<http://www.coe.int/de/web/about-us/values>], 15.06.2015.

⁵ Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK), [<http://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/europarat-abkommen/emrk7>], 15.06.2015. Die fett markierten Rechte aus der Liste sind diejenigen, die ich als relevant für die Minderheitenrechte betrachte.

- Recht auf ein faires Strafverfahren, Recht auf ein faires Verfahren,
- Recht auf Leben,
- Unschuldsvermutung,
- Unverletzlichkeit der Wohnung,
- Verbot der Schuldhaft,
- Vereinigungsfreiheit,
- Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte,
- Versammlungsfreiheit,
- Zwangsfreiheit.⁶

Die Menschenrechte der Europäischen Konvention wurden weiter entwickelt und besondere Instrumente für die nationalen Minderheiten geschaffen, nämlich das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen.⁷ Die Inhalte dieser zwei Instrumente werden kurz dargestellt und danach wird der Beitrag von der Situation in Rumänien berichten.

Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten

Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten wurde aus der Erwägung entwickelt, u. a. dass

„eine pluralistische und wahrhaft demokratische Gesellschaft nicht nur die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität aller Angehörigen einer nationalen Minderheit achten, sondern auch geeignete Bedingungen schaffen sollte, die es ihnen ermöglichen, diese Identität zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und zu entwickeln.“⁸

Das Rahmenübereinkommen bittet keine Definition der nationalen Minderheiten an, betont aber die Notwendigkeit der Schaffung eines Klimas der Toleranz und des Dialoges, „damit sich die kulturelle Vielfalt für jede Gesellschaft als Quelle und Faktor nicht der Teilung, sondern der

⁶ Siehe EMRK, <http://www.menschenrechtskonvention.eu/>, 28.04.2015.

⁷ Mehr dazu siehe den Beitrag von Christoph Schnellbach in dieser Nummer.

⁸ Europarat, *Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten*, 1. Februar 1995, [<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/157.htm>], 1995, 29.04.2015.

Bereicherung erweisen kann.⁹ Durch das Zusammenkommen der Toleranz, des Dialogs und der kulturellen Vielfalt sollte Europa bereichert werden.

Das Rahmenübereinkommen definiert den Schutz nationaler Minderheiten im Bereich internationaler Zusammenarbeit wie folgt:

„Art. 3 Abs. 1 Jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, hat das Recht, frei zu entscheiden, ob sie als solche behandelt werden möchte oder nicht; aus dieser Entscheidung oder der Ausübung der mit dieser Entscheidung verbundenen Rechte dürfen ihr keine Nachteile erwachsen.“¹⁰

Dabei kann eine Frage gestellt werden und diese wird offen bleiben, denn die Antwort hängt vom Individuum ab: Welche Rolle sollte das individuelle Selbstbekenntnis zu einer Minderheit spielen? An dieser Stelle kann die Unterscheidung zwischen individuellem und kollektivem Recht erwähnt werden. Dennoch sollte das Individuum das Entscheidungsrecht haben, die Frage gemäß seiner eigenen Identität zu beantworten.

Durch das Rahmenübereinkommen verpflichten sich die Parteien, die Bedingungen zu fördern, die „es Angehörigen nationaler Minderheiten ermöglichen, ihre Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln und die wesentlichen Bestandteile ihrer Identität, nämlich ihre Religion, ihre Sprache, ihre Traditionen und ihr kulturelles Erbe, zu bewahren.“¹¹ Unter diesen Bedingungen gibt es Folgende:

- Verbot der Assimilierung gegen den Willen;
- Zusammenarbeit in Bildung, Kultur und Medien
- Presse-, Religion-, Rundfunk, Medienfreiheit;
- Gebrauch der Minderheitssprache;
- Amtliche Anerkennung der Namen gemäß der Minderheitssprache;
- Schilder, Aufschriften, Inschriften in der Minderheitssprache;
- Maßnahmen zur Förderung der Bildung und Forschung für die Minderheit.¹²

Diese Bedingungen müssen rechtlich gewährleistet werden. Die Gewährleistung ist immer mit Kosten verbunden, insbesondere wenn es um Bildung geht. Deswegen ist der oben erwähnte Dialog zwischen den involvierten Parteien wesentlich.

⁹ *Ebenda.*

¹⁰ *Ebenda.*

¹¹ *Ebenda.*

¹² *Ebenda.*

Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen¹³

Gemäß Art. 1 der Europäischen Charta der Regionalen- und Minderheitensprachen, der die Begriffe bestimmt:

- „a. bezeichnet der Ausdruck „Regional- oder Minderheitensprachen“ Sprachen,
- i. die herkömmlicherweise in einem bestimmten Gebiet eines Staates von Angehörigen dieses Staates gebraucht werden, die eine Gruppe bilden, deren Zahl kleiner ist als die der übrigen Bevölkerung des Staates, und
 - ii. die sich von der (den) Amtssprache(n) dieses Staates unterscheiden;
 - iii. er umfasst weder Dialekte der Amtssprache(n) des Staates noch die Sprachen von Zuwanderern;
- b. bezeichnet der Ausdruck „Gebiet, in dem die Regional- oder Minderheitensprache gebraucht wird“, das geographische Gebiet, in dem die betreffende Sprache das Ausdrucksmittel einer Zahl von Menschen ist, welche die Übernahme der in dieser Charta vorgesehenen verschiedenen Schutz- und Förderungsmaßnahmen rechtfertigt.
- c. bezeichnet der Ausdruck „nicht territorial gebundene Sprachen“ von Angehörigen des Staates gebrauchte Sprachen, die sich von der (den) von der übrigen Bevölkerung des Staates gebrauchten Sprache(n) unterscheiden, jedoch keinem bestimmten Gebiet innerhalb des betreffenden Staates zugeordnet werden können, obwohl sie herkömmlicherweise im Hoheitsgebiet dieses Staates gebraucht werden.“¹⁴

Der Schutz der Sprachenvielfalt in Europa, ausgedrückt in dieser Charta, geschah aus der Überlegung, dass die Bürger – unter den bürgerlichen und politischen Rechte – sowohl das Recht haben, „im privaten Bereich und im öffentlichen Leben eine Regional- oder Minderheitensprache zu gebrauchen.“¹⁵ Daraus ergibt sich die besondere Rolle der Sprache für eine Minderheit und für deren kulturelle Entfaltung, die verfassungsmäßig gewährleistet werden kann.

¹³ Europarat, *Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen*, 1992, [<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/148.htm>], 29.04.2015.

¹⁴ *Ebenda*.

¹⁵ *Ebenda*.

Die nationalen Minderheiten in Rumänien

„Minderheiten in Europa sind heute wichtige Bindeglieder zur Entwicklung kultureller Brücken innerhalb der Europäischen Union. Darüber hinaus pflegen sie Netzwerke zur Entwicklung zivilgesellschaftlicher Verbindungen über die Landesgrenzen hinweg.“¹⁶

Berufszweige, wie z. B. Ärzte, Handwerk und Handel, wurden in den rumänischen Fürstentümern von Ausländern eingeführt. Aber mit der Entwicklung der nationalen Ideologie entstand der Wunsch, die Ausländer loszuwerden, was natürlich zu Spannungen führte, denn diese Ausländer wurden immer noch gebraucht. Unterschiedliche ausländische Herrschaften in den Territorien des heutigen Rumäniens lösten einen hartnäckigen rumänischen Nationalismus aus, der sich auf die ethnischen und religiösen Eigenschaften der Rumänen beruft. Dementsprechend sei der echte Rumäne ethnisch Rumäne und vorzugsweise orthodox. Somit entstand der Ausdruck des einheitlichen Nationalstaates, wodurch es nur ein Land „Rumänien“ ohne regionale Unterschiede geben sollte. Dabei war die gemeinsame Sprache in den zwei Fürstentümern, die Moldau und die Walachei, kein Hindernis für die Entfaltung spezifischer regionaler Identitäten. Der neue Staat – Rumänien – berücksichtigte aber diese Unterschiede nicht, was dazu führte, dass kulturelle und intellektuelle Elemente der Moldau nach Süden gewandert sind. Boia meint bezüglich dieser Entwicklung, dass ein weniger zentralisiertes System eine eher ausgeglichene regionale Entwicklung der rumänischen Regionen erlaubt hätte.¹⁷

Die Vereinigung der zwei Fürstentümer – das alte Königreich Rumänien – bestand aus „zwei Rumänien“, das der Städte und das ländliche, die sich ethnisch, sozial und kulturell unterschieden. Dennoch spielten die Ausländer eine wesentliche Rolle in der Modernisierung Rumäniens. Somit war Rumänien als Nationalstaat so eingeteilt: Die Dörfer waren fast ausschließlich rumänisch und die Städte waren multiethnisch und multikulturell.¹⁸

¹⁶ Frank Sprengler, „Eröffnung“, in Konrad-Adenauer-Stiftung, *Ungarn und Deutsche – Brückenbauer der europäischen Einigung*, Ungarn: Tagungsband – Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa und der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen 17. Oktober 2013 in Szekszárd, 2014, S. 7.

¹⁷ Lucian Boia, *Cum s-a românizat România (Wie wurde Rumänien rumänisiert)*, București: Humanitas, 2015, S. 6-9. Das Leitmotiv der ethnischen und orthodoxen Rumänen wurde auch während der Präsidentschaftskampagne in 2014 benutzt.

¹⁸ Ein Beispiel dafür ist der Carol Davila, der das rumänische medizinische System organisierte. *Ebenda*, S. 20-21, 24.

Das Wachstum des rumänischen Staates erschwerte die Philosophie der ethnischen Homogenisierung. Dennoch gab es Regeln für die „Anderen“, die den Rumänen schützen sollen und damit einen „potentiellen Überfall“ verhindern sollen, wie z. B. schwierige Einbürgerung und das Verbot der Beschaffung von Immobilien im ländlichen Raum, der als „Hauptquelle des Rumänischen“ wahrgenommen wurde.¹⁹

Die Debatte über den homogenen rumänischen Staat ist keine neue Idee und Rumänien ist auch kein Sonderfall. Dennoch sollte man den Beitrag der „Anderen“ zur Entwicklung des rumänischen Staates nicht leugnen, weil der Austausch zwischen den Bevölkerungen in Europa zu seiner Entwicklung führte. In diesem Sinne ist auch das Motto der EU „In Vielfalt geeint“, das den Reichtum durch Kulturen, Sprachen und Traditionen meint, entwickelt worden.²⁰

Gemäß der gegenwärtigen Verfassung ist Rumänien nach 1990 ein nationaler Einheitsstaat, der nationale Minderheiten anerkennt:

„Art. 1. Rumänien ist ein souveräner, unabhängiger, einheitlicher und unteilbarer Nationalstaat. [...]

Art. 6 Abs. 1 Der Staat anerkennt und gewährleistet aller Personen der nationalen Minderheiten zugehörig das Recht der Bewahrung, Entwicklung und Ausdruck ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität. Abs. 2. Die durch den Staat getroffenen Schutzmaßnahmen für die Erhaltung, Entwicklung und Ausdruck der Identität der nationalen Minderheiten, müssen den Grundsätzen der Gleichheit und der Nichtdiskriminierung in Bezug auf andere rumänische Bürger entsprechen. [...]

Art. 120 Abs. 2 In den territorialen Verwaltungseinheiten, in denen die Bürger, die einer nationalen Minderheiten angehören ein wesentliches Gewicht haben, wird die Verwendung der Minderheitssprache in den Behörden der lokalen öffentlichen Verwaltung und der dezentrierten öffentlichen Dienste, schriftlich und mündlich gewährleistet, gemäß den Bestimmungen des organischen Gesetzen.“²¹

¹⁹ Boia, a.a.O., S. 29-30. Eigene Übersetzung.

²⁰ Vgl. *The EU Motto*,

[http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/motto/index_en.htm], 15 Juni 2015.

²¹ *Constituția României (Verfassung Rumäniens)*,

[http://www.cdep.ro/pls/dic/site.page?den=act2_1&par1=1#t1c0s0sba1], 27.04.2015. Der bedeutende Anteil ist 20% laut dem Gesetz der lokalen Verwaltung.

Man kann also in der Verfassung die von Boia erwähnte Philosophie des homogenen rumänischen Nationalstaates im Art. 1. Abs. 1 wiederfinden. Dennoch ratifizierte Rumänien das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten in 1995 und dieses trat 1998 in Kraft. Rumänien ratifizierte die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ebenfalls, die im 2008 in Kraft trat.

Der rumänische Nationalstaat erlaubt die Vertretung von 20 nationalen Minderheiten im rumänischen Parlament. Als Rumänien die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ratifizierte erkannte der Staat 20 Sprachen an: Albanisch, Armenisch, Bulgarisch, Tschechisch, Kroatisch, Deutsch, Griechisch, Italienisch, Jiddisch, Mazedonisch, Ungarisch, Polnisch, Romanes, Russisch, Ruthenisch, Serbisch, Slowakisch, Tatarisch, Türkisch, Ukrainisch.²² Dennoch sollen besonderen Rechte für die Verwendung der Minderheitensprachen stattfinden, wo 20% der Bevölkerung einer Minderheiten wohnen. Aber wie könnte dieses Recht auf die Sprache den anderen Mitgliedern der Minderheitengruppen gewährleistet werden, wenn die Minderheitengruppen in großen Gebieten spärlich verteilt sind.

Der Minderheitenschutz in Rumänien

Der Minderheitenschutz in Rumänien kommt in ca. 200 gesetzlichen Erlassen vor, die Bestimmungen bezüglich Minderheiten-Mehrheit-Beziehungen enthalten. Diese basieren auf finanzielle Mittel, oder die Schaffung von Institutionen. Dennoch sollte die Durchsetzung des Rechtsgrundsatzes im Bereich der Minderheitenschutz weiter verfolgt werden.²³

Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Rechte gibt es insbesondere bezüglich der Sprachen. Wie oben schon erwähnt spielt die Sprache eine wichtige Rolle für die Entfaltung der Kultur. Wie sollten sich dann die anderen 19 Sprachen der anerkannten Minderheiten entwickeln, wenn es

²² Europarat, *Liste der Erklärungen zum Vertrag Nr. 148 - Die Europäische Charta der Regionalen- und Minderheitensprachen*, [<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ListeDeclarations.asp?NT=148&CM=&DF=&CL=GER&VL=1>], 27.04.2015.

²³ Vlg. Levente Salat, „Regimul minorităților naționale din România și contextul internațional al acestuia“, in Levente Salat (ed.), *Politici de integrare a minorităților naționale din România - Aspecte legale și instituționale într-o perspectivă comparată*, Cluj-Napoca: Centrul de resurse pentru diversitate etnoculturală, 2008, S. 9ff.

dafür keine angemessenen Ressourcen, wie z. B. qualifizierte Lehrkräfte oder finanzielle Mittel, gibt? Deswegen bleiben der Zugang, die Kosten und die Qualität die großen Herausforderungen der Gewährleistung der Minderheitenrechte.

Im Bereich der finanziellen Unterstützung der Minderheiten kann in Rumänien eine verbesserte Verwendung aller öffentlichen finanziellen Mittel stattfinden. Dabei bleiben immer die offenen Fragen, wer darüber entscheiden wird, was entschieden und wie die Umsetzung kontrolliert wird. Diese Fragen sind mit dem Konzept der Zurechenbarkeit gebunden. Darüber hinaus sollte ein allgemeiner Rahmen für eine finanzielle Dezentralisierung eine subsidiäre Verwendung öffentlicher Gelder erlauben, die den lokalen Bedürfnissen (wie z. B. kulturelle Entwicklung für die Minderheiten) angepasst werden sollte.²⁴

Könnte die Implementierung der Gesetzgebung bezüglich der nationalen Minderheiten den Verlust der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit verursachen? Könnte ein Gesetz, das alles regelt, die Situation der Minderheiten oder deren Beziehung zur Mehrheit ändern? Dafür gibt es noch keine klare Antwort, aber einen Vorschlag. Seit Jahren gibt es einen Gesetzesentwurf, von der UDMR²⁵ vorgeschlagen, zum Statut der nationalen Minderheiten in Rumänien. Die Unzufriedenheit der Minderheiten mit der gegenwärtigen Situation zeigt, dass ein Umdenken der gesetzlichen Maßnahmen und Strategien nötig ist.

Der Gesetzesentwurf zum Statut der nationalen Minderheiten in Rumänien

Der seit Jahren im rumänischen Parlament umstrittene Gesetzesentwurf zum Statut der nationalen Minderheiten in Rumänien betrachtet den Rechtsstatus der Minderheiten als einen wesentlichen Faktor des rumänischen Staates. Der Gesetzesentwurf bietet eine Definition der nationalen Minderheiten an, nämlich „Art. 3 die jeweilige Gemeinschaft rumänischer Staatsbürger, die auf dem Territorium Rumäniens lebt, ab der Gründung des modernen

²⁴ Eine Vorstellung wäre, Vorschriften (z. B. die Straßenverkehrsordnung) auf Ungarisch und/oder Deutsch übersetzen lassen und die Übersetzungen allen Mitgliedern der Minderheit zur Verfügung stellen.

²⁵ Uniunea Democrată din România – Die demokratische Union der Ungarn in Rumänien.

Staates, die eine eigene ethnische Identität hat, die durch Kultur, Sprache oder Religion ausgedrückt wird.“²⁶

Der Gesetzesentwurf nennt die Elemente der Identität: Sprache, Kultur, Denkmäler, mobiles Kulturerbe, Traditionen und Religion sowie die Rechte für die Minderheiten: das Recht auf freie (Meinungs-)Äußerung der nationalen Identität in allen Bereichen des politischen, sozialen, wissenschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Weitere Bedingungen für die nationalen Minderheiten sind:²⁷

- der Gebrauch von nationalen Symbolen;
- die Veranstaltung von nationalen und religiösen Feierlichkeiten (Art. 15);
- die Verpflichtung des Staates, die Bildung in den Minderheitensprachen zu gewährleisten; das Recht auf kulturelle Institutionen – finanzielle Mittel;
- die Gleichheit der Religionen und institutionelle Autonomie für die Funktionierung der kirchlichen Institutionen;
- die Verwendung der Sprache in der Verwaltung;
- Organisationen für die Personen einer nationalen Minderheit zugehörig => Teilnahme an Wahlen, staatliche finanzielle Hilfe;
- kulturelle Autonomie.²⁸

Die kulturelle Autonomie soll mithilfe von gewählten Räten ausgeübt werden. Diese Räte sollten die Entscheidungskompetenz über die jeweilige Identität (Bildung, Vertretung in Ministerien, besondere Steuern für Personen der Minderheit, Errichtung des Nationalrates für kulturelle Autonomie) haben. Eine bedingte Dezentralisierung in den Bereichen Bildung und Bildungsstrategien, Kultur, Patrimonium, Kommunikation sollte stattfinden. Darüber hinaus sollte ein Rat der nationalen Minderheiten geschaffen werden,²⁹ der die Zusammenarbeit für die Gewährleistung der Rechte koordinieren sollte. Dafür gibt es folgende Zuständigkeiten: Beratungsorgan der Regierung; Vorschlagsrecht für Verbesserungsmaßnahmen;

²⁶ *Proiect Lege privind statutul minorităților naționale din România (Das Gesetzesentwurf zum Statut der nationalen Minderheiten in Rumänien)*, [<http://s1.ziareromania.ro/?mmid=2dfa212a2f3e870c05>], eigene Übersetzung, 28.04.2015.

²⁷ *Ebenda*, vgl. Art. 9 Abs. 2, Art. 10 Abs. 1, 3.

²⁸ *Ebenda*.

²⁹ *Ebenda*, vgl. Art. 51-55.

Entscheidung über finanzielle Verteilung. Eine weitere Behörde wäre die Behörde für Interethnischen Beziehungen, die eine öffentliche Institution der Regierung, dem Premier untergeordnet, sein sollte. Diese Behörde würde: Gesetzesentwürfe und Normen erarbeiten, das Sekretariat des Rates für nationale Minderheiten versorgen u. a.

Diesem Gesetzesentwurf schlug in den Medien Skepsis und Kritik entgegen. Es gab die Forderung, dass eine Stellungnahme des Europarates zu diesem Entwurf erarbeitet werden sollte. Weitere Kritikpunkte waren: die fehlenden Hinweise auf das Wissen der amtlichen Sprache als Element der Kohäsion und sozialen Integration sowie auf den rumänischen Staat und die rumänische Sprache; die Übertreibung des kollektiven Aspekts der nationalen Minderheiten, die Verpflichtung des Staates finanzielle Unterstützung anzubieten, die Furcht, dass die Kreise Covasna und Harghita den legislativen Rahmen für Autonomie nur aufgrund ethnischer Kriterien bekommen würden, u. a.³⁰

Der Gesetzesentwurf erinnert an den Prozess der Politikgestaltung. Dabei treten auf die Bedeutung des öffentlichen Gutes, die Definition der Probleme, die Identifikation der angemessenen Lösungen, die Entscheidungskriterien (wer, wie, wann, wieso), Implementierungsuntersuchung, Evaluierung der Auswirkung der Maßnahmen als notwendige Schritte des Prozesses der Politikgestaltung. Im Fall der Minderheitenpolitik ist die Politikgestaltung ein Prozess der Mehrebenenakteure und der Verantwortung. Die politischen und die technischen Einzeldetails sowie die Kostenanalyse müssen aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden. Dafür muss ein Kompromiss gefunden werden. Eine letzte offene Frage zu diesem Thema ist: Welche Rolle sollte die (politische) Macht (nach Ratifizierung der Abkommen) noch spielen und inwieweit kann das Minderheitenargument als politisches Machtinstrument benutzt werden? In den politischen Prozessen eines Staates müssen alle betroffenen Parteien sich an Debatten beteiligen, damit einen Kompromiss erreicht werden kann.

³⁰ Siehe online Quellen. Dr. Ioan Lăcătușu, *Lege pentru autonomia etnică a maghiarilor*, [<http://www.rostonline.org/rost/iun2005/lege-minoritati.shtml>], 2005, 28.04.2015; Birou de presă al CESCH, *Profesorul Dinu Giurescu alertează românii: Statutul Minorităților poate duce la prăbușirea hotarelor României*, [<http://www.ziaristionline.ro/2011/06/08/profesorul-dinu-giurescu-alerteaza-romanii-statutul-minoritatilor-poate-duce-la-prabusirea-hotarelor-romaniei-videoaudiofotodoc/>], 2011, 28.04.2015; Maria Ciobanu Băcanu, *Dinnou despre Statutul Minorităților Naționale*, [<http://www.ziarulnatiunea.ro/2012/10/29/din-nou-despre-statutul-minoritatilor-nationale/>], 2012, 28.04.2015.

Fazit

Bis 1996 war eher eine schädliche Position gegenüber Minderheiten und den Gebrauch ihrer Sprachen in Rumänien verbreitet. Danach fand eine aktive Unterstützung für den sprachlichen Pluralismus statt. Die sprachliche Hegemonie und die Konsolidierung der Macht der nationalistischen Gruppen sind die Merkmale der ersten Transformationsjahre nach 1989, während die rumänische Sprache ein wesentliches politisches Symbol war (und bleibt). Dieses Symbol zeigt die pragmatische Begründung der Verwaltungstätigkeit, und den Ausdruck der Erfüllung des nationalen Bestrebens. Gleichzeitig sollte es die Hierarchiebeziehung zeigen (Mehrheit vs. Minderheit).

Horváth argumentiert: Trotz der Tatsache, dass in Rumänien in den letzten 15 Jahren die legale Unterstützung für die Benutzung anderer Sprachen in der Verwaltung und Justiz gestiegen und erlaubt ist, gibt es noch Unterschiede zwischen den Verwaltungsgemeinschaften, wo die 20 % Bedingung erfüllt ist und wo nicht. Er erörtert, dass die Akzeptanz für eine pluralistische Sprachenpolitik als wesentliche Verwirklichung der demokratischen Ordnung und der bürgerlichen Gerechtigkeit steigen soll. Ohne diese Erkenntnis wird der sprachliche Pluralismus weiterhin Opfer der verschiebenden politischen Umstände.³¹

Bibliographie

1. Anderson, Benedict (2000), *Comunități imaginate*, București: Editura Integral.
2. Birou de presă al CESCH (2011), „Profesorul Dinu Giurescu alertează românii: Statutul Minorităților poate duce la prăbușirea hotarelor României”,
[<http://www.ziaristionline.ro/2011/06/08/profesorul-dinu-giurescu-alerteaza-romanii-statutul-minoritatilor-poate-duce-la-prabusirea-hotarelor-romaniei-videoaudiofotodoc/>], 28.04.2015.

³¹ István Horváth, „Drepturile lingvistice ale minorităților și utilizarea limbilor minoritare în România”, in Attila Gidó, István Horváth, Judith Pál (eds.), *140 de ani de legislație minoritară în Europa Centrală și de Est*, Cluj-Napoca: Editura Institutului pentru studierea problemelor minorităților naționale, Kriterion, 2010, S. 330-1.

3. Boia, Lucian (2015), *Cum s-a românizat România (Wie wurde Rumänien rumänisiert)*, București: Humanitas.
4. Ciobanu Băcanu, Maria (2012), Dinnou despre Statutul Minorităților Naționale, [<http://www.ziarulnatiunea.ro/2012/10/29/din-nou-despre-statutul-minoritatilor-nationale/>], 28.04.2015.
5. Constituția României (Verfassung Rumäniens) (2003), [http://www.cdep.ro/pls/dic/site.page?den=act2_1&par1=1#t1c0s0sba1], 27.04.2015.
6. Europarat, [<http://www.coe.int/de/web/about-us/who-we-are>], 15.06.2015.
7. Europarat, *Werte*, [<http://www.coe.int/de/web/about-us/values>], 15.06.2015.
8. Europarat (1995), *Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten*, [<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/157.htm>], 29.04.2015.
9. Europarat, *Die Europäische Charta der Regionalen- und Minderheitensprachen*, [<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/148.htm>], 29.04.2015.
10. Europarat, *Liste der Erklärungen zum Vertrag Nr. 148 - Die Europäische Charta der Regionalen- und Minderheitensprachen*, [<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ListeDeclarations.asp?NT=148&CM=&DF=&CL=GER&VL=1>], 27.04.2015.
11. Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK), [<http://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/europarat-abkommen/emrk7>], 15.06.2015.
12. EMRK, [<http://www.menschenrechtskonvention.eu/>], 28.04.2015.
13. Gángó, Gábor (2010), "Legea naționalităților din 1868 și consencințele ei", in Gidó, Attila; Horváth, István; Pál, Judith (eds.), *140 de ani de legislație minoritară în Europa Centrală și de Est*, Cluj-Napoca: Editura Institutului pentru studierea problemelor minorităților naționale, Kriterion, 13-22.
14. Horváth, István (2010), „Drepturile lingvistice ale minorităților și utilizarea limbilor minoritare în România”, in Gidó, Attila; Horváth, István; Pál, Judith (eds.), *140 de ani de legislație minoritară în Europa Centrală și de Est*, Cluj-Napoca: Editura Institutului pentru studierea problemelor minorităților naționale, Kriterion, 317-332.

15. Lăcătușu, Ioan (2005), „Lege pentru autonomia etnică a maghiarilor”, [<http://www.rostonline.org/rost/iun2005/lege-minoritati.shtml>], 28.04.2015.
16. *Proiect Lege privind statutul minorităților naționale din România (Das Gesetzesentwurf zum Statut der nationalen Minderheiten in Rumänien)*, [<http://s1.ziareromania.ro/?mmid=2dfa212a2f3e870c05>], 28.04.2015.
17. Salat, Levente (2008), „Regimul minorităților naționale din România și contextul internațional al acestuia”, în Salat, Levente (ed.), *Politici de integrare a minorităților naționale din România - Aspecte legale și instituționale într-o perspectivă comparată*, Cluj-Napoca: Centrul de resurse pentru diversitate etnoculturală, 9-29.
18. Sprengler, Frank (2014), “Eröffnung”, in Konrad-Adenauer-Stiftung, *Ungarn und Deutsche – Brückenbauer der europäischen Einigung*, Ungarn: Tagungsband – Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa und der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen 17. Oktober 2013 in Szekszárd.
19. The EU Motto, [http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/motto/index_en.htm], 15 Juni 2015.

**„DIE ENTDECKUNG DER VOLKSSELLE“: OSTEUEPÄISCHE
SPRACHMINDERHEITEN ZWISCHEN IDENTITÄTSPFLEGE UND
SEPARATISMUS: DAS BEISPIEL DER KARPATHO-RUTHENEN**

**„THE DISCOVERY OF THE PEOPLE’S SOUL“. EAST EUROPEAN
LINGUISTIC MINORITIES BETWEEN DEFENCE OF IDENTITY
AND SEPARATISM. THE EXAMPLE OF THE CARPATHO RUSYNS**

Marc Stegherr*

Abstract

In spite of unfriendly remarks about provincialism and warnings of possible separatism attachment to Europe’s historical regions is rising, as the Catalan or Scottish examples show. A lesser known regionalist issue is the Rusyn/Ruthenian one in the Carpathian border region. While their situation regarding minority rights is quite favourable in Northern Serbia/Vojvodina, their demands to have their ethnicity and language recognized by the Ukrainian state were more than once ignored. The reason often mentioned in similiar cases is fear of separatism. The Rusyns’ struggle with identity, the difficult task of keeping their language and culture alive in complex political circumstances, namely the present Ukrainian-Russian crisis, is being described in this article and compared to similar regional cases.

* Dr. Marc Stegherr ist Dozent für Politikwissenschaften an der Fakultät für Europastudien der Universitatea Babeş-Bolyai Cluj/Klausenburg und Lehrbeauftragter für südslavische Landeskunde an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Forschungsgebiete sind (Kultur)Geschichte und Politik Osteuropas, slavische Non-Standard Sprachen; letzte Veröffentlichungen: Ungarischer Regionalismus im rumänischen Siebenbürgen; Zwischen Verfolgung und vorsichtiger Emanzipation: Die Karpatho-Ruthenen im Ersten Weltkrieg; Hasard-Politik mit Erfolg: Rumänien im Ersten Weltkrieg; Die Renaissance der katholischen Tradition. Die Reform der Reform Benedikts XVI. und die Gemeinschaften der Tradition. Contact: marc.stegherr@netpol.at

Keywords: Regionalism, Autonomy, Standard Language, Carpatho Rusyns, Ukraine.

Der nicht mehr so neue Regionalismus muss nach wie vor mit dem unterschwelligem und auch offen geäußerten Verdacht des Separatismus leben. Er mache dem Nationalstaat Konkurrenz, der zwar einerseits, nach herrschendem Diskurs, ausgedient hätte, andererseits manchem nolensvolens als Rückhalt gegen Auflösungstendenzen und neue ethnische Differenzierung erscheint, bevor man ein europäisches Bewusstsein erreicht hätte, in dem sich alle Differenzen auflösen. Dagegen steht die Auffassung, dass die friedliche ethnische Differenzierung und Pluralität eine Tugend Europas ist, die nach dem politischen Missbrauch des Ethnischen durch die Ideologien des 20. Jahrhunderts dringend wiederentdeckt werden müsse. Dass regionales Selbstbewusstsein, sprachliche Ausdifferenzierung, gar die Entdeckung neuer Sprachen als Separatismus, als anachronistische, artifizielle Neuschaffung kritisiert werden, hätte auch damit zu tun, dass die Geister des katastrophalen 20. Jahrhunderts noch lange nicht gebannt seien. Das lange 20. Jahrhundert wirke auch hier nach. In der Regionalismus-Debatte schwingen trotz des eifrigen Bekenntnisses gegen den angeblich überholten Nationalstaat Begriffe wie Zersplitterung, Provinzialismus, Balkanisierung mit, es werden ungute Erinnerungen an die jugoslawischen Bürger- und Separationskriege der 1990er Jahre geweckt. Europaweit ist indes ein wachsender Trend festzustellen zu jener Größe, die überschaubar ist, die die Identität der Menschen länger als der Nationalstaat geprägt hat, die Region. Der Regionalismus genießt vor dem Hintergrund der Globalisierung keinen unbedingt guten Ruf. Man räumt zwar ein, dass die globale Ambition die Kultur uniform und austauschbar gemacht hat, aber dem Vertrauten, dem „Umhausten“ haftet dennoch der Geruch des Rückständigen an.¹ Wer

¹ „Rückkehr zum Taramtaram“. Vor ein paar Jahren war der Bayerische Rundfunk noch drauf und dran, die Volksmusik und ihre Begleiterscheinungen aus dem Programm zu verbannen: zu altmodisch, zu regional. Doch die Sehnsucht der Hörer nach dem Vertrauten ist nach wie vor groß, sie wächst sogar. Deshalb gibt es jetzt den digitalen Radiosender „Bayern Heimat“ – rund um die Uhr. In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 51, 3. März 2015, S. 31. Obwohl sonst neue Angebote, etwa für Minderheiten, als Zeichen der Pluralität gelten, sieht der Autor den neuen Sender als Indiz einer Spaltung der Gesellschaft, die nicht ideal sei:

sich nach der Region sehnt, nach der regionalen Sprache, wünsche das Überschaubare, er werde mit der komplizierten, unübersichtlichen modernen, globalisierten Welt nicht fertig, er versuche das Störende, das Andere auszugrenzen. Eine Identität zu definieren sei gefährlich, meint etwa die Soziolinguistin Katharina Brizić.² Gerade regionale Identitäten, die vielfachen Einflüssen ausgesetzt sind, müssen sich jedoch auf einen mehr oder weniger definierten Grundbestand verlassen können, um sich nicht zu entgrenzen und aufzulösen. Schweizer im Aargau und im Wallis oder Russinen in der Ostslowakei oder der Westukraine leben in Übergangsregionen, die vielfältigen Einflüssen ausgesetzt waren und sind, und müssen sich über konkrete Identitäten definieren, über Sprache, Trachten, die regionale Geschichte. Minderheiten haben stets mit Nachbarn gelebt, waren ihren Einflüssen ausgesetzt, was ihre Identität bereicherte, aber auch festigte. Heute ist es der Streit gegen die Übermacht der Standardsprache, ihre Allgegenwart im Fernsehen, in Radiosendungen und in der Presse. Früher war es die gewaltsame Unterdrückung durch die Mehrheitskultur, ob im postrevolutionären Frankreich, das überzeugt war, dass der Aberglaube bretonisch spräche, ob im kommunistischen Osteuropa, das jede Sonderidentität als konterrevolutionär verurteilte. Das Jugoslawien Titos stellte in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar. Die Russinen bzw. Karpato-Ruthenen – von denen in diesem Aufsatz vor allem die Rede sein soll – in

„Die Programme spalten sich auf, damit auch Hörer mit bestimmten Neigungen erreicht werden. Die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der Gesellschaft eine Klammer zu geben, wird dadurch nicht einfacher. Neue Formate wie „BR Heimat“ zeigen eben auch, dass der Kampf um die Quote die Frage nach den gesellschaftspolitischen Zielen der Programmgestaltung überdeckt.“ In einem Artikel über den neuen Sender „Bayern Heimat“ des Bayerischen Rundfunks, der v.a. bayerische Volksmusik sendet, werden der altbackene Musikgeschmack, den der Rundfunk der 1970er Jahre pflegte, und die Wünsche der Hörer nach der Rückkehr in diese heile, umhauste Welt, dem der Bayerische Rundfunk mit dem neuen Sender entgegenkommt, in einem Atemzug genannt. Die Karikatur der Verhältnisse der 70er Jahre tut ein Übriges: „Früher war das Radiohören am Morgen ein zuverlässiges Vergnügen. Die Zahl der Sender war überschaubar, schätzungsweise in der Hälfte der bayerischen Haushalte lief nach dem Aufwachen Bayern 1. Blasmusik dröhnte in allen Variationen durch die Zimmer [...]. Radio, das bedeutete für die meisten Hörer Volks- und Marschmusik, interpretiert durch Jodeldiplomierte und juchzende Schuhplattler. Der Tag fing schon krachfidel an.“

² „Es ist gefährlich, Identitäten zu definieren“, in: *Der Standard*, 20. Febr. 2015 [<http://dastandard.at/2000011905443/Tag-der-Mutterprache>].

der jugoslawischen bzw. serbischen Vojvodina durften nicht nur ihre Sprache in der Öffentlichkeit sprechen – was etwa in der ukrainischen Sowjetrepublik strikt verboten war – sie erhielten auch ein eigenes Universitätsinstitut, wo das Russinische Gegenstand der Wissenschaft war und bis heute ist. Die aktuelle Rivalität zwischen Standardsprache bzw. Mehrheitssprache und ‚Minderheitensprache‘ gilt für das Russinische in der Region Transkarpatien im Westen der Ukraine genauso wie für den bayerischen Dialekt im Süden Deutschlands oder das Banater Bulgarische im Banat. Für Letzteres freilich weniger, da der Gegensatz zwischen dem slawischen Bulgarisch und dem vorwiegend romanischen Rumänisch größer ist als der zwischen dem slawischen Karpato-Russinisch und dem ebenfalls slawischen Ukrainisch. Der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel definiert Mitteleuropa als Raum, der über eine unglaubliche Vielfalt an Regionen, Ethnien und Sprachkulturen verfügt, und er stellt die Frage, ob sich dieses Mitteleuropa, „der Raum mit den wandernden Grenzen, der Verflechtung der diversen Kulturen, Sprachen und Bekenntnisse, der Nichtübereinstimmung von Staat und Nation, die Mischzone aus ebenso produktiven wie explosiven Übergangs- und Grenzlandschaften, lässt sich dieses Mitteleuropa überhaupt *more geometrico* definieren?“³ Der Klagenfurter Verleger Lojze Wieser, der sich im österreichischen Kärnten einen Namen mit der Herausgabe slowenischer Literatur gemacht hat, ging einen Schritt weiter, als er die aktuelle Entwicklung kritisierte. Wir würden um die „Kuh Nationalstaat“ kreisen „und sehen nicht, dass das vermeintliche Friedensprojekt Europa nur Zukunft haben wird, wenn es auch den Sprachen und Kulturen ohne Territorium Raum gibt und nicht zu einem Supra-Nationalstaat mutiert“⁴.

Die Angst, die Regionalkulturen könnten, nachdem sie sich in den letzten 25 Jahren von historischer und ideologischer Bedrückung befreit und einen kulturellen und sprachlichen Freiraum geschaffen haben, in einer Europäischen Union untergehen, die die kleinen Sprachen und Kulturen im Zuge der weitgehend englischsprachigen Globalisierung übergeht und ignoriert, diese Angst artikuliert sich unter Sprachminderheiten in Westeuropa ebenso wie unter den Ruthenen in Serbien, Kroatien, Polen oder der Slowakei.

³ K. Schlögel, *Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa*, Berlin: Siedler, 1986, S. 13.

⁴ Schreiben zum Frühjahrs-Katalog 2015 des Wieser Verlags Klagenfurt.

Milde positiv stimmen diesen Kulturpessimismus bzw. pessimistischen Realismus die sich mehrenden Gegenindizien, dass beispielsweise Schottland ein Referendum abhalten konnte, das zwar scheiterte, wenn auch knapp; dass Wales sein Regionalparlament erneuern durfte, und die Region Katalonien wohl schon längst mehr als autonom wäre, wenn nicht das spanische Verfassungsgericht in letzter Minute ein Referendum über die Unabhängigkeit untersagt hätte. Die Bretonen in Frankreich organisieren regelmäßig Feste, auf denen die regionale Musik und Kultur gefeiert wird. Auf Sommeruniversitäten wird die bretonische Sprache analysiert und erlernt, und im Süden Frankreichs erlebt das Okzitanische eine Renaissance gerade unter der jüngeren Generation, die der zentralistischen Arroganz überdrüssig ist. Diese Renitenz gegen das scheinbar Faktische ist auch die Folge einer leidvollen Geschichte von Unterdrückung und Verfolgung, und wurde erreicht trotz einer offiziellen französischen Politik, die bis heute die europäische Sprachenkonvention nicht unterzeichnet hat. Das Nationalstaatliche beherrscht das Denken. Mancher französische Regionalpolitiker, der es in die Nationalversammlung geschafft hat, begehrt dagegen auf und muss teils heftige Gegenreaktionen verkraften. Nicht anders und teils heftiger fallen die Reaktionen in Osteuropa aus, das seit 1989 eine Entwicklung verkraften muss, für die Westeuropa zwei Jahrhunderte und vor allem das katastrophale 20. Jahrhundert gebraucht hat. In der autonomen Provinz Vojvodina verfügen die dortige Volksgruppe der Ruthenen oder Russinen zwar über ein funktionierendes Schulsystem bis hinauf zur Universität – in Novi Sad gibt es seit 1970 ein Institut zur Erforschung der russinischen Sprache und Kultur –, was vor allem dank der toleranten Politik Tito-Jugoslawiens erreicht wurde. Doch in den Jahren des Bürgerkriegs mussten die Russinen sich den Vorwurf der Illoyalität gefallen lassen. Auch heute werden die zweisprachigen Ortschilder der russinischen Hauptorte Ruski Kerestur und Ruski Kocur immer wieder beschmiert, das heißt: die russinische Version des Ortsnamens durchgestrichen. Doch allgemein hat sich ein hohes Maß kultureller Autonomie durchgesetzt. Ganz anders in der Westukraine. Als die dort beheimateten Karpatho-Ruthenen zusammen mit den anderen ruthenischen Volksgruppen aus der Vojvodina, der Slowakei, Rumänien oder Polen 2004 ihren Weltkongress im westukrainischen Užhorod abhielten, reagierte die ukrainische Presse mehrheitlich negativ. Hier würde ein Professor aus Kanada, gemeint war der Ruthenen-Experte

Paul Robert Magocsi, den Separatismus einer kleinen Volksgruppe fördern, um sich persönlich und wissenschaftlich eine Bedeutung zu erschaffen, die weder ihm noch den Ruthenen zukäme. Die Idee einer ruthenischen Nation sei schlicht ein Hirngespinnst, im schlimmsten Falle eine Verletzung der Unteilbarkeit der ukrainischen Nation, also ein justiziables Verbrechen. Eine regionale, gerade auch sprachliche Identität hätte es jedoch, so wendet die russinische Seite ein, in der Region Transkarpatien seit Langem gegeben, nicht erst seitdem Magocsi die Ruthenen für sich entdeckte. Auch fühle man sich eindeutig Mitteleuropa bzw. Westeuropa zugehörig. Die Uhren werden nach mitteleuropäischer Zeit gestellt, und jeder Besucher bekommt irgendwann zu hören, hier sei nicht die Ukraine. Umso mehr betrübt es die Ruthenen aus der Transkarpatho-Ukraine, dass etwa Kroatien sich die Klassifizierung der ruthenischen Minderheit von der offiziellen ukrainischen Linie vorschreiben ließ, nach der es eine ruthenische Volksgruppe nicht gebe, sondern nur Ukrainer bzw. Ruthenen-Ukrainer. Was die mangelnde Wahrnehmung der besonderen europäischen Identität der Ruthenen angeht, ist die Tatsache, dass die katholische Kirche im Zuge der neuen Ostpolitik bereit war, zugunsten der Orthodoxie die Rolle der Unierten zu relativieren, ein weiterer Grund zur Klage.

Die Ukraine hätte, bemängeln russinische Vertreter, nicht nur ihre Probleme mit der russischen Minderheit. Die ethnischen Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse sind je nach Region verschieden, in der West-, der Zentral- oder der Ostukraine. Während in Letzterer der russische Bevölkerungsteil stark ist, gibt es in der Westukraine eine Vielzahl an ostslowakisch-westukrainischen Dialekten und kleinen slawischen Ethnien wie die Lemken, Bojken oder Huzulen. Die westukrainische Region Transkarpatien bzw. die historische subkarpathische Rus ist einerseits heute unbestrittener Teil der Ukraine. Man pflegt jedoch ein Sonderbewußtsein vergleichbar dem des Freistaates Bayern. Sprache und Kultur seien zwar mit jenen der Ukrainer verwandt, aber eigenständig, autochthon. Diese These einer karpatho-ruthenischen oder karpatho-russinischen Identität wurde und wird von ukrainischen Nationalisten bis heute, und heute aus naheliegenden Gründen verstärkt, bestritten. Sie sei ein Konstrukt westlicher, vor allem US-amerikanischer Exil-„Ruthenen“ und ihrer Fürsprecher, unter denen der im kanadischen Toronto lehrende Historiker Paul Robert Magocsi hervorrage. Magocsi, den seine Verehrer wie Verächter „mohučyj Magocsi“

(ukr.: der mächtige/einflussreiche Magocsi) nennen, hätte den Russinen die Idee, eine eigene Nation zu sein, eingeimpft, um sie, die doch eigentlich Ukrainer seien und immer gewesen wären, von der ukrainischen Nation zu trennen – Separatismus durch nachgeholte Konstruktion einer Identität. Doch diese eigenständige, separate Identität ist kein „Konstrukt“ des ausgehenden 20. Jahrhunderts, keine von der historischen Entwicklung losgelöste Neuentdeckung. Im Siedlungsgebiet der Ruthenen, das sich über die an die Karpatenregion angrenzenden Staaten erstreckt, über die Westukraine, die Ostslowakei, Serbien, Rumänien und Polen – weshalb sich die Karpaten-Ruthenen auch als die Nation ohne Land, als die „Kurden Europas“ verstehen – traten bereits im 19. Jahrhundert Intellektuelle, vor allem Geistliche auf, die von der kulturellen und sprachlichen Eigenständigkeit der Ruthenen sprachen⁵. Der nationale Aufbruch der anderen slawischen Nationen der Donaumonarchie, der Serben und Kroaten, der Polen und Böhmen, war für den slowakischen Ruthenen, den Dichter, Historiker, Ethnologen, Volksaufklärer, Pädagogen und unierten Geistlichen Aleksandar Duchnovyč (1803-1865) genauso Vorbild wie für Havrijil Kostel'nik (1886-1948), ebenfalls griechisch-katholischer Geistlicher und Ruthene, in diesem Fall aus der heute serbischen Bačka in der Vojvodina. Kostel'nik musste sich von einem Redakteur einer Zeitung, für die er schrieb, abfällige Kommentare anhören, weil er seine Gedichte in seiner Heimatmundart gedruckt sehen wollte. Kostel'nik wurde im Nachhinein von den sogenannten Ukrainophilen in der Vojvodina in Anspruch genommen, weil er zwar auf der Besonderheit der ruthenischen Kultur und Sprache seiner Heimatregion bestand – er verfasste auch eine Grammatik des Bačka- oder Vojvodina-

⁵ Als etwa 1866 in Mukačevo (heutige Westukraine, Transkarpatien) die „Gesellschaft des Hlg. Basilius des Großen“ („Obščestvo sv. Vasiliia Velikogo“) gegründet wurde, deren Ziel in der „Förderung der geistigen und moralischen Bildung der griechisch-unierten Katholiken“ bestand, diskutierte man die Frage, in welcher Sprachform die eigenen Publikationen herauszugeben seien. Sahen sich die ostslawischen Einwohner im Berggebiet Nordostungarns als Teil der russischen oder der ‚kleinrussischen‘/ukrainischen Nation, oder machte sie der Umstand, dass sie seit tausend Jahren in Ungarn lebten, zu einer eigenen ruthenischen Nation, mochten ihre Dialekte auch ukrainisch sein? Vielleicht waren sie auch nur griechisch-katholische Magyaren, „die eine Reihe von magyarisierten slawischen Dialekten sprachen, ähnlich wie in griechischen Publikationen die slawischen Mazedonier nicht viel mehr als slawophone Griechen waren?“ [Paul Robert Magocsi, „Ruthenische kulturpolitische Organisationen“, in: *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, Bd. VIII. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. 1. Teil., Wien, 2006, S. 1354].

Ruthenischen –, aber die Vojvodina-Ruthenen nicht von den verwandten Ukrainern trennen wollte. Die gegensätzliche Position der Russino- oder Ruthenophilen ist im Grunde eine Folge der Politik im kommunistischen Osteuropa. In Polen oder erst recht in der Ukraine schloss die politische Führung kategorisch aus, dass es so etwas wie eine ruthenische oder russinische Ethnie gebe. Im blockfreien Jugoslawien, unter Staatspräsident Josip Broz Tito, galt dagegen eine im Vergleich zu den kommunistischen Nachbarstaaten, von denen sich Tito abzugrenzen suchte, liberale Minderheitenpolitik, die es den Ruthenen freistellte, sich als jugoslawischer Ruthene oder jugoslawischer Ukrainer zu deklarieren. Da man damit auch den entsprechenden Kulturvereinen angehörte, war es im Interesse einer Förderung und Vertiefung der lokalen ruthenisch-russinischen Kultur geraten, sich der russinophilen Position anzuschließen, wenn auch die ukrainische Herkunft nie ernsthaft in Zweifel gezogen wurde. Doch gibt es auch strikte Russinophile, die die Russinen in der Bačka bzw. in der Vojvodina als autochthon betrachten. Die Deklarationsfrage, ob man sich als Ruthene/Russine oder Ukrainer betrachtet, das mangelnde, durch die einseitig an der ukrainischen Mutternation orientierte historische Nationalitäten-Politik eingeschränkte Bewusstsein sei auch die Ursache, klagen Vertreter der russinischen Linie, warum in Rumänien die Zahl derer, die sich als Russinen deklarieren, verschwindend gering ist. Von den 61.091 Ukrainern, die sich im rumänischen Zensus von 2002 als solche bekannten, mögen einige Russinen sein. Die Volkszählung von 1992 ermittelte gerade einmal 350 Personen, die sich als Russinen bezeichneten, wobei inoffizielle Schätzung von bis zu 40.000 rumänischen Russinen sprechen, die vor allem im Nordwesten des Landes, in den Landkreisen Satu Mare, Maramureş und in der Bukowina leben. Als anerkannte ethnische Minderheit haben sie Anspruch auf einen von 19 den Volksgruppen vorbehaltenen Sitzen in der Abgeordnetenversammlung, den aktuell der *Kulturverband der Ruthenen in Rumänien* (Uniunea Culturală a Rutenilor din România, UCRR) besetzt.⁶

⁶ Der 2000 gegründete Verband trat im selben Jahr in den Parlamentswahlen an, und obwohl er nur 6.942 Stimmen erhielt (0,06 %), gewann er einen Sitz in der Abgeordnetenversammlung dank der gesetzlichen Regelung, die Parteien, die ethnische Minderheiten bzw. Volksgruppen repräsentieren, von einer Prozenzhürde ausnimmt, vorausgesetzt, sie erhält zehn Prozent der Stimmen, die für einen einzelnen Sitz in der Kammer nötig sind. Seit 2000 hat der Verband in jeder Wahl den der ruthenischen Minderheit vorbehaltenen Sitz gewonnen.

Damit sei eine der kleinsten russinischen Gemeinden in Europa politisch weit besser vertreten als ihre Konationalen in der Westukraine, wo die Mehrheit der geschätzt zwei Millionen Karpatho-Ruthenen lebt.

Inwieweit man von einer eigenen russinischen Ethnie sprechen könne, hängt primär mit der Frage zusammen, inwieweit sich die in der Westukraine, der Ostslowakei, in der Vojvodina oder im Nordosten Rumäniens gesprochenen slawischen Übergangsdialekte als eigenständig, abgegrenzt vom Ukrainischen beschreiben lassen. Ist ihr Sprachstand so weit gediehen, dass von einer ausdifferenzierten Sprache im Gegensatz zu einem auf bestimmte Alltagsbereiche beschränkten Dialekt gesprochen werden könne? Die politischen und sozialen Bedingungen waren in der Vojvodina, wie gesagt, so günstig, dass diese Frage in Bezug auf den dort gesprochenen ukrainisch-ruthenisch-russinischen Dialekt am ehesten bejaht werden kann,⁷ wie auch unter Umständen für die in der Ostslowakei in der Region um Prešov gepflegte Variante des Russinischen. Die ausgebaute Schriftsprache der Vojvodina-Russinien steht hinter der These, dass es sich im Falle des Russinischen um die jüngste slawische Literatursprache handele. Um sie als Standardsprache gelten zu lassen, müsste der staatliche Rahmen, etwa eine autonome Region in einem föderalen Staat hinzukommen, in dem das Russinische als Verkehrssprache anerkannt wäre. Im westukrainischen Transkarpatien, der „Wiege der Ruthenen“, wo die Mehrheit der Karpatho-Ruthenen lebt, ist man von diesem Zustand nach wie vor am weitesten entfernt. Transkarpatien galt in den kommunistischen Jahrzehnten und gilt bis heute als das negative Gegenbeispiel zur Vojvodina. Der dänische Anthropologe Tom Trier erklärte nach einem Forschungsaufenthalt 1999, dass „nur in der Republik Ukraine [...] die Russinien nach wie vor alle grundlegenden Rechte als Volksgruppe entbehren, das heißt, aller Rechte beraubt sind, als eigene Ethnie bezeichnet

⁷ In Novi Sad, der Hauptstadt der autonomen Provinz Vojvodina, gibt es seit den späten 1970er Jahren einen eigenen Lehrstuhl für russinische Sprache und Literatur. Die Vojvodina-Russinien verfügen über einen eigenen Schulbuch- und Literaturverlag, einen Bildungsweg, der von der Grundschule bis zur Universität in russinischer Sprache führt, vorausgesetzt, man studiert anschließend am russinischen Universitätsinstitut. Grundlage war und ist die ausgebaute russinische Literatur- und Schriftsprache, die für alle wesentlichen gesellschaftlichen Bereiche einen entsprechenden Wortschatz bereitstellt. Dass das von einer relativ kleinen, v.a. bäuerlich strukturierten russinischen Gemeinschaft in der Vojvodina geleistet wurde, ist beachtlich.

zu werden. Man kann die Probleme der Russinen in der Ukraine kaum ignorieren, wenn man bedenkt, dass die überwiegende Mehrheit der Russinen in Europa in der ukrainischen Region Transkarpatien konzentriert sind.“⁸ Auf dem fünften Weltkongress der Russinen, der 1999 im ukrainischen Užhorod, unter dem Protest der ukrainischen Nationalisten gegen die „amerikanischen Separatisten und Imperialisten“, die russinische Pseudo-Nation stattfand, erklärten die Russinen aus den benachbarten osteuropäischen Staaten zusammen mit ihren ukrainischen Verwandten, sie würden nun fühlen, dass sie ein Volk seien, „eine Kraft, und dass wir unsere Kräfte vereinen müssen mit allen Russinen in der Welt“. Man wollte in der Ukraine vor allem die erzwungene Ukrainisierung rückgängig machen, die etwa in der kommunistischen Tschechoslowakei die Russinen der slowakischen Mehrheit assimiliert hatte. Ressentiments gegen die russinischen Ambitionen, die in erster Linie kulturell und sprachlich sind, weckten Spekulationen über angebliche politische Ambitionen der russinischen Gemeinde. In den frühen 1990er Jahren gingen in der tschechischen, slowakischen und transkarpatho-ukrainischen Presse Gerüchte um, politische Aktivisten aus den Grenzregionen würden eine Rückgliederung Transkarpatiens, der historischen subkarpathischen Rus', an die Tschechoslowakei fordern, in deren Staatsverband sich die Rus' in der Zwischenkriegszeit befunden hatte. Es war sogar die Rede davon, Transkarpatien könnte an Ungarn zurückgegeben werden oder zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei aufgeteilt werden. Die Tschechoslowakei distanzierte sich umgehend, und keine der russinischen Organisationen, die sich seit 1990 gegründet hatten⁹, und ebensowenig der Weltkongress der

⁸ T. Trier, „Introduction: Rusyns, Minority Rights and the Integration of Europe“, in: T. Trier (ed.), *Focus on the Rusyns. International Colloquium on the Rusyns of East Central Europe*, Copenhagen: The Danish Cultural Institute, 1999, S. 3.

⁹ Vor dem Ende der 1990er Jahre wurden insgesamt fünf neue russinische Organisationen in den Gebieten, in denen Russinen leben, gegründet: neben der „Gesellschaft der Karpato-Russinen“ in Transkarpatien die „Gesellschaft der Russinischen Wiedergeburt“ (Rusynska Obroda) in Medzilaborce, Tschechoslowakei (gegründet im März 1990), der „Verband der Lemken“ (Stovaryšynja Lemkiv) im polnischen Legnica (gegründet im April 1990), die „Gesellschaft der Freunde der Subkarpathischen Rus'“ (Společnost přátel Podkarpatské Rusi) in Prag (gegründet im Oktober 1990), und die „Ruska Matka“ (Russinische Mutter) in Ruski Kerestur, Jugoslawien (Dezember 1990). Im Mai 1991 wurde eine sechste Organisation gegründet, die „Organisation der Russinen in Ungarn“ (Magyaroszagi Ruszinok Szervezete) in Budapest. Die Mehrzahl dieser Organisationen hat ihre eigenen russinisch-sprachigen

Russinen, der 1991 zum ersten Mal zusammentrat, machte sich Forderungen nach Grenzänderungen zu eigen. Was man dagegen sehr bald anstrebte, war eine Anerkennung als eigenständige Ethnie mit allen kulturellen und sprachlichen Rechten, wie sie die unabhängige Ukraine in ihrer Verfassung, die erst im Juni 1996 verabschiedet wurde, den nationalen Minderheiten zusicherte. 1992 war bereits ein Gesetz für die nationalen Minderheiten verabschiedet und ein bilaterales Abkommen zwischen der Ukraine und Ungarn unterzeichnet worden, das die ungarische Minderheit in Transkarpatien zum Gegenstand hatte. Diese Rechtssetzungen trugen der Ukraine internationalen Zuspruch ein. Doch zwischen Theorie und Wirklichkeit klaffte schon damals eine Lücke, die Minderheitenvertreter kritisierten. Die Russinen hofften ebenfalls als Volksgruppe anerkannt zu werden, was Präsident Leonid Kučma mit US-amerikanischer Unterstützung in Aussicht stellte. Doch dieses Versprechen blieb genauso uneingelöst wie das des Präsidentschaftskandidaten Viktor Juščenko. Anklagen russinischer Aktivisten, Kiev würde die Verfassung verletzen, die den muttersprachlichen Unterricht garantiert, ebenso wie das Europäische Dokument zu Regional- und Minderheitensprachen, das die Ukraine 1992 ratifiziert hatte, verhallten ungehört. Kievs Haltung gegenüber Minderheiten könne nicht als europäisch gelten, klagten Vertreter der russinischen Minderheit. Der zweite Europäische Kongress der Russinen im Oktober 2008 konstatierte sogar, die anti-russinische Politik der ukrainischen Regierung hätte mittlerweile eine Situation geschaffen, die es den Russinen unmöglich mache, als eigenständige Volksgruppe innerhalb der Ukraine zu leben. Konsequenterweise forderte der Kongress Kiev auf, die Autonomie der Subkarpatischen Rus' bis zum ersten Dezember anzuerkennen. Diese Forderung war von weiteren affirmativ-exzessiven Äußerungen begleitet, die die desparate politische Lage der russinischen Volksgruppe offenbarten. Die offizielle Politik Kievs sei auf die „Zerstörung und Diskriminierung“ der russinischen Ethnie gerichtet, sie hätte Züge eines Genozids in ihrer eigenen Heimat

Zeitungen, Zeitschriften oder Zugang zu bestehenden Publikationen. Alle fünf Organisationen haben die prinzipiell gleichen Forderungen erhoben: die Anerkennung als eigene Volksgruppe, die Kodifizierung des Russinischen als Literatursprache und ihr Gebrauch an Schulen, und die Garantie aller Rechte einer nationalen Minderheit für die Russinen in den Ländern, in denen sie beheimatet sind. Im Falle Transkarpatiens sollten die Russinen als die dominante autochthone Volksgruppe anerkannt werden. [Vgl. P. R. Magocsi, „The Rusyn Question“, in: *Political Thought*, 1995, № 2-3 (6), p. 221-231].

angenommen.¹⁰ Zwiespältig erschien ihnen Viktor Juščenkos Versuch, den Holodomor, den Hunger-Genozid der Sowjetunion an den Ukrainern in den Jahren 1932/33, in das allgemeine Bewusstsein zurückzuholen, aber die Leiden der Minderheiten, historisch und aktuell, zu übergehen. Als das Regionalparlament der Region Transkarpatien in Užhorod ankündigte, es würde die Autonomie verkünden – dass Kiev nicht reagieren würde, war klar – wurden alle Abgeordneten gewarnt, dass das Parlament sofort aufgelöst und ihre Entschlüsse annulliert werden würden. Die russinischen Wortführer, Erzpriester Dimitri Sidor und Župan, wurden sogar nach Kiev beordert, zu „Informationsgesprächen“ mit dem Ukrainischen Geheimdienst. Sie wurden angeklagt, gegen die territoriale Integrität des Landes zu arbeiten, womit man im Grunde jede Selbstbestimmung, wenn auch nur kulturell, durch Einschüchterung im Keim ersticken wollte.¹¹ Auch nach diesen Vorgängen sah Kiev keine Veranlassung, zum Beispiel in ein Dokument des Außenministeriums, das auch das Ziel formulierte, die Ukraine in die Europäische Union zu bringen, im Kapitel über den „Schutz der Rechte ukrainischer Bürger“ die Russinen wieder einmal mit keinem Wort erwähnte. Kiev verletze damit nicht nur die Rechte der ruthenischen Minderheit, sondern die aller Minderheiten auf ukrainischem Boden. Das Gesetz für die höhere Ausbildung, das das ukrainische Kultusministerium im Dezember 2008 vorlegte, drohte mit neuem Ungemach. Dass Ukrainisch als offizielle Verkehrs- und Unterrichtssprache festgelegt wurde, drohte das Recht der Minderheiten auf Unterricht in ihrer Muttersprache, ob Russinisch, Rumänisch oder Ungarisch, einzuschränken. Während der Proteste auf der Halbinsel Krim wurden Puppen des Ministers für Erziehung, Wissenschaft, Jugend und Sport, Ivan Vakarčuk, verbrannt. Minderheitenvertreter warfen Kiev eine systematische Pauperisierung des industrialisierten Ostens und Südostens vor, indem es die wirtschaftlichen Verbindungen zu Russland unterband. Als im Januar 2006 und zwei Jahre später, im Januar 2008, Kiev den Transport von russischem Gas nach Transkarpatien blockierte, richtete Užhorod Klagen an die Hauptstadt, sie würde damit die Existenz der Region Transkarpatien und der dort lebenden Russinen gefährden. Die Gasleitungen liefen zwar auch durch die Region, womit zumindest ein

¹⁰ Ausführlicher Bericht über den Zweiten Europäischen Kongress der Russinen unter: www.lenta.ru/articles/2008/10/27/rusyns/, www.zaxid.net/newsru/2008/10/27/122003, 28.05.2015.

¹¹ Росийская газета. Федеральное издание № 4818, 23. Dez. 2008. Moskau.

kleiner Teil dort bleiben sollte, gingen die Erlöse vollständig nach Kiev, was für zusätzlichen Unmut sorgte.

Der selbsternannte Premierminister der Region Subkarpatische Rus, Petar Gecko, klagte gegenüber der in Moskau erscheinenden *Rossijskaja Gazeta*, Transkarpatien würde der Ukraine ein Viertel des nationalen Budgets einbringen. „Die Gaspipelines nach Europa führen über die Region Transkarpatien. Unser Transitkoeffizient ist dreimal höher als der der baltischen Region und zweimal höher als der anderer benachbarter Länder. [...] Eine halbe Ewigkeit haben wir die Autonomie gefordert, die ganzen letzten Jahre, fast jeden Monat. Und niemand hörte uns auch nur zu“, erklärte Gecko, und fügte hinzu: „Sollte die Autonomie nicht Wirklichkeit werden, dann werden wir für unsere Unabhängigkeit kämpfen. Die Subkarpatische Rus hat sich an Russland gewandt mit der Bitte, die Unabhängigkeit der Subkarpatischen Rus von der Ukraine anzuerkennen.“ Die Unzufriedenheit nicht allein der Russen in der Ukraine ist also durchaus keine Erscheinung unserer Tage, die Moskau hätte eigens provozieren müssen. Sie ist auch eine direkte Folge der halbherzigen bis indifferenten Minderheitenpolitik des offiziellen Kiev. Da Kiev plante, Ukrainer aus anderer Landesteilen bewusst in den russinischen Gebieten Transkarpatiens anzusiedeln – was auch mit Blick auf die mehrheitlich russische Krim geschehen war –, richtete der „Sojm“, das Regionalparlament Transkarpatiens, eine Hilferuf an die Regierungen und Parlamente der Tschechischen Republik, die Europäische Union und die Russische Föderation. Man bat den Europarat, die OECD und andere internationale Organisationen, die Defizite der Ukraine in Minderheitenfragen, in ihrem Verhältnis zu Nicht-Ukrainern offiziell zu evaluieren, auch im Hinblick auf die ganz andere, positivere Lage der Karpato-Russinen in Tschechien der Slowakei, in Ungarn oder Serbien. 2006 hatte die UN-Kommission für ethnische Diskriminierung erklärt, sie sei über die Lage der Russinen in der Ukraine besorgt und rate Kiev dringend, „die Anerkennung der Russinen als eigene nationale Minderheit zu überdenken“. Abschließend bemerkte die Kommission sogar, es gebe „beträchtliche Unterschied zwischen Russinen und Ukrainern“. Kiev ließ sich davon nicht beeindrucken, auch davon nicht, dass russinische Aktivisten andeuteten, die Kiever Politik sollte zumindest beschämt sein, wenn selbst Serbien, das für seinen Umgang mit seinen Minderheiten heftigst gescholten wurde, ein um vieles besseres Zeugnis erhielt, was die

russinische Minderheit auf seinem Staatsgebiet betrifft. In der Ukraine war und ist Kritik an der forcierten Ukrainisierung der Russinen bis heute kein Thema, während es, wie gesagt, in der Vojvodina, den Russinen überlassen blieb, sich als Ukrainer oder autochthone Vojvodina-Russin zu deklarieren. Nur während des jugoslawischen Bürgerkrieges hatten serbische Nationalisten die Loyalität der Russinen angezweifelt. In Kroatien gelang es der Ukraine zeitweise, die Regierung zu überreden, die kroatischen Russinen mit der ukrainischen Minderheit in einer Gruppe zu vereinen und den dortigen Russinen damit eine eigene nationale Repräsentanz zu verweigern.

Die ukrainischen Karpatho-Russin reagierte begeistert, als sie die Russische Föderation 2004 als eigene ethnische Gruppe anerkannte, obwohl die Russinen mit Russland historisch und kulturell relativ wenig zu tun haben. Die ukrainische Regierung warf Russland vor, ethnische Spannungen zu fördern, obwohl sie, gerade im russinischen Fall, selbst wenig bis gar nichts getan hatte, um das Verhältnis zu entspannen. Das ist auch bedauerlich aus einem kulturellen Grund, der die Russinen eigentlich zu den natürlichen Verbündeten der westlich orientierten Orangen Revolution gemacht hätte. Die westukrainischen Russinen gehören mehrheitlich der unierten, griechisch-katholischen Kirche an und rechnen sich kulturell eindeutig zu Westeuropa. Dennoch fühlen sie sich als Teil der Ukraine, ungeachtet aller lokalpatriotischen Gefühle. Eine Stimmung dafür, sich vom ukrainischen Staatsverband abzuspalten, ist erst dadurch entstanden, dass Kiev sich allen Bitten und selbst klaren Abstimmungen zugunsten einer Autonomie bzw. Föderalisierung konsequent verweigerte. Als im Dezember 1991 ein Referendum über die Unabhängigkeit der Ukraine stattfand, wurde zugleich in Transkarpatien über die Autonomie für die Region abgestimmt. 92,6 Prozent sprachen sich in Transkarpatien für die Unabhängigkeit der Ukraine aus und 76,8 Prozent für die Selbstverwaltung¹². Das positive Verhältnis der Bevölkerung Transkarpatiens zur ukrainischen Staatlichkeit bei gleichzeitigem Zuspruch zur Autonomie der Region hätte versichernd wirken können. Doch die Angst überwog in Kiev. Es könne nicht sein, dass man um die territoriale Integrität fürchten müsse, kaum dass die Unabhängigkeit errungen sei.

¹² P. R. Magosci, "Rusyns Regain Their Autonomy", in: *Ukrainian Canadian Herald*, 16. März 1992, S. 7.

Die so grundverschiedenen Erfahrungen der Russinen in Serbien und der Ukraine wirken sich auf ihre Sicht der Majdan-Revolution aus. Die sich als Ukrainer identifizierenden serbischen Russinen protestierten lautstark gegen die „Lügen Putins über die Krim und die Ukraine“, die die „russische Propaganda“ verbreiten würde. Die ukrainischen Russinen waren tief gespalten. Der Gesamtkarpatische Verband der Russinen erklärte, die ukrainischen Russinen könnten keinesfalls den sowjetischen Terror vergessen, der mit der Okkupation und Annexion des Jahres 1944 und in den Jahrzehnten danach über die Russinen gekommen wäre. Daher verurteile der Verband auch die „Okkupation der Krim“. Andererseits waren die westukrainischen Russinen während des Zweiten Weltkriegs den Verdächtigungen der ukrainisch-nationalistischen UPA (Українська Повстанська Армія, Ukrainische Aufstandsarmee) ausgesetzt, die überall Separatisten und Verräter witterte. Im ukrainischen Parlament sitzen nach wie vor ukrainische Nationalisten, die sich auf den ukrainischen Freiheitskampf der Weltkriegsjahre berufen, die die Kollaboration mit der deutschen Besatzung einschloss. Daher blicken die Karpatho-Russinien mit gemischten Gefühlen auf die post-revolutionäre Ukraine. Der selbsternannte subkarpathisch-russinische Premier Gecko nannte die Mitglieder der Übergangsregierung und deren Vertreter in Transkarpatien „galizische Faschisten“. Vertreter des Gesamtkarpatischen Verbandes schimpften ihn darauf einen Agenten Moskaus, der die karpatho-russinische Gemeinde zu spalten versuche. In einem offenen Brief hatte Gecko den russischen Präsidenten gebeten, die Staatlichkeit der Republik Subkarpathische Rus anzuerkennen und wie in Syrien auch in der Ukraine seine „friedensstiftende Rolle“ wahrzunehmen. Der Verband wiederum bekräftigte seine Position, dass nur eine europäische Integration der Russinen Transkarpatiens zukunftsweisend sei.

Man ist gespalten. Nachdem sich die Europäische Union in der Vergangenheit gegenüber Kiev nicht durchsetzen konnte und die karpatho-russinischen Ansuchen auf taube Ohren stießen, erscheint manchem ukrainischen Russinen Russland als (vorläufiger) Hoffnungsträger. Die Annexion der Krim stößt bei ihnen auf verhaltenen Neid. Was die Russinen in den letzten zwei Jahrzehnten nicht erreicht hätten, nicht einmal in der kleinen Gestalt einer regionalen Autonomie, hätten die Russen auf der Krim dank der starken Unterstützung Russlands innerhalb kürzester Zeit erreicht. Freilich wissen auch die Russinen, dass ihre Anerkennung durch

Russland 2004 reine Symbolpolitik, ein symbolischer Fingerzeig an Kiev, war, der eigentlich Richtung Ostukraine und Richtung Krim deutete. Moskau würde auch nach dem Krim-Abenteuer niemals ein Eingreifen zugunsten der Karpatho-Russinen in Erwägung ziehen, mag man im Westen auch fürchten, Russland könnte seine Expansionspolitik auch gegen die baltischen Staaten, Polen und Rumänien richten. Das Tragische ist, dass die kleine Nation der Russinen, nachdem sie weder von der Orangen Revolution noch vom pro-europäischen Maidan praktische Fortschritte gesehen hat, sich diese von Russland erwartete. Die offizielle ukrainische Politik tut sich nach wie vor schwer, vertrauensbildende Signale an die Minderheiten zu senden. Vertrauen ließe sich durch eine Föderalisierung der Ukraine, durch Autonomielösungen zurückgewinnen, der freilich die traditionelle Angst vor neuen Separatismen beigemischt ist.¹³ Hätte man die Föderalisierung schon vor Jahren angegangen, hätte sich die vorhandene Spaltung der Ukraine, ihre ethnische Zerrissenheit vielleicht nicht derart zugespitzt, dass selbst Russland für eine westlich, mitteleuropäisch orientierte Minderheit wie die Karpatho-Russinen, die ihre Uhr demonstrativ nach der mitteleuropäischen Zeit stellen, als neuer Hoffnungsträger erscheint.

Klassische, zentralistisch verwaltete Nationalstaaten wie Frankreich, Rumänien oder die Ukraine sehen die wachsenden Minderheiten als Bedrohung der Einheit, der Unteilbarkeit und Souveränität des Staates und wehren sich gegen eine Ausweitung der Volksgruppenrechte, ob im Falle der Bretonen, Ungarn oder Ruthenen. Sie könnte anderen Staaten dazu dienen, die Staatlichkeit benachbarter Länder zu unterminieren – wie mit Verweis auf die ukrainisch-russische Krise oder die Einflussnahme Ungarns auf die ungarische Volksgruppe in Rumänien argumentiert wird. Man kann aber auch dagegenhalten, dass ein klares und umgesetztes Volksgruppenrecht einer Eskalation wie in der Ostukraine oder einer politischen Instrumentalisierung vorgebeugt hätte. Vielfach kritisiert wurde bekanntlich die Vergabe der doppelten Staatsbürgerschaft in der Slowakei, in Rumänien oder der

¹³ So die Meinung des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder in einem Interview mit der deutschen Tageszeitung „Die Welt“ [vgl.: Stefan Aust, Daniel Friedrich Sturm, „Seit mehr als 14 Jahren begrüßen wir uns so“. Gerhard Schröder feierte auf dem Höhepunkt der Ukraine-Krise seinen 70. Geburtstag mit dem russischen Präsidenten. Im Interview erklärt er, warum man Wladimir Putin besser zuhören sollte. In: *Die Welt*, 11. Mai 2014].

Westukraine an dort lebende Ungarn, was etwa vor den ungarischen Parlamentswahlen geschah¹⁴. Die Politisierung von Kulturen, vor der etwa die Politologin Sabine Riedel warnt¹⁵, kann indes nur verfangen, wenn es berechtigten Grund zur Klage gibt. Der rumänische Historiker Lucian Boia verweist etwa auf die Lage der Rumänien in Siebenbürgen, die vor dem Kriegseintritt Rumäniens 1916 an der Seite der Entente durchaus nicht so einheitlich ihre Befreiung vom „ungarischen Joch“ wünschten, weil es ihnen schlicht in Siebenbürgen weit besser ging als zum Beispiel ihren Konationalen im russisch beherrschten Bessarabien.¹⁶ Nach Ansicht Riedels wäre mit der Einigung Europas ein vordemokratisches Nationsmodell wiederbelebt worden, das Bürgerrechte nach kulturellen Zugehörigkeiten gewährt. Die Politisierung kultureller Differenz schwäche die Staaten in ihrem sozialen Zusammenhalt und bedrohe ihre Souveränitätsrechte.

¹⁴ Das Gesetz zur ungarischen Staatsbürgerschaft wurde nicht nur auf den Oblast Transkarpatien, der einmal zu Ungarn gehörte, angewendet. Heute leben dort etwa 150.000 ethnische Ungarn, die etwa 12 Prozent der Gesamtbevölkerung der Region stellen. Ungarn besitzt eine sehr große Diaspora-Gemeinde in der ganzen Welt, die etwa drei Millionen Menschen umfasst. Die Mehrzahl der ethnischen Ungarn lebt in Rumänien (etwa 1,6 Millionen), in der Slowakei (mehr als 500.000) und in Serbien (etwa 290.000). Die ungarischen Politiker, die vor den ungarischen Parlamentswahlen in die Karpato-Ukraine fuhren, verhehlten ihre Hoffnung nicht, dass sie sich eine hohe Wahlbeteiligung von der Mehrheit der westukrainischen Ungarn mit ungarischem Pass erwarten würden. Einige lokale ungarische Organisationen riefen ihre Mitglieder und Sympathisanten direkt dazu auf, an den Parlamentswahlen im Nachbarland teilzunehmen. Wie das Oberhaupt der Gesellschaft für ungarische Kultur der Transkarpaten (OWKS), Miklós Kovacs, erklärte, warb seine Gesellschaft für die Fidesz-Partei des amtierenden Premiers Viktor Orbán, dem es die ungarischen Transkarpatier die ungarische Staatsbürgerschaft zu verdanken hatten. Nach den Listen stammt die Mehrheit derjenigen, die an den Wahlen teilnehmen wollten, aus Rumänien (mehr als 100.000), aus Serbien (etwa 30.000) und aus Deutschland (mehr als 2.000), wobei die Ukraine nicht auf der Liste aufgeführt war. Der überwiegende Teil der Transkarpatier folgte jedoch nicht einem „Ruf des Herzens“ (NZZ), sondern einem zutiefst utilitaristischen Grund. Sie beantragten die ungarische Staatsbürgerschaft weniger aus Interesse an den ungarischen Parlamentswahlen sondern vielmehr mit Blick auf die Freizügigkeit und die offizielle Arbeitsplatzvermittlung in der Europäischen Union.

¹⁵ Vgl. S. Riedel, *Die kulturelle Zukunft Europas. Demokratien in Zeiten globaler Umbrüche*, Wiesbaden: Springer, 2014.

¹⁶ Vgl.: L. Boia, *Die Germanophilen. Die rumänische Elite zu Beginn des Ersten Weltkrieges*, București: Humanitas, 2010. Th. Kahl, L. Schippel (Hrsg.), *Forum Rumänien*, Bd. 22. Berlin 2014; L. Boia, *Primul Război Mondial. Controverse, paradoxuri, reinterpretări*, București: Humanitas 2014.

Europa werde als Friedenprojekt nur dann überleben, „wenn es Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Kulturleistungen bewahrt und sein Bekenntnis zur Nichteinmischung und territorialen Integrität von Staaten erneuert“.¹⁷ Der Sohn des letzten Kaisers von Österreich-Ungarn, des Vielvölkerstaates per se, und Europaparlamentarier Otto von Habsburg sagte 1995 in Wien, es werde notwendig sein, „dass wir endlich [...] ein europäisches Volksgruppenrecht durchsetzen“.¹⁸ Nach Ansicht Habsburgs ist der Regionalismus, die Aufwertung der Volksgruppenrechte kein Anschlag auf die Souveränität, kein Rückfall in vormoderne Modelle, sondern ein Fortschritt hin zu dem, was Europa historisch ausgemacht hätte – die Vielfalt seiner autochthonen Völker, Sprachen und Kulturen.

Bibliography

1. Boia, Lucian (2014), *Die Germanophilen. Die rumänische Elite zu Beginn des Ersten Weltkrieges*, Berlin: Frank&Timme.
2. Boia, Lucian (2014), *Primul Război Mondial. Controverse, paradoxuri, reinterpretări*, București: Humanitas.
3. Dyrud Keith P. (1992), *The Quest for the Rusyn Soul: The Politics of Religion and Culture in Eastern Europe and in America, 1890-World War I*, University of Michigan.
4. Garton Ash, Timothy (1999), „Hail Ruthenia!“, in: *The New York Review of Books*, Bd. 46, 1999, Nr. 7, 22 April, S. 54-55.
5. Krafcik, Patricia (Hrsg.) (1994), *The Rusyns. East European Monographs.*, New York City: Columbia University Press.

¹⁷ Vgl. Sabine Riedel, *Die kulturelle Zukunft Europas. Demokratien in Zeiten globaler Umbrüche*, Wiesbaden 2014. Verlagstext [<http://www.springer.com/us/book/9783658062774>].

¹⁸ Rede von Otto von Habsburg 1995 in Wien „Heimat in Europa. Die Rechte der Volksgruppen im Jahrhundert der Vertreibungen“ [Impulsvortrag des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, auf dem „Andechser Europatag“ zum Thema „Volksgruppen in Gefahr“, gehalten am 22. März 2015, Kloster Andechs, <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Reden/AUSB/DE/kloster-andechs-christlicher-europatag.html>], 29.05.2015.

6. Magocsi, Paul Robert (1978), *Shaping of a National Identity: Subcarpathian Rus', 1848-1948*, Cambridge: Harvard University Press.
7. Magocsi, Paul Robert (1994), *Формування національної самосвідомості: Підкарпатська Русь (1848-1948)*, Užhorod.
8. Magocsi, Paul Robert (1988), *Carpatho-Rusyn Studies: An Annotated Bibliography*, Bd. 1. New York City: Garland Reference Library of the Humanities.
9. Magocsi, Paul Robert (1994), *Our People: Carpatho-Rusyns and Their Descendants in North America*, Toronto: Society of Multicultural Historical.
10. Magocsi, Paul Robert (1994), *The Rusyns of Slovakia*, East European Monographs, New York City: Columbia University Press.
11. Magocsi, Paul Robert (1996), *A New Slavic Nation is Born*, East European Monographs, New York City: Columbia University Press.
12. Magocsi, Paul Robert (2000), *Of the Making of Nationalities There Is No End*, East European Monographs, New York City: Columbia University Press.
13. Magocsi, Paul Robert (2002), *Encyclopedia of Rusyn History and Culture*, Toronto: University of Toronto Press.
14. Magocsi, Paul Robert (1995), "The Rusyn Question", in: *Political Thought*, 1995, Nr. 2-3 (6), S. 221-231.
15. Magocsi, Paul Robert (2007), *Ukraine. An Illustrated History*, Seattle: University of Washington Press.
16. Mayer, Maria (1998), *Rusyns of Hungary. Political and Social Developments, 1860-1910*. East European Monographs, New York City: Columbia University Press.
17. Petrov, Aleksei (1998), *Medieval Carpathian Rus'. The Oldest Documentation about the Carpatho-Rusyn Church and Eparchy*, East European Monographs, New York City.
18. Riedel, Sabine (2014), *Die kulturelle Zukunft Europas. Demokratien in Zeiten globaler Umbrüche*, Wiesbaden: Springer.
19. Rusinko, Elaine (2003), *Straddling Borders. Literature and Identity in Subcarpathian Rus'*, Toronto: University of Toronto Press.
20. Stegherr, Marc (1998), *Das Russinische in der Vojvodina*, (Magisterarbeit, LMU München).

21. Stegherr, Marc (2002), „Rusinisch“, in: Okuka Miloš (Hrsg.), *Lexikon der Sprachen des europäischen Ostens*, (Wieser Enzyklopädie des europäischen Ostens, Bd. 10), S. 399-408, Klagenfurt: Wieser Verlag.
22. Stegherr, Marc (2003), *Das Russinische. Kulturhistorische und soziolinguistische Aspekte*, München: Otto Sagner.
23. Teutsch, Alexander (2001), *Das Rusinische der Ostslowakei im Kontext seiner Nachbarsprachen*, Frankfurt a. M.: Heidelberger Publikationen zur Slavistik: A, Linguistische Reihe; 12.
24. Trier, Tom (Hrsg.) (1999), *Focus on the Rusyns. International Colloquium on the Rusyns of East Central Europe*, Kopenhagen: The Danish Cultural Institute.

BEGRIFFLICHE FALLEN: IDENTITÄT, INTEGRATION UND INKLUSION/EXKLUSION NATIONALER MINDERHEITEN

CONCEPTUAL TRAPS: IDENTITY, INTEGRATION AND INCLUSION/EXCLUSION OF NATIONAL MINORITIES

Christian Schuster*

Abstract

In the discourses of politics, of mass-media and of science, the term “national minorities” is often accompanied by other, even more problematic terms, such as identity, integration, and inclusion/exclusion. The article highlights some of the ambiguities in the usage of these terms, some social and political consequences of the inaccurate communication and combination of these words and the implications for national minority policies. Combining a Luhmannian systems theoretical approach and research findings from evolutionary psychology, the author argues that the complexity of language is of dramatic importance when it comes to avoiding ethnic conflicts and social exclusion of minorities.

Key words: national minorities, identity, integration, differentiation, system boundaries, language.

* Dr. Christian Schuster unterrichtet an der Babeş-Bolyai Universität Klausenburg unter anderem Politische Philosophie, Politische Ideologien und Soziologie der internationalen Beziehungen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der soziologischen Systemtheorie und der politischen Philosophie.

Kontakt: christian.schuster@ubbcluj.ro

Begriffe als Selektionsfallen

Wenn in politischen Reden, journalistischen Beiträgen oder sogar in wissenschaftlichen Texten von nationalen Minderheiten gesprochen wird, sind Begriffe wie „Identität“, „Integration“, „Inklusion“ und „Exklusion“ auch immer dabei. Ganz egal, ob es um durch Mitglieder der Minderheitengruppen ausgelöste „Probleme“, um große soziale Diskrepanzen oder Wertunterschiede zwischen Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung, um fehlende Kommunikation zwischen Minderheiten und der Mehrheit oder um verzweifelte Versuche der Neudefinierung und Behauptung von identitären Merkmalen geht, ist das Begriffsinstrumentarium in dieser Hinsicht eher beschränkt, man könnte fast sagen: standardisiert. Das ist ein Problem, wenn man bedenkt, dass in der politischen Rhetorik, in den Massenmedien, in der zivilgesellschaftlichen Kommunikation und in den wissenschaftlichen Medien sich jeweils eigene begriffliche Konstellationen herausgebildet haben, die sich an dem anvisierten Zielpublikum, an dem Zweck und an dem Gegenstand der Kommunikation anzupassen hatten und somit nicht nur begrifflich, aber auch stilistisch und sogar ideologisch geschlossene sprachliche Ökosysteme bilden. Freilich bildet der Korpus der Standard- oder Gemeinsprache die Grundlage für alle spezialisierten Sprachbereiche, sodass der überwältigende Großteil des Wortschatzes den unterschiedlichen Bereichen gemeinsam ist, doch genau aus diesem Tatbestand geht auch die Gefahr einer möglichen „begrifflichen Infizierung“.

Wenn Vertreter eines ethnischen Minderheitsverbandes von der Identität ihrer Gruppe sprechen, ist damit oft ein Einheitsideal gemeint, welches den (potentiellen) Mitgliedern der Gruppe als Orientierungsgrundlage für den Erhalt dieser – nun faktisch gemeinten – Einheit dienen soll. Von außen betrachtet ist diese Identität aber eher als Unterscheidungskriterium gegenüber anderen (Mehrheit- oder Minderheiten-) Gruppen relevant. Wenn ein Politiker dann von der Identität der Minderheit spricht, kann er entweder das eine oder das andere meinen, und darauf jeweils andere Diskurse aufbauen, die im späteren Verlauf auch sehr unterschiedliche politische Aktionsmöglichkeiten eröffnen.

Wenn die Identität „von innen“ definiert wird, dann könnte die „Integration“ einer damit identifizierten Gruppe auch als ein selbstgesteuerter Akt verstanden werden, der dem Erhalt (oder angestrebten Wandel) der Identität dient – eine Interpretation, die im Falle der Fremdzuschreibung einer

national-ethnischen Identität nicht mehr auf der Hand liegt. Umgekehrt könnte eine durch Unterscheidung definierte Identität zum Schluss führen, dass die Gesellschaft ihre Einheit verloren hat – ein Schluss, der zu direktem politischen Handeln motiviert, entweder, um Toleranz zwischen den identifizierten Teilgruppen der Gesamtgesellschaft zu fördern, oder etwa um die als „Integration“ getarnte Assimilation der „Anderen“ zu rechtfertigen. Unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten des Integrationsbegriffs erweitern ihrerseits das Missverständnispotenzial dieser begrifflichen Konstellationen.

Identität als Einheit

Wie einführend dargelegt, ist Identität ein schwieriger, weil nicht widerspruchsfreier Begriff. Identität ist nach George Herbert Mead¹ sich selbst Objekt, so beispielsweise, wenn wir uns mit dem Personalpronomen „Ich“ auf uns selber beziehen. Auch Niklas Luhmann² spricht von Identität im Sinne einer Bewusstseins erfahrung, die sich selbst erst als Einheit generiert. Sie ist das „Selbst“ der Selbstreferenz, das Sich-selbst-Meinen³. Eine „Identität“ existiert demgemäß weder für sich noch „besteht“ sie als solche, sondern es gibt sie nur als *beobachtungsabhängiges Schemata*. Das setzt dann auch voraus, dass man sich selbst beobachten (und identifizieren) oder von anderen beobachtet (und identifiziert) werden kann. Daran anschließend kann man unter Identität eine identifizierbare vollständige Einheit verstehen, in der das „Ich“ oder das „Wir“ gleichzeitig Subjekt und Objekt der Selbstreflexion ist.⁴

Identität als Unterscheidung

Andererseits jedoch ist eine derartige Einheit nur durch Abgrenzung von anderen Identitäten/Einheiten möglich. Das führt zu der Einsicht, dass das Bestehen einer Identität notwendigerweise auf Grenzziehungen und auf die permanente Aufrechterhaltung der Grenzen zu anderen vergleichbaren

¹ Siehe George Herbert Mead, *Mind, Self, and Society from the Standpoint of a Social Behaviorist*, Chicago and London: The University of Chicago Press, 1972, S. 173 ff.

² So z.B. in Niklas Luhmann, Peter Fuchs, *Reden und Schweigen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1989.

³ Welches allerdings nur in Beziehung zu Anderem möglich ist.

⁴ Eine Paradoxie, die zwar im philosophisch-wissenschaftlichen Sprachraum aufgelöst und verwertet werden kann, in politischen oder sozialen Diskursen aber kaum berücksichtigt wird.

Einheiten angewiesen ist. Somit verliert der Identitätsbegriff seine „substanzielle“ Bedeutung und muss als eine Systemoperation verstanden werden. Identität ist auf eine (als Akt, nicht als Sachverhalt verstandene) *Unterscheidung* reduzierbar, die zwischen dem Selbst und allem anderen trennt. Die Identifizierung einer bestimmten Identität kann dann nur gelingen, wenn sich diese von anderen Identitäten⁵ abgrenzen lässt. Bezeichnen (also die Zuschreibung einer Identität) ist, wie Luhmann es in Anlehnung an George Spencer Brown formuliert, lediglich die eine Seite des Unterscheidens, die andere Seite bleibt als Verweishorizont unmarkiert, aber immer präsent.⁶

Da die Grenzbestimmung primär immer systemintern vollzogen wird, stellt sich die Frage, ob ein wie auch immer gestaltetes „Ich“ willkürliche Identitäten annehmen darf. Mit anderen Worten: Kann ich – können wir – in der Gesellschaft sein, wer wir wollen, ohne jeden Realitätsbezug, oder muss diese Identifizierung auch von außen beobachtbar und anerkenubar sein?

Identität als Zuschreibungsproblem

Diese Frage bringt uns zum dritten Punkt unserer Erörterungen über die Identität: das Zuschreibungsproblem der Identität nationaler Minderheiten.

Einige Beispiele von international sehr einflussreichen – und erfolgreichen – Dokumenten, die das Thema der Identifikation von nationalen Minderheiten behandeln, sollen hervorheben, dass die Angelegenheit der Fremdzuweisung von Identitäten keinesfalls unproblematischer ist als das der Selbstzuweisung. Weder im alltäglichen Sprachgebrauch, noch im internationalen Rechtssystem besteht Klarheit darüber, was als „nationale Minderheit“ bezeichnet werden soll – und darf.

Vielmehr scheint mir der Begriff ein Platzhalter zu sein, der vor allem in politischen Debatten und Konfliktsituationen als „Schweizer Messer“ benutzt werden kann und je nach Bedarf mit neuen Inhalten beladen und unter neuen Formen präsentiert werden kann.

⁵ Also von anderen Möglichkeiten der Grenzziehungen, die sich im komplexen gesellschaftlichen Raum wie selbstverständlich anbieten.

⁶ Siehe hierfür Niklas Luhmann, *Einführung in die Systemtheorie*, Heidelberg: Carl-Auer-Systeme Verlag, 2004, S. 74 ff.

So hält das *Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten*⁷ (RSNM, 1995) fest, dass „jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht [hat], frei zu entscheiden, ob sie als solche behandelt werden möchte oder nicht“ (Art. 3.1.). Analog zur Aussage des siebenbürgisch-rumänischen Politikers Ion Rațiu: „Die Existenz eines Volkes wird nicht diskutiert, sie wird behauptet!“ (1894), wird durch den Wortlaut des RSNM von vornherein erklärt, dass die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit nicht zur Wahl steht: Entweder man gehört dieser an, oder nicht. Erst im zweiten Schritt wird dann die Freiheit der Nutzung bestimmter Minderheitenrechte zugestanden – auch als Teil der Rechte der Zugehörigen zu einer nationalen Minderheit: „Angehörige nationaler Minderheiten können die Rechte und Freiheiten, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben, einzeln sowie in Gemeinschaft mit anderen ausüben und genießen“ (Art. 3.2.). Das führt dazu, dass objektive Kriterien für die Zugehörigkeit zur Verfügung stehen müssten, welche angesichts der riesigen Diskrepanzen zwischen den Ansichten der Mitglieder des Europarates bezüglich der Definierung von „nationalen Minderheiten“ aus selbstverständlichen politisch-pragmatischen Gründen im Vertragstext selbst nicht verankert werden konnten.

Die Bestimmung solcher Kriterien ist alles andere als einfach, vor allem im Spannungsfeld der internationalen Politik. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich aus der Vielfalt von Rechtstraditionen, die in den unterschiedlichen Staaten der Welt zur Verwaltung der Minderheitenproblematik herangezogen werden. Von der offenen Ablehnung eines juristisch relevanten Begriffs nationaler Minderheiten, wie z. B. in Frankreich, bis zu Staaten, die sogar exogene Bevölkerungsgruppen als nationale Minderheiten behandeln, wie z. B. in Österreich,⁸ finden wir extrem viele Variationen, die eine Einigung auf eine feste völkerrechtlich gültige Terminologie schier unmöglich machen.

⁷ Vgl. [<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/157.htm>], 01.06.2015.

Der Minderheitenschutz der RSNM benutzt einen völkerrechtlichen Begriff, der sich ausschließlich auf nationale Minderheiten bezieht.

⁸ Unter dem Begriff „Volksgruppen“, wie die Erklärung der Republik Österreich zum Ratifikationstext des RSNM festhält. Siehe dazu:

[<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10006067>], 02.06.2015.

Aus politischen Gründen hat man also in den meisten internationalen Dokumenten bewusst auf eine ausdrückliche Definition der nationalen Minderheiten verzichtet.

Versuche in dieser Richtung könnten sich allenfalls an die allgemeinere Definition für „Minderheiten“ orientieren, die auf Anregung der VN ausgearbeitet worden ist.⁹ So haben Francesco Capotorti und später Jules Deschênes¹⁰ ein Katalog von Merkmalen herausgearbeitet, die eine Gruppe als Minderheit identifiziert:

1. die numerische Unterlegenheit im Vergleich zur Gesamtbevölkerung;
2. eine nicht-dominante Stellung im Staat;
3. ethnische, religiöse oder sprachliche Gemeinsamkeiten und
4. ein Solidaritäts- und Identitätsgefühl.

Auf ein fünftes Kriterium, das der Staatsangehörigkeit, das auch in Erwägung gezogen werden kann, verzichten manche Staaten, andere wiederum stellen es allen anderen Merkmalen voran.

Ein weiterer Versuch unternahm das Dokument der Kopenhagener Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE von 1990. Artikel 32 erfasst das Problem etwas präziser: „Die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit ist Angelegenheit der persönlichen Entscheidung eines Menschen“, fällt damit aber erneut in die Falle des Selbst- bzw. Realitätsbezugs: Kann z. B. ein Siebenbürger Sachse, aufgrund der persönlichen Entscheidung, als der nationalen Minderheit der Albaner in Rumänien angehörig betrachtet werden und damit die Rechte und den Schutz des Staates für diese Minderheit in Anspruch nehmen?

Wenn die (nationale Minderheiten-)Identität, als Einheit der Gruppe oder als Grundlage und gleichzeitig als Resultat von selektiven Unterscheidungen verstanden, vielverzweigte Kombinationsmöglichkeiten in ihren Beziehungen mit dem Interessen- und Themenkomplex der Politik,

⁹ Und das, obwohl selbst der UNO-Pakt über bürgerliche und politische Rechte keine Definition der Minderheiten enthält, sondern diese einfach voraussetzt.

¹⁰ Francesco Capotorti, *Etudes des droits des personnes appartenant aux minorités ethniques, religieuses et linguistiques*, Nations Unites, Centro des Droits de l'Homme, série « Etudes », 1991, pp. 5-10 und Jules Deschenes, *Proposal concerning a definition of the term minority*, United Nations, doc. E/CN.4/Sub.2/1985/para. 81. Siehe auch Marco Moretti, *International Law and Nomadic People*, Author House, 2012, s. 181.

der Massenmedien oder der Wissenschaft eröffnen, die sie anfällig für Missverständnisse macht, so birgt die Möglichkeit der Fremdzuschreibung (aber auch die der Selbstzuschreibung) von Identität die viel größere Gefahr der sozialen Exklusion und Desintegration.

Die Gefahren der Integration

Integration kann in zwei Weisen verstanden werden: entweder als Integration von Elementen in ein übergeordnetes Ganzes, oder als eine Beziehung von Elementen zueinander, ohne Unterordnung gegenüber gesellschaftlicher Zentralinstanzen.

Der Begriff der Integration ist relativ unreflektiert in der Umgangssprache – und leider auch in den politischen Diskurs – eingegangen und meint fast immer die erste Bedeutung: Integration in ein Ganzes. So z. B. „Europäische Integration“ als Eingliederung oder Fügung in eine existierende, übergeordnete Einheit. Im Falle von nationalen Minderheiten sprechen wir dann von der Eingliederung von Minderheiten – als Gruppe oder als individuelle Angehörige der Gruppe – in eine als Einheit erfasste Gesamtgesellschaft. So verstanden ist „Integration“ ein wertgeladener Begriff, der die Bindung an eine Einheitsperspektive annimmt und von den Teilsystemen des Ganzen „Gehorsam“ im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Zentralinstanzen verlangt (seien diese moralische, normativ-rechtliche, religiöse oder ideologische Instanzen). Das Primat liegt in der Beziehung der „Teile“ zum „Ganzen“.

Den Minderheiten werden dadurch Rechte (aber auch Pflichten) zugestanden, die für die Mehrheit der Bevölkerung nicht weiter hinterfragt werden und als gesamtgesellschaftliche Normalität gelten. Damit schafft man jedoch gewissermaßen auch eine semantische Exklusion der Minderheitengruppen aus *der* Gesellschaft, die mit oder ohne diese Gruppe gewissermaßen gleich bleiben würde.

In dem zweiten Sinn verstehen wir unter Integration die gegenseitige Verzahnung gesellschaftlicher Einheiten, die damit nur noch *zusammen* gut funktionieren können und somit aufeinander angewiesen sind.

Indem man Personen in diesem zweiten integrativen Sinne nicht mehr als frei im gesellschaftlichen Raum schwebende Individuen begreift, sondern als Mitglieder, also Teile einer sozialen Gruppe – der Gruppe der

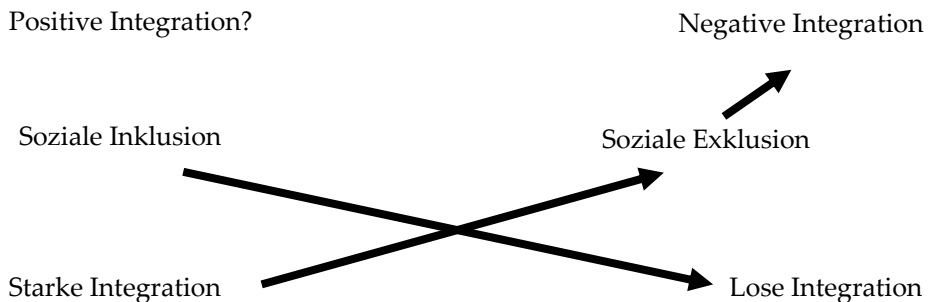
(wie auch immer definierten) Minderheit –, wird ihre Freiheit gleichsam eingegrenzt. Sie werden als Gruppe in den „Mechanismus“ der Gesellschaft integriert, was dazu führt, dass die Bewegungsräume dieser Gruppe von den Bewegungsräumen aller anderen sozialen Gruppen oder Organisationen, vor allem aber der Mehrheit bestimmt werden.

Alle in diesem Zusammenspiel inbegriffenen Teilsysteme justieren ihre Handlungen, Haltungen und Kommunikationen im Verhältnis zueinander. Der Bezugspunkt des Mitglieds der Minderheitengruppe ist somit nicht mehr allein sein organisch gewachsenes soziales Umfeld (welches Personen, Gruppen oder Organisationen jeglicher Art umfasst), sondern quasi zwangsmäßig auch immer die ihm extern auferlegte Kategorie der „Minderheit“ bzw. der jeweils als Gegensatz zu verstehenden „Mehrheit“.

In diesem Sinne erhöht eine zu starke Integration die Möglichkeiten der Entstehung von Konflikten dadurch, dass die den jeweiligen Gruppen zur Verfügung stehenden Ressourcen der gesellschaftlichen Gestaltung nun auch auf die gesellschaftlich erwartete Errichtung und Erhaltung von Systemgrenzen (also von Unterscheidungen gegenüber anderen Gruppen, vor allem aber gegenüber der Majorität) umgeleitet werden müssen.

„Starke Integration ist immer negative Integration und eben deshalb unheilvoll“, sagte Niklas Luhmann.¹¹ Wenn dann politisch bedingt oder durch die zufällige oder zielgerichtete Selektion von konfliktuellen Themen in den Massenmedien diese einschränkende Wirkung der sozialen Integration besonders hervorgehoben wird, kann – wie das etwa in den Jahren vor und während des Zweiten Weltkrieges sehr deutlich beobachtet werden konnte – bei den sich nun als Gruppe verstehenden Bürgern die öffentliche Meinung entstehen, dass gesellschaftliche Probleme durch die Exklusion anderer Gruppen (wie zum Beispiel ethnische, geschlechtliche, sexuelle, wirtschaftliche Minderheiten) aus dem gesellschaftlichen Mechanismus gelöst werden könnten, dass also ihre eigene Freiheit zur Gestaltung der wie auch immer verstandenen „guten Gesellschaft“ dadurch zur Entfaltung kommen würde. Die moralische Falle des Integrationsbegriffs überlagert somit die positiv gemeinte Intention.

¹¹ Niklas Luhmann, *Die Religion der Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002, S. 304.



Die somit einsetzende negative Integration führt meist zur Entstehung von parallelen Gesellschaften, die zwar intern gut integriert sind, aber mit dem Rest der Gesellschaft nicht integrativ kommunizieren bzw. zusammenarbeiten. Als Beispiele können Favelas, Mafiastrukturen, korruptionsbefallene Regierungsapparate usw. genannt werden, die ihren Mitgliedern zwar bessere gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten bieten, als die Gesamtgesellschaft es vermag, damit aber auf Dauer die Anschlussmöglichkeiten an diese zunehmend reduziert.

Auch in ethnischen/nationalen Minderheitengruppen manifestieren sich die negativen Folgen starker Integrationszwänge. Als Beispiel dafür seien nur zwei Phänomene genannt, die besonders hervorstechen. Als Erstes sei die Zugehörigkeit zur Evangelischen Kirche als Merkmal der Zugehörigkeit zur Gruppe der Siebenbürger Sachsen genannt. Durch die moralische Instanz der Kirche, die ihr integratives Primat in der Gruppe behauptet, wurden bekennender Atheismus oder der Übertritt zu anderen Glaubensrichtungen nicht selten gesellschaftlich mit Marginalisierung und Exklusion „sanktioniert“. Zwar werden die betroffenen Individuen in modernen Gesellschaften zunehmend in anderen identitären Mustern aufgefangen, verlieren dadurch aber den Anschluss an das Leben der Ursprungsgemeinschaft. Ein zweites Beispiel: die frühzeitige Erstarrung der organischen Evolution von kulturellen Ausdrucksweisen wie Bräuche, Tänze, Trachten, sozialen Organisationsformen usw. in nunmehr bloß musealen oder showmäßig-performativen Aufführungsformen. Betroffen sind nicht nur kleine Volksgruppen, die ihre Sprache mangels

demographischer Stärke immer seltener nutzen und irgendwann verlieren, sondern auch größere Gruppen (wie zum Beispiel die Roma in Rumänien), die zwar ein demographisches Potenzial besitzen, die aber am Integrationsdruck der Mainstream-Gesellschaft scheitern und so die Möglichkeit, ihre eigene Sprache zu einer zeitgemäßen Kultur- und Wissenschaftssprache weiterzuentwickeln, für einen leichteren Anschluss an die Gesamtgesellschaft (also eine Integration oder Rückintegration) eintauschen. Wer nicht mitmacht, wird weiter exkludiert und darf in den schon beschriebenen Parallelgesellschaften Halt finden.

Minderheiten

Im „Normalfall“, in dem keine aktive Assimilationspolitik seitens der dominanten Gesellschaftsgruppe geführt wird, sind nationale Minderheiten in modernen Gesellschaftsstrukturen lose gekoppelte Gruppen von Personen, die gleichzeitig auch anderen Minderheiten- oder Mehrheitsgruppen angehören können, aber im Einzelfall immer nur als Mitglied der einen oder der anderen Gruppe handeln bzw. wahrgenommen werden. Jedes Individuum besitzt mehrere Identitäten, die in ihrer Pluralität sowohl aus Selbst- wie auch aus Fremdbeschreibungen stammen. Sehr oft kommt die Identität als Gruppe jedoch erst durch Fremdzuweisung zustande, durch die Nennung der Minderheitengruppe als Minderheit und damit in Kontrast zur Majorität. Die Minderheit-Identitäten kommen also primär durch Exklusionen zustande, erstens durch die interne Exklusion der Mehrheit und anderer Minderheitengruppen, zweitens vermittels ihrer Exklusion durch die Mehrheit. Beide Prozesse müssen wertneutral verstanden werden, als Normalzustand und Funktionsweise der gesellschaftlichen Selektionsmechanismen, die aus der losen Integration von Personen eine dynamische Vielfalt von Gruppen/Minderheiten erzeugt. Deren gesellschaftliche Lage ist durch zu starke Integration daher eher gefährdet, denn mit der zunehmenden Stärkung von innergesellschaftlichen Grenzen baut sich ein Konfliktpotenzial auf, das im Extremfall zur Desintegration der Gesamtgesellschaft führen kann.

Fazit

Eine nachhaltige Minderheitenpolitik muss also von Anfang an klären, welche Begriffe sie benutzt: welche Identitäten sie meint, welche Art der Integration verlangt bzw. angeboten wird und wie mit Personen oder Gruppen umgegangen wird, die – gewollt oder akzidentell – durch alle Lücken des Begriffsrasters hindurchfallen. Sie kann den Sachverhalt der Minderheiten nicht steuern, sondern bestenfalls als Angebot offengelegt werden. Ob das Angebot von den betreffenden nationalen Minderheiten angenommen wird oder nicht, ist ein erstes Erfolgskriterium einer solchen Politik. Nur wenn alle möglichen Betroffenen die Konsequenzen ihrer eigenen Identitätskonstruktionen und gesellschaftlichen Integrationsvorstellungen verstehen, miteinander vergleichen und kommunizieren können, kann die Wahrscheinlichkeit einer positiven Integration (für Einzelne wie für Gruppen) erhöht werden, denn damit sind auch die Ziele verbunden, die realisierbar sind – und die, die unhinterfragt ausgeschlossen werden.

Die Wissenschaft muss ihrerseits die Ambivalenz und Ignoranz der politischen Diskurse in dieser Hinsicht anerkennen und akzeptieren, denn schließlich sieht die Politik, mit ihrer eigenen Logik, in ethno-nationalen Konflikten viel mehr Chancen, als Gefahren. Vor diesem Hintergrund könnten die Massenmedien viel eher als die Politik zu einem differenzierteren Sprachgebrauch über Minderheitenproblematik beitragen.

Die evolutionäre Psychologie hat schon längst erkannt, dass die „integrative Komplexität in engem Zusammenhang mit Gewalt [steht]. Menschen, deren Sprache weniger integrativ komplex ist, neigen im Durchschnitt eher dazu, auf Frustration mit Gewalt zu reagieren und sind eher bereit, in den Krieg zu ziehen. [...] Wann immer die sprachliche Komplexität der Reden der Eliten zurückging, folgte der Krieg.“¹² Die Sprache, die wir in komplexen Sinnkontexten benutzen sollte auch zureichend komplex sein, um Sachverhalte genau zu präzisieren und eine Tiefenwirkung zu erzielen – und das gerade nicht nur in der Wissenschaft, wo das als selbstverständlich vorausgesetzt wird, sondern da, wo sie die größte Wirkung hat: in der öffentlichen und politischen Kommunikation.

¹² Steven Pinker, *The Better Angels of our Nature*, New York: Viking, 2011, S. 613-614. (eigene Übersetzung).

Literatur

1. Luhmann, Niklas (2002), *Die Religion der Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
2. Luhmann, Niklas; Fuchs, Peter (1989), *Reden und Schweigen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
3. Luhmann, Niklas (2002), *Die Religion der Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp,
4. Luhmann, Niklas (2004), *Einführung in die Systemtheorie*, Heidelberg: Carl-Auer-Systeme Verlag.
5. Mead, George Herbert (1972), *Mind, Self, and Society from the Standpoint of a Social Behaviorist*, Chicago and London: The University of Chicago Press.
6. Pinker, Steven (2011), *The Better Angels of our Nature*, New York: Viking.
7. Capotorti, Francesco (1991), *Etudes des droits des personnes appartenant aux minorités ethniques, religieuses et linguistiques*, Nations Unites, Centro des Droits de l'Homme, série « Etudes ».
8. Deschenes, Jules (1985), *Proposal concerning a definition of the term minority*, United Nations, doc. E/CN.4/Sub.2/1985/para. 81.
9. Moretti, Marco (2012), *International Law and Nomadic People*, Author House.

DIE ENTDECKUNG DES WERTEWANDELS UND DIE BEWÄLTIGUNG DER DIKTATUR IN DEN FAMILIEN*

THE DISCOVERY OF VALUE CHANGE AND COMING TO TERMS WITH THE DICTATORSHIP IN FAMILIES

Thomas Petersen**

Abstract

Starting in the late 1960s, West German society was characterized by a wide generation gap. After German unification, it was found that there had been no similar trend in East Germany. Today, however, there are increasing signs of a growing generation gap in the Eastern part of the country. The findings indicate that in the wake of a change in the political system, intergenerational communication problems arise once the first generation comes of age in the new political system.

Keywords: Value Change, Generation Gap, Representative Surveys, German Society, Democracy

* Eine frühere Version dieses Beitrags erschien 2013 unter dem Titel „Der lange Nachhall der Diktatur. Systemprägung und die Rebellion der jungen Generation“ in der Zeitschrift „Die politische Meinung“ (Heft Nr. 518, Jan./Feb. 2013, S. 66-73).

** Thomas Petersen is Senior Research Analyst at the Institut für Demoskopie Allensbach, Lecturer at the Universities of Wuppertal, Mainz, and Dresden. Former President of the World Association for Public Opinion Research (WAPOR). Main focuses of research: survey research methodology, field experiments, international values studies, political survey research, visual communication and panel analyses on political topics and in market research.

Contact: tpetersen@ifd-allensbach.de

Die Wandlung einer durch eine Diktatur geprägte Gesellschaft hin zu einem Gemeinwesen, das nicht nur demokratische Parteien wählt, sondern auch demokratische Prinzipien tief verinnerlicht hat, ist nicht nur ein langwieriger, sondern auch ein schmerzhafter, von Konflikten begleiteter Prozess, der sich am Beispiel der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft gut nachzeichnen lässt. Wer seine Anfänge sucht, könnte mit dem Begriff der „Halbstarken“ beginnen.

Wer den Begriff noch kennt, denkt dabei vielleicht an den gleichnamigen Spielfilm von 1956 mit Horst Buchholz, an den Rock 'n' Roll oder an den amerikanischen Schauspieler James Dean, der als Symbolfigur einer rebellischen Jugend empfunden wurde und dessen Filmplakate bis heute in manchen Studenten-Wohngemeinschaften hängen. Die aus heutiger Sicht etwas nostalgisch wirkende Ästhetik jener Jugendkultur verdeckt die Dramatik der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die sich damals in Westdeutschland ankündigte. Binnen 15 Jahren sollte sich das Wertesystem der Bevölkerung deutlich verschieben, und über Jahrzehnte hinweg blieb die westdeutsche Gesellschaft von einem im internationalen Vergleich außerordentlich scharfen Generationenkonflikt gekennzeichnet, der erst in den 1990er Jahren abklang.

Nicht, dass dies alles den Menschen damals schon alles bewusst gewesen wäre, doch viele witterten, dass sich gegen Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre eine Kulturrevolution anbahnte. Platon schrieb bereits im 4. Jahrhundert vor Christus, man müsse sich vor „Neuerungen der Musik“ in Acht nehmen, denn dadurch geriete alles in Gefahr. Nirgends werde an den Gesetzen der Musik gerüttelt, ohne dass auch die höchsten Gesetze des Staates ins Wanken gerieten.¹ Und tatsächlich waren es zunächst ästhetische Änderungen, die den gesellschaftlichen Wandel ankündigten: Der Musikgeschmack der Jugendlichen wandelte sich, die Wohnzimmer veränderten ihr Aussehen,² die Mode unter jungen Leuten sonderte sich von der der Älteren ab. Symptomatisch sind die in den frühen 1960er Jahren mit aus heutiger Sicht nicht mehr verständlicher

¹ Platon, *Der Staat*, Stuttgart: Kröner, 1949, S. 119.

² „Der Einzug des Bauhauses in die Wohnzimmer“, in Elisabeth Noelle-Neumann, Renate Köcher (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997.*, Bd. 10. München/Allensbach: Saur/Verlag für Demoskopie 1997, S. 382-387.

Aufgeregtheit diskutierten Frisuren der Beatles. Man fragt sich, was an dieser etwas betulichen Haartracht denn so schlimm gewesen sein soll, doch die Älteren spürten, dass sich hier weit mehr in Gang war als ein bloßer Wechsel der Mode.

Das ganze Ausmaß der Veränderungen wurde am Institut für Demoskopie Anfang der 1970er Jahre entdeckt. 1967 war in einer Repräsentativumfrage die folgende Frage gestellt worden: "Wir haben eine Liste zusammengestellt mit den verschiedenen Forderungen, was man Kindern für ihr späteres Leben mit auf den Weg geben soll, was Kinder im Elternhaus lernen sollen. Was davon halten Sie für besonders wichtig?" Auf der Liste standen 15 Erziehungsziele wie Höflichkeit und gutes Benehmen, Sauberkeit, Sparsamkeit, die Arbeit ordentlich und gewissenhaft tun. Die meisten dieser Ziele fanden bei den Befragten großen Zuspruch.

Fünf Jahre später, 1972, wurde die Frage unverändert wiederholt. Doch die Antworten unterschieden sich deutlich von denen des Jahres 1967. Es zeigte sich das, was der Speyerer Sozialwissenschaftler Helmut Klages später den "Wertwandlungsschub" genannt hat:³ Binnen weniger Jahre war die Zustimmung zu dem, was 250 Jahre lang als bürgerliche Tugenden galt, deutlich gesunken. Der Abbau hatte sich in allen sozialen Schichten vollzogen und stets am radikalsten bei denen, die jünger waren als dreißig Jahre. Noch 1967 meinten immerhin 81 Prozent der Unter-Dreißigjährigen, Kinder sollten im Elternhaus Höflichkeit und gutes Benehmen lernen; 1972 waren es nur noch 50 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank die Zustimmung zu der Aussage, man solle die Kinder dazu erziehen, ihre Arbeit ordentlich und gewissenhaft zu tun, von 71 auf 52 Prozent. Auch andere Trendfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigten, dass die Bevölkerung ihre Einstellung zu einer Vielzahl von Themen radikal geändert hatte, und zwar in der Politik, im Verhältnis zur Kirche und in den Normen, ganz besonders in den Sexualnormen. Das war weit mehr als die Ablösung einiger überkommener Erziehungsziele durch neue. Es änderte sich der gesamte Zeitgeist: Zum ersten Mal wurden

³ Helmut Klages, *Werteorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*, Frankfurt/Main: Campus, 1984, S. 123.

Regeln der Lebensführung in Frage gestellt, die seit den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts unangefochten schienen. Diese Veränderung ist unter dem Stichwort „Wertewandel“ in die Geschichte der Sozialwissenschaften eingegangen.⁴

Wenn eine Gesellschaft ihre Normen und Werte ändert, dann ist dies besonders deutlich an der jungen Generation zu erkennen. Sie gibt die Richtung vor, in der sich die Gesellschaft bewegt. Und so war es keine Überraschung, als sich im Jahr 1982 bei einer großen internationalen Studie zeigte, dass der ungewöhnlich stark ausgeprägte Wertewandel in Deutschland von erheblichen atmosphärischen Störungen zwischen den Generationen begleitet wurde. Eine Schlüsselfrage in diesem Zusammenhang lautete: „In welchen Bereichen haben bzw. hatten Sie und Ihre Eltern ähnliche Ansichten?“ Dazu wurde eine Liste mit fünf Themen zur Auswahl vorgelegt: Einstellungen zur Religion, Moralvorstellungen, Einstellungen gegenüber anderen Menschen, politische Ansichten und Einstellungen zur Sexualität.

Besonders aufschlussreich war der Anteil derjenigen, die auf diese Frage antworteten, in keinem dieser Bereiche stimmten sie mit ihren Eltern überein, oder sie wussten nicht, in welchen dieser Bereiche sie mit Ihren Eltern übereinstimmten – letztere Antwort muss angesichts des Umstandes, dass es sich bei den vorgelegten Themen um fundamentale Lebenseinstellungen handelt, als Zeichen äußerster Distanz gedeutet werden. Die Zahl derjenigen, die eine dieser beiden Antworten gaben, war in Westdeutschland mit 23 Prozent weitaus größer als in anderen europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten.⁵ In der jüngeren Generation waren es 26 Prozent. In den kommenden Jahren sollte der Wert zeitweise auf deutlich über 30 Prozent ansteigen, bevor er Ende der 90er Jahre auf ein im internationalen Vergleich unauffälliges Niveau von deutlich unter 20 Prozent zurückfiel. Die Kette der Belege ist nicht lückenlos, doch es sieht so aus, als habe die Phase der Generationskonflikte

⁴ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, *Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft*, Zürich: Interfrom, 1978.

⁵ Renate Köcher, „Familie und Gesellschaft“, in Elisabeth Noelle-Neumann, Renate Köcher (Hrsg.), *Die verletzte Nation*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1987, S. 74-163, Dort S. 101.

in Westdeutschland ziemlich genau 40 Jahre angedauert, so lange, bis die junge Generation der Anfangszeit selbst zur Großelterngeneration geworden war.

Auch andere Fragen, die sich mit dem Wertewandel beschäftigen, zeigen einen dazu passenden Verlauf, beispielsweise die bereits erwähnte Frage nach den Erziehungszielen. Seitdem die Frage im Jahr 1967 zum ersten Mal gestellt worden war, nahm - von kurzfristigen Schwankungen abgesehen - über zweieinhalb Jahrzehnte der Anteil derer ab, die sagten, es sei wichtig, bei der Kindererziehung auf traditionelle bürgerliche Tugenden zu achten. Doch in den 1990er Jahren drehte sich der Trend. Seitdem wächst wieder die Zahl derjenigen, die sagen man solle Kinder beibringen, ihre Arbeit ordentlich und gewissenhaft zu erledigen oder sparsam mit Geld umzugehen. Der Anteil derer, die meinen, man müsse Kinder zu Höflichkeit und gutem Benehmen erziehen, ist heute sogar größer als Ende der 1960er Jahre (Schaubild 1). Das Beispiel steht stellvertretend für viele weitere: So steigt etwa seit Mitte der 1990er Jahre die Zahl der Befragten, die sagen, es sei richtig, das Leben nicht nur zu genießen, sondern man müsse es als Aufgabe betrachten, während sie von 1956 bis 1992 fast kontinuierlich zurückgegangen war.

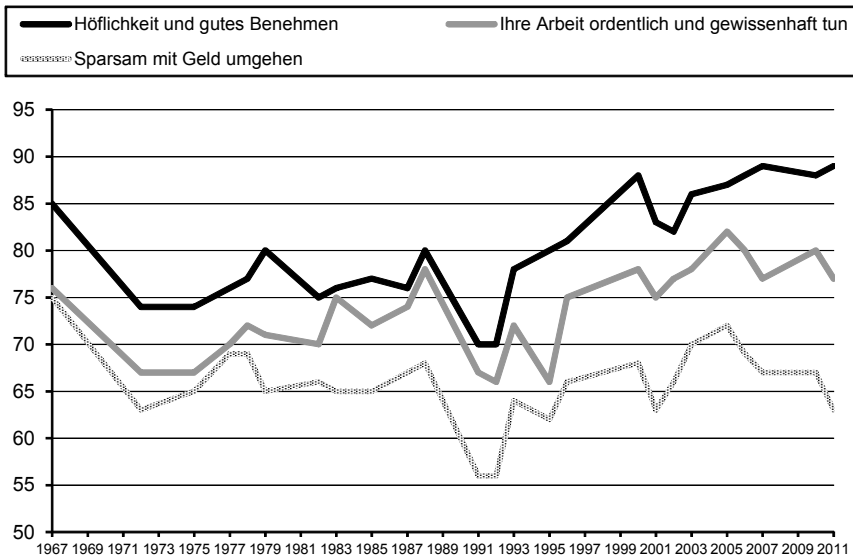
In den Jahren 1990 bis 1992 wurde die große internationale Studie, bei der ein Jahrzehnt zuvor die westdeutsche Generationskluft entdeckt worden war, wiederholt, und dabei gab es zwei überraschende Ergebnisse. Zum einen zeigte sich, dass der Wertewandel, der sich in Westdeutschland kontinuierlich über zwei Jahrzehnte hinweg fortgesetzt hatte, in den neuen Bundesländern nicht stattgefunden hatte. Die Haltung der Ostdeutschen zu traditionellen bürgerlichen Tugenden glich auffallend der Einstellung der westdeutschen Bevölkerung in den 1950er Jahren. Eine Generationskluft war nicht erkennbar.

Schaubild 1

Erziehungsziele

Frage: „Wir haben einmal eine Liste zusammengestellt mit den verschiedenen Forderungen, was man Kindern für ihr späteres Leben alles auf den Weg geben soll, was Kinder im Elternhaus lernen sollen. Was davon halten Sie für besonders wichtig?“

- Auszug aus den Angaben -



A

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen

Dennoch stand Westdeutschland nicht mehr allein: Mit Spanien war ein weiteres Land hinzugekommen, das nun einen auffallend starken Generationskonflikt aufwies (Schaubild 2). War das Zufall? Es drängte sich eine Parallele zwischen Westdeutschland und Spanien auf: In beiden

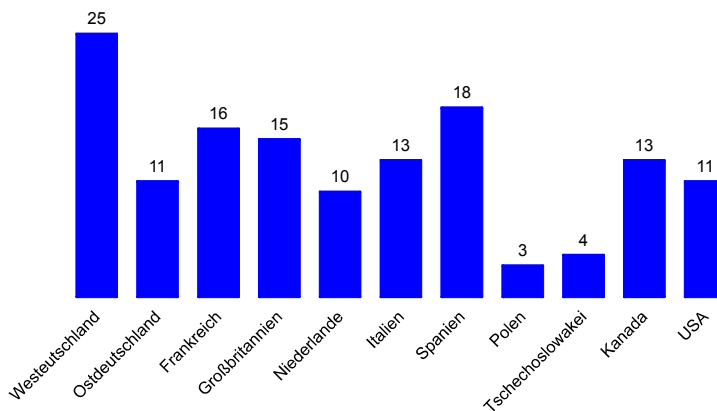
Ländern traten die Generationskonflikte etwa eineinhalb Jahrzehnte nach dem Ende der Diktatur auf, zu dem Zeitpunkt, an dem die erste Generation in Freiheit herangewachsen war. Könnte es also sein, dass es nach dem Ende einer Diktatur zu Kommunikationsproblemen zwischen den Generationen kommt, weil Eltern und Kinder in verschiedenen Systemen geprägt wurden? Wenn dies der Fall ist, dann müsste man heute in Ostdeutschland Zeichen einer wachsenden Generationskluft erkennen können, und tatsächlich gibt es Hinweise darauf.

Schaubild 2

Wertestudie 1990/1992: Generationskluft im internationalen Vergleich

Frage: „In welchen Bereichen haben/hatten Sie und Ihre Eltern ähnliche Ansichten?“

Antwort: „In keinem Bereich“ oder „Weiß nicht.“



Quelle: Internationale Wertstudie 1990

Entdeckt wurden die ersten Anzeichen für weltanschauliche Generationenunterschiede in den neuen Bundesländern im Jahr 2003 bei einer Untersuchung zum Thema Freiheit,⁶ in die eine Frage aufgenommen wurde, die das Allensbacher Institut bereits seit dem Jahr 1955 immer wieder repräsentativen Bevölkerungsquerschnitten vorgelegt hatte. Sie lautet: „Zwei Männer unterhalten sich über das Leben. Der erste sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘ Der andere sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘ Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht, der erste oder der zweite?“

Auch an dieser Frage lässt sich der typische Verlauf des Wertewandels im Westen ablesen: Seit den 1960er Jahren sank dort der Anteil der Unter-30-Jährigen, die die Ansicht vertraten, jeder sei seines Glückes Schmied. Nach einem Jahrzehnt folgte die ältere Bevölkerung nach, wobei sich der Abstand zwischen den Generationen mindestens bis Ende der 1980er Jahre vergrößerte, bis sich die Lücke gegen Ende der 1990er Jahre allmählich wieder schloss. Heute sagt die junge Generation im Westen sogar wieder etwas häufiger als die Älteren, jeder sei seines Glückes Schmied, doch die Abstände sind gering (Schaubild 3).

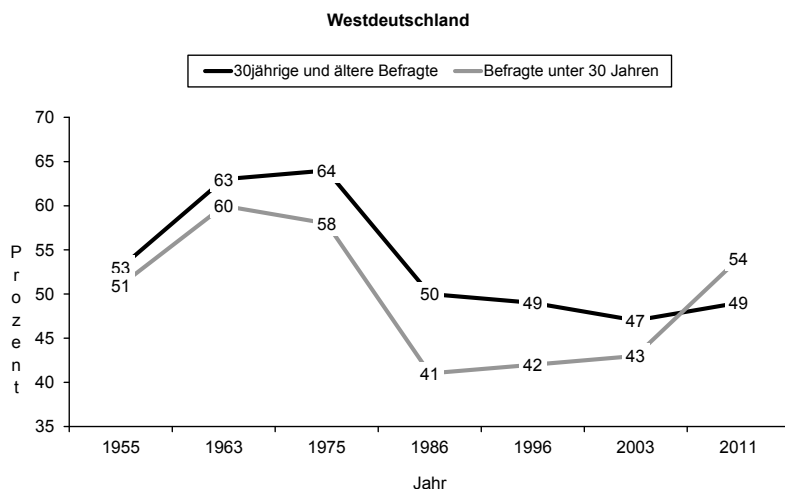
⁶ Thomas Petersen, Tilman Mayer, *Der Wert der Freiheit. Deutschland vor einem neuen Wertewandel?*, Freiburg: Herder, 2005.

Schaubild 3

„Jeder ist seines Glückes Schmied“

Frage: „Zwei Männer/Frauen* unterhalten sich über das Leben (...). Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht (...)?“

Antwort: „Jeder ist seines Glückes Schmied.“



* Männern wurde die Frage in der Variante „Zwei Männer unterhalten sich über das Leben...“ gestellt, bei Frauen lautete die Formulierung: „Zwei Frauen unterhalten sich über das Leben...“

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 10069, März 2011

2003 zeigte sich nun zum ersten Mal, dass die junge Generation in den neuen Bundesländern bei dieser Frage vollkommen anders urteilte die ihre Eltern und Großeltern. Während im Westen insgesamt der Anteil derjenigen überwog, die die Meinung vertraten, jeder Mensch sei seines Glückes Schmied, neigte die ostdeutsche Bevölkerung, größtenteils sozialisiert im Wertesystem des Sozialismus, zu der Ansicht, dass die Menschen ihren äußeren Lebensumständen wehrlos ausgeliefert seien.

Schaubild 4

JUNGE OSTDEUTSCHE SAGEN: „JEDER IST SEINES GLÜCKES SCHMIED“

Frage: „Zwei Männer/Frauen* unterhalten sich über das Leben. Der/die erste sagt: ‚Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich heute wirklich anstrengt, der kann es auch zu etwas bringen.‘

Der/Die andere sagt: ‚Tatsächlich ist es so, dass die einen oben sind, und die anderen sind unten und kommen bei den heutigen Verhältnissen auch nicht hoch, so sehr sie sich auch anstrengen.‘

Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht, der/die erste oder der/die zweite?“

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Befragte unter 30 Jahren %	Befragte ab 30 Jahren %	Befragte unter 30 Jahren %	Befragte ab 30 Jahren %
Der/Die erste: Jeder ist seines Glückes Schmied	54	49	69	38
Der/Die zweite: Die einen sind oben, die anderen unten	31	36	22	43
Unentschieden	15	15	9	19
	100	100	100	100
n =	235	984	111	481

* Männern wurde die Frage in der Variante „Zwei Männer unterhalten sich über das Leben...“ gestellt, bei Frauen lautete die Formulierung: „Zwei Frauen unterhalten sich über das Leben...“

Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10069, März 2011

Die unter-30-jährigen Ostdeutschen dagegen sagten nicht nur wesentlich häufiger, jeder sei seines Glückes Schmied als die Befragten ab 30 Jahren, sondern sogar deutlich häufiger als ihre westdeutschen Altersgenossen. Dieser Befund hat sich seitdem bei mehreren Wiederholungen der Frage bestätigt: Zumindest in dieser einen fundamentalen Wertefrage hat sich eine deutliche Kluft zwischen den in der DDR aufgewachsenen und den in der Zeit nach der Einheit geprägten Ostdeutschen aufgetan (Schaubild 4).

Es gibt darüber hinaus auch Anzeichen dafür, dass heute die alltäglichen Spannungen in den Familien in Ostdeutschland etwas größer sind als im Westen – jedenfalls aus Sicht der Eltern. 77 Prozent der westdeutschen Befragten mit Kindern ab 12 Jahren sagten bei einer Allensbacher Umfrage vom März 2011, sie könnten sich auf ihre Kinder verlassen. In Ostdeutschland meinten dies „nur“ 67 Prozent. Fast das gleiche Verhältnis – 77 zu 68 Prozent – gab es bei der Aussage „Wir halten gut zusammen“ zu verzeichnen. „Wir verstehen uns sehr gut“ sagten 75 Prozent der westdeutschen Eltern über ihr Verhältnis zu ihren Kindern, im Osten waren es 64 Prozent. Umgekehrt sagten 8 Prozent im Westen und 13 Prozent im Osten, bei ihnen in der Familie sei die Stimmung oft sehr angespannt (Schaubild 5). Diese Zahlen sind alles andere als dramatisch, doch sie zeigen, dass die Kommunikation zwischen den Generationen in den Familien in Ostdeutschland offensichtlich schwerer fällt als im Westen.

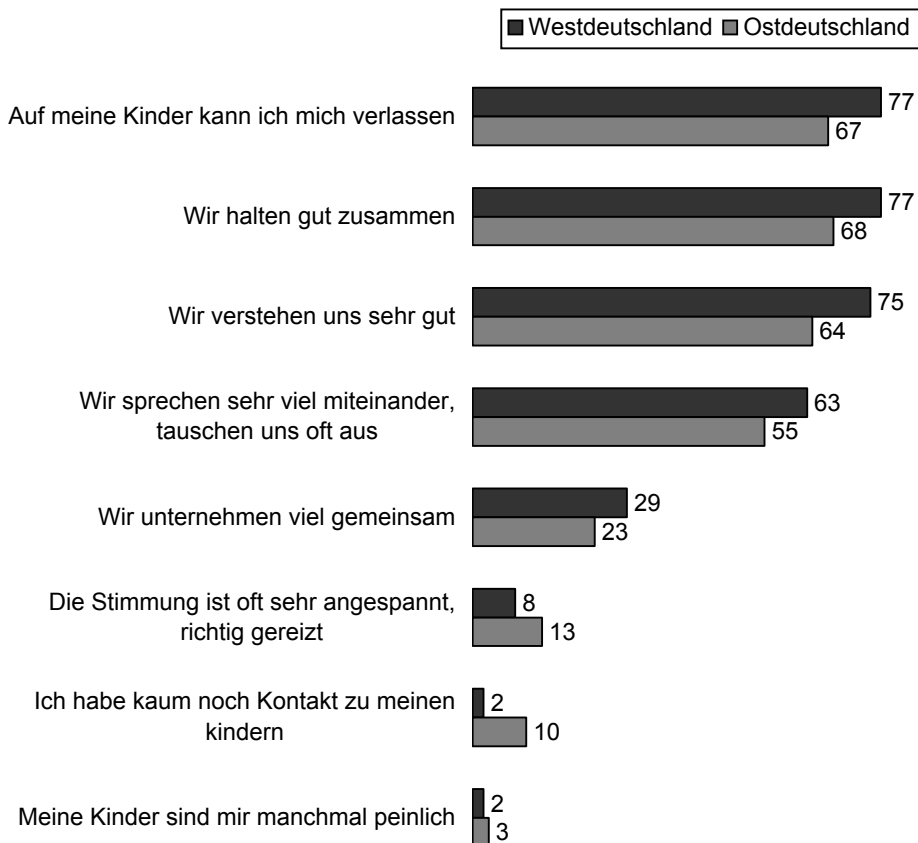
Schaubild 5

ELTERN IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND ÜBER IHRE KINDER

Frage an Personen mit Kindern ab 12 Jahren: „Wie würden Sie ihr Verhältnis zu Ihrem

Kind/Ihren Kindern beschreiben: Welche der Aussagen von diesen Karten hier treffen da auf Sie zu?“ (Kartenspielvorlage)

- Auszug aus den Angaben -



Man muss sich vor Augen halten, wie unterschiedlich die Welten sind, die die Eltern- und die Kindergeneration geprägt haben: In Diktaturen sind andere Verhaltensweisen üblich als in einer Demokratie. Demokratien verlangen von den Menschen Selbständigkeit, Diktaturen bestrafen sie. In autoritären Staaten werden die Menschen zu größter Vorsicht erzogen, zum Misstrauen gegenüber anderen Menschen. Demokratien leben dagegen vom Vertrauen. Auch die Sprache entwickelt sich in Diktaturen anders. Sie ist indirekter, doppelbödig. So ist es nicht verwunderlich, dass es eineinhalb Jahrzehnte nach dem Ende eines autoritären Regimes zwischen Eltern und Kindern zu Verständnisschwierigkeiten kommt. Die Bewältigung der Auswirkungen des SED-Staates auf das Alltagsleben der Menschen wird voraussichtlich noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Nach den Erfahrungen im Westen bis fast zur Mitte des 21. Jahrhunderts.

Bibliographie

1. „Der Einzug des Bauhauses in die Wohnzimmer“ (1997), in Noelle-Neumann, Elisabeth, Köcher, Renate (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997.*, Bd. 10. München/Allensbach: Saur/Verlag für Demoskopie, 382-387.
2. Klages, Helmut (1984), *Werteorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*, Frankfurt/Main: Campus.
3. Köcher, Renate (1987), „Familie und Gesellschaft“, in Noelle-Neumann, Elisabeth, Köcher, Renate (Hrsg.), *Die verletzte Nation*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 74-163.
4. Noelle-Neumann, Elisabeth (1978), *Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft*, Zürich: Interfrom.
5. Petersen, Thomas; Mayer, Tilman (2005), *Der Wert der Freiheit. Deutschland vor einem neuen Wertewandel?*, Freiburg: Herder.
6. Platon (1949), *Der Staat*, Stuttgart: Kröner.

DER NATIONALSTAAT ALS ÜBERWUNDENE GESCHICHTE

THE NATION STATE AS SUBDUED HISTORY

Edit Szegedi*

Abstract:

The paper deals with the issue of nation and nation-state as community of remembrance and oblivion. The starting point is the re-naming of Cluj in 1974, when it became Cluj-Napoca. As odd as it appears, what Ceaușescu did was in fact only a pathological form of a late nation-building, because oblivion is an essential part of this process as well as of the consolidation of the nation-state.

Keywords: nation-building, nation-state, history, remembrance, oblivion

Einführende Anmerkung: Der vorliegende Aufsatz trägt zwar einen anderen Titel als mein Tagungsbeitrag, ist aber nur eine Weiterentwicklung eines Gedankens, der während des mündlichen Vortrags m.E. zu kurz gekommen ist. Da das Thema Erinnern und Vergessen/Verdrängen im Prozess der Nationsbildung und der Konsolidierung der Nation wiederum sehr weit gefasst ist, möchte der vorliegende Text Ansätze bieten für ein unkonventionelles Nachdenken über die Legitimation von Nation und

* Dr. Edit Szegedi ist Dozentin der Fakultät für Europastudien an der Babeș-Bolyai-Universität; Vorlesungen und Seminare zur Geschichte der Internationalen Beziehungen, Geschichte der Europäischen Integration, Regionalgeschichte, Stadtgeschichte.
Contact: edit.corona@yahoo.com

Nationalstaat, weil beide emotional besetzte und aktuelle Themen sind. Die Literatur wird deshalb auf einem Minimum gehalten, damit üppige Anmerkungen die Lektüre nicht erschweren.

Am 18. Oktober 1974 wurde die Stadt Klausenburg umgetauft. Genauer gesagt: ihr rumänischer Name, denn der deutsche Name der Stadt durfte seit einigen Jahren offiziell nicht mehr verwendet werden. Am 18. Oktober 1974 wurde also Cluj in Cluj-Napoca umgetauft. Die ganze Zeremonie kann in der damaligen Presse nachgelesen werden. Den Anlass bot ein Jubiläum, nämlich 1.850 Jahre seit der Erhebung der antiken Siedlung Napoca in den Rang einer Colonia. Allerdings, weil Colonia nach Kolonialismus klang, wurde in der offiziellen Begründung von einer Erhebung in den Rang eines Municipiums gesprochen, da es diesen Rang auch in Rumänien gab. Letzterer klang nach klassischer Antike und war gleichzeitig mit der rumänischen Verwaltungstradition verbunden. Hier nun der Originaltext:

„Hohe Auszeichnung für Munizipium Cluj-Napoca: Dem Munizipium Cluj-Napoca wurde der Orden „Stern der Sozialistischen Republik Rumänien“ I. Klasse verliehen. In Würdigung des Beitrags, den die Bürger des Munizipiums Cluj im Laufe der Jahrhunderte zum Kampf des ganzen Volkes für Freiheit und sozialen Fortschritt erbracht haben, und der aktiven Mitwirkung an der Verwirklichung der Politik von Partei und Staat beim Aufbau der vielseitig entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserem Vaterland wurde dem Munizipium Cluj-Napoca anlässlich des 1850. Jahrestags der Erhebung der Siedlung Napoca zum Rang eines Munizipiums und zur Hauptstadt der Provinz Dacia Porolissensis durch Präsidialdekret der Orden „Stern der Sozialistischen Republik Rumänien“ I. Klasse verliehen.“; 2. „Das Munizipium Cluj erhielt die Bezeichnung Cluj-Napoca: Anlässlich des 1850. Jahrestags der Erhebung der Siedlung Napoca zum Rang eines Munizipiums und zur Hauptstadt von Dacia Porolissensis wird, um den Namen dieser alten Siedlung – ein Beweis des Bestehens der Kontinuität des rumänischen Volkes in diesen Gebieten – zu verewigen durch Dekret des Staatsrates ab 16. Oktober 1974 zum Namen des Munizipiums Cluj hinzugefügt, so dass es Munizipium Cluj-Napoca heißen wird.“¹

¹ Neuer Weg, 18. 10. 1974, S. 1; eigentlich ist es eine Übernahme und Übersetzung aus dem Monitorul Oficial, dem Amtsblatt der Sozialistischen Republik Rumänien.

Durch die Namensgebung wird in symbolischer Weise eine Brücke geschlagen von der Antike zur Gegenwart. Nur führte diese Brücke laut der nationalkommunistischen Geschichtsdeutung über ein Nichts, weil die gesamte mittelalterliche und neuzeitliche Geschichte von Klausenburg aus dieser Sicht keine Relevanz hatte. Die Zwischenkriegszeit, d. h. die Zeit der ersten rumänischen Verwaltung, hatte aus ideologischen Gründen ein wenig mehr Bedeutung, aber die Überwindung der Gesellschaftsordnung, die diese national so bedeutende Zeit darstellte, gehörte ja zur Legitimation des politischen Regimes, das Ceaușescu vertrat. Sicherlich, weder die Daker noch die Römer waren ideologisch sauber, aber sie waren zeitlich so weit weg, dass es möglich wurde, an sie anzuknüpfen und, vor allem die Daker, zu einem Brückenkopf zu machen.

So abartig diese Nationalisierung einer visuell, historisch und kulturell als fremd empfundenen Stadt auch scheinen mag, sie war keine Erfindung von Ceaușescu. Sie war nicht einmal eine osteuropäische Phantasmagorie und trotz des ethnizistischen Akzents nicht einmal eine Äußerung der sog. ethnischen Nation.

Im Grunde genommen kann diese politische (Wieder-)Taufe als eine groteske Glosse der berühmten, vielzitierten, selten vollständig und im Kontext gelesenen Rede von Ernest Renan, *Was ist eine Nation?*² gelesen werden³. Genauer gesagt, geht es um die meist aus dem Kontext gerissene und nicht mehr weitergedachte Definition der Nation und die weniger bekannte Stelle um die Rolle des Vergessens in der Nationsbildung.

Zuerst die klassische Definition der Nation: „In der Vergangenheit ein gemeinschaftliches Erbe von Ruhm und von Reue, in der Zukunft ein gleiches Programm verwirklichen, gemeinsam gelitten, sich gefreut, gehofft haben. Eine Nation ist also eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus, aber trotzdem fasst sie sich in der Gegenwart in einem greifbaren Faktum zusammen: der Übereinkunft, dem deutlich ausgesprochenen Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Das Dasein einer Nation ist – erlauben Sie mir dieses

² Ernest Renan, *Qu'est-ce qu'une nation?*, Paris, 1882.

³ Das bedeutet nicht, dass Ceaușescu Renans Rede gelesen haben muss.

Bild – ein täglicher Plebiszit, wie das Dasein des einzelnen eine andauernde Behauptung des Lebens ist.“⁴

Obiges Zitat wird herangezogen, um das Wesen der Willens- oder Bürgernation zu erfassen. Und tatsächlich ist vor allem der berühmtgewordene Begriff des täglichen Plebiszits der beste Ausdruck dessen, was eine Nation sein sollte. Denn Renan beschrieb einen Idealzustand, der weder für das Frankreich des Jahres 1882 noch für jegliche Nation oder jeglichen Nationalstaat stimmt. Wenn wir den täglichen Plebiszit weiterdenken und in ihn den historischen Kontext versetzen, dann stellt sich zumindest eine Frage: Wie steht es dann mit den Kolonien? Haben die Bewohner der Kolonien auch das Recht zum Plebiszit? Und wieso gab es Kolonialkriege? Denn in einem Plebiszit kann die Antwort auch mit „Nein“ ausfallen, was 1871 in Algerien und 1878 in Neukaledonien auch geschah. Und war es bloß ein Zufall, dass der Vater der republikanischen Schule, Jules Ferry, auch ein Klassiker des Kolonialismus war?⁵ Und wenn die Nation auch eine Erinnerungsgemeinschaft ist, dann ist ja der Sieg der Metropole die Niederlage der Kolonie: Der Gewinn der Metropole ist der Verlust der Freiheit für die Kolonie. Für Renan beschränkte sich die Nationsbildung jedoch auf die Metropole allein.

Es gibt aber eine weniger zitierte Stelle, die eine in der Regel unterschlagene Dimension der kollektiven Erinnerung hervorhebt: „Das Vergessen – ich möchte fast sagen: der historische Irrtum – spielt bei der Erschaffung einer Nation eine wesentliche Rolle, und daher ist der Fortschritt der historischen Studien oft eine Gefahr für die Nation. Die historische Forschung zieht in der Tat die gewaltsamen Vorgänge ans Licht, die sich am Ursprung aller politischen Gebilde, selbst jener mit den wohlthätigsten Folgen, ereignet haben.“

Historiker und wissenschaftlich und ethisch untadelig durchgeführte historische Forschungen sind somit Feinde der Nation. Denn Nationen brauchen keine Aufarbeitung der Vergangenheit⁶ und kritisches Denken bedroht

⁴ Ernest Renan, „Was ist eine Nation?“, Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882, <http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr251s.htm> (Zugriff: 23.06.2013).

⁵ Alain Dieckhoff, *Națiune și rațiune de stat. Identitățile naționale în mișcare (Nation und Staatsräson. Die nationalen Identitäten in Bewegung)*, București: Curtea Veche, 2003, S. 58.

⁶ Das Vergessen bezieht sich auf den überaus brutalen Vereinigungsprozess Süd- und Nordfrankreichs im Zuge des Albigenserkreuzzugs, Renan, *Qu'est-ce qu'une nation?*, S. 7-8.

ihre Existenz. Was Nationen demnach brauchen sind Mythen. Die Nation ist somit eine auf Mythen beruhende Erinnerungs- und Vergessensgemeinschaft, egal, wie sie sich definieren würde. Wobei der genauere Begriff „Verdrängung“ wäre.

Wer entscheidet aber darüber, was erinnert und was vergessen werden darf und muss? Bei Renan halten sich Mythen und rational Überprüfbares in der Balance; je nach Interesse betont er das eine oder das andere. Aber eine Antwort darauf, wer über die Deutungshoheit der Vergangenheit verfügt, gibt er nicht. Aus der Praxis der letzten zwei Jahrhunderte geht hervor, dass, egal, wie sich die Nation definiert, das sog. kollektive Gedächtnis eine Konstruktion im Auftrag des Staates ist. Der homogene Nationalstaat, als Realität oder Ideal, ist ein Staat, der über eine Kultur und eine Sprache wie auch über eine zentralisierte Verwaltung verfügt⁷ und somit die Rolle des Hüters der Nation spielt. Das Machtzentrum, das sich in der Hauptstadt konzentriert, ist Hüter der Wahrheit, der einzigen Wahrheit, zumindest was die Geschichtspolitik betrifft. Die Erinnerungen, die die nationale Gemeinschaft zusammenschweißen (sollen), sind die Erinnerungen des Zentrums, der Macht.⁸ Woran erinnert werden darf und was vergessen werden muss, ist eine Machtfrage.

Ceaușescus Beschwörung der Vergangenheit war grotesker, aber nicht irrationaler als der Satz, mit dem die Geschichtsbücher der Dritten Republik begannen: „Nos ancêtres les Gaulois.“ Cluj-Napoca sollte eine neue Erinnerungsgemeinschaft herstellen, indem durch die Umtaufe die Vergessensgemeinschaft gestärkt wurde. Aber selbst die Umtaufe ist keine Erfindung von Ceaușescu gewesen. Diese Praxis hat eine ehrbare Vergangenheit, d. h. sie beschränkt sich nicht auf Himmlerstadt⁹. Die Jakobinerdiktatur hatte einen Teil der Ortschaften Frankreichs umgetauft und den Städten, die sich gegen die jakobinische Deutungshoheit der

⁷ Sándor Tóth, „Kis traktátus a nemzetállamról (Kleines Traktat über den Nationalstaat)“, in: *Regio*, 13, 4, 2002, S. 184-193; Judit Pál, „A hivatalos nyelv és a hivatali nyelvhasználat kérdése Erdélyben a 19. század közepén (Die Frage der Amtssprache und des Gebrauchs der amtlichen Sprache in Siebenbürgen in der Mitte des 19. Jahrhunderts)“, in: *Regio*, 16, 2005, S. 3.

⁸ Eugen Weber, *La fin des terroirs. La modernisation de la France rurale (1870-1914)*, Paris: Fayard, 1983, S. 146, 152.

⁹ Ursprünglich Zamosć, dann Pflugstadt und schließlich in Himmlerstadt umbenannt.

Revolution erhoben hatten, Namen verliehen, die auf ihr Verbrechen des Aufbegehrens gegen den Königsweg zum weltlichen Heil erinnern sollten. So wurde Marseille in *Ville sans Nom* umbenannt, womit ihre Identität gelöscht und ihre Tat verewigt werden sollte.

Die Dialektik von Erinnern und Vergessen/Verdrängen bedeutet aber auch, dass Nation und Nationalstaat Hüter der Vergangenheit sind.¹⁰ Nationalgeschichte, die auf allen möglichen Wegen verbreitet wird und zur grundlegenden Ausstattung eines jeden Staatsbürgers gehört¹¹, kann als das gesehen werden, was dem Vergessen entrissen wurde bzw. was nicht vergessen werden darf. Was geschieht aber, wenn die Bevölkerung kulturell und sprachlich heterogen ist und auch verschiedenartige Erinnerungskulturen pflegt? Zur Nation zu gehören, Bürger des Nationalstaates zu sein bedeutet auch Teilhabe an der Geschichte der Nation und des Nationalstaates. Oder genauer: an der Geschichte der politischen und zahlenmäßigen Mehrheit, deren Erfahrung bzw. die offizielle Konstruktion ihrer Erfahrung kanonisiert wurde. Die Homogenität, die jeder Nationalstaat anstrebt und die normativ ist, führt dazu, dass jene, die die herrschende Kultur nicht teilen, zu Minderheiten werden.¹² Da Minderheitenkulturen sich von der Norm entfernen (also gewissermaßen ab-norm sind), werden sie sichtbar, weil partikularistisch.¹³ Es ist die Dialektik von unsichtbar (Mehrheit)/sichtbar (Minderheiten), von universal/partikularistisch, die die Existenz der Minderheiten als kulturelle und sprachliche Gemeinschaften in einer säkularisierten Gesellschaft so schwer legitimierbar macht. Andersartigkeit wird als Abgrenzung gesehen, als Einkapselung, Abkehr vom Universalen usw. Die Teilhabe und Teilnahme an der Mehrheits-, d. h. Nationalkultur

¹⁰ Diese Kontrolle von Vergangenheit und Erinnerung gehört zur idealisierten Sicht der westlichen Nationen: „Ein zweites Ergebnis der doppelten Revolution im industrialisierten Westen war die Entstehung starker Nationalstaaten, mit homogener Bevölkerung, die dieselbe Sprache sprach [...], dieselbe Geschichte lernte und stolz an der neuen nationalen Identität teilhatte.“, T. Iván Berend, *Kisiklott történelem. Közép-és Kelet-Európa a hosszú 19. században (Entgleiste Geschichte. Ostmitteleuropa im langen 19. Jahrhundert)*, Budapest: História : MTA Történettudományi Intézet, 2003, S. 44.

¹¹ Weber, *a.a.O.*, S. 438, 452.

¹² Rogers Brubaker, Margit Feischmidt, Jon Fox, Liana Grancea, *Politică naționalistă și etnicitate cotidiană într-un oraș transilvănean*, Cluj-Napoca: Institutul pentru Studiarea Problemelor Minorităților, 2010, S. 20.

¹³ *Ebenda*, S. 21.

ist somit ein Schritt in Richtung Emanzipation, durch die Überwindung des Partikularismus, der Isolation, des Tribalismus, die das Minderheitendasein angeblich mit sich bringt.¹⁴

Die Annahme der Kultur der *core-region*¹⁵ durch die Peripherie ist also ein entscheidender Schritt zur Teilhabe an einer höheren Kultur, die den Zugang zu den universalen Werten sichert. Der Preis dafür ist die Aufgabe der ursprünglichen Identität, was aus der Sicht der normativen Mehrheit kein Opfer bedeutet, es sei denn, um Marx und Engels zu periphrasieren, den Verlust der Ketten (der provinziellen und erdrückenden Ursprungskultur).

Der Nationalstaat ist demnach eine überwundene Geschichte: die Geschichte der regionalen und lokalen Historien und Identitäten, der vielfachen Sprachen und Kulturen, gesehen als Hindernisse im Wege der Kommunikation, der Durchsetzung des Prinzips der Gleichheit, des Fortschrittes schlechthin.¹⁶ Die Geschichte aller Einheiten auf unterstaatlicher Ebene ist die Geschichte ihres Verschwindens im Namen einer höheren, effizienteren Einheit.¹⁷

Bibliographie

1. Berend, T. Iván (2003), *Kisiklott történelem. Közép-és Kelet-Európa a hosszú 19. században (Entgleiste Geschichte. Ostmitteleuropa im langen 19. Jahrhundert)*, Budapest: História : MTA Történettudományi Intézet.

¹⁴ „Une nation ne peut pas, ou ne devrait pas, conquérir des „peuples majeurs“ mais amener à une plus grande cohésion des groupes sans identité culturelle évidente, les gagner à soi: enrichir, éclairer l'esprit tribal privé d'instruction, voilà ce à quoi la mission civilisatrice ne peut renoncer. On trouve nombre de thèmes de l'intégration nationale dans cette brève affirmation: les peuples conquis ne sont pas des peuples, ils n'ont pas de culture propre; ils peuvent seulement bénéficier de l'enrichissement et de l'instruction que le civilisateur leur apporte.“, Weber, *a.a.O.*, S. 691.

¹⁵ Michael Hechter, *Internal Colonialism. The Celtic fringe in British national development 1536-1966*, Berkeley and Los Angeles, 1977, S. 4-5; vgl. „Il suppose l'existence d'un „centre“ qui est plus qu'une base éventuelle de conquêtes et masque le fait des sociétés pour lesquelles le „centre“ est resté, dans une grande mesure, inconnu et inexistant, jusqu'à ce qu'il les ait subjuguées – pour ne pas dire assimilées.“, S. 148.

¹⁶ Weber, *a.a.O.*, S. 26.

¹⁷ „Je vous conjure d'oublier que vous êtes Bretons, pour ne vous souvenir que de votre qualité de Français.“, *Ebenda*, S. 153.

2. Brubaker, Rogers; Feischmidt, Margit; Fox, Jon; Grancea, Liana (2010), *Politică naționalistă și etnicitate cotidiană într-un oraș transilvănean*, Cluj-Napoca: Institutul pentru Studierea Problemelor Minorităților Naționale.
3. Dieckhoff, Alain (2003), *Națiune și rațiune de stat. Identitățile naționale în mișcare* (Nation und Staatsräson. Die nationalen Identitäten in Bewegung), București: Curtea Veche.
4. Hechter, Michael (1977), *Internal Colonialism. The Celtic fringe in British national development 1536-1966*, Berkeley and Los Angeles: University of California Press.
5. Pál, Judit (2005), „A hivatalos nyelv és a hivatali nyelvhasználat kérdése Erdélyben a 19. század közepén (Die Frage der Amtssprache und des Gebrauchs der amtlichen Sprache in Siebenbürgen in der Mitte des 19. Jahrhunderts)”, in *Regio*, 16, S. 3-26.
6. Renan, Ernest (1882), *Qu'est-ce qu'une nation?*, Paris; deutsche Übersetzung: Ernest Renan, „Was ist eine Nation? Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882, <http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr251s.htm> (Zugriff: 23.06.2013).
7. Tóth, Sándor (2002), „Kis traktátus a nemzetállamról (Kleines Traktat über den Nationalstaat),” in: *Regio*, 13, 4, S. 184-193.
8. Weber, Eugen (1983), *La fin des terroirs. La modernisation de la France rurale (1870-1914)*, Paris: Fayard.

ÜBER DIE KORRUMPIERBARKEIT DES WAHREN, SCHÖNEN UND GUTEN

THE CORRUPTIBILITY OF THE TRUE, BEAUTIFUL AND GOOD

Ingeborg Szöllösi*

Abstract

What do we intend, if we speak about values? What do we mean, what do we want? And who is speaking when and why about values? The following essay follows these questions by combining them with the three problems we have in Europe nowadays. The first problem affects the economy, the second is called Europe, the third expresses itself in the new appearance of religious fundamentalism. To cope with these difficulties more than ever we quote values and work with them in the public discourse.

Keywords: values, economy, Enlightenment, life philosophy, fundamentalism

Worum geht es uns, wenn wir von Werten reden? Was meinen wir, was wollen wir? Und wer spricht wann und warum von Werten? Diesen Fragen geht vorliegender Beitrag nach und verbindet sie mit den drei Problemen, die wir derzeit in Europa haben. Problem eins betrifft die Ökonomie, Problem zwei heißt Europa, Problem drei verdichtet sich im neu aufgekommenen religiösen Fundamentalismus. Bei der Bewältigung dieser Probleme wird im öffentlichen Diskurs mehr denn je auf Werte rekuriert und mit Werten operiert.

* Dr. Ingeborg Szöllösi, Studium der Philosophie, Theater- und Literaturwissenschaft an der LMU München, journalistische Ausbildung in Hamburg, Dozentin, Redakteurin, Publizistin, seit 2008 Mitarbeit in der Deutschen Gesellschaft e. V.
Contact: Ingeborg.Szoelloesi@gmx.de

Das Problem der Ökonomie

Das Problem eins – das Problem der Ökonomie – ist aus philosophischer Perspektive leicht zu lösen. Der französische Philosoph Georges Bataille¹ kann dabei Pate stehen und einige fruchtbare Lösungsansätze liefern. Wirtschaftswissenschaftler waren in den 1980er Jahren der Meinung, ohne ethische Überlegungen auskommen zu können. Die herrschende ökonomische Kultur kennzeichnete ein „emotionales Verhältnis zur Geschwindigkeit von Produktion, Konsum und Fortbewegung, von Zeit- und Geldnutzung“². Über Grundwerte, die das menschliche Leben und möglicherweise auch die ökonomischen Prozesse begleiten, wurde nicht reflektiert. Das hat sich schlagartig geändert, mehr denn je wird in Expertenkreisen über Werte diskutiert. Seit die US-amerikanische Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 Insolvenz beantragen musste, scheint der Ökonomen-Zunft klar zu sein: Die unsichtbare Hand des Marktes kann Milliarden Euro, Dollar, Yen in Nichts auflösen, um dann etwas später von der fühlbaren Kraft des Staates zu profitieren und die Auferstehung an der Börse zu zelebrieren. Vater Staat interveniert, zaubert eine „Bad Bank“ hervor, entgiftet „toxische Kreditpapiere“ und belebt damit die ohnmächtigen Söhne des Finanzmarktes. Nach dieser spontanen Wiederbelebung machen sich die Söhne nun ernsthaft Gedanken – und reden über Werte!

Robert J. Shiller, Finanzunternehmer und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Yale-Universität, äußert in einem Interview im *Handelsblatt*, kurz nach Erscheinen seines Buches *Märkte für Menschen*: „Wir beginnen in den USA gerade [2012 – m. Anm.], über Moral und Werte als Teil des Geschäftslebens zu diskutieren. Das ist ein langsamer Prozess. Als ich an der Universität anfang, war die Vorstellung, dass der Markt perfekt sei, gängiges Wissen, wengleich ich nicht so ganz daran glaubte. Ich habe alte Lehrbücher angesehen und nach dem Kapitel über Spekulationsblasen gesucht. Das gab es ganz einfach nicht. Dann habe ich

¹ Vgl. Georges Bataille, *Die Aufhebung der Ökonomie*, München: Matthes & Seitz 2001. In vorliegendem Beitrag wird Batailles Vorschlag einer neuen Grundlegung der Ökonomie nur gestreift. Ausführlich behandelt wird das Thema in: Ingeborg Szöllösi: „Georges Bataille und das ‚Problem der Ökonomie‘“, in: Wolf Dieter Enkelmann, Birger P. Priddat (Hrsg.), *Was ist? Wirtschaftsphilosophische Erkundungen*, Marburg: Metropolis, 2015, S. 431–456.

² Jan Stehl, *Politik und Ökonomie als Kultur. Mit einem Vorwort von Carl Amery*, Würzburg: Königshausen & Neumann, 1982, S. 52.

nach dem Kapitel über Betrug gesucht. Auch hier Fehlanzeige. Wenn man dagegen heutige Lehrbücher betrachtet, stellt man fest, dass sich in diesem Bereich einiges geändert hat. Heutzutage begegnen wir dem Markt kritischer, haben ein besseres Verständnis für seine Unzulänglichkeiten.“³

Ein Umdenken ist in der Wirtschaftswissenschaft erfolgt. Von einem Philosophen wie Georges Bataille wird es schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg als großes Projekt der Ökonomie *und* Philosophie nahegelegt. Bataille unternimmt den Versuch, die Philosophie wieder in die Ökonomie einzuführen – und stellt damit gängige Ökonomie-Konzepte auf den Kopf. Seinen Entwurf einer neuartigen Ökonomie nennt er „Sonnenökonomie“⁴ und richtet es am Menschen selbst aus – und nicht am Prinzip der Unfehlbarkeit des Marktes. Plötzlich hat die Ökonomie eine elementare Basis, die sich mit dem Alltagsleben der Menschen gut verträgt. Mit einer erstaunlichen Schlichtheit entlarvt Bataille den Fehler von Ökonomen und Philosophen: Beide appellieren statt an den Menschen mit seinen *realen* Bedürfnissen stets an übergeordnete, unantastbare metaphysische Instanzen.

³ Robert J. Shiller, „Es ist nicht die Zeit zum Sparen“, in: *Handelsblatt* vom 26.11.2012, S. 10, siehe: <http://www.handelsblatt.com/politik/wirtschaftskrise-oekonom-shiller-warnt-europa-und-die-usa-vor-uebertriebenem-sparen/7436068.html>, Stand: 20.05.2015. – Ein Umdenken ist längst erfolgt und kippt heute, mehr als 30 Jahre später, ins andere Extrem: „Werte“ einzuführen wird mit einem erstaunlichen Eifer betrieben – beispielsweise von dem Vorstand der Deutschen Bank Stephan Leithner, nachdem sein Haus u. a. durch die Leo Kirch-Affäre sowie die Zinsmanipulation in die Schlagzeilen geraten ist: „Wir haben einige wichtige Punkte auf der Agenda unseres Kulturwandels. Erstens müssen wir allen innerhalb und außerhalb der Bank klarmachen, dass wir streng nach den Regeln spielen. Deshalb haben wir unsere internen Kontrollmechanismen und Überwachungsprozesse weiter verstärkt. [...] Wir haben unabhängige Kontrollinstanzen installiert [...]. Das Fehlverhalten eines Einzelnen können wir nie ausschließen, aber wir können uns keine Fehler im Kontrollsystem leisten.“ (Stephan Leithner, „Wir müssen uns das Vertrauen der Kunden neu verdienen“, in: *Werte. Das Magazin für Geist, Geld & Gesellschaft* 8/2013, S. 6-7.) In der Psychotherapie unterscheidet man zwischen Symptom- und Ursachen-Behandlungen – mit Regulativen, die Leithner in seinem Haus einführen will, gelingt es, lediglich Symptome zu behandeln. Mit einem Übermaß an Kontrolle und Überwachung kann möglicherweise mehr Transparenz gewährleistet, jedoch kein Kulturwandel hervorgebracht werden. Demnach kann die Empfehlung an Vorstandsetagen nur lauten, Vokabeln wie „Werte“ und „Kulturwandel“ nicht inflationär zu verwenden. Im Werte-Sonntagdiskurs verlieren sie ihre Bedeutung und verkommen zu Floskeln.

⁴ Bataille, a. a. O., S. 290.

Im Ranking berühmter Philosophen- und Ökonomen-Schulen stehen „absolute Idee“, „Weltgeist“ oder „Markt“ weit über dem Ich und Du. Ihr Hauptaugenmerk ist auf etwas gerichtet, das den Menschen übersteigt. Die Frage „Warum ist der Mensch – und nicht vielmehr nichts?“ scheint ihnen zu schlicht zu sein; sie ist lediglich ein Abglanz jener nach dem reinen ewigen Sein.

Problem Europa

Ende Februar nahm ich an einem Symposium in Berlin teil – Thema: „Europa?“. In ihrer Eröffnungsrede betonte die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Prof. Dr. Monika Grütters, dass Europa sich durch eine „Wertegemeinschaft“ auszeichne, Europa sei – so wörtlich – das „Projekt Aufklärung“.⁵

Dieser Tage führen wir die Aufklärung oft im Munde – sie erfüllt uns mit stolz. Doch worauf berufen wir uns denn tatsächlich, wenn wir uns auf die Aufklärung berufen?

Der konsequenteste Vertreter der Aufklärung ist der Verfasser der Abhandlung *Zum ewigen Frieden*⁶ – der weitsichtige Königsberger Philosoph Immanuel Kant. Für diese Schrift hätte ihm der Friedensnobelpreis gebührt – daran besteht kein Zweifel. Der Welt dermaßen zugewandt, zeigt er sich in keiner anderen Schrift. Am 5. April 1795 wird der Sonderfriede von Basel zwischen Preußen und Frankreich geschlossen, vier Monate später bietet Kant seinem Verleger Friedrich Nicolovius das Manuskript an. Es trägt eine „satyrische Ueberschrift“⁷, wie Kant selbst in seinen einleitenden Worten zu verstehen gibt. Abgekupfert habe er sie von einem Schild eines holländischen Gasthofs. Auf dem Schild sei zudem ein Kirchhof als Symbol eingraviert gewesen. Das Symbol des „Kirchhofs“⁸ wirft sogleich die Frage auf: Gehört das Thema „ewiger Friede“ ins Jenseits oder doch – wie das

⁵ Am 27. Februar 2015 nahmen in der Akademie der Künste Berlin Autoren und Intellektuelle aus Budapest, Bukarest, Belgrad und Athen mit Kurzvorträgen und Diskussionen zur „Debatte über Europa“ Stellung. Siehe: http://www.adk.de/de/programm/aktuell/index.htm?we_objectID=34030, Stand: 20.06.2015.

⁶ Im Weiteren zitiert nach der Erstausgabe von 1795: Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Königsberg: Friedrich Nicolovius, 1795. [Kant, Frieden]

⁷ Kant, Frieden, S. 3.

⁸ Kant, Frieden, S. 3.

Gasthaus vermuten lässt – ins Diesseits? Kant trifft seine Entscheidung, ohne über die Frage lange nachzudenken: Der „ewige Friede“ ist eine Angelegenheit, die uns hier und jetzt angeht. Als Weltbürger sollte es uns niemals reichen, den Frieden als Pause zwischen zwei Gefechten anzusehen, sondern es sollte unser oberstes moralisches Anliegen sein, den Frieden auf Erden „ewig“ zu gewährleisten.

Kants moralischer Impetus schimmert in allen seinen Schriften durch – auch in seinem Essay über den Frieden ist er zu spüren. Der Kerngedanke der kurzen Abhandlung ist von diesem Antrieb getragen und kulminiert in dem Satz: „Die wahre Politik kann also keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben [...]. Das Recht dem Menschen muß heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so große Aufopferung kosten. Man kann hier nicht halbieren [...], sondern alle Politik muß ihre Knie vor dem ersteren [dem Recht des Menschen] beugen [...]“⁹ – Wenn sich demnach das politische Streben nach Macht dem moralischen Gesetz der Freiheit und Gerechtigkeit unterordnet, wird „der ewige Friede [...] keine leere Idee“¹⁰ sein, die allenfalls auf Friedhöfen anzutreffen ist, sondern eine „Aufgabe“¹¹, der es nachzugehen gilt.

Kants Forderung ist radikal: Die Kriegsführung müsse aufhören, denn sie mache „einen Gebrauch von Menschen“¹², als wären Menschen „bloße Maschinen und Werkzeuge in der Hand eines Andern (des Staats)“,¹³ das ließe sich nicht „mit dem Rechte der Menschheit in unserer eigenen Person vereinigen“.¹⁴

„Die Menschheit in unserer eigenen Person“ – was Kant damit meint, ist kein sentimentaler Kitsch oder Teil einer wohlmeinenden Sonntagsrede, die philosophisch daherkommt, aber ansonsten nichts als beschwichtigen, ja betäuben will. Die Menschlichkeit im Menschen wohnt dem Menschen nicht inne – sie muss *errungen* werden, der Mensch muss sich selbst zähmen, beherrschen und in Griff bekommen. Über das Instrumentarium verfügt er: Kants Zuflucht ist auch in dieser Schrift die Ratio. Die Vernunft wird, so

⁹ Kant, Frieden, S. 91.

¹⁰ Kant, Frieden, S. 104.

¹¹ Ebenda.

¹² Kant, Frieden, S. 8.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda.

Kant, „vom Throne der höchsten moralisch gesetzgebenden Gewalt herab, den Krieg als Rechtsgang schlechterdings verdammen, den Friedenszustand dagegen zur unmittelbaren Pflicht machen, welcher doch, ohne einen Vertrag der Völker unter sich, nicht gestiftet oder gesichert werden kann“.¹⁵ Auf diese Weise wird es zu einem „Bund von besonderer Art“¹⁶ kommen, den man den „Friedensbund (foedus pacificum) nennen kann, der vom Friedensvertrag (pactum pacis) darin unterschieden seyn würde, daß dieser bloß einen Krieg, jener aber alle Kriege auf immer zu endigen suchte“.¹⁷ Der Bund diene, so Kant weiter, „der Erhaltung und Sicherung der Freyheit eines Staats, für sich selbst und zugleich anderer verbündeten Staaten“.¹⁸ Nur die „Idee der Föderalität, die sich allmählig über alle Staaten erstrecken soll“¹⁹, könne so einen Bund verwirklichen. Und diese Idee müsse von einem „mächtigen und aufgeklärten Volk“²⁰ das „sich zu einer Republik [...] bilden kann“²¹ ausgehen – diese Republik müsse sodann der „Mittelpunkt der föderativen Vereinigung für andere Staaten“ sein, um den „Freyheitszustand der Staaten, gemäß der Idee des Völkerrechts, zu sichern, und sich durch mehrere Verbindungen dieser Art nach und nach immer weiter auszubreiten“.²²

Es ist kaum zu verkennen: Die Länder Europas stehen in dieser Tradition – sie fühlen sich beauftragt, im Geist der Aufklärung zu handeln und in allen Erdteilen als Friedensstifter zu wirken, auch wenn sie in ihrem aufklärerischen Impetus verkennen, dass sie gerade dadurch mancherorts Unruhe, ja Widerstand und Krieg provozieren. Aufklärerische Pflichterfüllung stößt nicht selten auf religiöse Pflichterfüllung – die Fronten verhärten sich, die Kämpfe sind unerbittlich, denn beide Einstellungen gehen nicht von der Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit – sprich: vom Guten im Menschen aus, sondern von der naturgegebenen Böswilligkeit des Menschen. „Über das böse Princip in ihm (was er nicht ableugnen kann)

¹⁵ Kant, Frieden, S. 34–35.

¹⁶ Kant, Frieden, S. 35.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Ebenda.

²¹ Kant, Frieden, S. 36.

²² Ebenda.

doch einmal Meister zu werden“²³ ist Kants Hoffnung. Er vertraut auf die „moralische Anlage im Menschen“²⁴, die ihn zu einem Friedenszustand geleiten soll: „Der Friedenszustand unter Menschen, die neben einander leben, ist kein Naturstand (status naturalis), der [ist] vielmehr ein Zustand des Krieges [...]“²⁵

Kants „Idee einer Weltrepublik“²⁶ (die sich wie ein Vorahnung der „Idee Europas“ ausnimmt) speist sich aus dieser „moralischen Anlage“²⁷: „Für Staaten, im Verhältnisse unter einander, kann es nach der Vernunft keine andere Art geben, aus dem gesetzlosen Zustande, der lauter Krieg enthält, herauszukommen, als daß sie, eben so wie einzelne Menschen, ihre wilde (gesetzlose) Freyheit aufgeben, sich zu öffentlichen Zwangsgesetzen bequemen, und so einen (freylich immer wachsenden) Völkerstaat (ciuitas gentium), der zuletzt alle Völker der Erde befassen würde, bilden.“²⁸

Kants „kategorischer Imperativ“ – „handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde“²⁹ – liegt nicht nur dem von ihm bevorzugten Individualethos zugrunde, sondern dem Ethos der gesamten „Weltrepublik“,³⁰ das den „ewigen Frieden“ garantieren soll. Dass dieses Werk allein von der Ratio bewerkstelligt werden kann, gehört zu Kants Irrationalismus – seinem absoluten Glauben an die Vernunft.

Wie im Kleinen, wenn es um die ethische Maxime eines Individuums geht, so im Großen, wenn es um die politischen Maximen eines Staates geht, ist Kants Ziel nicht die „Wohlfahrt und Glückseligkeit“³¹ des Individuums oder des Staates. Kant geht es primär um den „reinen Begriff der Rechtspflicht“.³² „Vom Sollen, dessen Princip a priori durch reine Vernunft gegeben ist“³³ geht Kant aus – diesem Pflichtprinzip will er mit seinem

²³ Kant, Frieden, S. 33.

²⁴ Kant, Frieden, S. 79.

²⁵ Kant, Frieden, S. 18.

²⁶ Kant, Frieden, S. 38.

²⁷ Kant, Frieden, S. 79.

²⁸ Kant, Frieden, S. 37–38.

²⁹ Immanuel Kant, *Die Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, in: Wilhelm Weischedel (Hrsg.), *Werkausgabe*, Band 7, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1996, S. 51.

³⁰ Kant, Frieden, S. 38.

³¹ Kant, Frieden, S. 87.

³² Kant, Frieden, S. 88.

³³ Ebenda.

Aufklärungsprojekt zum Durchbruch verhelfen. Mit seiner Sollensethik hofft Kant, dem „moralisch Bösen“³⁴ den Garaus machen zu können und das „Pincip des Guten“³⁵ zu installieren.

Mit der edelsten Absicht führt Kant das Diktat eines allein auf rationalem Weg zu erreichenden Guten ein. Das wiederum ruft viele Gegner auf den Plan – die gesamte Schar der Lebens- und Existenzphilosophen, allen voran Nietzsche, der in Kant eine „klappernde Denk- und Rechenmaschine“³⁶ sieht. Kants Ansprüche wirken in ihrem fanatischen Appell an die „Menschheit in unserer eigenen Person“³⁷ unmenschlich, so der Tenor der Lebensphilosophen. Sein Reinheitsgebot, das an Reinheitswahn grenzt, fordert seinen Tribut. Mit seiner Kategorientafel erschließt Kant dem naturwissenschaftlichen Denken zweifelsohne neue Perspektiven. Dieses Verdienst sprechen ihm selbst seine ärgsten Feinde nicht ab.³⁸ Doch muss

³⁴ Ebenda. Was man Kant zugute halten muss, ist folgende psychologische Einsicht, die er in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ artikuliert: „Das moralisch Böse hat die von seiner Natur unabtrennbare Eigenschaft, daß es in seinen Absichten (vornehmlich in Verhältnis gegen andere Gleichgesinnete) sich selbst zuwider und zerstörend ist, und so dem (moralischen) Princip des Guten, wenn gleich durch langsame Fortschritte, Platz macht.“ (Kant, Frieden, S. 88) Das Böse hat den Hang, sich selbst zu zerstören.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Friedrich Nietzsche, *Unzeitgemäße Betrachtungen III. Schopenhauer als Erzieher*, in: ders., *Kritische Studienausgabe*, hrsg. von G. Colli und M. Montinari, Band 1, München: dtv/de Gruyter 1999, S. 355.

³⁷ Kant, Frieden, S. 9.

³⁸ Vgl. Henri Bergson, *Zeit und Freiheit*, Frankfurt am Main: Athenäum, 1989, S. 171 ff., wo es u. a. heißt: „Kants Irrtum bestand darin, daß er die Zeit als ein homogenes Medium auffaßte. Er scheint nicht bemerkt zu haben, daß sich die wirkliche Dauer aus Momenten zusammensetzt, die einander innerlich sind und daß, wenn sie die Gestalt eines homogenen Ganzen annimmt, sie sich eben damit im Raume ausdrückt. So läuft gerade die Unterscheidung, die er zwischen Raum und Zeit aufstellt, im Grunde darauf hinaus, die Zeit mit dem Raume und die symbolische Repräsentation des Ich mit dem Ich selbst zu verwechseln. [...] Damit ward dann die Freiheit eine unbegreifliche Tatsache. Und trotzdem bewahrte er sich infolge eines unbegrenzten, doch unbewußten Vertrauens in jene innere Apperzeption, deren Tragweite er einzuschränken bestrebt war, einen unerschütterlichen Glauben an die Freiheit. So erhob er sie zur Höhe der Noumena; und da er die Dauer mit dem Raum vermengt hatte, machte er aus jenem wirklichen und freien Ich, das tatsächlich dem Raume fremd ist, ein Ich, das in gleicher Weise auch der Dauer gegenüber äußerlich und infolgedessen unserem Erkenntnisvermögen unzugänglich sein sollte. Die Wahrheit aber ist, daß wir dieses Ich immer dann wahrnehmen, wenn wir durch eine starke Anspannung der Reflexion unsre Augen von dem Schatten abwenden, der uns nachfolgt, und in uns selbst zurückgehen. Die Wahrheit ist, daß, wenn wir

im selben Atemzug hervorgehoben werden: Objektive Gesetzmäßigkeiten eins zu eins auf die psychische Realität des Menschen übertragen zu wollen, dieses große Unternehmen Kants ist gescheitert.

Schopenhauer, sein getreuer Schüler, schreibt über Kants Bemühen, eine Kategorientafel zur „logischen Grundlage seiner ganzen Philosophie“³⁹ zu machen: Kant habe „dem Verstand das Unmögliche auferlegt, bloß um der Sinnlichkeit weniger zu bedürfen“⁴⁰ – mit seinen „Dutzend Kategorien, symmetrisch unter vier Titel abgesteckt, welche späterhin das furchtbare Bett des Prokustes werden, in welches er [Kant – m. Anm.] alle Dinge der Welt und Alles was im Menschen vorgeht gewaltsam hineinzwängt, keine Gewalttätigkeit scheuend und kein Sophisma verschmähend, um nur die Symmetrie jener Tafel überall wiederholen zu können.“⁴¹

Den Schatten,⁴² den der aufklärerische Impetus verursacht, nehmen sich Philosophen wie Schopenhauer, Nietzsche, Adorno, Horkheimer zum Vorwurf und leiten daraus ihre eigenen philosophischen Überlegungen ab. In ihrem gemeinsamen Werk *Dialektik der Aufklärung* beschäftigen sich

meistens im Verhältnis zu unserer eignen Person äußerlich und mehr im Raum als in der Dauer leben und handeln und wenn wir dadurch dem Kausalgesetz verfallen, das dieselben Wirkungen mit denselben Ursachen verknüpft, wir uns dennoch stets in die reine Dauer zurückversetzen können, deren Momente einander innerlich und heterogen sind und wo eine Ursache ihre Wirkung nicht zu reproduzieren vermag, da sie ja selbst sich niemals reproduzieren wird. [...] Diese Lehre hat den Vorzug, unsrem empirischen Denken eine solide Grundlage zu geben [...].“

³⁹ Arthur Schopenhauer, *Die Welt als Wille und Vorstellung*, Band 1/2, in: ders., Werke in zehn Bänden, Zürich: Diogenes 1977, S. 529.

⁴⁰ Arthur Schopenhauer, *Über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grund*, in: ders., Werke in zehn Bänden, Band 5, Zürich: Diogenes 1977, S. 108.

⁴¹ Schopenhauer, *Die Welt als Wille und Vorstellung*, Band 1/2, S. 529.

⁴² Die Aufklärung hat in ihrem Bestreben, sich selbst als „Lichtgestalt“ zu profilieren, das Mittelalter verdunkelt: „Gäbe es so etwas wie ein Antidiskriminierungsgesetz für Epochen, das Mittelalter wäre unter den Nutznießern ganz vorn dabei. Über kaum einen Zeitabschnitt der Geschichte gibt es so viele Vorstellungen, die so daneben liegen: [...]. Besonders wirkmächtig schnitzten Aufklärer des 17. und 18. sowie Romantiker des 19. Jahrhunderts am Image des mittleren Zeitalters. Den Aufgeklärten ging es darum, das Eigentümliche ihrer Gegenwart hervorzuheben, den Glauben an die Vernunft, die Skepsis gegenüber Vorgegebenem. Die Strahlkraft des Neuen wirkte umso mehr, je finsterer die Vergangenheit dahinter zurücktrat – die Mär vom irrationalen Mittelalter war geboren, einer Zeit, in der die Menschen von der Kirche oder von Feudalherren in Knechtschaft gehalten wurden und mehr oder weniger vor sich hin vegetierten.“ (Eva-Maria Schnur, „Alles anders!“, in: *Der Spiegel Geschichte 1/2015: Die Menschen im Mittelalter*, S. 14-19, S. 16)

Max Horkheimer und Theodor W. Adorno mit der „Selbsterstörung der Aufklärung“⁴³. Trotzdem berufen wir uns heute mehr denn je auf die „Werte der Aufklärung“ – sie scheinen ein brauchbares Bollwerk gegen den neu aufgekommenen Obskurantismus, Fundamentalismus und Primitivismus zu sein. Über das Projekt, das der aufklärerischen Bewegung auf den Fuß folgt und auch heute subkutan ihre Wirkung entfaltet, über das Projekt „Gegenaufklärung“ zu sprechen, scheint Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens heute unangenehm zu sein. Ich vermute, dass der Grund existenzieller Natur ist: Dem Menschen fällt es zunächst immer schwer, das Gespräch mit dem Schatten, den er wirft, aufzunehmen. Und ein Scheitern einzugestehen, wirkt oftmals wie eine Niederlage – vor allem wenn das „Projekt Aufklärung“ Europa heißt.

Der religiöse Fundamentalismus als Tyrannei des Wahren, Schönen und Guten

Nach seiner Verurteilung hält Sokrates eine wundersame Rede, in der er darlegt, weshalb er das Urteil seiner Richter akzeptiert und nicht ins Exil gehen wird, wie seine Schüler vorschlagen. Fliehen, so Sokrates, „das hieße dem Gotte ungehorsam sein“⁴⁴ (Apologie 37 e). Unter Gott versteht Sokrates allerdings keine extramundane, allmächtige, außerirdische Instanz, die berechtigt wäre, über Lebende und Tote zu richten, sondern er meint

⁴³ Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt am Main: S. Fischer, 2006, S. 1. Bereits in der „Vorrede“, geschrieben in New York 1944 heißt es: „Was die eisernen Faschisten heuchlerisch anpreisen und die anpassungsfähigen Experten der Humanität naiv durchsetzen: die rastlose Selbsterstörung der Aufklärung zwingt das Denken dazu, sich auch die letzte Arglosigkeit gegenüber den Gewohnheiten und Richtungen des Zeitgeistes zu verbieten.“ Und weiter S. 3: „Wir hegen keinen Zweifel [...], daß die Freiheit in der Gesellschaft vom aufklärerischen Denken untrennbar ist. Jedoch glauben wir, genauso deutlich erkannt zu haben, daß der Begriff eben dieses Denkens, nicht weniger als die konkreten historischen Formen, die Institutionen der Gesellschaft, in die es verflochten ist, schon den Keim zu jenem Rückschritt enthalten, der heute überall sich ereignet. Nimmt Aufklärung die Reflexion auf dieses rückläufige Moment nicht in sich auf, so besiegelt sie ihr eigenes Schicksal. Indem die Besinnung auf das Destruktive des Fortschritts seinen Feinden überlassen bleibt, verliert das blindlings pragmatisierte Denken seinen aufhebenden Charakter, und darum auch die Beziehung auf Wahrheit.“

⁴⁴ Im Weiteren werden Platons Dialoge, *Apologie* (Band 1), *Symposium* (Band 2) und *Politeia* (Band 3) nach der Stephanus-Numerierung zitiert ohne Seitenangabe: Platon, *Sämtliche Werke*, übersetzt von Friedrich Schleiermacher, hrsg. V. Walter F. Otto, Ernesto Grassi und Gert Plambök, Hamburg: Rowohlt, 1957/58.

seine innere Stimme,⁴⁵ die ihn durchs Leben geleitet – sein Daimonion, die einzige Stimme, die weisungsbefugt ist und ihm auch in seinen letzten Stunden beisteht: „Ich bin euch, ihr Athener, zwar zugetan und freund, gehorchen aber werde ich dem Gotte mehr als euch, und solange ich noch atme und es vermag, werde ich nicht aufhören, nach Weisheit zu suchen und euch zu ermahnen und zu beweisen, wen von euch ich antreffen, mit meinen gewohnten Reden, wie: Bester Mann, als ein Athener, aus der größten und für Weisheit und Macht berühmtesten Stadt, schämst du dich nicht, für Geld zwar zu sorgen, wie du dessen aufs meiste erlangst, und für Ruhm und Ehre, für Einsicht aber und Wahrheit und für dein Seele, daß sie sich aufs beste befinde, sorgst du nicht und hieran willst du nicht denken?“ (Apologie 29 d).

Sokrates jammert und wehklagt nicht, er nimmt das Urteil seiner Richter als das an, was in dieser Stunde als das Gute aufscheint: der Tod. Und das sagt kein leichtfertiger Mensch, der mit dem Tod kokettiert oder sympathisiert. Das sagt jemand, der davon überzeugt ist, dass „ein Leben ohne Selbsterforschung [...] gar nicht verdient, gelebt zu werden“ (Apologie 38 a). In einem Stadtstaat, in dem es nicht möglich ist, dass jeder „für sich gesorgt habe (Apologie 36 c), bevor er sich für die Angelegenheiten der anderen sowie jene des Staates [...] sorgen möchte“ (Apologie 36 c), kann ein Mensch wie Sokrates nicht leben, sein Daimonion verbietet es. Zwecklos ins Exil zu gehen – in der Fremde würde ihn das gleiche Schicksal⁴⁶ ereilen wie im Stadtstaat Athen. Ihm ist klar: „da ihr, meine Mitbürger, nicht imstande gewesen seid, meine Lebensweise und meine Reden zu ertragen, sondern sie euch zu beschwerlich und verhasst geworden sind, so daß ihr euch nun davon loszumachen sucht, ob also wohl andere sie leichter ertragen werden?“ (Apologie 37 c-d) Die „Anderen“ würden sich schließlich auch

⁴⁵ Vgl. Apologie 31 d: „Mir aber ist dieses von meiner Kindheit an geschehen, eine Stimme nämlich, welche jedesmal, wenn sie sich hören läßt, mir von etwas abredet, was ich tun will, zugeredet aber hat mir nie.“

⁴⁶ Vgl. Apologie 37 d: „Ein schönes Leben wäre mir das also, in solchem Alter auszuwandern und, immer umhergetrieben, eine Stadt mit der andern zu vertauschen. Denn das weiß ich wohl, wohin ich auch komme, werden die Jünglinge meinen Reden zuhören, eben wie hier. Und wenn ich diese von mir weise, so werden sie selbst von den Alten meine Verweisung bewirken; weise ich sie nicht von mir, so werden dasselbe doch ihre Väter und Verwandten um jener willen tun.“

nur als verurteilende Athener entpuppen. Und da Sokrates nicht imstande wäre, sich „ruhig zu verhalten“ (Apologie 37 e), würde man ihn überall wegen Verführung junger Menschen bezichtigen. Für Sokrates gibt es kein Leben jenseits der Bemühung, wahrhaftig zu sein und jeden Tag zu lernen, „wie er immer besser und vernünftiger, wo möglich, werden könnte“ (Apologie 36 c), denn „eben dies [ist] das größte Gut für den Menschen, täglich über die Tugend sich zu unterhalten und über die andern Gegenstände, über welche ihr mich reden und mich selbst und andere prüfen hört, ein Leben ohne Selbsterforschung aber gar nicht verdient, gelebt zu werden“ (Apologie 38 a).

„Daß sich die Seele aufs beste befinde“ (Apologie 29 d) – das ist der Zustand, der zustande kommt, wenn das Wahre, Schöne und Gute zu einer Einheit verschmelzen. Im *Symposion* führt Platon die Fäden des Wahren, Schönen und Guten kongenial zusammen – das Werk der Zusammenführung vollbringt nicht die „reine Vernunft“, sondern ein Zwitterwesen, namens Eros, das Platon in diesem Dialog einführt. Ohne erotische Energie (Kraft, Dynamik und Energie) gibt es kein Philosophieren: „Kein Gott philosophiert oder begehrt, weise zu werden, sondern er ist es, noch auch, wenn sonst jemand weise ist, philosophiert dieser. Ebensowenig philosophieren die Unverständigen oder bestreben sich, weise zu werden. [...] Wer also sind denn die Philosophierenden, wenn es weder die Weisen sind noch die Unverständigen? – Das muß ja schon [...] jedem Kinde deutlich sein, daß es die zwischen beiden sind, zu denen auch Eros gehören wird. Denn die Weisheit gehört zu dem Schönsten und Eros ist Liebe zu dem Schönen; so daß Eros notwendig weisheitliebend ist und also als philosophisch zwischen den Weisen und Unverständigen mitteninne steht.“ (Symposion 204 a).

Eros führt das Wahre, Schöne und Gute zusammen. Denn wer nicht begehren kann, dem wird dieses Dreiergespann auch niemals zuteil. Nun kommen aber viele Fragen auf – und in diesem Dialog überrollen sie sich schier: „Wer das Schöne begehrt, was begehrt der? – Daß es ihm zuteil werde. [...] Aber wenn nun jemand tauschend statt des Schönen das Gute setzte und fragte: wer das Gute begehrt, was begehrt der? – Daß es ihm zuteil werde. Und was geschieht jenem, dem das Gute zuteil wird? – [...] er wird glücklich.“ (Symposion 204 e–205 a).

Der Idee des Guten und Schönen teilhaftig zu werden – was bei Platon einem mystischen Erlebnis gleichkommt – ist das Ziel eines Lebens, das im „Schönen und Guten erzeugt“ (erschafft, wirkt, tätig ist). Das Leben

ist wie bei Rilke von immer weiter und weiter gefassten „Ringem“⁴⁷ bestimmt: „daß man von diesem einzelnen Schönen beginnend jenes einen Schönen wegen immer höher hinaufsteige, gleichsam stufenweise von einem zu zweien, und von zweien zu allen schönen Gestalten, und von den schönen Gestalten zu den schönen Sitten und Handlungsweisen, und von den schönen Sitten zu den schönen Kenntnissen, bis man von den Kenntnissen endlich zu jener Kenntnis gelangt, welche von nicht anderem als eben von jenem Schönen selbst die Kenntnis ist, und man also zuletzt jenes selbst, was schön ist, erkenne. Und an dieser Stelle des Lebens [...], wenn irgendwo, ist es dem Menschen erst lebenswert, wo er das Schöne selbst schaut.“ (Symposion 211 c-d) Fazit: „Um zu diesem Besitz zu gelangen“ (Symposion 212 b), gibt es keinen „besseren Helfer“ (Symposion 212 b) als den Eros.

Die Schau des Schönen und Guten ist betörend – ein Faszinosum, dem man in Hingabe erliegt. Doch genau das ist nicht erlaubt: „dort zu bleiben“ (Politeia 519 d), wie wir in Platons *Höhlengleichnis* aus der *Politeia* erfahren: „Uns, als den Gründern der Stadt, liegt ob, die trefflichsten Naturen unter unsern Bewohnern zu nötigen, daß sie zu jener Kenntnis zu gelangen suchen, welche wir im vorigen als die Größte aufstellten, nämlich das Gute zu sehen und die Reise aufwärts dahin anzutreten; aber wenn sie dort oben zur Genüge geschaut haben, darf man ihnen nicht erlauben, [...] dort zu bleiben.“ (Politeia 519 c-d).

Nachdem sich die „Sorge um sich“,⁴⁸ eine intime mystische Schau, vollzogen hat und ein individuelles Glück erreicht ist, kommt bei Platon das Kollektiv ins Spiel – die sich bildenden Philosophen lassen ihren Elfenbeinturm zurück und begeben sich in die Niederungen der Stadt, lassen sich in den „unterirdischen, höhlenartigen Wohnungen“ (Politeia 514a) nieder und nehmen am Stadtleben teil, sie gestalten und verändern das Leben in der Stadt. Platons Worte sind ein Appell, ja ein Imperativ: Ihr, denen das Wahre, Gute, Schöne zuteil wurde, „müsst wieder herabsteigen, jeder in seiner Ordnung, zu der Wohnung der übrigen und euch mit ihnen

⁴⁷ Vgl. Maria Rilke Rainer, „Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen ...“, in: ders., Werke, Band 1/1, *Das Stunden-Buch*, Frankfurt am Mai: Insel, 1986, S. 9.

⁴⁸ Vgl. Michel Foucault, *Die Sorge um sich*, in: Michel Foucault, *Sexualität und Wahrheit*, Band 3, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1997.

gewöhnen, das Dunkle zu schauen. Denn gewöhnt ihr euch hinein: so werdet ihr tausendmal besser als die dortigen sehen und jedes Schattenbild erkennen, was es ist und wovon, weil ihr das Schöne, Gute und Gerechte selbst in der Wahrheit gesehen habt.“ (Politeia 520 c).

Platon verspricht sich von der Abwärtsbewegung, der Konfrontation mit dem Schatten, viel: Der Stadtstaat wird von jenen, die eine Aufwärtsbewegung vollzogen und an einer mystischen Schau teilhatten, „wachend verwaltet werden und nicht träumend“ (Politeia 520 c), der Geschaut-Habende wird nicht um Scheinprobleme streiten, er führt keine „Schattengefechte“ (Politeia 520 c). Durch die andere Dimension, der das Schöne und Gute angehört, vermag er alles zu relativieren – für ihn ist der Alltag nur das, was er ist, nämlich ein Schatten verglichen mit dem, was er erlebt hat. Sein Amt verrichtet er nach bestem Wissen und Gewissen, aber er ist sich stets dessen bewusst: Es ist nichts weiter als ein Amt, ein simpler Job, von dem seine innere Zufriedenheit niemals abhängen darf. Seine Glückseligkeit hat eine andere Quelle, er bezieht sie aus jener anderen Dimension.

Eine merkwürdig aktuelle psychische Hygiene schlägt Platon in seinen beiden, nicht umsonst berühmt gewordenen Schriften vor – in der *Politeia* und im *Symposion*. Das Gute betrachtet er außermoralisch, das Schöne siedelt er jenseits der Ästhetik an und das Wahre ist für ihn das mit sich selbst Stimmige oder im Einklang-Seiende. Er erschließt dem Menschen eine andere Dimension, indem er mit dem Menschen dialogiert. Und in diesem Sinne ist das „Wahre, Schöne und Gute“ nicht von dieser Welt, aber ihr Prüfstein liegt *in* dieser Welt – und das ist die Glückseligkeit (eudaimonia). Demnach ist das „Wahre, Schöne und Gute“ nicht korrumpierbar, das ist die philosophische Auskunft, die der Eros Platon souffliert. Doch buchstäblich unphilosophisch (nicht weisheitliebend) mutet der Zugang vieler Philosophenschulen an, die nach Platon und Aristoteles das Wahre, Schöne und Gute in unerreichbare Entitäten verwandeln: So wird das lebendige Dreiergestirn zu einem erstarrten Gebilde fernab menschlicher Realität, das es als das ewig Seiende anzubeten oder zu lobpreisen gilt. Sie zu *begehren* wird zum Frevel erklärt. Nichts hat dem griechischen Denken so sehr geschadet als die christlich gefärbten Interpretationen und Übersetzungen. Das „Wahre, Schöne und Gute“ ist unkorruptierbar – der Psyche des einzelnen Menschen zugänglich, ihr

innewohnend und sie geleitend. Doch ist das leuchtende Dreiergestirn, wird es von monotheistischen Vorstellungen okkupiert, korruptierbar. Jeder kann sich seiner bedienen, jeder kann in ihm das sehen, was ihm beliebt – Hauptsache, er übt Macht aus und knechtet im Namen des Wahren, Schönen und Guten. Die Tyrannei des Wahren, Schönen und Guten äußert sich als religiöser Fundamentalismus, Tugendterror und Schönheitswahn.⁴⁹

Was können wir tun, damit das „Wahre, Schöne und Gute“ nicht zu einer „Zombie-Kategorie“⁵⁰ (Bernd Ulrich) verkommt, zu einer Kategorie, die lebendig wirken will, obwohl sie in Wirklichkeit schon längst tot ist? Wie virulent diese Frage heute ist, führen uns die Terroranschläge von Paris erschreckend vor Augen.

Marine Le Pen, die Parteivorsitzende der Front National, der derzeit stärksten politischen Kraft in Frankreich, nennt den Angriff auf die Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* einen Angriff „auf unsere Kultur, unsere Freiheiten, unsere Werte“⁵¹ – und fordert eine Volksabstimmung zur Wiedereinführung der Todesstrafe.⁵²

Die Terroranschläge von Paris wurden von vielen als ein Angriff auf die Werte unserer westlichen Zivilisation – Meinungs- und Pressefreiheit, Menschenrechte und -würde, Selbstbestimmung und Demokratie – angesehen. Das mag stimmen, und trotzdem müssen wir uns auch mit dem unliebsamen Kollateraleffekt beschäftigen, dass sich die Terroristen – auch die drei Terroristen aus Paris – ebenfalls auf ihre Kultur, ihre Freiheiten

⁴⁹ Die Adepten des „Wahren“ würden Sokrates des Egoismus zeihen, die des „Guten“ würden ihn als Verführer verdammen und die des „Schönen“ wegen seiner Hässlichkeit ausschließen. Heute hätte er auch keine Chance, eine Akademie oder gar einen Stadtstaat zu gründen, aber gewiss hätte er auch heute einige Schüler, die seine Verurteilung nicht hinnehmen würden.

⁵⁰ Vgl. Ulrich Beck, Johannes Willms, *Freiheit oder Kapitalismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2000, S. 16: „Die Soziologie, die im Container des Nationalstaats angesiedelt ist, und ihr Selbstverständnis, ihre Wahrnehmungsformen, ihre Begriffe in diesem Horizont entwickelt hat, gerät methodisch unter den Verdacht, mit Zombie-Kategorien zu arbeiten. Zombie-Kategorien sind lebend-tote Kategorien, die in unseren Köpfen herumspuken, und unser Sehen auf Realitäten einstellen, die immer mehr verschwinden.“

⁵¹ Georg Blume, Elisabeth Raether, Gero von Ranow, Tanja Stelzer, „Wo ist Charlie?“, in: *Die Zeit*, Nr. 3/2015, siehe: <http://www.zeit.de/2015/03/charlie-hebdo-frankreich-zukunftseinheit>, Stand: 20.06.2015.

⁵² Ebenda.

und Werte berufen.⁵³ Das „Wahre, Schöne und Gute“ haben nicht nur wir für uns gepachtet, sondern auch sie für sich. Woran orientieren wir uns nun, wenn hehre, hohe, ja „heilige“ Werte herangezogen werden, um – wie auch immer geartete, heroische oder feige – Taten zu rechtfertigen? Wer ist im Recht, wenn es um den „Kampf der Werte“ geht?

Das „Wahre, Schöne und Gute“, absolut gesetzt, korrumpiert – der eine mordet für das „Wahre, Schöne und Gute“, die andere will die Todesstrafe im Namen des „Wahren, Schönen und Guten“ einführen. Das Versprechen: ein Himmelreich im Jenseits bzw. politische Macht im Diesseits, koste es, was es wolle. Und es kostet viel, zu viel. Denn es kostet den einzigen Wert, auf den es ankommt: das Leben selbst. Ein Mensch verschreibt sich außerirdischen Idealen und geht über Leichen, weil er das Leben in sich und in den anderen längst nicht mehr spürt. Er folgt „Zombie-Kategorien“, weil er selbst zum Zombie geworden ist. Gründe dafür gibt es viele.

Wie kann man einem Menschen, dem das Leben nichts, das Wahre hingegen alles wert ist, helfen? Könnte man diese Frage beantworten, hätte man möglicherweise eine Vorstellung von dem, wie Terrorprävention aussehen könnte. Aber genau davon sind wir meilenweit entfernt.

Jeder Terroranschlag verhöhnt das Leben – den einzigen Wert, auf den wir uns ohne jegliche Vorbehalte immer und überall berufen können, ohne überheblich oder lächerlich zu wirken. Leben spielt sich auf allen Breitengraden, in allen Gesellschaften und Kulturen. Gelacht und geweint, gefeiert und getanz, getobt und gestritten wird überall auf der Welt in einer einzigen Sprache. Global ist nur das Leben. Gegen das Leben vorzugehen, bedeutet die Welt in eine wüste Landschaft zu verwandeln.

Die Realität des Menschen nicht aus dem Blick zu lassen – das ist ein authentischer Imperativ von Lebens- und Existenzphilosophen, aber auch ein authentischer Imperativ unserer Zeit. Wir sind weit gekommen. Das Leben eines Menschen ist uns viel wert. Wir tun viel, um Menschenleben zu retten. Und trotzdem kann es sein, dass unser System

⁵³ Vgl. Thomas Assheuer, „Soldaten des Lichts. In ewiger Liebe: Bei einem der Geiselnahmer lag ein Buch der Islamistin Malika El Aroud. War es das Drehbuch des Terrors?“, in: *Die Zeit* Nr. 3/2015, siehe: <http://www.zeit.de/2015/03/soldaten-des-lichts-malika-el-aroud-propaganda>, Stand: 20.06.2015.

Lücken aufweist, wenn einige wenige aus der Mitte unserer Gesellschaft⁵⁴ die Lizenz zum Töten oder zur Machtergreifung mit Selbstwerdung verwechseln. Eine einzige Frage ist relevant: Wo bin ich, wenn ein Mensch abgeleitet, was tue ich, wenn er abstürzt, und was biete ich ihm an, um ihn wieder aufzurichten?

Philosophisch betrachtet, sind wir aufgefordert, unsere Lebensform, demnach auch unsere westlichen Werte zu hinterfragen – es wird uns nämlich wenig helfen, wenn wir eine „Achse des Guten“ als Bollwerk gegen die „Achse des Bösen“ hochziehen. Wie sehr uns unsere hehren Verstandeskategorien fanatisieren, müssen wir auch aufzudecken wagen, wenn wir unserem „Projekt Aufklärung“ gerecht werden wollen. Die Aufklärung hat ein wichtiges Wort gesprochen, aber es ist nicht das letzte. Die Aufklärung der Aufklärung war ein großes Projekt der Frankfurter Schule, es ist aber nicht weiter entwickelt worden. Die Schüler des großen Meisters Kant, Adorno und Horkheimer, hatten den Mut, das „Projekt Aufklärung“ zu hinterfragen. Die beiden Philosophen sind sogar so weit gegangen, die Aufklärung als „radikal gewordene, mythische Angst“⁵⁵ zu betrachten. Der Mut fehlt uns heute, wenn wir die Errungenschaften der Aufklärung gegen ihre äußeren Feinde verteidigen. Sich mit positiv klingenden Werten zu schmücken ist nicht nur verführerisch, sondern auch stabilisierend und gemeinschaftsstiftend, doch leidet darunter der Wert, der zweifelsohne der grundlegendste von allen ist: das Leben selbst. Mit

⁵⁴ Die Attentäter von Paris, die Brüder Kouachi und Amedy Coulibaly, sind in Frankreich geboren und hatten die französische Staatsbürgerschaft. Vgl. Ralph Sina, Islamistische Kämpfer aus Europa: Brutal und fanatisch, siehe: <http://www.tagesschau.de/ausland/is-terroristen-eu-102.html>, Stand: 20.05.2015; „Nach Recherchen von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union in Brüssel, kommen die meisten EU-Dschihadisten des IS-Terrornetzwerkes aus Großbritannien, Frankreich, den skandinavischen Ländern und – in Relation zur Einwohnerzahl – aus Belgien.“ Vgl. auch Barbara Jung, Robert Birnbaum, „120 IS-Anhänger nach Deutschland zurückgekehrt. Deutsche Staatsbürger reisen nach Syrien und Irak, um sich von den Terroristen des ‚Islamischen Staates‘ im Umgang mit Waffen und Bomben ausbilden zu lassen.“, in: *Der Tagesspiegel* vom 25.09.2014, siehe: <http://www.tagesspiegel.de/politik/islamischer-staat-120-is-anhaenger-nach-deutschland-zurueckgekehrt/10755664.html>, Stand: 20.05.2015; Raniah Salloum, Europäerinnen und der „Islamische Staat“: Was Frauen in den Dschihad zieht, in: *Spiegel-Online*: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/is-islamischer-staat-warum-frauen-in-den-dschihad-ziehen-a-997532.html>, Stand: 20.05.2015.

⁵⁵ Horkheimer/Adorno, a. a. O., S. 22.

dem Wahren, Schönen und Guten kann sowohl im positiven als auch im negativen Sinne gleichermaßen Terror verbreitet werden. Der Terror der moralisch Integren, aber auch jener moralisch Verkommenen führt zum Schafott. Beide sind „Erniedrigte und Beleidigte“⁵⁶ – in beiden müsste man versuchen den Geschmack am Leben zu wecken, bevor man sie endgültig dämonisiert. Bei manchen – den meisten – ist es jedoch zu spät.

Bibliographie

1. Bataille, Georges (2001), *Die Aufhebung der Ökonomie*, München: Matthes & Seitz.
2. Beck, Ulrich; Willms, Johannes (2000), *Freiheit oder Kapitalismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
3. Bergson, Henri (1989), *Zeit und Freiheit*, Frankfurt am Main: Athenäum.
4. Fjodor M. Dostojewski (1960), *Die Erniedrigten und Beleidigten*, München: Piper.
5. Foucault, Michel (1997), *Die Sorge um sich*, in: ders., *Sexualität und Wahrheit*, Band 3, Frankfurt am Mai: Suhrkamp.
6. Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. (2006), *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt am Main: S. Fischer.
7. Kant, Immanuel (1996), *Die Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, in: *Werkausgabe*, hrsg. v. Wilhelm Weischedel, Band 7, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
8. Kant, Immanuel (1795), *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Königsberg: Friedrich Nicolovius.
9. Leithner, Stephan (2013), „Wir müssen uns das Vertrauen der Kunden neu verdienen“, in: *Werte. Das Magazin für Geist, Geld & Gesellschaft*, 8.
10. Nietzsche, Friedrich (1999), *Unzeitgemäße Betrachtungen III. Schopenhauer als Erzieher*, in: ders., *Kritische Studienausgabe*, hrsg. von G. Colli und M. Montinari, Band 1, München: dtv/de Gruyter 1999.

⁵⁶ Anspielung auf dem Roman von Fjodor M. Dostojewskis, *Die Erniedrigten und Beleidigten*, München: Piper, 1960.

11. Platon (1957), *Apologie*, in: Platon, *Sämtliche Werke*, Band 1, übersetzt von Friedrich Schleiermacher, hrsg. V. Walter F. Otto, Ernesto Grassi und Gert Plambök, Hamburg: Rowohlt.
12. Platon (1958), *Politeia*, in: Platon, *Sämtliche Werke*, Band 3 übersetzt von Friedrich Schleiermacher, hrsg. V. Walter F. Otto, Ernesto Grassi und Gert Plambök, Hamburg: Rowohlt.
13. Platon (1957), *Symposium*, in: Platon, *Sämtliche Werke*, Band 2, übersetzt von Friedrich Schleiermacher, hrsg. V. Walter F. Otto, Ernesto Grassi und Gert Plambök, Hamburg: Rowohlt.
14. Rilke, Rainer Maria (1986), „Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen ...“, in: ders., *Werke*, Band 1/1, *Das Stunden-Buch*, Frankfurt am Mai: Insel.
15. Schnur, Eva-Maria (2015), „Alles anders!“ , in: *Der Spiegel Geschichte 1: Die Menschen im Mittelalter*, S. 14-19.
16. Schopenhauer, Arthur (1977), *Die Welt als Wille und Vorstellung*, Band 1/2, in: ders., *Werke in zehn Bänden*, Zürich: Diogenes.
17. Schopenhauer, Arthur (1977), *Über die vierfache Wurzel des Satzes vom zureichenden Grund*, in: ders., *Werke in zehn Bänden*, Band 5, Zürich: Diogenes.
18. Shiller, Robert J. (2012), „Es ist nicht die Zeit zum Sparen“, in: *Handelsblatt* 26.11.12, S. 10.
19. Stehl, Jan (1982), *Politik und Ökonomie als Kultur. Mit einem Vorwort von Carl Amery*, Würzburg: Königshausen & Neumann.
20. Szöllösi, Ingeborg (2015), „Georges Bataille und das ‚Problem der Ökonomie‘“, in: Wolf Dieter Enkelmann, Birger P. Priddat (Hrsg.), *Was ist? Wirtschaftsphilosophische Erkundungen*, Marburg: Metropolis, S. 431–456.

WERTE UND IDENTITÄT IN EUROPA. VON GEMÜSEHÄNDLERN, PILGERN UND KRIEG

VALUES AND IDENTITY IN EUROPE. OF GREENGROCERS, PILGRIMS AND WAR

Mariano Barbato*

Abstract

The debate on values and identity in Europe cannot be avoided for purely functional or economic arrangements. The debate about democracy beyond the nation state and in the context of globalization is seen as a key to the debate of values and identities in Europe. From a processual perspective of democratization the article discusses some aspects of these debates on the level of civil society ("greengrocer"), religion ("pilgrim") and security issues ("war").

Keywords: European Integration, Values, Identity, Civil Society, Religion, Security

Werte und Identität in der Europadebatte

Ob eine Werte- und Identitätsdebatte zum Prozess der europäischen Integration dazugehört, ist eine genauso offene, manchmal strittige Frage, wie die Frage nach der Substanz, dem Inhalt dieser Werte und Identitäten.

* PD Dr. Mariano Barbato ist DAAD-Langzeitdozent und Direktor des Zentrums für Europawissenschaften und Internationale Beziehungen (ZEWI) an der BBU Cluj-Napoca und Privatdozent an der Universität Passau. Zuletzt erschienen: Mariano Barbato, *Pilgrimage, Politics and International Relations. Religious Semantics for World Politics* (New York: Palgrave 2013).

Universität Babeş-Bolyai, Fakultät für Europastudien, Cluj-Napoca.

Contact: mariano@barbato.de

Eine rein ökonomische Sicht auf den europäischen Integrationsprozess verkürzt die Europäische Union auf Binnenmarkt und Eurozone und reduziert die Frage der Werte auf materielle Güter. Eine funktionale, pragmatische Herangehensweise streitet die politische Bedeutung von Werten und Identitäten nicht ab, hält sie aber für so sehr umstritten, dass von starken Wert- und Identitätszuschreibungen abgesehen werden muss, um eine gemeinsame Handlungsfähigkeit zu erreichen. Die europäische Integration kann aus dieser Sicht nur so weit gehen, wie sachlogische, funktionale Gründe alle Akteure überzeugen.

Der Stand der Integration hat jedoch diesen ökonomischen und funktionalen Argumentationsrahmen überschritten. Die Kooperation ist so eng geworden, dass eine rein ökonomische und funktionalistische Sicht der EU spätestens seit dem Vertrag von Lissabon der Realität nicht mehr gerecht wird. Vertiefung und Erweiterung sind in der EU weit über rein ökonomische und funktionalistische Gründe hinausgegangen. Dementsprechend gewinnt die Debatte um Werte und Identität, die den europäischen Integrationsprozess seit den Tagen von Robert Schuman und Konrad Adenauer begleitet hat, an Fahrt.

Der europäische Integrationsprozess steht mit dieser Verdichtung der Kooperation nicht allein, auch wenn er einen besonders fortgeschrittenen Raum der Integration darstellt. Der europäische Integrationsprozess ist ein besonders intensiv kooperierender Teil der Globalisierung. Unter dem Eindruck der Globalisierung steht das Feld der Internationalen Beziehungen, verstanden als die Praxis von Kooperation und Konflikt zwischen Staaten, vor der Aufgabe, grundlegende Parameter seiner Analyse neu zu justieren. Noch weniger als im Prozess der europäischen Integration ein Bundestaat oder gar ein Superstaat entsteht, zieht global ein Weltstaat herauf. Die Nationalstaaten weichen weder vollständig den Notwendigkeiten des Weltmarkts noch erlauben sie eine Weiterentwicklung ihrer Global Governance zu einem kosmopolitischen Weltstaat. Der Grund hierfür liegt darin, dass wir zwar in einer Weltgesellschaft leben, wir uns aber nicht auf die Legitimation von Herrschaft verständigen können. Durch die enge Vernetzung betreffen Entscheidungen in der Weltgesellschaft potentiell alle oder zumindest signifikante Teile der Weltgesellschaft. Souveränität und Selbstbestimmung als tragende Teile der Staatenwelt werden damit obsolet, weil souveräne Entscheidungen in einem Staat immer auch andere

betreffen bzw. nicht mehr getroffen werden können, weil namentlich die ökonomisch relevanten Kräfte sich diesen Entscheidungen entziehen können. Wenn die Globalisierung aufgrund der ökonomischen Gewinne nicht zugunsten eines Rückzugs in die Staaten oder wenigstens regionale Gebilde oder Zivilisation zurückgenommen werden wird, stellt sich die Frage der Herrschaftslegitimation in der Weltgesellschaft und der daraus resultierenden Konflikte und Kämpfe als zentrales Problem der Weltpolitik.

Ich gehe nicht davon aus, dass die europäische Integration im dem Sinn als Antwort auf die Globalisierung verstanden werden kann, dass Europa sich den Herausforderungen der Globalisierung nur als vereinigter Superstaat stellen könne. Ich gehe vielmehr davon aus, dass die europäische Integration die Probleme der Globalisierung wie in einem Brennglas bündelt. Langfristig könnte sich in Europa, analog zur Erfindung des Staatensystems souveräner Nationalstaaten und seiner Übertragung auf die ganze Welt, wieder ein politisches System entwickeln, das sich als beispielhaft erweist. Auf absehbarer Zeit wird dieser lang anhaltende Transformationsprozess jedoch keine neuen Blaupausen produzieren, sondern durch die Gleichzeitigkeit verschiedener Legitimationsdiskurse von Herrschaft geprägt bleiben wird.

Es kann also nicht darum gehen, beispielsweise einer voraussetzungslosen kosmopolitischen Demokratie durch die Bereitstellung von institutionellen Lösungen aus der Weiterentwicklung von innerstaatlichen Institutionen und Organisationen der Global Governance voreilig auf die Sprünge und zum Durchbruch zu helfen, weder auf europäischer noch auf globaler Ebene. Es bedarf vielmehr einer breiten Analyse der politischen Soziologie der Internationalen Beziehungen in Europa und in der Welt auf verschiedenen Ebenen, um festzustellen, welche Möglichkeiten der Herrschaftslegitimation auf Zustimmung stoßen könnten und welche nicht. Die Debatte um Werte und Identitäten sind dafür ein Schlüssel.

Die Debatte um Werte und Identitäten soll hier nicht in ihrer Breite aufgenommen werden. Vielmehr soll von einem zentralen Punkt aus, drei grundlegenden Fragen nachgegangen werden.

Der zentrale Ausgangspunkt stellt die Demokratie dar: Bei allem Streit über Werte und Identität haben sich die Europäer der Integration auf drei Säulen ihres Selbstverständnisses geeinigt: Markt, Rechtsstaat und Demokratie. Während Markt und Rechtsstaat in den Details ihrer Auslegung

nicht unumstritten sind, bilden sie doch die gut austarierten Säulen der EU als funktionierende Rechtsgemeinschaft und als gemeinsame Marktwirtschaft. Demokratie hingegen wird im europäischen Kontext oft unter der Überschrift des Demokratiedefizits diskutiert. Die Frage nach der Demokratie ist jedoch die zentrale Frage nach der Herrschaftslegitimation, weil hier strittige Werte und Identitäten, sowie die Details des Rechtsstaats und der Marktwirtschaft ausgehandelt und entschieden werden müssen. Trotz aller soziologisch gut nachweisbaren Differenzierungsprozesse behält sich die Sphäre der Politik doch den Anspruch vor, regulierend in andere Teilsysteme einzugreifen und den Rahmen darzustellen, in der die Zuschreibung legitimer Macht an die anderen Teilsysteme diskutiert, bestritten und neu justiert werden kann.

Ausgehend vom zentralen Punkt der Demokratie soll dieser Fragekomplex anhand von drei Fragen abgehandelt und diskutiert werden, und zwar über die Metapher des Gemüsehändlers (Werte der Zivilgesellschaft ökonomischer Mittelschichten), des Pilgers (Identitäten kultureller und religiöser Transformation) und der Möglichkeit des Krieges. Krieg als Gefahr scheidender Kooperation ist den Europäern spätestens seit der russischen Aggression gegen die Ukraine und dem Entstehen eines islamischen Terrorstaats in Syrien und Irak mit Ausläufern ans Mittelmeer im Jahr 2014 wieder präsent.

Nach der Demokratisierung?

Die Frage der Demokratie als Ausgangspunkt für eine Veränderung der Konfiguration von Macht zielt auch darauf ab, Werte und Identitäten, oder zusammengefasst Ideen, die Macht legitimieren, als wichtiger einzuschätzen als den Einsatz von Machtmitteln – Geld oder Militär. Dabei kann es hier nicht darum gehen, den Verästelungen des Ideendiskurses zur Demokratie nachzugehen. Als eine kurz gefasste Arbeitshypothese kann Demokratie als ein Herrschaftssystem verstanden werden, in dem diejenigen, die der Herrschaft unterworfen sind, signifikant an ihr partizipieren. Die demokratische Methode der Partizipation ist die Beteiligung am öffentlichen Diskurs, in dem alle Entscheidungen verhandelt werden, und der Beteiligung an diesen Entscheidungen über allgemeine, gleiche und freie Wahlen, die deswegen auch geheim sein müssen.

So verstanden ist Demokratie kein stabiler Zustand, etwa der eines souveränen Nationalstaats, dessen homogenes Volk sich als Demos konstituiert und autonom über seine vermeintlich autarke Lebensweise entscheidet, sondern ein fortlaufender Prozess, der immer diejenigen in die Partizipation an der Macht einzubinden versucht, die dieser Macht unterworfen sind. Demokratie ist demnach ein Prozess und eine Aufgabe, die sich als Demokratisierung begreift. Die für diesen Abschnitt gewählte Überschrift „Nach der Demokratisierung“ mit einem Fragezeichen zu versehen, soll drei Aspekte ausleuchten:

Eine optimistische Lesart kann die Aufgabe der Demokratie als grundsätzlich erledigt betrachten und sich auf den Aspekt der Konsolidierung konzentrieren. In dieser Sicht haben wir das Ende der Geschichte erreicht.¹ Wir wissen, was Demokratie ist, sie hat keine ernsthaft konkurrierenden Alternativen legitimer Herrschaftsformen mehr und muss sich weltweit auf ihrem Siegespfad der Konsolidierung nur noch nach und nach durchsetzen. In der Tat hat diese Sichtweise etwas für sich. In den letzten Jahrzehnten seit den Demokratisierungserfolgen in Lateinamerika aber auch in Südeuropa, insbesondere aber im letzten Vierteljahrhundert seit dem Untergang des Kommunismus in den Revolutionen von 1989 hat sich der Transitionsprozess der Demokratisierung eindrucksvoll durchgesetzt. Auch wenn der Arabische Frühling nur in Tunesien vorerst erfolgreich war und das chinesische Manifest der Charta 08 seinem Initiator Liu Xiaobo außer dem Friedensnobelpreis vor allem Haft eingebracht hat, steht der Aufstand der Massen im Arabischem Frühling wie die Unterzeichnung des Manifest durch 5000 chinesische Intellektuelle und Bürgerrechtler für die Strahlkraft der Atlantischen Revolutionen und ihres Demokratisierungsprojekts.²

Eine skeptischere Lesart kann einen Zustand nach der Demokratisierung nicht als erfolgreichen Abschluss, sondern als die Rückkehr autoritärer Herrschaft begreifen. Nach Wellen der Demokratisierung stellen sich immer wieder Gegenbewegungen autoritärer Rückschritte ein.³ Statt einer linearen Entwicklung zur Demokratie stellt sich eher das klassische

¹ Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte: wo stehen wir?*, München: Kindler, 1992.

² Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart*, München: Beck, 2015.

³ Samuel P. Huntington, *The third wave: Democratization in the late twentieth century*, Norman: University of Oklahoma Press, 1993.

Bild der Zyklen oder des Rhythmus von Ebbe und Flut ein. In der Tat sehen wir in der russischen Aggression gegen die ukrainische Wahl der Demokratie oder im Alptraum des Islamischen Staats nach dem gescheiterten Arabischen Frühling einen Rückschlag zu Demokratisierungsprozessen.

Eine noch pessimistischere Sicht stellt nicht nur auf konkrete Rückschritte zu autoritärer Herrschaft ab, sondern spricht aus prinzipiellen, inhärenten Gründen des Liberalismus von einem sich einstellenden Zustand der Post-Demokratie.⁴ Dieser Zustand der Post-Demokratie rührt daher, dass eine tiefgreifende, nicht überwindbare Diskrepanz zwischen Demokratie und Globalisierung bzw. Europäisierung besteht. Demnach kann Demokratie, wie wir sie kennen, nur in souveränen Nationalstaat mit seiner selbstbestimmten Gemeinschaft von Staatsbürgern funktionieren. Volkssouveränität als zentrale Grundlage des demokratischen Selbstverständnisses erodiert und verschwindet unter dem Eindruck des globalen Kapitalismus. Wenn kein kosmopolitischer Weltstaat oder auch nur ein europäischer Bundesstaat eingerichtet werden kann, der den demokratischen Rahmen des Nationalstaats in freier Selbstbestimmung der bisher souveränen Völker ersetzt, dann stehen sich Demokratie und Globalisierung als sich gegenseitig ausschließende Konzepte gegenüber. Globalisierung und Demokratie gleichzeitig geht dann nicht. Wenn die Globalisierung oder die Europäisierung nicht zurückgedreht wird, dann endet die Demokratie.

Diese letzte radikale Sichtweise ist sicherlich dahingehend korrekt, dass die Globalisierung den Nationalstaat als einzigen und geschlossenen Rahmen legitimer Herrschaft überwindet. Wenn wir jedoch Demokratie nicht auf national verstandene Volkssouveränität verkürzen, sondern als Partizipation aller Herrschaftsbetroffenen an dieser Herrschaft verstehen, dann greift die Dichotomie von Globalisierung und Demokratisierung zu kurz. Denn mit dieser Definition wies die ausschließlich national verstandene Demokratie immer erhebliche Demokratiedefizite auf. Nur national getroffene Entscheidungen wirken sich nicht nur auf die Beteiligten nationaler Entscheidungsprozesse aus, sondern haben erheblich externe Effekte, die nicht selten zu Widerstand, Spannungen und Konflikten führen. Global Governance und europäische Integration sind so gewendet

⁴ Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp, 2008.

Ansätze, um die Demokratiedefizite des Nationalstaats, die dieser durch seine Externalisierungseffekte erzeugt, zu kompensieren.⁵ Ein Ende der Globalisierung und Europäisierung würde demnach keine neue Wende zur Demokratie einleiten, sondern einen Rückfall in die Demokratiedefizite des Nationalstaats bedeuten.

Alle drei Ansätze werfen wichtige Fragen auf, bieten aber zu enge Lösungen als Antworten an. Unsere historische Situation zeichnet sich durch die Gleichzeitigkeit verschiedener Legitimitätsstränge von Herrschaft aus, die unterschiedliche Verteilungen von Macht legitimieren. Demokratisierung ist ein Prozess, der deshalb immer weiter geht, da in den Umwälzungen der Globalisierung immer neue Gruppen eingebunden werden müssen, die im Sog der wachsenden Zusammenarbeit in sich gegenseitig beeinflussende Prozesse eingebunden werden. Dieser Prozess der Demokratisierung wird jedoch nicht von einem gut geölten Motor reibungslos nach vorn getrieben. Sein Motor ist vielmehr der Konflikt in der Kooperation, der über eine immer weiter ausgreifende Methode demokratischer Partizipation destruktive Reibungen in eine vertiefte konstruktive Kooperation übersetzen soll.

Der Motor der Demokratisierung leidet jedoch an einem schwerwiegenden Konstruktionsfehler: dem notwendigen Konsens der Verlierer.⁶ Demokratie bindet idealtypisch alle ein, kann aber nur selten einen vollständigen Konsens für ihre Entscheidungen erreichen und beschränkt sich auf das Erreichen einer ausreichenden Mehrheit. Die Minderheit muss sich damit abfinden, von der Mehrheit beherrscht zu werden. Sie kann darauf hoffen, bei der nächsten Gelegenheit zur Mehrheit zu werden oder sich zumindest in manchen Aspekten der Mehrheitsherrschaft auch vertreten zu fühlen. Grundlegend muss sie aber an die Legitimität des Verfahrens einer Mehrheitsabstimmung glauben. Tut sie dies nicht oder fühlt sie sich von der Mehrheit in einer aussichtslose Minderheitensituation gedrängt, kann sie den demokratischen Konsens des Verlierers aufkündigen. Die Wellen der Demokratisierung haben uns gelehrt, dass die Entscheidung an der Wahlurne nicht zum Ende, sondern zum Auftakt für den Bürgerkrieg werden kann. Das Westminster Modell der Mehrheitsdemokratie taugt

⁵ Jürgen Neyer, „Wider die Vereinigten Staaten von Europa. Europas demokratische Rechtfertigung“, in: *Leviathan*, 39, Nr. 4, 2011, S. 479–498.

⁶ Christopher J. Anderson et al., *Losers' consent: elections and democratic legitimacy*. Oxford: Oxford University Press, 2005.

weder für die EU noch für den Irak oder Afghanistan, die vielmehr konsensorientierte Modelle der Demokratie mit breiten Mehrheiten benötigen. Doch solche Mehrheiten sind oft nicht herstellbar. Wenn kein Kompromiss gefunden werden kann, schaltet der Konfliktmotor vom demokratischen Gang in die kriegerische Auseinandersetzung gewalttätiger Entscheidungsfindung zurück und der Demokratisierung bricht ab. Demokratisierung ist ein Prozess mit offenem Ausgang.

Seine gegenwärtigen Erfolgsaussichten lassen sich aus der Perspektive von Global Governance und Global Finance gleichsam von oben betrachten. Hier wird ein anderer Ansatz gewählt, der einer Soziologie der Internationalen Beziehungen in europäischer Perspektive, der die Menschen und ihre Staaten als Ausgangspunkt von unten in den Blick nimmt.

Von den Werten des Gemüsehändlers

Die Metapher des Gemüsehändlers stammt aus dem für die Revolutionen von 1989 grundlegenden Essay Vaclav Havel.⁷ Der Gemüsehändler steht für die scheinbare machtlose Masse der kleinen Leute, von deren Stillhalten und stillschweigender Partizipation jedoch die Staatsmacht abhängt. Havel argumentiert, dass die Staatsmacht nichts ohne die stillschweigende Einwilligung der scheinbar machtlosen Masse vermag. Ihre Macht basiert auf der Macht der Machtlosen, die sich dieser Macht aber auch selbst besinnen können. Furcht allein ist unzureichend für stabile Herrschaft, sie bedarf der Akzeptanz und der Teilnahme aller. Die Staatsmacht ist darauf angewiesen, dass der Gemüsehändler an ihrer ideologischen Lüge festhält und gegen seine Überzeugung opportunistisch die geforderte Propaganda in seiner Auslage dekoriert. Der Einschluss in die ideologische Lüge liefert die nötige Fassade, um den Zwang von oben zu verschleiern und im Austausch dafür ein ökonomisches Auskommen zu erhalten. Sobald der Gemüsehändler diesen opportunistischen Konsens aufkündigt und die Propagandadekoration „Proletarier vereinigt euch“ aus der Auslage nimmt, entsteht Raum für eine neue Öffentlichkeit. Wenn sich nun die Gemüsehändler tatsächlich vereinigen, entsteht die Macht der Machtlosen,

⁷ Vaclav Havel, u. a., *The Power of the Powerless. Citizens against the state in Central-Eastern Europe*, London: Hutchinson, 2012 (zuerst 1985).

denen die Staatsmacht von oben nichts mehr entgegenzusetzen hat, außer sie entscheidet sich für die Gewalt. Die Gemüsehändler konstituieren eine Zivilgesellschaft, aus der heraus sich der Umbruch durchsetzen kann. Bleibt es bei einer gewaltfreien Auseinandersetzung, können die Gemüsehändler nun ihre Revolution mit der Staatsmacht aushandeln und eine neue Machtverteilung durchsetzen, die einen inklusivere Partizipation erlaubt als die alte. Im Umbruch von unten der Jahre 1989 bis 1991 hat sich Mittel- und Osteuropa auf diese Weise selbst befreit.⁸

Schaut man über Europa hinaus, fällt ins Auge, dass der Arabische Frühling nicht von einem metaphorischen Gemüsehändler ausgelöst wurde, sondern von einem ganz konkreten kleinen Straßenhändler in Tunesien, der die tägliche Schikane der Staatsmacht nicht mehr ertragen hat. Im Gegensatz zu 1989 fand der Arabische Frühling kein erfolgreicher Umbruch auf breiter Front statt. Nur Tunesien selbst kann als erfolgreiche Revolution gelten, in Ägypten wurde die Revolution zuerst von der Muslimbruderschaft und dann vom Militär gestohlen, der Rest ist Bürgerkrieg und Terrorherrschaft. Anders als 1989 in Mittel- und Osteuropa fehlte den arabischen Gemüsehändlern die politische Sprache, in der eine neue Zivilgesellschaft hätte ausgehandelt werden können. Außerhalb wie innerhalb der Region besaß der Gemüsehändler kein zureichendes Narrativ, das die Demokratie als Möglichkeit neuer Machtarrangements durchgesetzt hätte. In Kairo spielten die Freitagsgebete anfänglich eine ähnliche Rolle wie die Montagsgebete in Leipzig.⁹ Doch im Gegensatz zu den christlichen Impulsgebern der Revolutionen von 1989, die durchgehend Gewaltlosigkeit und Demokratie stützten, war die Interpretation des Islams innerhalb wie außerhalb der Region zu unterschiedlich, um darauf ein stabiles Fundament für einen demokratischen Grundkonsens zu bauen. Ganz im Gegenteil führte das fundamentale Zerwürfnis der arabischen Welt über die Rolle der Religion in einen regionalen Bürgerkrieg, der auch Europa betrifft.¹⁰

⁸ Detlev Preuße, *Umbruch von unten. Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 2014.

⁹ Mariano Barbato, "Postsecular revolution: religion after the end of history", in *Review of International Studies*, Nr. 5, 2012, S. 1079-1097.

¹⁰ Zur Säkularisierung im Islam vgl. Walter Rothholz, "Rudimente einer Theorie der Säkularisierung im Islam" in *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte*, 49 Nr. 3, 1997, S. 231-257.

Die Metapher des Gemüsehändlers hat neben der zivilgesellschaftlichen Dimension auch eine ökonomische Dimension. Der Liberalismus vertraut darauf, dass aus der Freiheit des Marktes auch eine Freiheitsforderung der Bürger entsteht, die zur Demokratisierung führen muss. Diese liberale These ist eine offene Wette. Es könnte auch sein, dass sich der „Trickle-down-Effekt“ als ausreichend herausstellt, um die wachsende Schicht einer unteren Mittelschicht von Gemüsehändlern auch in autoritäre Regime einzubinden. Vielleicht stellt sich sogar ein populistischer Konsens eines „Extremismus der Mitte“ (Seymour Martin Lipset) ein, der bereit ist, autoritäre Herrschaft auch beim Kampf um Wohlstandsgewinn zu stützen. Die Gemüsehändler Russlands scheinen sich gegenwärtig auf diesen Pfad zu befinden. Ein freier Markt kann Demokratisierungsprozesse unterstützen, ein Automatismus scheint nicht damit einherzugehen. Der Markt kann auch die post-demokratische Erosion der Demokratie zugunsten rein ökonomisch verstandener Freiheitsrechte fördern. Die zivilgesellschaftliche Kraft zur Wahrheit, aus der eine freie Diskussion um grundlegende Werte und ein demokratischer Partizipationsprozess an der Argumentation darüber entstehen kann, erwächst nicht allein aus dem ökonomischen Aufstieg des Gemüsehändlers in den neuen Mittelschichten und ihrer „Finanzwerte“. Deswegen bedarf es eines Blicks auf die Frage der Identität, die hier an der metaphorischen Figur des Pilgers verhandelt werden soll.

Die Identität des Pilgers

Der Pilger dient als Metapher mit der die Bedeutung der Religion für die Identitätskonstruktion des Pilgers betont werden kann.¹¹ Das liberale Argument von Ökonomie und Zivilgesellschaft beantwortet die Frage nach der Demokratisierung nicht hinreichend. Es bedarf auch des konstruktivistischen Blicks auf die Bedeutung von Kultur und Identität. Außer dem Nationalismus als der politischen Religion des Staates ist keine Identitätskonstruktion so stark in der Legitimierung von Macht wie die der Religion. Religion wird dabei oft als rückwärtsgewandte Identitätskonstruktion missverstanden, die den Status quo der

¹¹ Mariano Barbato, *Pilgrimage, Politics, and International Relations. Religious Semantics for World Politics.*, New York: Palgrave 2012/2013.

Machtverteilung unterstützt. Das kann der Fall sein, oft ist aber das Gegenteil wahr. In den Demokratisierungsprozessen vor und nach 1989 spielte Religion eine zentrale Rolle für einen Wandel atheistischer, aber auch traditioneller autoritärer Regime, denen die religiöse Legitimation entzogen wurde.¹² In der arabischen Welt stehen religiöse Argumente auf der Seite des Status quo wie auf sehr unterschiedlichen Seiten der Revolution. Religion ist eine sehr breit und sehr unterschiedlich wirkende Ressource für demokratische wie autoritäre Arrangements von Macht und die sie legitimierenden Identitätskonstruktionen.

Die Gleichzeitigkeit neuer und alter Semantiken der Religion lässt sich im Konzept der Pilgerschaft und der metaphorischen Figur des Pilgers verdeutlichen. Pilgerschaft ist ein altes Ritual, das in fast allen Weltreligionen eine bedeutsame Rolle der Identitätsstiftung spielt. Goethe wird der schöne Spruch zugeschrieben, dass Europa auf der Wallfahrt entstanden wäre und das Christentum seine Muttersprache sei. Das transeuropäische Netz des Jakobswegs, das das ganze Mittelalter hindurch Pilger aus allen Teilen Europas nach Santiago de Compostela führt, ließ nicht nur Kirchen und Hospitäler entlang des Wegs wachsen, sondern schuf auch eine europäische Identität. Zahlreiche andere Wallfahrtstraditionen vervollständigen das Bild.¹³ Pilgerschaft hat aber nicht nur eine historische Relevanz, sondern ist ein modernes Massenphänomen in der Globalisierung. Das gilt nicht nur für den Rekord von sechs Millionen Besuchern bei einer Messe, den Papst Franziskus bei seinem Besuch in Manila im Januar 2015 aufgestellt hat. Auch der traditionelle Jakobsweg im säkularisierten Europa erfreut sich

¹² Samuel P. Huntington, *The third wave: Democratization in the late twentieth century*. Norman: University of Oklahoma Press, 1993, S. 72-85; Christiano German, *Politik und Kirche in Lateinamerika. Zur Rolle der Bischofskonferenzen im Demokratisierungsprozess Brasiliens und Chiles*, Frankfurt am Main: Vervuert, 1999; Christian Führer, *Und wir sind dabei gewesen. Die Revolution, die aus der Kirche kam*, Berlin: Ullstein, 2008. Arnd Brummer (Hrsg.), *Vom Gebet zur Demo: 1989 – die friedliche Revolution begann in den Kirchen*, Frankfurt am Main: Hansisches Dr.- und Verl.-Haus, 2009; Hans-Joachim Veen/ Peter März/ Franz-Josef Schlichting (Hrsg.), *Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989*, Köln/Weimar: Böhlau 2009.

¹³ Mariano Barbato, "Europawissenschaftliche Erkundungsgänge im christlichen Europa. Das Leitbild der Pilgerschaft und Joseph Weilers Ansatz zwischen Religion, Recht und Politik" in *Studia UBB Europaea*, Nr. 4, 2012, S. 97-118.

zunehmender Beliebtheit. Im Unterwegssein der Pilgerschaft und ihrer Bereitschaft Identitätskonstruktionen zu überprüfen und dabei zu festigen oder zu verändern, findet sich der Nomade der Europäisierung und Globalisierung wieder. In der Pilgerschaft finden sich auch die großen Migrationsströme unsere Zeit wieder. Pilgerschaft lässt sich als wiederholbarer Rite de Passage verstehen. Darüber kann sich der Pilger seiner eigenen Identität und Gruppenzugehörigkeit versichern. Er kann aber auch die Erfahrung einer neuen Zugehörigkeit erleben und sich darüber eine neue Gruppenidentität schaffen. Dieses Potenzial transnationaler Gemeinschaftsbildung kann sich für neue Formen der Zugehörigkeit auswirken, wie das beispielsweise zu Beginn für das Projekt der europäischen Integration der Fall war. Dieses Potenzial kann sicher aber auch anders auswirken. Identitätskonstruktionen religiöser Transformationen sind so offen und kontextbezogen wie andere Identitätskonstruktionen auch.

Unabhängig von den konkreten Pilgersemantiken in religiösen Gemeinschaften lässt sich aus der Figur des Pilgers auch eine postsäkulare Gestalt vorstellen, die in der Lage ist, transformative Gesellschaften zu konzipieren, die sich einem permanenten Wandlungsprozess unterwerfen, dabei aber sich der Frage der Werte und Identitäten nicht entledigen, sondern daraus soziale Handlungsfähigkeit entwickeln. Politische Gemeinschaften und auch demokratische Nationalstaaten lassen sich unter dem Einfluss von Globalisierung und Europäisierung her mit der Figur des Pilgers als mit der des Leviathans fassen.¹⁴ Der Leviathan ist damit aber noch nicht obsolet geworden. Auch der sterbliche Gott ist nicht tot.

¹⁴ Mariano Barbato, "What kind of person is the state? The pilgrim as a processual metaphor beyond the Leviathan" in *Journal of International Relations and Development*, online first: (14 November 2014) | doi:10.1057/jird.2014.25, <http://www.palgrave-journals.com/jird/journal/vaop/ncurrent/abs/jird201425a.html>.

Die Kriege des Leviathans

Thomas Hobbes' Metapher des Leviathans für den modernen Staat hat viele Implikationen. Hier kann nur eine kurz angerissen werden: der Staat als bürokratisch organisierte Maschine des Krieges.¹⁵ Die Transformation des Gemüsehändlers wie die des Pilgers verlaufen nicht ohne Reibungsverluste. Mitunter können sie schon extrem gewalttätig sein, wenn sie auf der Ebene nicht-staatlicher Akteure stattfinden. Gemüsehändler wie Pilger können den Pfad der Gewalt einschlagen, um ihre sozialen Konflikte auszutragen. Terrorismus, Aufstände, Rebellionen und Gegenrevolutionen sind Teil der Topographie der Gewalt in Europa und an seinen Grenzen. Ein großer Krieg entsteht aber nur dann, wenn Konfliktparteien in der Lage sind, sich des Gewaltpotenzials des Staates zu bemächtigen oder ein solches zu schaffen.

Im hybriden Krieg Russlands gegen die Ukraine bricht die russische Gesellschaft ihren Demokratisierungsprozess ab und folgt der Staatsmacht in eine Auseinandersetzung, die die Demokratisierung der Ukraine abbrechen soll.¹⁶ Nicht zuletzt religiöse Semantiken werden bemüht, um den gerade noch prosperierenden Mittelschichten statt eines ökonomischen einen nationalen Aufstieg anzubieten. Auf internationaler Ebene spielt Russland gleichzeitig ein klassisches Machtspiel mit militärischem Nachdruck für seine Argumente und versucht dennoch am Prozess der Globalisierung und seinen Aushandlungs- und ökonomischen Integrationsschritten weiter zu partizipieren. In dieser Auseinandersetzung stehen auch die oben diskutierten Sichtweisen auf die Demokratisierung auf dem Prüfstand. Russlands Kriegskurs lässt sich als Gegenbewegung zur Welle der Demokratisierung einordnen. Verebbt diese Gegenbewegung nicht nur in der Ukraine, sondern lässt sich mittelfristig die von der Moskauer Führung gefürchtete Demokratisierung auch für Russland nicht verhindern, scheint das liberale Ende der Geschichte heraufzuziehen. Setzt sich Russland durch und gelingt es ihm dabei gleichzeitig, vielleicht in einer chinesischen Allianz, den Prozess der Globalisierung zu seinen Bedingungen durchzusetzen, begibt sich der Prozess der europäischen Integration ins postdemokratische Fahrwasser.

¹⁵ Charles Tilly, *Coercion, Capital, and European States, AD 990-1992*, Oxford: Blackwell, 1992.

¹⁶ Katharina Raabe /Sapper Manfred (Hrsg.), *Testfall Ukraine. Europa und seine Werte*, Berlin: Suhrkamp, 2015.

Noch deutlicher wird die Situation am Beispiel des aus dem Krieg geborenen Islamischen Staats. Im Gegensatz zum UN-Mitglied Russland, das seinen Status als Völkerrechtssubjekt auch durch die völkerrechtswidrige und verbrecherische Annexion der Krim (Angela Merkel) nicht verliert, ist der Islamische Staat de jure kein Staat. De facto hat der Islamische Staat jedoch nicht nur eine von keinem anderen Staat anerkannte Staatlichkeit ausgerufen, sondern diese Staatlichkeit, verstanden als Gewaltmonopol über ein Territorium und seine Bevölkerung, in großen Teilen Syriens und des Iraks geschaffen, durchgesetzt und behauptet. Bisher waren terroristische Organisationen nur in der Lage, zum Staatszerfall beizutragen, hier wurde ein Terrorstaat durch Terror erschaffen.¹⁷ Dementsprechend tödlich und zerstörerisch wirkt sich der Krieg dieses neuen Leviathans aus. Demokratien wie Autokratien finden gegenwärtig nur unzureichende Antworten auf diese Herausforderung.

Das Argument des demokratischen Friedens behauptet in seiner abgeschwächten Form die Friedlichkeit der Demokratien nur gegenüber ihresgleichen. Gegenüber Autokratien wären Demokratien genauso wenig friedliebend wie Autokratien gegeneinander oder gegenüber den Demokratien.¹⁸ Die Zurückhaltung der liberalen Demokratien Europas, aber auch Amerikas sowohl gegenüber Russland wie gegenüber dem Islamischen Staat könnte zu einem Überdenken dieser These führen.

Eine andere These geht jedoch noch weiter. Die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten entpuppen sich als regionale Konflikte in einer globalen Welt, die unbeeindruckt davon ihren globalen Geschäften nachgeht. Europa und das Mittelmeer, noch im Kalten Krieg das Epizentrum der Weltpolitik, werden einem Prozess der Provinzialisierung unterworfen. Die BRIC-Staaten treiben ihre Zusammenarbeit mit Russland ungeachtet seiner völkerrechtswidrigen Annexion der Krim voran und Europa baut seine Kooperation mit den BRIC-Staaten aus. Der Krieg des Leviathans stoppt weder die Geschäfte des Gemüsehändlers noch die Transformationen neuer Gemeinschaftsbildung des Pilgers. Die Frage, ob demokratische Partizipation sich als grundlegender Bestandteil von legitimer Herrschaft

¹⁷ Audrey Kurth Cronin, "ISIS Is Not a Terrorist Group" in *Foreign Affairs*, Nr. 2, 2015, S. 87-98.

¹⁸ Anna Geis, Harald Müller, Wolfgang Wagner (Hrsg.), *Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik*, Frankfurt a. M.: Campus, 2007.

global durchsetzt oder scheitert, ist offen. Die Antwort darauf wird Rückwirkungen auf die Werte und Identitäten Europas haben, das in den Prozess der Globalisierung eingewoben bleibt.

Ein neuer Blick auf die Welt

Die Frage nach den europäischen Werten und Identitäten nach dem Prozess der Demokratisierung wird weder mit der These beantwortet, dass sich Pilger zwangsläufig in eine globale kosmopolitische Erzählung des Friedens einschließen lassen oder eine solche entwickeln noch mit der These, dass sich die Gemüsehändler allein aus ökonomischem Vorteil an demokratische Entscheidungsprozesse halten. Die Antriebskraft der Demokratisierung liegt in ihrer effizienten Bearbeitung von Konflikten, die sich durch demokratische Prozesse des Aushandelns den Bürgerkrieg ersparen. Der Prozess der Globalisierung kann auch als Versuch, verstanden werden, diese Effizienzeffekte in das Verhalten nach außen zu tragen und die Entscheidung durch Krieg obsolet zu machen. Dieser Versuch wird immer dann misslingen, wenn die Gemüsehändler und Pilger sich lieber an ihren alten Leviathan halten oder sich einen solchen schaffen, um ihre Werte und Interessen durchzusetzen, statt sich auf die Macht der Machtlosen zu besinnen, die sich der Mühe einer transformativen Pilgerschaft unterwerfen.

Das Auswärtige Amt hat in seinem Review 2014 Prozess „Außenpolitik weiterdenken“ ein Format gewählt, das die Bürokratie des Auswärtigen Dienstes nicht nur mit der deutschen und internationalen Expertengemeinde ins Gespräch bringt, sondern auch mit der deutschen, europäischen und globalen Zivilgesellschaft. Das Logo dieses Prozesses ist die Weltkarte von Richard Buckminster Fuller, die nicht dem bekannten Format folgt, sondern einen aufgeklappten Globus zeigt. Das Auswärtige Amt erklärt dazu:

„Die von Richard Buckminster Fuller bereits in den 50er Jahren entworfene Karte zeigt die Erde aus einer ungewöhnlichen Perspektive: Die Kontinente werden zusammenhängend und ohne visuelle Verzerrungen in ihren Größen dargestellt. Das zwingt uns, die herkömmlichen Bezugspunkte und Gegenüberstellungen wie Nord-Süd oder West-Ost zu überdenken.“¹⁹

¹⁹ <http://www.aussenpolitik-weiter-denken.de/de/themen.html>, 22.05.2015.

Dieser neue Blick zeigt Europa nicht mehr als den Mittelpunkt der Weltkarte an. Damit kann sich Europa seine geschrumpfte Bedeutung bewusst machen. Entscheidend wird es sein, welche Konsequenzen Europa daraus für seine Werte und Identitäten zieht und ob seine global gesehen kulturell ähnlichen, europäisch betrachtet kulturell unterschiedlichen Gemüsehändler die Kraft finden, intern wie extern den Weg einer demokratischen Pilgerschaft der Transformation zu gehen. Nicht jeder Pfad wird dabei ohne eine Begegnung mit einem kriegerischen Leviathan eingeschlagen werden können.

Bibliographie

1. Anderson, Christopher J. et al. (2005), *Losers' consent: elections and democratic legitimacy*, Oxford: Oxford University Press.
2. *Außenpolitik weiter denken* [<http://www.aussenpolitik-weiterdenken.de/de/themen.html>], 27. Mai 2015.
3. Barbato, Mariano (2012), "Europawissenschaftliche Erkundungsgänge im christlichen Europa. Das Leitbild der Pilgerschaft und Joseph Weilers Ansatz zwischen Religion, Recht und Politik" in *Studia Europaea*, Nr. 4, 97-118.
4. Barbato, Mariano (2014), "What kind of person is the state? The pilgrim as a processual metaphor beyond the Leviathan" in *Journal of International Relations and Development*, online first: (14 November 2014) | doi:10.1057/jird.2014.25), <http://www.palgrave-journals.com/jird/journal/vaop/ncurrent/abs/jird201425a.html>.
5. Barbato, Mariano (2012/2013), *Pilgrimage, Politics, and International Relations. Religious Semantics for World Politics*, New York: Palgrave.
6. Barbato, Mariano (2012), "Postsecular revolution: religion after the end of history" in *Review of International Studies*, Nr. 5, S. 1079-1097.
7. Brummer, Arnd (Hrsg.) (2009), *Vom Gebet zur Demo: 1989 – die friedliche Revolution begann in den Kirchen*, Frankfurt am Main: Hansisches Dr.- und Verl.-Haus.
8. Cronin, Audrey Kurth (2015), "ISIS Is Not a Terrorist Group" in *Foreign Affairs* Nr. 2, S. 87-98.
9. Crouch, Colin (2008), *Postdemokratie*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp.

10. Führer, Christian (2008), *Und wir sind dabei gewesen. Die Revolution, die aus der Kirche kam*, Berlin: Ullstein.
11. Fukuyama, Francis (1992), *Das Ende der Geschichte: wo stehen wir?*, München: Kindler.
12. Geis, Anna; Müller, Harald; Wagner, Wolfgang (Hrsg.) (2007), *Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik*, Frankfurt a. M.: Campus.
13. German, Christiano (1999), *Politik und Kirche in Lateinamerika. Zur Rolle der Bischofskonferenzen im Demokratisierungsprozess Brasiliens und Chiles*, Frankfurt am Main: Vervuert.
14. Havel, Vaclav u. a. (2012/zuerst 1985), *The Power of the Powerless. Citizens against the state in Central-Eastern Europe*, London: Hutchinson.
15. Huntington, Samuel P. (1993), *The third wave: Democratization in the late twentieth century*, University of Oklahoma Press.
16. Neyer, Jürgen (2011) „Wider die Vereinigten Staaten von Europa. Europas demokratische Rechtfertigung“ in: *Leviathan*, 39, Nr. 4, S. 479–498.
17. Preuße, Detlev (2014), *Umbruch von unten. Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
18. Raabe, Katharina; Sapper Manfred (Hrsg.) (2015), *Testfall Ukraine. Europa und seine Werte*, Berlin: Suhrkamp 2015.
19. Rothholz, Walter (1997), „Rudimente einer Theorie der Säkularisierung im Islam“ in *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte*, 49 Nr. 3, 231–257.
20. Tilly, Charles (1992), *Coercion, Capital, and European states, AD 990–1992*, Oxford: Blackwell.
21. Veen, Hans-Joachim; März, Pete; Schlichting, Franz-Josef (Hrsg.) (2009), *Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989*, Köln/Weimar: Böhlau.
22. Winkler, Heinrich August (2015), *Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart*, München: Beck.

LEGITIMACY, DEMOCRACY, CONTESTATION: INTRODUCING THE BRAZILIAN FORMULA FOR GLOBAL GOVERNANCE

Dawisson Belém Lopes*

Abstract

In this paper the process of international legitimation is assessed from an International Relations standpoint, namely from the perspective adopted by international institutionalism, taking intergovernmental bodies as venues where political contestation to a state of (world) affairs might take place within a certain set of rules and procedures, in a somewhat 'orderly' fashion. Institutional contestation grants legitimacy to the global order to the extent that it absorbs much of the criticism and demands voiced out by states and non-state actors, transforming the world order from the inside and accommodating tensions and dissatisfactions. In this sense, recent Brazilian foreign policy attitudes towards the United Nations Security Council (UNSC) membership reform, the International Monetary Fund (IMF) quota share distribution, and the World Trade Organization (WTO) dispute settlement mechanism, exemplify the idea of international legitimacy production by way of institutional contestation.

Keywords: global governance, international institutions, legitimacy, Brazilian foreign policy.

Introduction

Many different accounts of legitimacy in international politics have been forged over time with the purpose of explaining why or how some actions/actors are imbued with a sense of moral adequacy and happen to be seen as 'good' or 'just'. Most of these accounts derive their premises from

* Professor of International and Comparative Politics, Universidade Federal de Minas Gerais (UFMG), Brazil.

Contact: dawisson@fafich.ufmg.br

fields other than International Relations (IR), such as Law, Economics, and Political Science – as they often rely on concepts as diverse as legality, efficiency, and/or democracy. This paper consists of assessing the process of international legitimization from an IR standpoint, namely from the perspective adopted by international institutionalism (that is, assuming international institutions to matter), taking intergovernmental bodies as venues where political contestation to a state of (world) affairs might take place within a certain set of rules and procedures, in a somewhat 'orderly' fashion. Institutional contestation grants legitimacy to the global order to the extent that it absorbs much of the criticism and demands voiced out by states and non-state actors, transforming the world order from the inside and accommodating tensions and dissatisfactions. In this sense, recent Brazilian foreign policy attitudes towards the United Nations Security Council (UNSC) membership reform, the International Monetary Fund (IMF) quota share distribution, and the World Trade Organization (WTO) dispute settlement mechanism, exemplify the idea of international legitimacy production by way of institutional contestation.

1. Can there be legitimacy in global governance?

From the late 1970s on, worldviews supported by the premise of 'systemic anarchy' have become commonplace in academic reflections on international politics.¹ The premise of systemic (or structural) anarchy implies the recognition that in an environment where sovereign states embody supreme authority over the limits of their respective territories, there can be no world government. It is a logical corollary to the modern principle of equality among nations. So if there is not an instance of power above or beyond states, there would prevail structural anarchy. It is up to each state to produce its own jurisdiction and the use of force within its borders.

¹ Hedley Bull, *The Anarchical Society*, Londres: Macmillan, 1977; Kenneth Waltz, *Theory of International Politics*, New York: McGraw Hill, 1979; Robert Keohane, *After Hegemony*, Princeton University Press, 1984; Alexander Wendt, *Social Theory of International Relations*, Cambridge: CUO, 1996.

This modern international system (also called 'Westphalian') is extensively based on the notion of territorial sovereignty and the horizontal relationship among states (as opposed to the 'vertical' relation seen at the domestic level, between the ruler and the ruled). Martin Wight even claimed once that what one identified as 'international politics' should actually be termed 'diplomats,' since there was no public space in the world dedicated to sovereign nations, but only interactions, on a more or less regular basis, between their diplomatic corps (or armed forces, when diplomacy failed).² Kenneth Waltz³ postulated that the modern international system was not the result of deliberate policy choices, but rather a delicate balance reached among states by launching themselves in efforts for national survival and constraining each other into some compromise. Hence the origins of the dynamic realists have named the 'balance of power'.

This mechanistic and sovereigntist perspective was nuanced over the years, along with profound reconfigurations experienced in the field of international studies. Although there has not been acknowledged so far any actor to overpower the modern nation-state, today we can already identify some *loci* of authority that compete with the 'territorial sovereignty' paradigm, injecting new political contents and interfering with the course of international relations. Authors have been employing the term 'governance without government'⁴ to describe the fluidity of political authority in the contemporary world. As for *government*, it refers to the activities supported by formal authorities, i.e. the police power that ensures the implementation of duly established policies. For *governance* it is meant those activities supported by shared goals that may or may not derive from legal responsibilities and not necessarily rely on police power that be put into practice. According to James Rosenau and Ernst-Otto Czempiel, governance is broader a concept than government, as the former is not limited to the latter.

² Martin Wight, "Why is there no international theory?", in M. Wight, H. Butterfield (eds.), *Diplomatic Investigations*, London: Unwin, 1966.

³ Waltz, *op. cit.*

⁴ James Rosenau, Ernst-Otto Czempiel, *Governança sem Governo*, Brasília: Editura UnB, 1992; Oran Young, *Governance in World Affairs*, Cornell University Press, 1999.

Noting the fragmentation and multiplicity of relations of political authority in contemporary politics, Rodney Hall and Thomas Biersteker developed the concept of 'private authority.'⁵ If it is correct that the term 'political authority' was linked through the course of modernity to the management of public affairs, the authors realized that, more recently, some private entities have come to project authority and influence on a growing number of international issues. Actors from the private sector are not only important for the international economy any longer, as they have also become of critical relevance in matters concerning multiple areas of systemic governance. These agents have been involved in the establishment of social norms, provision of welfare, safeguarding of contracts, peace keeping, bioethics, inter alia. Not by coincidence, Hall and Biersteker pointed out the emergence of private authority as an unequivocal sign of global governance. Even though private authority almost never exceeds the authority of the national state, [for the authors] it is increasingly important for the understanding of political dynamics in international relations – which today contemplate actors as diverse as states, market players, international organizations, transnational movements, mafias, churches etc.⁶

The complexity of this framework of 'global governance without a world government' is aggravated by the debate promoted lately on political legitimacy in international relations. The question that recurrently comes up in discussions goes as follows: If there is 'governance without government' on a global scale, where does it derive its legitimate authority from? Assuming the diagnosis that democracy consists in the preferred political regime and source of procedural legitimacy for domestic constituencies, yet some serious pitfalls remain, within the ambit of the modern system of states, when operating with democratic formulas.

Given the 'systemic anarchy' – and the absence of a global democratic system or a universal Leviathan – there surely are theoretical as well as empirical barriers to 'democratizing' international politics. Within this paper, our starting question was: Considered the non-existence of a polity on planetary scale, is there a conceivable way to speak of democratic political interactions in a system of territorial sovereign states?

⁵ Rodney Hall, Thomas Biersteker, *The Emergence of Private Authority*, Cambridge: CUP, 2002.

⁶ *Ibidem*.

This text will subsequently point some of the conceptual and theoretical difficulties involved in the attempt to bring the democratic formula (or to apply a democratic regime) into international politics, illustrating and discussing the evolution of the academic approaches to the problem (next section) and, in the third section, presenting the reader with possibilities and limits for the operationalization of the idea. In the light of global governance and middle-power theories, the case of Brazil will be assessed in the fourth section, as well as some potential pathways for this research agenda in the future.

2. Legitimacy, democracy, and global institutions

In this current stage of international relations, the emergence of global issues which potentially affect the entire planet has come to demand new public policies that traditional territorial states might find difficult to carry out. These are issues that require international and cross-border approaches, since its causes and effects are no longer restricted to one or another state, region or group of states. In sum, the contemporary problématique can be enunciated this way: global issues constitute a reality that few international actors have the wherewithal to tackle single-handedly. Claims for a global governance that is compatible with (some degree of) democracy have thus spread out.

Nonetheless, such claims for a more democratic global governance – that is, one that provides more open and plural decision-making processes regarding major global issues with repercussions on planetary scale – often clash with allegations that, in practical terms, the operationalization of this goal is confined to technocratic elites of intergovernmental organizations, with little or no connection with an electorate or genuinely global audiences.⁷ Rather, it is skeptically said that international organizations entrusted with the tasks of global governance consist, in most cases, of ‘bureaucratic bargaining systems’ among rulers, because they are opaque and fundamentally anti-democratic.⁸

⁷ Robert Keohane, Stephen Macedo, Andrew Moravcsik, “Democracy-Enhancing Multilateralism” in *International Organization*, n. 63, 2009, pp. 1-31; Susan Marks, “Democracy and international governance”, in J.M. Coicaud, V. Heiskanen (org.), *The Legitimacy of International Affairs*, Tóquio: UNU, 2001.

⁸ Robert Dahl, “Can international organizations be democratic? A skeptic’s view”, in I. Shapiro, C. Hacker-Cordón (eds.), *Democracy’s Edges*, Cambridge: CUP, 1999; Ralf Dahrendorf, “The Thrid Way and liberty” in *Foreign Affairs* 78, n. 5 (September/October) 1999, pp. 13-17.

It is admitted, however, that this tension between the democratization of international relations and the performance of international multilateral institutions be perceived from other angles. Magdalena Bexell, Jonas Tallberg, and Anders Uhlin despite grudgingly recognizing the unfulfilled promises of multilateralism and the major obstacles faced in the implementation of democratic global governance, postulate the existence of an intense contemporary transnational activity, which, in some cases, reaches the interior of intergovernmental organizations (see the cases of the European Union, the International Labor Organization, and the United Nations), bringing along democratizing potentials (e.g., the formal inclusion of non-state actors in consultation and decision-making processes).⁹

Robert Keohane, Stephen Macedo, and Andrew Moravcsik contend, from a different point of view, that formal international institutions such as the World Trade Organization and the European Union, contribute to the promotion of a ‘constitutional democracy’ paradigm in international relations, by safeguarding individuals and minorities against the interests of ruling coalitions and powerful factions. Moreover, they hypothesize that the promotion of multilateral cooperation unleashes the propagation of information and arguments – and, by an indirect pathway, the generation of accountability – as often happens with the cases that are brought up to the UN Security Council and the International Court of Justice.¹⁰

So, to think of the multi-faceted relationship among democracy, global governance and the modern system of states requires, in our opinion, a previous attempt to catalogue and classify the approaches, lest we compare excessively disparate objects. There are in the literature at least two established ways of approaching the democratization of global governance, which I call, for the sake of didacticism, (a) traditional and (b) contemporary.

Traditional approaches to the phenomenon of ‘democratization of global governance’ focus on the pluralization of state actors with proven ability to participate in formal multilateral arrangements, to elaborate and

⁹ Magdalena Bexell, Jonas Tallberg, Anders Uhlin, “Democracy in Global Governance” in *Global Governance*, n. 16, 2010, pp. 81-101.

¹⁰ Robert Keohane et al., *op. cit.*

vocalize their preferences (in equality of conditions with other players) and to make decisions regarding the various agendas of international relations. They are derived from the diagnosis that states (actors granted with territoriality and sovereignty) matter and, more than that, are necessary pieces to solve the global public administration puzzle.

Along this line, Guy Hermet understands that, although subject to the trends of globalization in myriad of new issues, the territorial state remains the only actor able to put a halt, at least provisionally, to the clashes that paralyze the global, regional, and national political agendas. It is, so to speak, an unavoidable reference in the 'space management.'¹¹ Therefore, any measure to establish democratic governance in the international system will depend on the effective capacity of sovereign states to collegially formulate and inscribe international regimes into the proceedings of public international law.

Darren Hawkins et al. have employed 'principal-agent' theories (derived from modern representative democracy) to explain some of the decision processes occurring in multilateral international organizations. Within this analytical framework, 'delegation' takes place when 'an amount of political authority is conceded to an agent by a principal, empowering the former in the name of the latter.'¹² According to the authors, delegation within international organizations (IO) works on very similar lines to that of domestic politics, but with the difference that instead of individuals, are the states who assign powers (always limited by a mandate) to the IO. Thus, international organizations are thought of as the agents that can implement policy decisions of states and pursue their strategic goals.

The traditional approach to the democratization of global governance will demand from its adopters an emphasis on the concept of 'system of states'. It resembles, in terms of method, the representative/constitutional conception of democracy, as long as citizens will just be able to influence

¹¹ Guy Hermet, "A democratização dos países emergentes e as relações entre o Estado, as OIGs e as ONGs" in C. Milani et al. (org.), *Democracia e Governança Mundial*, Porto Alegre, Editora da Universidade (UFRGS), 2002, p. 44.

¹² Darren Hawkins et al., *Delegation and Agency in International Organizations*, Cambridge: CUP, 2006, p. 7.

international affairs through the national elections they join. As summed up by Susan Marks, it is as if democracy could only be materialized through the 'nation-state container.'¹³ Furthermore, there is greater attention to formalities of international political participation, which will be led (and even monopolized) by sovereign states.¹⁴

If states are hubs of political loyalties par excellence, how is it possible to imagine a legitimate locus of power that is above and beyond sovereign states? For Robert Howse (2001), the mental operation is relatively simple: He proposes an analogy between the formal attribution of authority that states promote in relation to international organizations on the one hand, and the (actual or presumed) allocation of authority from individuals to state representatives on the other. Interstate multilateralism works as the device by which relations within the system of states are legitimated, in the shadow of liberal contractualist formulas in modern political theory.

However, it should be clear that the argument of multilateralism as an extension of domestic democracy will invariably prove fallacious because a considerable portion of the members of global international organizations is made up of non-democratic states. Additionally, as has already been convincingly demonstrated by Miles Kahler, the larger the number of members of a formal multilateral arrangement, the greater the tendency of 'minilateral' practices to take place (i.e., the formation of small 'clubs' of actors, with similar or compatible interests among themselves within the framework of international institutions).¹⁵

In a nearly opposite direction to that of traditionalists, contemporary approaches take into account the incorporation of non-state actors – such as local governments, NGOs, advocacy networks, social movements, political parties, transnational corporations, philanthropic agencies, etc. – into global decision-making practices formerly dominated by states.¹⁶ It is, therefore, a

¹³ Marks, *op. cit.*, p. 50.

¹⁴ Bexell et al. 2010, *op. cit.*

¹⁵ Miles Kahler, "Multilateralism with small and large numbers", in *International Organization*, 46 (3), 1992.

¹⁶ Coate Alger, "Expanding Governmental Diversity in Global Governance" in *Global Governance* 16, 2010, 59-79; Bexell et al., *op. cit.* 2010; Keohane et al., *op. cit.*

matter of acknowledging the transnational characteristics acquired by democracy in the midst of a broad and all-encompassing process of globalization of social and human relations.¹⁷

Contemporary interpretations of the global governance democratization take as a model institutional formulas that allow a more direct exercise of democracy by the 'global citizens' (those directly involved in political processes), mixing up ingredients of representation, participation, and deliberation. The alleged advantage of the method lies in its inclusiveness, since the participation of transnational actors (beyond and below the state) expands and improves the access to public power of significant strata of the world's population – which would most likely remain ostracized by the usual representative channels.¹⁸

Note that the argument does not go without controversy. As Margaret Keck pointed out, the activism of transnational civil society in international organizations may represent positions not people, ideas not voters. Thus, the inclusion promoted can collaterally generate problems of selectivity and representation biases.¹⁹

In view of the theoretical difficulties and moral problems brought to the fore, authors such as David Held, Peter Singer, and Jürgen Habermas have tried to imagine possibilities of inclusion and reconciliation between the traditional democratic method of decision-making (which assumes the representation and/or participation of each and every citizen) and the desirable effectiveness of states' foreign policies. As a first step, Held proposed a bold reform in the current model of global governance that was established throughout the 1990s. 'The possibility of a global social-democratic polity is connected to an expanded framework of states and agencies bound by the principles of the rule of law, democracy, and human rights,' he affirms.²⁰ In rejecting the proposal of a gradual evolution within the already established set of institutions, Held suggested the creation of a comprehensive and

¹⁷ Marks, *op. cit.*, 2001; David Held, *Global Covenant*, Oxford Polity Press, 2004; Thomas Zweifel, *International Organizations and Democracy*, Londres: Lynne Rienner Publishers, 2006.

¹⁸ Bexell et al. 2010, *op. cit.*; Marks 2001, *op. cit.*

¹⁹ Margareth Keck, "Governance Regimes and the Politics of Discursive Representation" in N. Piper; A. Uhlin (org.), *Transnational Activism in Asia*, Londres: Routledge, 2004.

²⁰ Held, *op. cit.*, p. 108.

interconnected network of public fora, overlapping cities, states, regions, and finally the entire transnational order. In local domains, the participatory processes of the demos would take place in direct fashion, and in more remote domains, there would be mediation through representative mechanisms. In this context, the formation of a global assembly, encompassing all states and agencies, should be envisaged. The focus of this assembly would be the examination of the most salient global concerns (e.g., global health and diseases, food supply and distribution, financial instability, foreign debts, climate change, disarmament, nuclear, chemical, and bacteriological weapons etc.).

Contrary to this view of global democracy (which he labels as 'Kantian'), Ali Kazancigil is of the opinion that 'it takes all states and nations to share similar worldviews, principles, and political systems, a condition that probably will never be met on a planetary scale.' The author argues the unfeasibility of a model based on the concept of 'global constituency', because it is a 'distant perspective, almost utopian.'²¹ He admits as a most optimistic hypothesis the existence of some regional democratic governance in the world today (namely, in parts of the European Union), but reaching just a limited number of state and non-state actors.

Singer states that if the group before whom one must justify their behavior is a tribe or nation, their morality tends to be tribal or national. If, however, the communications revolution has created a global audience, one might feel the need to justify their behavior to the whole world. Such a change, for the author, creates the material basis for a new ethics that reaches all of the planet's inhabitants. It is therefore possible to derive that individuals suitably adapted to the new global dimension of political decisions will be able to think of social integration beyond the neighborhood, the city, or the country. Contemporaneously, the virtue of thinking the 'political' beyond the state territorial boundaries seems a requirement.²²

Regarding the possibilities of applying democratic formulas to international relations, Habermas argues that a political community must –

²¹ Ali Kazancigil, "A regulação social e a governança democrática da globalização" in C. Milani et al. (org.), *op. cit.*

²² Peter Singer, *Um Só Mundo*, São Paulo: Martins Fontes, 2004.

if it regards itself as democratic – be able to distinguish between those who are their members and those who are not. The self-referential concept of ‘collective self-determination’ points out the logical space occupied by citizens brought together as members of a particular political community (as opposed to other political communities gathered under other states). This particular political community establishes itself as democratic as it proves capable of elaborating its own standards and norms for the interactions it will promote with other political communities around the world. The solidarity forged by the population within a state is rooted in one particular collective identity, supported by historical references and moral persons. That is what shapes the nation and sets its potential for self-administration.²³

A similar argument is put forward by Howse, for whom the applicability of the term *demos* in reference to issues related to the modern system of states remains questionable. The author elucidates his objection as follows: ‘as there is not a transnational *demos*, then transnational civil society will continue deriving its legitimacy from the ability to represent interests, values, and those stakeholders which have some domestic salience.’²⁴

The two perspectives –traditional and contemporary– are greatly relevant for the studies on democratization of international politics, either for their potential or their limits. It is not our intention to propose a reflection on the theme of global governance democratization that necessarily evokes the ‘armor of the nation-state’ reading,²⁵ nor to accept the idea of ‘global governance against the state.’²⁶ After all, it is not a matter of pursuing the finely outlined extremes of this debate, but rather of advancing a useful proposal for the understanding of, say, the constitutive problem of international politics.

²³ Jürgen Habermas, *La Constelación Posnacional*, Barcelona: Paidós, 1998.

²⁴ Robert Howse, “The legitimacy of the World Trade Organization”, in J.M. Coicaud, V. Heiskanen (org.), *The Legitimacy of International Affairs*, Tóquio: UNU, 2001, p. 362.

²⁵ Marks, *op. cit.*

²⁶ Hermet, *op. cit.*

3. How 'democratic' can global governance be?

It is important to recall that different approaches to the subject of democratization have led to different formulas of operationalizing 'democracy' at the academic realm of International Relations (IR). Susan Marks,²⁷ for instance, has set forth a tripartite division of the projects for the democratization of global governance, and grouped them into (a) world government, (b) pan-national democracy, and (c) cosmopolitan democracy projects. While the first category refers, quite literally, to the possibility of building a global democratic state, and the second one to the pool of existing democratic regimes in the world, the third combines elements from (a) and (b), associating the growing democratization at the domestic level to the emergence of transnational and supranational institutions with the capacity to democratize contemporary international politics. Raffaele Marchetti, in a different fashion, has dismembered contemporary approaches into transnational and cosmopolitan, identifying at least three normative models for the purpose of applying democratic formulas to international politics (see Table 1).²⁸ In order to grasp the degree of 'transnational democracy' of different international institutions, Thomas Zweifel was a pioneer in measuring seven indicators, namely appointment, political participation, transparency, reason-giving, overrule, monitoring, and independence. The results proved disheartening for the democrats around the world: from the eleven entities under evaluation, only two of them (the European Union and the International Criminal Court) accomplished positive scores in transnational democracy. All others were considered deficient by Zweifel's classification (see Table 2).²⁹

²⁷ Marks, *op. cit.*

²⁸ Raffaele Marchetti, "Modeling Transnational Politics", Paper apresentado no 22º Congresso Mundial da Associação Internacional de Ciência Política (IPSA), Madrid, Espanha, julho de 2012.

²⁹ Zweifel, *op. cit.*

TABLE 1: Application of the democratic formula to international politics

Approach	Model	Democratic Scope	Democratic Principle	Institutional Design
Traditional	Inter governmental	National <i>Demoi</i>	Symmetrical Association	Interstate Multilateralism
Contemporary (1)	Transnational	Transnational <i>Demoi</i>	Inclusion of representative social positions	Hybrid Networks (with state and non-state actors)
Contemporary (2)	Cosmopolitan	Global <i>Demos</i>	Universal inclusion	World Federation

Adapted from Marchetti, *op.cit.*

TABLE 2: Evaluation of the level of ‘transnational democracy’

Dimension	UN	ICC	WB	IMF	WTO	EU	OUA	AU	NAFTA	NATO	ASEAN
Appointment	-1	0	0	-1	0	+1	-1	-1	0	0	-1
Participation	-1	+1	0	0	-1	+1	-1	0	0	-1	0
Transparency	0	0	0	0	-1	0	-1	0	0	0	0
Reason-giving	0	+1	+1	-1	0	+1	-1	-1	-1	-1	-1
Overrule	-1	0	-1	-1	+1	+1	0	0	0	0	-1
Monitoring	-1	0	0	0	-1	+1	-1	0	0	0	0
Independence	-1	+1	-1	0	0	-1	-1	0	-1	0	-1
TOTAL SCORE	-5	+3	-1	-3	-2	+4	-6	-2	-2	-2	-4
Ranking	10th	2nd	3rd	8th	4th	1st	11th	7th	4th	4th	9th

Adapted from Zweifel, *op.cit.*

According to Zweifel, the direct confrontation between the United Nations (UN) and the World Trade Organization (WTO) was favorable to the second. Taken from the perspective of its Security Council, the UN was successful in criteria such as transparency and capacity to offer public arguments (reason-giving). Given the universe of cases, it has only

outperformed the now defunct Organization of African Unity. On the other hand, the WTO – notwithstanding the difficulties concerning the monitoring of its members, its lack of transparency, and poor inclusion of actors in decision-making processes – got good grades in categories such as ‘appointment’ (its director-general is appointed by consensual decision among member states), ‘reason-giving’ and ‘independence’, and its capacity to prevail over its members (so-called ‘overrule’) deserved special merit. It achieved the fourth place on the proposed ranking. If paired, the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank reached distinct classifications. By those criteria employed, the World Bank appears to be slightly more used to democratizing processes than the Fund – a judgment based on their ability to share with policy stakeholders the underlying reasons for their decisions. Overall, the IMF and World Bank are neutral or deficient with regard to most of the indicators. Both received the grade <-1> for the ‘overrule criterion’, which leads to the inference that when member states have consolidated their positions, the two multilateral banks can do little to resist them (see Table 2).

The absence of a mechanism to weighing Zweifel’s operational criteria for transnational democracy is noteworthy. There is no hierarchy among indicators for the calculation of the index, as they simply assume, in a somewhat vague and impressionistic manner, values ranging from ‘-1’ (absence of democracy), to ‘+1’ (presence of democracy). In this scale, ‘0’ (zero) represents a dysfunctional democracy. Nonetheless, the unilinearity of indicators may distort the conclusions achieved, as there are certain elements that turn out to be more decisive than others for the functioning of democracy. For example, it might be claimed in defense of the United Nations that, in privileging the Security Council in this measurement exercise, the author jettisoned all political potentials from its General Assembly, making use of the proverbial technique to ‘throw the baby out with the bathwater’.

More important than the index itself and the ranking elaborated by Thomas Zweifel are in fact those reflections they provoke on the subject. Beginning with the institutional conception of democracy the author evokes for his analysis. Arguably it is not precisely a transnational ontology what Zweifel delivers, since the author brings together many institutes

from domestic democracy as parameters. It seems inappropriate to expect that international courts and organizations be able to reproduce, in the same way as contemporary nation-states would, conventional democratic experiences, given the absence of a global polity or global demos. Although the gravest problem, in our view, lies not in the 'methodological statism' of the study, but in hardly comparable objects, so diverse as a court of justice, two multilateral banks, two global international organizations, and six regional international organizations (with rather discrepant levels of institutionalization and ambitions; see the cases of the EU and NAFTA). Albeit laudable *per se*, this broad comparative enterprise cannot fully achieve its heuristic objectives.³⁰

Our judgment is that the debate on the democratization of international politics is decidedly something that is needed, not being afforded to Politics and IR academics the option to bypass it. Susan Marks succinctly stated the reasons for this – on the one side, the commitment to democracy has never been this disseminated throughout the world, on the other, never before has the awareness of its empirical limitations been so acute.³¹

In view of the literature, we insist on the need to assess the democratization of international politics from a variety of, both traditional and contemporary, analytical prisms. This will allow the understanding of how sovereign states and other important non-state actors formulate and reformulate the institutional paths to a more plural and open – and, in a very peculiar sense, more democratic – management of global governance, under conditions of structural anarchy. Contemporary political dynamics lead to membership enlargement in intergovernmental organizations and, by extension, help such institutions to globally project the values and rules that emerge from a process of normative construction whose cornerstones are the organizations themselves. Not to mention, of course, the hundreds – if not thousands – of non-governmental organizations, subnational governments, companies, individuals etc. that, since the early 1990s, have been gaining recognition and authorization to work within the arrangements of global governance, both on ad hoc basis and on regular advocacy networks.

³⁰ *Ibidem*.

³¹ Marks, *op. cit.*

Moreover, with regard to intergovernmental organizations and international regimes, what in fact is at stake is less the ability to replicate the democratic formula (such as we know it) to tackle the problematic issues of the international agenda, and more the authority that such institutions are increasingly vested in to play the functions of global administration (even if not by democratic means). Therefore intergovernmental organizations and international regimes are both important political actors and meta-political spaces (that is, microcosms) of this 21st-century asymmetrical global governance.

4. 'Global democratization' via institutional contestation: the Brazilian formula for legitimacy

The behavior that stems from Brazilian foreign policy in the last couple of decades may be neatly described as *middlepowermanship*, a term that refers to the tendency of middle powers to pursue multilateral solutions to international problems, their tendency to embrace compromise positions in international disputes, and their tendency to embrace notions of 'good international citizenship' to guide their diplomacy.³² Robert Keohane, in what is possibly one of the first scholarly accounts of middle powers in world politics, defines such countries as *system-affecting* ones, as they 'cannot hope to affect the [international] system acting alone [but] can nevertheless exert significant impact on the system by working through small groups or alliances or through universal or regional international organizations.'³³ In the absence of abundant material capabilities, a country will rely on reputational goods and well-established legal frameworks as a means to reach the best outcomes in international relations, as well as to protect itself from the outside world – an IR perspective somewhat inspired by Hugo Grotius and his school of thought, known as 'rationalism' or 'Grotianism'.

³² Andrew Cooper et al., *Relocating Middle Powers: Australia and Canada in a changing world order*, Vancouver: University of British Columbia Press, 1993.

³³ Robert Keohane, "Lilliputians Dilemmas: small states in international politics" in *International Organizations*, vol. 23, 1969, p. 295.

Behind this line of reasoning, there might be a bet on the effective role of regulation played by international regimes, as long as they are believed to matter and influence international behavior by providing 'selective incentives' for a country to resort to multilateral institutional solutions rather than *'ad hoc'* unilateral policies.³⁴ By placing emphasis on institutional power instead of military and economic assets, Brazil assumes international institutions to function as proxies to 'raw power' disputes. It can work as a formula to borrow international prestige without incurring the risks and costs involved in 'great-power politics'.

A country like Brazil will manifest strong preferences for multilateral arrangements and collective decision-making processes as it proves an efficient way for burden-sharing and countering hegemonic intentions. There has always been in Brazilian foreign policy a deep sense of mistrust in regard to European colonial powers and, from the 19th century on, the United States. To assure Brazil's political independence and territorial integrity, Brazilian diplomats have often stressed the importance of a coherent multilateral diplomacy, on practical as well as on discursive grounds. In this sense, a peaceful diplomatic orientation could be rendered as 'niche diplomacy', a problem-solving approach based on sheer calculation, not an ideologically or morally-driven (Kantian) formula, that applies to controversies that would not be tackled otherwise. To paraphrase a quotation from San Tiago Dantas (a former Minister of External Relations in Brazil), in the absence of exceeding levels of material power, stability of principle becomes the strongest weapon of those militarily weak.³⁵

Reputational assets have therefore been the cornerstone of Brazilian foreign policy well before the country became a middle power. The shift from a purely diplomatic discourse to a more consistent set of practices, however, has arguably taken place in the last decade. For the first time, Brazil has made use of its credibility and quasi-universal empathy in the context of multilateralism to consistently push its interests forward and maximize 'soft' power attributes. In previous attempts at going global, the country was either too feeble and powerless (therefore falling short of having a say in world politics, such as in the case of Brazil's participation in the League of Nations), or too suspicious of international governance

³⁴ Olson, *op.cit.*

³⁵ San Tiago Dantas, *Política Externa Independente*, Brasília: Funag, 2011.

(therefore shying away from a greater engagement with the United Nations in the 1970s and early 1980s). The last decade saw the country pursue a more active diplomacy in various fields, including in matters of international security, making use of soft power as its primary foreign policy tool.³⁶

A look at the current Brazilian experience is revealing of the behavior of middle powers. Following the constructivist argument advanced by Alexander Wendt, they are not defined solely by their material capabilities, but rather (and most importantly) by the perceived role they play in global affairs – or their social identities.³⁷ Rather than a straightforward label, *middlepowermanship* presents itself as a constructed concept, embedded in social structures that exist in practices and processes. That is why one must not just look at what countries say or have (in material terms), but at what they do. In the case of middle powers, they have historically placed multilateralism at the top of their agendas, and have usually adopted a cooperative stance toward international regimes and institutions. Brazil's activism in the realms of the WTO, the environmental and non-proliferation regimes, or peacekeeping operations (PKO) are good examples of how these identities ultimately shape behavior in world politics.

Whereas the constructivist approach to middle powers is a positive one, in the sense that it sees their behavior as the product of shared worldviews and identities, a realist understanding of *middlepowermanship* portrays multilateral activism and institutional engagement as a means to downplay the global supremacy of the US. In the backdrop lies a profound dissatisfaction with the unipolar structure of the international system. One may hence interpret the institutional strategies of middle powers as an attempt at balancing against America. If, according to Robert Pape, a direct confrontation with the world's only superpower may prove 'too costly for any individual state and too risky for multiple states operating together,'³⁸ then countries may resort to soft-balancing measures, that is, 'actions that

³⁶ L. B. Pereira, "Turkey, Brazil and New Geopolitics of the World", Bilgesam: Wise Men Center for Strategic Studies. Available at http://www.bilgesam.org/en/index.php?option=com_content&view=article&id=437:turkey-brazil-and-new-geopolitics-of-the-world-&catid=89:analizler-latinamerika&Itemid=139, 2011.

³⁷ Alexander Wendt, "Constructing International Politics" in *International Security*, vol. 20, no. 1, 1995.

³⁸ Robert Pape, "Soft Balancing against the United States" in *International Security*, vol. 30, no. 1, 2005, p. 9.

do not directly challenge U.S. military preponderance but that use nonmilitary tools to delay, frustrate, and undermine aggressive unilateral U.S. military policies.’³⁹

There seems to be a close link between the behavior of middle powers within international institutions – and towards one another – and such attempts at countering America’s preponderance. Stephen Walt’s definition of soft-balancing describes it as ‘the conscious coordination of diplomatic action in order to obtain outcomes contrary to U.S. preferences – outcomes that could not be gained if the balances did not give each other some degree of mutual support.’⁴⁰ Since this is a broader concept, which encompasses not just U.S. military policies but preferences by and large, it seems particularly useful to explain cooperative efforts between middle powers in nonmilitary arenas, and seems quite evident when linked to multilateral strategies.

But what may lead middle powers to soft balance against the US? In the words of Walt, this strategy can have at least four objectives. First and foremost, states may balance so as to increase their ability to stand up against US pressure – in political, economic, or military terms. Secondly, soft balancing comes at times as a way of improving states’ bargaining position in international negotiations, be it related to a discrete issue or to broad institutional arrangements of global governance. Third, balancing may function as a warning to the US that it cannot rely upon the compliance of other countries. Finally, it may also operate as a means to become less dependent on US protection and aid, allowing for some states to chart their own course in world politics.⁴¹ While all goals seem to make sense when looking at the behavior of middle powers in global affairs, the second one embodies the institutional strategy usually favored by such states, and the fourth one deals with the quest for autonomy – which is also a key aspect of middle power politics in general.

Regardless of the theoretical standpoint one adopts to understand the role middle powers play in international relations, there seems to be a conceptual common ground that may be summarized as follows: (1) historically, middle powers had no special place in regional blocs during

³⁹ *Ibidem*, p. 10.

⁴⁰ Stephen Walt, *Taming American Power*, New York: W.W. Norton, 2005, p. 126.

⁴¹ *Ibidem*, pp. 127-129.

the Cold War, but they were closely linked to the process of international organization;⁴² (2) middle powers support the goals of international peace and security because they are ultimately interested in a stable and orderly environment;⁴³ (3) they try to build consensus around multilateral issues, such as non-proliferation or environmental protection, as a means to overcome their lack of material capabilities;⁴⁴ finally, (4) they base their demands in international institutions on a discourse of global justice and democratic multilateralism.⁴⁵

The bottom line of the behavior of middle powers is thus the engagement in global governance. Their diplomatic narratives, especially in recent decades, have been built around the idea of international organization and the regimes that stem from institutional cooperation. Being an inseparable aspect of middle-power politics, it is now time to move to an examination of how global governance mechanisms were conceived of, and how Brazil has paved its way into such institutions.

4.1. United Nations Security Council

When it comes to taking part in international security bodies as a permanent member, Brazil has been a long-time campaigner. Back in the 1920s, when the League of Nations (LON) was the world's ultimate multilateral resource to tentatively prevent a conflict among major powers, Brasília has persistently bid for a seat at the League of Nations' Council – the organ where life-or-death, war-or-peace decisions were taken. The legitimatizing argument of Brazil's diplomatic campaign was the absence of a representative from the Americas inside that body, as long as the United States' Senate didn't ratify the LON Pact. Based on this arguable representational deficit, Brazil offered to put itself into the US' shoes – what sounded then as a reasonable claim. Not that having Brazil among the permanent members (Italy, Great Britain, France, Japan, then Germany and finally the USSR) would have changed the LON's dramatic fate.

⁴² Robert Cox, "Middlepowermanship: Japan and the future of the world order", in R. Cox, T. Sinclair (eds), *Approaches to World Order*, Cambridge: CUP, 1996, p. 245.

⁴³ Daniel Fledes, "Emerging Middle Powers' Soft Balancing Strategy: state and perspectives of the IBSA Dialogue Forum", *GIGA Working Papers*, no. 57, 2007, p. 10.

⁴⁴ *Ibidem*, p. 11.

⁴⁵ *Ibidem*, p. 24.

Against this background, the adoption of the UN Charter on October 24th 1945 gave birth to a (relatively) successful story. It was the launching of a complex system of intergovernmental agencies – an attempt to prevent another world war from happening. This system was headed by the United Nations (UN), an international organization (IO) designed to tackle the problems that had led the League of Nations into utter failure. The UN was founded by 51 member states. A decade later it had already reached 76 members. The following leap forward was even more impressive: as an outcome of the decolonization process (which the UN helped catalyze), it could count 144 members in 1975, almost twice as many participants as in 1955. The expansion went on and on, despite some pressure not to admit a few states as UN members. In its fiftieth anniversary (1995) the UN gathered no less than 185 members. Almost seven decades since its founding, the UN can claim the status of a ‘semi-universal’ membership, totaling 193 members. And what is more, there has never been a UN member permanent withdrawal from the institution. The only case of temporary withdrawal of a member state was Indonesia’s, which after announcing it was leaving the organization on 20 January 1965, returned on 28 September 1966.⁴⁶

The UN has accomplished the goal of transforming the otherwise reluctant US – a hegemon of the postwar order – into a member state. The UN institutional design benefited from learning with historical experience. Two key factors seem to explain why the UN has become more successful than the LON (1920-1946), especially when it comes to geographic representativeness. The first was the creation of a political body (the UN General Assembly) designed to contemplate all states recognized as such by the international community. This premise of strict equality among states implied express recognition of the principle of non-interference in domestic affairs of other states, besides the application of the ‘one state, one vote’ principle over issues discussed within the scope of the UN General Assembly. This was perhaps the most important institutional innovation represented by the advent of the so-called San Francisco Organization.

The second decisive element for UN survival and increase of global coverage over time seems to be the composition of its Security Council (UNSC), the body directly entrusted with the responsibility of maintaining peace and security in the world. Instead of restricting its membership to

⁴⁶ United Nations, Data from the official website www.un.org, Access on 17 March, 2010.

Europeans (along the lines of the LON after 1933, and before that, the Holy Alliance from 1815 to 1825), the new Council proved able to contemplate by way of its mechanism of permanent representation three continents (America, Europe, and Asia) and after all did not neglect Africa and Oceania, although on a non-permanent basis. Furthermore, UN goals as stated by the Moscow Declaration (1943) envisaged a generalist (subject-wise) and quasi-universal (membership-wise) IO, conceived to embracing all 'peace-loving nations' in the world.⁴⁷ In addition to institutional improvements and the steep rise of UN member states in recent history, Nagendra Singh notes at the UN Charter an attempt to purge it [the UN] from all ethnocentrism that marked the LON's experience. The UN Charter brought provisions that would mitigate this trait, such as the principles of 'peoples' decolonization' and 'political independence with territorial integrity of member states.' Those changes in UN legal texts and political practices were guided by the need to expand the concept of 'international community' in order to attract more states to remain under the UN institutional umbrella.⁴⁸

At the time of the UN foundation, Brazil had been seriously considered to take a permanent seat at the UNSC, because of its relevant participation in WWII as an official US ally since 1942, and as a member of the United Nations (the war alliance, not the formal organization).⁴⁹ Brazil's participation in war was primarily naval, although it did send a regiment to the Western Front. The navy and air force have had a role in the Battle of the Atlantic after mid-1942, but more importantly, Brazil contributed with an infantry division that entered combat on the Italian Front in 1944. Notwithstanding, by the time the world was being reconstructed in the aftermath of war, Brazil did not reap what it had allegedly sown, what can be told in light of the failure of its diplomatic campaign to grab a seat at the UNSC even now, more than six decades after the decisions made in San Francisco.⁵⁰ Unsurprisingly, that moment of Brazilian diplomatic history (the late 1940s) is currently known as the 'unrewarded alignment.'⁵¹

⁴⁷ Dawisson Belém-Lopes, *A ONU entre o Passado e o Futuro*, Curitiba: Appris, 2012.

⁴⁸ Nagendra Singh, "The UN and the Development of International Law" in Kingsbury, B. e Roberts, A. (org.), *United Nations, Divided World*, Oxford: Oxford University Press, 2003.

⁴⁹ Eugênio Garcia, *O Sexto Membro Permanente*, Rio de Janeiro: Contraponto, 2012.

⁵⁰ João Vargas, *Campanha Permanente*, Rio de Janeiro: FGV, 2009.

⁵¹ Gerson, Moura, *O Alinhamento Sem Recompensa: a política externa do governo Dutra*, Rio de Janeiro: Centro de Pesquisa e Documentação de História Contemporânea do Brasil, 1990.

Briefly speaking, when the UN was still being thought of, namely at the high-level conferences that happened before the one in San Francisco (in Tehran, Dumbarton Oaks, Yalta, and Potsdam), a regionalistic approach toward UNSC membership gained momentum as the proposal of granting Brazil a permanent seat at the Council has been openly supported by U.S. President F.D. Roosevelt and Secretary of State Cordell Hull.⁵² By 1944, it was not clear yet which would be the new 'guardians' of the emerging world order – the US, the United Kingdom, the Soviet Union... Who else? If a regionalistic criterion were to have conquered hearts and minds, Brazil would have probably been included as a UNSC founder and permanent seater, inasmuch as it was the most important South American ally of the U.S. in 1945 (not to mention that Argentina was raising concerns due to its proximity with the Axis countries in and after WWII, and should be balanced and even contained by Brasília).

However, the prospects that Brazil would serve as a regional watchdog and unconditional ally to the US provoked negative reactions both in the UK and USSR diplomatic personnel. That move was interpreted as an American maneuver to double its voting weight at the UNSC, as Brazil was expected to replicate American positions. It is arguable that the UK – a decaying empire then – feared being overshadowed by an emerging South American country, and the USSR did not want the US to have majority control of the votes in the Council. In the end, a regionalistic approach was replaced by the argument in favor of having great powers in the lead, because they would theoretically be better equipped (by military and economic rankings) to bear the burden of maintaining peace and security around the world. The US delegation let it go. No sooner than June 1945 had the UNSC defined its permanent membership: the countries to take the five seats were great powers (US, Soviet Union) and 'quasi' or 'had-been' powers (China, France, UK). The regional formula was first neglected, then abandoned once and for all.⁵³ Veto power, an instrument whose legal status and scope was not fully settled in the UN early years, soon became a practical reality. Brazil, in spite of almost having become the sixth permanent member at the UNSC foundation, did not and probably

⁵² Garcia, *op. cit.*

⁵³ Garcia, *op. cit.*; Vargas, *op. cit.*

will not get the slot any time soon, given its regionally-grounded middle power profile.

Today, Brazil is no longer the 'gentle giant' it used to be. There has been considerable increase in military expenditure during the last 20 years and a mounting interest for international politics among Brazilian presidents ever since Cardoso's coming into power. But there are important nuances in this position. President Rousseff has recently reinforced Brazil's commitment to the idea of 'Responsibility while Protecting (RwP)' rather than endorsing 'Responsibility to Protect (R2P)' doctrine (also known as 'Ban Ki-moon doctrine'). Given that Brazilian foreign policy has always relied upon the long-standing principles of non-intervention and state sovereignty, it has underlined that the use of force on the grounds of humanitarian intervention undermine the very rationale of the UN system, since there are no legal provisions in the UN Charter that allow the use of force in such scenarios.

After the development of the 'R2P doctrine' after the report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) was published and, chiefly, through its adoption by the 2005 World Summit and Resolution 60/1 of the UN General Assembly, Brazil has endeavored to limit its scope. It has also stressed the prevalence of non-coercive and diplomatic measures (R2P's second pillar) and, thus, has drawn attention to the subsidiary and last-resource character of military intervention (R2P's third pillar).

Brazil has pointed out, moreover, that the use of force based on R2P must be discharged in accordance with international humanitarian law, human rights law, and the rules regarding the use of force (*jus ad bellum*), since these actions should not worsen the conflicts and do harm to the civilian population. Consequently, the Brazilian reasoning has led to the development of the concept of RwP, which aims to show the importance of complying with a rather strict legal framework during these operations.

Brazil has set forth, likewise, the importance of reform in the structure of the UNSC so as to incorporate, as permanent members, developing states from Africa, Latin America and the Caribbean, and Asia. Pursuant to the Brazilian position, the role of the UNSC in the R2P issue is essential, inasmuch as it must authorize all actions and ensure accountability of those to whom authority is granted to resort to force in cases that they breach international Law.

Besides, participating in the UN PKO in Haiti represents a shift in Brazilian foreign policy since it indicates that, although the principles of state sovereignty and non-intervention still play a pivotal role in its foreign policy, Brazil has perceived that these international rules must be interpreted in a manner consistent with the idea of 'non-indifference.'⁵⁴ This notion might be defined, from a Brazilian perspective, as the willingness to provide assistance, mainly in terms of diplomacy, when required, and when a state deems it pertinent, so as to settle a political or social crisis.

All in all, it means Brazil will neither simply bandwagon the efforts of traditional oligarchic world powers (US, UK, France, Russia, China) nor emulate the positions taken by emerging military powers (Turkey, South Africa, India etc.). Its position will be carefully crafted so as to sound authoritative and nationalistic rather than merely guided by the balance-of-power logic. Claims are that Brazil will avoid at all cost the label of 'regional leader' inasmuch as it can be wrongly taken for nurturing sub-imperialistic intentions towards its neighbors.⁵⁵ However, speeches often made by governmental officials emphasize Brazilian 'natural candidacy' to seizing a seat in the event of the UNSC expansion/reform. At a slow pace, Brazil is engaging in issues/regions that did not otherwise belong to its top foreign policy priorities (Central America and the Caribbean, Middle East etc.).

Overall, Brazil displays pacifist diplomacy, reliant on the idea of 'consensual hegemony' over South America, with a grain of light revisionism toward international security institutions. Its low military potentials combine with a persistent bid for UNSC reform (even if it comes with no veto power), as long as it should contemplate Brazil. One could also cite as an important aspect of Brazilian foreign policy nowadays its half-hearted advocacy for human rights (especially after Cardoso's government).

4.1.1. *International Monetary Fund and World Trade Organization*

The Brazilian participation at the Bretton Woods (BW) Conference in 1944 – and afterwards, when GATT (WTO), IMF, and IBRD developed into the 3 most important multilateral economic institutions of the world –

⁵⁴ Amorim, *op.cit.*

⁵⁵ Sean Burges, "Consensual Hegemony: theorizing Brazilian foreign policy after the Cold War", *International Relations*, vol. 22, no. 1, 2008.

can serve as a useful 'proxy' indicator, and lead to a better understanding of the country's actual standing in the international system by the 1940s.

According to John Ruggie, the GATT was one of the pillars for the BW institutional tripod (alongside the IBRD and the IMF), whose implicit goal was to instill liberal contents in international economic relations after WWII. The US and Western European countries (the USSR did not join IMF and the WB when they were founded) sponsored the creation of IOs whose mandate involved liberalizing trade and finances and preventing serious balance-of-payment crises in major debtor states, thereby setting the levers of governance for a powerful economic governance machine. The concept of 'embedded liberalism' relies both on an abstract element (the wide acceptance of 'liberal virtues' in Western countries) and the institutional structures of coercion (mainly represented by the BW institutional tripod).⁵⁶ Two other functions of that institutional arrangement would be to spur international trade flows and assure that WWII debts would get paid one day, given that military victors coincided with economic creditors.⁵⁷

By the time Bretton Woods Conference was held in the US, Brazil was still an agrarian country trying to make its way into modernity. Only 1 out of 5 Brazilians lived in urban areas in the early 1940s. It was a highly indebted nation whose economy was reliant on primary-sector activities and commodity exports after all. Under the aegis of *Economic Commission for Latin America and the Caribbean/ECLAC*-biased 'developmentalist' economic thought (which meant an option to prioritize internal market dynamics and the so-called import-substitution orientation instead of becoming an export-led economy), South American countries aspired to break the 'center/periphery' structural ties and confront economic status quo – seen as quite unfavorable to the poorest.

In the aftermath of WWII, Brazil was much closer to qualifying as an international receiver of donations and a candidate for loans than as a country with interests at stake in the global financial architecture. Contrary to what would happen in San Francisco in 1945, in the economic realm the Brazilian government used to position itself as an underdog with no

⁵⁶ John Ruggie, "International Regimes, Transactions, and Change: Embedded Liberalism in the Postwar Economic Order", *International Organization*, Volume 36, Issue 2, International Regimes (Spring, 1982), pp. 379-415, 1982.

⁵⁷ Sylvia Nasar, *A Imaginação Econômica*, São Paulo: Companhia das Letras, 2012.

consistent bid or role to play but to follow the capitalist paymasters (of course, with the US taking the lead). Apart from vested interests from a few industrials, bankers, economists, and diplomats (but hardly from incumbent politicians), Brazilian civil society could not properly realize what was going on in Bretton Woods, nor in Havana or Geneva.⁵⁸

Such peripheral participation in drawing the lines of a global economic governance schema – which eventually proved to be a most powerful economic leverage tool – is a precondition to fully grasping how Brazil became under-represented and marginalized within the ambit of BW institutions over the decades. Yet to make things worse, Brazil (and Latin America as a whole) has never been contemplated by a Marshall Plan or the like, what certainly help explain why the expression ‘unrewarded alignment’ so well translates the Brazilian foreign policy for the postwar period.

In the wake of the 1990s, the BW system was in high demand. In the year the Maastricht Treaty turned the European communities into a European Union, the IMF and the WB started fostering transition from real socialism to utopian liberalism in post-Iron Curtain region. Those organs were also responsible for husbanding the aftermath of Latin American’s 1980s crash (after the 1987 Brady Plan), including Brazil, which defaulted not only once, but twice during the decade. BW’ organs even indulged in post-conflict reconstruction (what ‘An Agenda for Peace’ tentatively called ‘peacebuilding’) elsewhere.⁵⁹ By 1994 GATT’s Uruguay round gave way to a WTO undreamed of since WWII (1948 International Trade Organization succumbed to Cold War vicissitudes). The newborn IO would from its inception bear sanctioning power on member states. That was an IO, therefore, ‘with teeth,’ somehow closer to the UNSC than to loose arrangements such as GATT.

However, the WTO’s position gradually eroded as a result of the massive anti-globalization protest activity surrounding its Ministerial Conference at the Washington State Convention and Trade Center in

⁵⁸ Rogério Farias, ‘Industriais, economistas e diplomatas: o Brasil e as negociações comerciais multilaterais (1946-1967)’, Doctoral thesis, International Relations Graduation Program, Universidade de Brasília, Brasília, 2012.

⁵⁹ Carlos Gama, “Bridge over Troubled Waters: United Nations, Peace Operations and Human Security”, *Journal of Human Security*, v.5, pp. 9-31, 2009.

Seattle, Washington, in December 1999. UNCTAD X, the tenth session of the Conference held in Bangkok in February 2000, proved a good opportunity to make a conceptual contribution to the 'post-Seattle scenario' and the re-establishment of the developing countries' confidence in the multilateral trading system. UNCTAD's contribution eventually helped pave the way for launching a new WTO round of negotiations in Doha in November 2001, whose specific goal was to address the issues of developing countries in a so-called Development Agenda for Trade Negotiations. Circumstances had nonetheless dramatically changed as a result of the terrorist attacks on the US on 11 September. While politics and economics were mutually reinforcing, trade barriers were being rebuilt. Wars were fought in Afghanistan and Iraq and dangerous confrontations took place around the globe, almost all of them involving the US and its Western allies. It is against the background of this shift in international security and its strong impact on international trade and development opportunities that one can accurately apprehend the case of Brazil.

Talks on a 'new global financial architecture' have spread from the 2000s on, especially after the events that led to the ongoing financial crisis in Europe and the US. They have drawn Brazil's attention and fueled its ambitions to revising the world order in a way it would benefit from its economic coming of age. After all, in a scenario where old powerhouses failed to deliver prosperity and a glimmer of hope, the rising powers – BRICS *inter alia* – have filled this gap, allowing the economy not to stall, and then claiming their institutional rewards (e.g., a revision of the IMF quota system that would acknowledge developing countries' growing importance for the world economy). Brazil, once a borrower, suddenly became a lender to the IMF, during the second presidential mandate of Lula da Silva. That comes wrapped in a new discourse that celebrates the virtues of 'democratization' and 'pluralization' among the nations, not to mention the Brazilian government's stance for developmental economics, making the country a 'state capitalism' ideologue according to some critics (cf. *The Economist*, "The rise of state capitalism", 21/01/2012).

FIGURE 1: Cases involving Brazil at the WTO Dispute Settlement System

Source: WTO Official Website (as of February 2013).

This call for revisionism on Bretton Woods' apparatuses has its most concrete manifestation inside the WTO, at the level of the Dispute Settlement Mechanism. This is the place where Brazil and many developing countries (like India and Argentina) voice out their concerns and reclaim their rights, whenever a country doesn't play by the rules of international commerce. Brazil is a major user of WTO Dispute Settlement system and an arbitration champion, both as complainant and respondent (see Figure 1). Informally, Brazil is a political leader in trade negotiations – heading, alongside with China and India, the recently founded G-20 (a group of states with convergent interests in world commerce). In addition, it can be stated that Brazil, India, and China have replaced Japan and Canada as the most important developing states to prevent a stalemate in WTO Doha Round. Together with the US and the European Union, they are the world trade regime's centerpieces today. Besides, Brazil's expertise on WTO issues has more than once accredited Brazilian candidates to run for office

at WTO. The latest bet is Ambassador Roberto Azevedo, a Brazilian diplomat whose knowledge of WTO bureaucracy and world trade are believed to make him a good name to succeed Pascal Lamy.

Bibliography

1. Abbott, Kenneth; Snidal, Duncan (1997), "Why states act through formal international organizations?" in *Journal of Conflict Resolution*.
2. Alger, Coate (2010), "Expanding Governmental Diversity in Global Governance" in *Global Governance* 16, 2010, 59-79.
3. Amorim, Celso (2011a), "Discurso por ocasião da transmissão do cargo de ministro de Estado das Relações Exteriores", in: Amorim, C. *Discursos, Palestras e Artigos do Chanceler Celso Amorim: 2003-2010*. Brasília: Ministério das Relações Exteriores.
4. Amorim, Celso (2011b), "Brazil and the Middle East", *Cairo Review*.
5. Auvachez, Elise (2009), "Supranational citizenship building and the United Nations" in *Global Governance*, 15, 43-57.
6. Barbé, Ester (2008), *Relaciones Internacionales*, Madri, Tecnos.
7. Barnett, Michael; Finnemore, Martha (2004), *Rules for the World*, Cornell University Press.
8. Barral, Welber (org.) (2007), *Solução de Controvérsias na Organização Mundial do Comércio*, Brasília: Funag.
9. Barton, John et al. (2006), *The Evolution of the Trade Regime*, Princeton University Press.
10. Belém-Lopes, Dawisson (2007), "A ONU tem autoridade?" in *Revista Brasileira de Política Internacional*, v. 50, n. 1.
11. Belém-Lopes, Dawisson (2012), *A ONU entre o Passado e o Futuro*, Curitiba, Appris.
12. Belém-Lopes, Dawisson; Casarões, Guilherme (2010), "Can International Organizations Be Democratic? Rethinking Robert Dahl's Skeptical Argument". Trabalho apresentado no 60º Encontro Anual da Associação de Estudos Políticos do Reino Unido (UK PSA). Edimburgo, Escócia, março/abril de 2010.

13. Belém-Lopes, Dawisson; Gama, Carlos (2009), “Bem me queres, mal me queres’: ambivalência discursiva na avaliação canônica do desempenho da ONU”, *Revista de Sociologia e Política*, v. 17, n. 33.
14. Bexell, Magdalena; Tallberg, Jonas; Uhlin, Anders (2010), “Democracy in Global Governance”, *Global Governance*, n. 16, 81-101.
15. Blank, S.J. (2010), “Russia’s Prospects in Asia”, Retrieved from <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB1032.pdf>, Access on 31 January 2012.
16. Bull, Hedley (1977), *The Anarchical Society*, Londres, Macmillan.
17. Burges, Sean (2008), “Consensual Hegemony: theorizing Brazilian foreign policy after the Cold War” in *International Relations*, vol. 22, no. 1.
18. Carranza, M. E. (2003), “Can Mercosur survive? Domestic and international constraints on Mercosu” in *Latin American Politics and Society*, v. 45, n. 2.
19. Carvalho, Maria (2010), “Condicionantes internacionais e domésticos: o Brasil e o G-20 nas negociações agrícolas da Rodada Doha”, *Dados*, vol. 53, no. 2.
20. Chari, C. (2010), *Superpower Rivalry and Conflict - The Long Shadow of the twenty-first century*, London, Routledge.
21. Claude, Inis (1956), *Swords into plowshares: the problems and progress of international organization*, Nova York: Random House.
22. Cooper, Andrew et al. (1993), *Relocating Middle Powers: Australia and Canada in a changing world order*. Vancouver: University of British Columbia Press.
23. Couto, Cláudio and Abrucio, Fernando (2003), “O Segundo Governo FHC: coalizões, agendas e instituições” in *Tempo Social*, vol. 15, no. 2.
24. Cox, Robert (1996), “Middlepowermanship: Japan and the future of the world order” in Cox, R. and Sinclair, T. (eds), *Approaches to World Order*, Cambridge: CUP.
25. Dahl, Robert (1999), “Can international organizations be democratic? A skeptic’s view” in Shapiro, I. and Hacker-Cordón, C. (eds.), *Democracy’s Edges*, Cambridge: CUP.
26. Dahl, Robert (2005), *Poliarquia*, São Paulo: Edusp.

27. Dahrendorf, Ralf (1999), "The Third Way and liberty" in *Foreign Affairs* 78, n. 5 (September/October), pp. 13-17.
28. Dantas, San Tiago (2011), *Política Externa Independente*, Brasília, Funag.
29. Drezner, D. (2010), *The Tragedy of the Global Institutional Commons*, Retrieved from <http://www.danieldrezner.com/research/InstitutionalProliferation.pdf> Access on 17 March 2013.
30. Elster, Jon (2007), *Explaining Social Behavior*, Cambridge: Cambridge University Press.
31. Farias, Rogério (2012), 'Industriais, economistas e diplomatas: o Brasil e as negociações comerciais multilaterais (1946-1967)'. Doctoral thesis, International Relations Graduation Program, Universidade de Brasília, Brasília, 2012.
32. Flesmes, Daniel (2007), "Emerging Middle Powers' Soft Balancing Strategy: state and perspectives of the IBSA Dialogue Forum", *GIGA Working Papers*, no. 57.
33. Flesmes, Daniel (2010), "O Brasil na iniciativa BRIC: soft balancing numa ordem global em mudança?" in *Revista Brasileira de Política Internacional*, vol. 53, no. 1.
34. Fonseca Jr., Gelson (2008), *O Interesse e a Regra*, São Paulo: Ed. Paz e Terra.
35. Gama, Carlos (2009), "Bridge over Troubled Waters: United Nations, Peace Operations and Human Security" in *Journal of Human Security*, v.5, 9-31.
36. Garcia, Eugênio (2012), *O Sexto Membro Permanente*, Rio de Janeiro, Contraponto.
37. Gonçalves, Williams (2011), "Panorama da Política Externa Brasileira no governo Lula da Silva", in Freixo A. et al. (orgs.), *A política externa brasileira na era Lula: um balanço*, Rio de Janeiro: Apicuri.
38. Habermas, Jürgen (1998), *La Constelación Posnacional*, Barcelona, Paidós.
39. Hague, Rod and Harrop, Martin (2004), *Comparative Government and Politics*, New York, Palgrave.
40. Hall, Rodney and Biersteker, Thomas (2002), *The Emergence of Private Authority*, Cambridge, CUP.

41. Hardin, Garrett (1968), "The Tragedy of the Commons" in *Science*, New Series, Vol. 162, No. 3859. (Dec. 13, 1968), 1243-1248.
42. Hasenclever, Rittberger et al. (1997), *Theories of International Regimes*, Cambridge: CUP.
43. Hawkins, Darren et al. (org.) (2006), *Delegation and Agency in International Organizations*, Cambridge: CUP.
44. Held, David (2004), *Global Covenant*, Oxford: Polity Press.
45. Hermet, Guy (2001), "A democratização dos países emergentes e as relações entre o Estado, as OIGs e as ONGs" in Milani, C. et al. (org.), *Democracia e Governança Mundial*, Porto Alegre: Editora da Universidade (UFRGS).
46. Hoekman, Bernard and Mavroidis, Petros (2007), *WTO: Law, Economics, and Politics*, New York: Routledge.
47. Howse, Robert (2001), "The legitimacy of the World Trade Organization" in Coicaud, J.-M. e Heiskanen, V. (org.), *op. cit.*
48. Hurrell, Andrew (2008), "Lula's Brazil: a rising power, but going where?" in *Current History*, February.
49. International Monetary Fund (2013), Data from the official website www.imf.br, Access on 17 March 2013.
50. Jacobson, Harold (1979), *Networks of Interdependence*, New York: Alfred Knopf.
51. Jain, S.C. (2006), *Emerging Economies and the Transformation of International Business - Brazil, Russia, India and China (BRICs)*, Northampton: Edward Elgar.
52. Kahler, Miles (1992), "Multilateralism with small and large numbers" in *International Organization*, 46 (3).
53. Karns, Margarth and Mingst, Karen (2004), *International Organizations*, London: Rienner.
54. Kazancıgil, Ali (2001), "A regulação social e a governança democrática da globalização" in Milani, C. et al. (org.), *op. cit.*
55. Keck, Margareth (2004), "Governance Regimes and the Politics of Discursive Representation" in Piper, N. e Uhlin, A. (org.), *Transnational Activism in Asia*, Londres: Routledge.

56. Kennedy, Paul (2007), *The Parliament of Man*, New York: Random House.
57. Keohane, Robert (1969), "Lilliputians' Dilemmas: small states in international politics" in *International Organization*, vol. 23.
58. Keohane, Robert (1984), *After Hegemony*, Princeton: Princeton University Press.
59. Keohane, Robert et al. (2009), "Democracy-Enhancing Multilateralism" in *International Organization*, n. 63, pp. 1-31.
60. Krasner, Stephen (org.) (1983), *International Regimes*, Stanford: Stanford University.
61. Kurlantzick, J. (2007), *Charm Offensive - How China's Soft Power is Transforming the World*, Yale: Yale University Press.
62. Li, M (2009), *Soft Power - China's Emerging Strategy in International Politics*, New York: Lexington.
63. Lima, Maria; Hirst, Monica (2006), "Brazil as an intermediate state and regional power: action, choice and responsibilities" in *International Affairs*, vol. 82, no. 1.
64. Mackinnon, A. and Powell, B. (2008), *China Calling: A Foot in the Global Door*, Basingstoke: Palgrave-Macmillan.
65. Marchetti, Rafaelle (2012), "Modeling Transnational Politics". Paper apresentado no 22º Congresso Mundial da Associação Internacional de Ciência Política (IPSA). Madrid, Espanha, julho de 2012.
66. Marks, Susan (2001), "Democracy and international governance" in Coicaud, J.-M. e Heiskanen, V. (org.), *The Legitimacy of International Organizations*, Tóquio: UNU.
67. Moura Gerson (1990), *O Alinhamento Sem Recompensa: a política externa do governo Dutra*, Rio de Janeiro: Centro de Pesquisa e Documentação de História Contemporânea do Brasil.
68. Nasar, Sylvia (2012), *A Imaginação Econômica*, São Paulo, Companhia das Letras.
69. O'Brien, Robert et al. (2000), *Contesting Global Governance*, Cambridge: CUP.
70. Oliveira, Amancio et al. (2006), "Coalizões Sul-Sul e Multilateralismo: Índia, Brasil e África do Sul," *Contexto Internacional*, vol. 28, no. 2.

71. Oliveira, Marcelo (2005), "Alianças e coalizões internacionais do governo Lula: o Ibas e o G-20," *Revista Brasileira de Política Internacional*, vol. 48, no. 2.
72. Onuf, Nicholas (1998), *The republican legacy in international thought*, Cambridge: CUP.
73. Pape, Robert (2005), "Soft Balancing against the United States" in *International Security*, vol. 30, no. 1.
74. Pecequilo, Cristina (2010), "A New Strategic Dialogue: Brazil-US relations in Lula's presidency (2003-2010)" in *Revista Brasileira de Política Internacional*, vol. 53, special edition.
75. Pereira, João (2010), *O Banco Mundial como Ator Político, Intelectual e Financeiro*, Rio de Janeiro: Civilização Brasileira.
76. Pereira, L. B. (2011), "Turkey, Brazil and New Geopolitics of the World", Bilgesam: Wise Men Center for Strategic Studies, Available at http://www.bilgesam.org/en/index.php?option=com_content&view=article&id=437:turkey-brazil-and-new-geopolitics-of-the-world-&catid=89:analizler-latinamerika&Itemid=139.
77. Peterson, M. J. (2009), *The UN General Assembly*, Londres: Routledge.
78. Pieterse, J.N. and Rehbein, B. (2009), *Emerging Societies - Development and Inequality*, Basingstoke: Palgrave-MacMillan.
79. Ramamurti, R. and Singh, J.V. (2009), *Emerging Multinationals in Emerging Markets*, Cambridge: Cambridge University Press.
80. Reis, Fabio (2010), "Democracia, política externa e relevância" in *Política Externa*, São Paulo, Ed. Paz e Terra, set/out/nov 2010.
81. Rosenau, James and Czempiel, Ernst-Otto (1992), *Governança sem Governo*, Brasília: Editora UnB.
82. Ruggie, John (1982), "International Regimes, Transactions, and Change: Embedded Liberalism in the Postwar Economic Order", *International Organization*, Volume 36, Issue 2, International Regimes (Spring, 1982), 379-415.
83. Ruggie, John (1993), *Multilateralism matters – The theory and praxis of an institutional form*, Columbia: Columbia University Press.
84. Saraiva, José (2010), "The new Africa and Brazil in the Lula era: the rebirth of Brazilian Atlantic Policy" in *Revista Brasileira de Política Internacional*, vol. 53, special edition.

85. Singer, Peter (2004), *Um Só Mundo*, São Paulo, Martins Fontes.
86. Singh, Nagendra (2003), "The UN and the Development of International Law" in Kingsbury, B. e Roberts, A. (org.), *United Nations, Divided World*, Oxford: Oxford University Press.
87. United Nations (2010), Data from the official website www.un.org, Access on 17 March 2010.
88. Vargas, João (2009), *Campanha Permanente*, Rio de Janeiro, FGV.
89. Vieira, Marco and Alden, Chris (2011), "India, Brazil, and South Africa (IBSA): South-South cooperation and the paradox of regional leadership", *Global Governance* 17.
90. Vigevani, Tullo and Cepaluni, Gabriel (2007), "Lula's foreign policy and the quest for autonomy through diversification" in *Third World Quarterly*, vol. 28, no. 1.
91. Vigevani, Tullo et al. (2003), "Política Externa no Governo FHC: a busca da autonomia pela integração" in *Tempo Social*, vol. 15, no. 2.
92. Visentini, Paulo (2011), "Brazil's Contemporary Foreign Policy: an affirmative agenda". In Hofmeister, W. (ed). *G20: perceptions and perspectives for global governance*, Singapore: Konrad Adenauer Stiftung.
93. Vreeland, James (2007), *The International Monetary Fund*, London and New York: Routledge.
94. Wade, R.H. (2011), "Emerging World Order - From Multipolarity to Multilateralism in the G20, the World Bank and IMF" in *Politics and Society*, 39, 347-369.
95. Walt, Stephen (2005), *Taming American Power*, New York: W.W. Norton.
96. Waltz, Kenneth (1979), *Theory of International Politics*, New York: McGraw Hill.
97. Wendt, Alexander (1995), "Constructing International Politics" in *International Security*, vol. 20, no. 1.
98. Wendt, Alexander (1996), *Social Theory of International Relations*, Cambridge: CUP.
99. Wight, Martin (1966), "Why is there no international theory?", in Wight, M. e Butterfield, H. (eds.), *Diplomatic Investigations*, London, Unwin.

100. Woods, Ngaire (2006), *The Globalizers: The IMF, the World Bank, and their Borrowers*, Ithaca and London: Cornell University Press.
101. World Bank (2013), Data from the official website www.worldbank.org, Access on 17 March 2013.
102. World Trade Organization (2013), Data from the official website www.wto.org, Access on 17 March 2013.
103. Young, Oran (1999), *Governance in World Affairs*, Cornell University Press.
104. Zweifel, Thomas (2006), *International Organizations and Democracy*, Londres: Lynne Rienner Publishers.

A THEORETICAL APPROACH OF SOCIAL CAPITAL IN CHINA

Ana Pantea*

Abstract

Guanxi (favor and reciprocity) is known to be an important feature of Chinese society. While there are numerous important studies of this topic, the present paper examines guanxi linked to social capital, in order to illustrate the similarities and differences between these two concepts and how Chinese guanxi varies from Western conceptions on social networking. As such, there are three steps to be followed: to describe the Confucian root of the social phenomenon; to show the main types of guanxi; and to depict the similarities and differences between guanxi and social networking.

Keywords: China after Deng, Confucianism, role relations, social capital, virtues.

“On your parents you can rely on at home,
on your friends you can count on when out in the society”
Chinese idiom

Introduction

China emerges nowadays as one of the most important player in international relations, conducting its triumph through a different ethical code, ideology and cultural framework than the Western world. In terms of social and business ethics, *guanxi* (favor and reciprocity) are seen today, as

* Ana Pantea, PhD is currently teaching assistant at the Department of International Relations and American Studies within the Faculty of European Studies, Babeş-Bolyai University. Her research is focused on the ethics of international relations, social policies in EU and Asia, and political theory.

Contact: apantea@euro.ubbcluj.ro

always has been: one of the most important elements of Chinese everyday life. However, given the Chinese government's recent efforts to fight against corruption, to revitalize the Confucian ethics and to create a new moral code, it is noticeable that the new ethical *mélange* was able to preserve the traditional *guanxi*.

Guanxi – which literary means interpersonal connections or relationships – is one of the most defining features of the Chinese society¹. It can be related to individuals, families, organizations or networks and it operates in different life spheres as political, social and business sphere. One of the most common features of *guanxi* is related to an extended idea of family², a close personal connection between people and all of the interpersonal relations or networks should involve trust and cooperation between the involved ones.

Guanxi has its origin the Confucian thought, which includes a strong foundation on virtues as loyalty, reciprocity, good faith, diligence, kindness, benevolence, charity, politeness, trust, altruism and filial piety. As such, it has been difficult for scholars to classify *guanxi* properly within the Confucian paradigm. (1) According to current interpretations, it may be seen as a particular type of personal relationship, which has different types depending on the fundament in which *guanxi* is built, as family ties, acquaintances and strangers.³ (2) Others might classify it according to its nature and purpose of interactions: socio-affective *guanxi*, as the family relationships, which involve primarily exchange of feelings in order to satisfy the need of love; instrumental *guanxi*, the market type of resources exchange relations as buyers and sellers; and the mixed *guanxi*, which refers to the combination between the socio-affective *guanxi* and the

¹ The term *guanxi* (关系) refers to the personal connections between individuals in their formation and the maintenance of long-term relationship which follow given social norms. 关系 is made up by two words *guan* and *xi*. *Guan*, as noun, it can serve as a barrier or a juncture point that connects two different entities; and as a verb, it means to shut, close or turn off. *Xi* is a conjunctive word that means in relation to or linked with something or somebody. See Zhu Yuan *et al.*, *Pocket Oxford Chinese Dictionary*, Oxford: Oxford University Press, 2004.

² Liang-Hung Lin and Yu-Ling Ho, "Guanxi and OCB: The Chinese Cases", in *Journal of Business Ethics*, Vol. 96 No. 2, October 2010, pp. 285-298.

³ See Jeffrey Bruce Jacobs, "The concept of *guanxi* and local politics in a rural Chinese cultural setting", in Stephen Greenblatt, R. Wilson, and A. Wilson (eds.), *Social Interaction in Chinese Society*, New York: Praeger Publisher, 1982.

instrumental *guanxi*, including both feelings and material benefits.⁴ (3) But generally speaking, *guanxi* involves personal long-term relationships which follow implicit social norms which seem to have a local and contextual character.

“[T]he distinction between ‘primary’ and ‘extended’ *guanxi*, one ‘characterized by moral obligations and emotional attachments [...] and by the stable mutuality between people within networks over a long period’, while the other refers to a strategy for forming advantageous relationships. What both distinguish is *guanxi* as favour-seeking on the one hand and rent-seeking on the other. Each form is a network of interconnected relationships but with different applications. This distinction between favour-seeking and rent-seeking *guanxi* is fundamental and failure to recognize it may lead to serious confusion.”⁵

Several distinct interpretation still keep a common ground which see *guanxi* as a strong socio-cultural concept, fundamental to the understanding of Chinese community structure, often described in terms of Confucian role relations.

Role relations and *guanxi*

Either it is seen as an expressive or instrumental tie, *guanxi* has always been considered as a useful tool for mutual assistance for individuals and families needed to extend and to imply mutual help and self-insurance. To strengthen the family organization, the filial piety value of the Confucian thought became a belief system generally accepted by Chinese people. This core value system helps sustaining and supporting the familial institution. Consequently, *guanxi* is an extension of the familial relations. Over an evolutionary process, the five cardinal virtues of the familial relations, as well as *guanxi*, became tool-like constructions which serve functional purposes.

⁴ Michael Harris Bond and Kwang-Kuo Hwang, “The social psychology of Chinese people”, in Michael Harris Bond (ed.), *The Psychology of the Chinese People*, New York: Oxford University Press, 1986, pp. 213-266. Cf. *infra*.

⁵ Xiaoying Qi, “*Guanxi*, social capital theory and beyond: toward a globalized social science”, in *The British Journal of Sociology*, Volume 64/Issue 2, 2013, p. 310.

In the Confucian philosophy, the disciples were taught to be gentlemen, and to become a gentleman one had to develop the five cardinal virtues. As Confucius noted, “the gentleman first practices what he preaches and then preaches what he practices”.⁶ The five cardinal virtues are behavioral norms and guidelines which embedded courtesy, good faith, kindness, magnanimity and diligence. These virtues were used within the traditional Chinese family and society. According to this believe system, the family unit includes the following relations: father-son, husband-wife, elder brother-younger brother and friend-friend. There is a senior-junior and a leader-follower status of the relationship. The one who is on the lower status has to be respectful and obedient to the one who is on the higher status. Consequently, according to the structure of the five cardinal virtues, there is no equality between the interpersonal relations. The friend-friend status relationship will be differentiated according to the age and personal features or traits among the involved individuals; and the senior will address the junior as elder brother. Even more, the friend-friend status relationship between unrelated individuals becomes a pseudo elder brother – younger brother relationship and it is not seen as an independent relation, but as a family extension relation.⁷

Guanxi is described as having extreme importance within human relationships, social order and stability. The social order may be interpreted hierarchically or horizontally. Hierarchically speaking, the rights and the obligations are unequal and are enjoyed by members of each relationship, so that father, husband, elder brother or senior friend have more authority and privileges than the junior or subject, son, wife, younger brother and junior friend. In the horizontal differentiation, there is a self; centered as a middle of a circle, and the socially related others are differentiated by their closeness to the self. For example, the self centered is the family and the differentiations between the others are based on the blood ties such as family member, close relatives and the distant ones.

In the relations between the parents and their friends, children are taught to address as to these adults as uncles and aunts. The five cardinal virtues core is the family and based on the father-son, husband-wife and

⁶ Dorothy Hoobler and Thomas Hoobler, “Confucianism”, in *World Religions*, New York: Chelsea House, 2009, p. 12.

⁷ Dorothy Hoobler and Thomas Hoobler, *op. cit.*, p. 14.

elder brother – younger brother, kinship ties and ethnic relations develop and expand. Therefore, the interpersonal relations in Chinese society are the familial relations, the relations inside the family, and the relations outside the family, including *guanxi*. *Guanxi* relations are seen as an extension or a modification of the familial relations, which are the core of all interpersonal relations.

Based on the Confucian thoughts and the five virtues, *guanxi* was a very important aspect in the lives of the Chinese people. The Confucian thoughts were adopted by the dynasties as guidelines for regulating the bureaucratic systems and the public. Although the connotations of *guanxi* may change over time and may differ in the Chinese society, its fundamental meanings are directly linked to the ancient Chinese philosophers, especially the writings of Confucius. *Guanxi* also refers to the moral principles between the parties involved in a relationship, so, each relationship comprises its own moral principles.

The Confucian thought and the way Confucianism influenced the social relationships and put the individual in a relation-oriented society, knowing the social status, fulfilling the social duties and obligations and following the appropriate moral standards. The Confucian individual had “considerable freedom in deciding whether to into voluntarily constructed relations”⁸ outside the family structure.

As Confucianism has become a state philosophy, its values were deeply rooted in the most influential classes. The central government found that the moral principles of the Confucianism are more flexible, easier to be understood by the society and easier to be implemented for a better ruling. This way, the government was relying on the five cardinal virtues’ teachings and on the moral principles to create a perfect harmony in the society, and thus there will be no potential threat to the central authority.

During the Mao era, *guanxi* underwent massive change through institutional and organizational reformation and political mobilization. Friendship has been conceived as being dangerous, undermining party loyalty and the egalitarian ethic of the new revolutionary society, and was replaced with “comradeship”.

⁸ A. Y. King, “Kuan-his and network building: A sociological interpretation”, in *Daedalus*, Vol. 120, 1991, p. 63.

“Consequently relationships through which informal economic or other assistance provided between people outside of party relations declined greatly during the Mao era. Nevertheless, *guanxi* relations remained strong despite the Communists’ vigorous endeavours to uproot traditional elements of Chinese culture. Party members utilized and even relied on *guanxi* to win loyalty and achieve political goals, thus importance of such ties continued at all levels of the Chinese Communist polity. Given the strongly bureaucratic control over the allocation of resources and services, one means of circumventing managed scarcity is to draw on *guanxi* relations.”⁹

Research conducted in the post-Mao period shows that the “pre-eminent characteristic of personal relations in China today is instrumentalism. The principle that underlies it is *guanxi*”.¹⁰ The shift in emphasis, from favour-seeking to rent-seeking *guanxi*, reflects changes in broader social transformations. Favor-seeking *guanxi* signifies social contacts and interpersonal exchange of resources in a collectivistic society. Rent-seeking *guanxi* reflects on institutional norms signifying social agreement based on power exchange in a hybrid Chinese socialist market economy¹¹. Rent-seeking *guanxi* has grown massively – the real source of corruption in today’s China. The confusion of the two types of *guanxi* relationships leads to the belief that *guanxi* is ripe with ethical abuse.¹² The underlying fact is that *guanxi* remains an important element of relationships in Chinese society.¹³

⁹ Xiaoying Qi, *op. cit.*, pp. 310-311.

¹⁰ Thomas B. Gold, “After Comradship: Personal Relations in China since the Cultural Revolution”, in *China Quarterly*, Volume 104, 1985, p. 659.

¹¹ See Ana Pantea, “Market and State Power in contemporary China. Is there a neoliberal shift in the post-Mao era?”, in *Studia Europaea*, Volume 1, 2015.

¹² See Chenting Su and J.E. Littlefield, “Entering *Guanxi*: A Business Ethical Dilemma in Mainland China?”, in *Journal of Business Ethics* Volume 33/Issue 3, 2001, pp. 97–110.

¹³ See Xiaoying Qi, *op. cit.*, p. 311.

Guanxi and social capital

Theories on the similarities between *guanxi* and social capital reveal that both concepts are based on trust, reciprocity of favors and reputation. Social capital is defined by Bourdieu as:

“the aggregate of the actual or potential resources which are linked to possession of a durable network of more or less institutionalized relationships of mutual acquaintance and recognition – or in other words, to membership in a group – which provides each of its members with the backing of the collectivity-owned capital, a ‘credential’ which entitles them to credit, in the various senses of the word.”¹⁴

Guanxi can be approached as a variant of Bourdieu’s concept of social capital as he identified three forms of social resource: economic, cultural and social capital. Social resources in *guanxi* convey an interlocutor’s social position and the contacts available to him through networking. As such, the Western meaning of social capital and *guanxi* share the same principle of being a collective asset which has value only within the group. But in a more accurate sense, both are different from other social assets as their meaning is to gain access to resources. Trustworthiness (*xinyong*) is also important as it arises unavoidably through *guanxi* relations and it is a main element of social capital.

As Beinhocker sees, the social capital is “the norms of reciprocity and trustworthiness”.¹⁵ Both *guanxi* and bonding social capital help communities develop a unity, sharing resources, information and doing business. Relating bridging social capital, *guanxi* comprise the same idea of cultivating new people and developing a relationship network, sharing social ideas and do business together. Related to the linking social capital, *guanxi* is also about establishing relations with government officials and institutions. The *guanxi* is established with a long-term objective in order to have a future network for getting resources or information when needed.

¹⁴ Pierre Bourdieu, “The Forms of Capital”, in John Richardson (ed.), *Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education*, New York: Greenwood Press, 1986, pp. 249-250.

¹⁵ Eric Beinhocker, *The Origin of Wealth: Evolution, Complexity, and the Radical Remarking of Economics*, Cambridge: Harvard Business School Press, 2006, p. 435.

As the economy develops, *guanxi* is going through some transformations as well. Based on several case studies, Snell and Tseng detailed the changes of *guanxi* as such:

“Guanxi now is permeated by instrumentally, self-seeking opportunism, and dishonourability rather than by trust relationships based on mutual warmth, loyalty and respect. Given the absence of civic traditions and the networked nature of Chinese society, relative deprivation appears to have found expression in egoistic, acquisitive forms, rather than, as Party ideologues would urge, altruistic rallying to improve both material and spiritual civilization among mainland compatriots”¹⁶

Despite these changes, the close interpersonal relationships are still critical in China to conduct business activities. For example, *guanxi* contracts arise organically within an ongoing set of connected exchanges and therefore tend to reduce uncertainty in the business sector.

*“Informal or implicit contracts of this type also reduce transaction costs associated with uncertainties in the organizational and market environment, such as formally communicating, negotiating and coordinating transactions, as well as dealing with the contingencies of maladaptation or a failure to adapt, a finding supported by [...] reports that business operated through *guanxi* incur low bureaucratic and transaction costs.”¹⁷*

Therefore, Chinese social capital can be characterized in terms of long-term relationships which operate through trust, reciprocity and mutual obligation. These are general and not specifically Chinese attributes of social life and community practices and can be incorporated into social explanatory accounts which are not necessarily focused only on Chinese life, but can be regarded more universally.

¹⁶ Robin Snell and Choo-sin Tseng, “Ethical Dilemmas of Relationship Building in China”, in *Thunderbird International Business Review*, Volume 43/Issue 2, March-April 2001, p. 196.

¹⁷ Xiaoying Qi, *op. cit.*, p. 318.

***Guanxi* and the organizational framework of the business environment**

Generally speaking, there are four main differences between Chinese and Western management practices: the desire for risk reduction; the need to take a long-term relationship; a consensus oriented decision making approach; and the importance of *guanxi* or personal relationships. *Guanxi* is about continuing reciprocal relationship with reciprocal favors, building a large network, and being individual-oriented, social-oriented, status-oriented, and not firm-oriented.¹⁸

In China, the tightened relationships and the establishment of *guanxi* help in obtaining successful transactions and business deals, while in the Western world, relationships come only after the successful transactions, as the businesspeople are too transactional-oriented, focusing first achieving the required task in the business process, and afterward on the benefits that may come from the established relationship.

Guanxi, as interpersonal interaction, includes three important objects. The *minzi*, which refers to fitting in the society expectation and gaining respect; *the affect*, which refers to maintaining a long relationship by giving gifts to business partners in important days as birthdays or festivals; and the *reciprocal favor*, which refers to mutual help between persons.¹⁹

Since reputation has a great impact on future business opportunities, Chinese businessmen are very protective of it²⁰. *Guanxi* refers to building a relationship based on trust and credibility as the establishment of trust between people is the most important characteristic of *guanxi* in the business environment. Trust is the willingness to rely on another with confidence because they are reliable, are consistent, competent, honest, fair, responsible, benevolent, have integrity and are helpful.²¹

¹⁸ See Jose Tomas Gomez Arias, "A relationship marketing approach to *guanxi*", in *European Journal of Marketing*, Volume 32/Issue 1-2, 1998, pp.145 –156; John L. Graham and N. Mark Lam, "The Chinese Negotiation", in *Harvard Business Review*, October 2003, pp. 1-10.

¹⁹ Don Y. Lee and Philip L. Dawes, "Guanxi, Trust, and Long-Term Orientation in Chinese Business Markets", in *Journal of International Marketing*, Vol. 13 No. 2, June 2005, pp. 28-56.

²⁰ Brian Combrie, "Is *guanxi* social capital?", in *The ISM Journal of International Business*, Volume 1/Issue 2, March 2011, pp. 6-19.

²¹ Henry Y. Wong, "The Dynamics of *Guanxi* in China", in *Singapore Management Review*, Volume 20/Issue 2, 1998, pp. 25-42.

Guanxi is a critical factor in business environments as the stronger the relationship of trust is, the higher the performance of the firm. There is a strong correlation between *guanxi* and the sales growth in a firm, suggesting that *guanxi* helps a firm in positioning it in its market, establishing external relations, acquiring resources and establishing legitimacy. It provides an opportunity to improve market share through advanced competitive position and other applications of collaboration with competitors.²²

The social capital refers to the economic transactions where all the political, technical, financial ties an actor has, work together in determining the economic outcomes. Decisions are influenced by non-economic factors as status, power, sociability and approvals, thus, the economic actions occur within the social networks and the institutions are socially constructed.²³ Social capital encourages collaboration, forms social credentials to increase the social unity and accelerates information flow.²⁴ According to Adler and Kwon, social capital is the “goodwill that is engendered by the fabric of social relations and that can be mobilized to facilitate action”.²⁵

Human resources play a very important role in enterprises, but dealing with people is not such an easy task. The organizational behavior has been linked with the mutual help, performance, achievement, suggestions to the organization, progression and effectiveness between the members of an organization. In the multinational corporations (MNCs), it is critical for their members to understand the cultures and the values of other countries for a better communication and co-working with the people who have different cultural backgrounds.

²² Seung Ho Park and Yadong Luo, “Guanxi and Organizational Dynamics: Organizational Networking in Chinese Firms”, in *Strategic Management Journal*, Volume 22/Issue 5, May 2001, pp. 455-477.

²³ Mark Granoveter, “Economic Institutions as Social Constructions: A Framework for Analysis”, in *Acta Sociologica*, Volume 35/Issue. 1, January 1992, pp. 3-11.

²⁴ See Miao-Que Lin and Jyh-Huei Kuo, “The Influence of Social Capital on Cluster-Based Knowledge Sharing and Value Creation: An Empirical Analysis of the Hsinchu Science-based Industrial Park in Taiwan”, Volume 13/Issue 3, September 2006, pp. 1-38.

²⁵ Paul S. Adler and Seok-Woo Kwon, “Social Capital: Prospects for a New Concept”, in *The Academy of Management Review*, Volume 27/Issue 1, January 2002, p. 17.

The organizational citizenship behavior (OCB)²⁶ also refers to the individual behaviors that are embedded in a formal reward or punishment system that brings a better performance and efficiency within the organization. It focuses on the personal willingness of the employees to perform the tasks, not on the organizational requirements. Human resource management, organizational citizenship behavior and cultural management gained a greater importance for the multinational enterprises and in the international markets. The national culture comprises peoples' values, convictions and beliefs. It is knowledge and behavior or attitude that can be shared among the citizens of different nationalities and cultures. National culture can be a shared perspective, attitude and way of thinking between people. It may include stereotypes, values and life style which deeply influence citizens' behaviors. In such extend, internal organizational culture of *guanxi* focused on cooperation and trust-building ensures efficiency and productivity.

To conclude, *gunaxi* and social capital are similar, but different in their social function to achieve individual goals. As such, the terms do not cover the same social reality and the two are not interchangeable. They are distinguished as social capital refers to the individuals and *guanxi* applies to interpersonal relationships. But both terms result from investment by individuals who want to form social relations, but with the focus on their own benefit.

Bibliography

1. Adler, Paul S.; Kwon, Seok-Woo (2002), "Social Capital: Prospects for a New Concept", in *The Academy of Management Review*, Volume 27/Issue 1, 17-40.

²⁶ See Don Y. Lee and Philip L. Dawes, "Guanxi, Trust, and Long-Term Orientation in Chinese Business Markets", in *Journal of International Marketing*, Vol. 13 No. 2, June 2005, pp. 28-56; Liang-Hung Lin Yu-Ling Ho, "Guanxi and OCB: The Chinese Cases", in *Journal of Business Ethics*, Issue 96, 2010, pp. 285-298.

2. Arias, Jose Tomas Gomez (1998), "A relationship marketing approach to *guanxi*", in *European Journal of Marketing*, Volume 32/ Issue 1-2, 145-156.
3. Beinhocker, Eric (2006), *The Origin of Wealth: Evolution, Complexity, and the Radical Remaking of Economics*, Cambridge: Harvard Business School Press.
4. Bond, Michael Harris (1986), *The Psychology of the Chinese People*, New York: Oxford University Press.
5. Bourdieu, Pierre (1986), "The Forms of Capital", in J. Richardson (ed.), *Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education*, New York: Greenwood Press, 241-258.
6. Combrie, Brian (2011), "Is *guaxi* social capital?", in *The ISM Journal of International Business*, Volume 1/ Issue 2 – March, 6-19.
7. Gold, Thomas B. (1985), "After Comradeship: Personal Relations in China since the Cultural Revolution", in *China Quarterly*, Volume 104, 657-675.
8. Granoveter, Marc (1992), "Economic Institutions as Social Constructions: A Framework for Analysis", in *Acta Sociologica*, Volume 35/ Issue 1 – January, 3-11.
9. Hoobler D. Hoobler, T. (2009), "Confucianism", in *World Religions*, New York: Chelsea House.
10. Jacobs, Jeffrey Bruce (1982), "The concept of *guanxi* and local politics in a rural Chinese cultural setting", in Greenblatt, Stephen; Wilson, R.; Wilson A. (eds.), *Social Interaction in Chinese Society*, New York: Praeger Publisher, 177-202.
11. King, A. Y. (1991), "Kuan-his and network building: A sociological interpretation", in *Daedalus*, Volume 120, 63-84.
12. Lee, Don Y.; Dawes, Philip L. (2005), "Guanxi, Trust, and Long-Term Orientation in Chinese Business Markets", in *Journal of International Marketing*, Volume 13/Issue 2 – June, 51-69.
13. Lin, Liang-Hung; Ho, Yu-Ling (2010), "Guanxi and OCB: The Chinese Cases", in *Journal of Business Ethics*, Volume 96/Issue 2, 285-298.
14. Lin, Miao-Que; Kuo, Jyh-Huei (2006), "The Influence of Social Capital on Cluster-Based Knowledge Sharing and Value Creation: An Empirical Analysis of the Hsinchu Science-based Industrial Park in Taiwan", Volume 13/Issue 3 – September, 1-38

-
15. Pantea, Ana (2015), "Market and State Power in Contemporary China. Is There a Neoliberal Shift in the Post-Mao Era?", in *Studia Europaea*, Volume LXII/Issue 1, 23-38.
 16. Qi, Xiaoying (2013), "*Guanxi*, social capital theory and beyond: toward a globalized social science", in *The British Journal of Sociology*, Volume 64/Issue 2, 308-324.
 17. Snell Robin; Tseng, Choo-sin (2001) "Ethical Dilemmas of Relationship Building in China", in *Thunderbird International Business Review*, Volume 43/ Number 2 - March-April, 171-200.
 18. Su Chenting; Littlefield, J.E. (2001), "Entering *Guanxi*: A Business Ethical Dilemma in Mainland China?", in *Journal of Business Ethics* Volume 33/Issue 3, 199-210.
 19. Wong, Henry Y. (1998), "The Dynamics of *Guanxi* in China", in *Singapore Management Review*, Volume 20/Issue 2, 25-42.

RADICAL POLITICAL THEORY AND DELIBERATIVE DEMOCRACY*

Camil-Alexandru Pârveu**

Abstract

What makes a radical theory, radical? This article attempts to assess the possible directions of answering this question by looking into the recent debates on the nature and substance of deliberative democracy. Identified by many of its proponents, and by some of its critics, as a radical democratic theory, while dismissed as too consensual by other theorists claiming their own strand of radicalism in political theory, deliberative democracy can be assessed as radical either from a substantive perspective – the capacity of its ideas to drastically depart from current conventional views of democracy – or from a conceptual-level perspective, focused on the possible epistemic radicalism displayed by core aspects of these theories

Keywords: deliberative democracy, radical theory, epistemic radicalism

One of the major developments in recent literature on democratic innovation has been the multiplication of the various accounts of deliberative democracy.¹ In the first part of this article, I describe a certain

* This article is published within the *Critical Foundations of Contemporary Cosmopolitanism* project, supported by a grant of the CNCS-UEFISCDI (PN-II-RU-TE-2011-3-0218).

** Camil-Alexandru Pârveu, PhD, Faculty of Political Science, University of Bucharest.

Contact: camil.parveu@gmail.com.

¹ James Bohman and William Rehg, *Deliberative Democracy: Essays on Reason and Politics*, Cambridge, MA: MIT Press, 1997; Jon Elster, *Deliberative Democracy*, Cambridge, UK: Cambridge University Press, 1998; Amy Gutmann and Dennis Thompson, *Why Deliberative Democracy?* Princeton, NJ: Princeton University Press, 2004; Bruce A. Ackerman and James S. Fishkin, *Deliberation Day*, New Haven, CT: Yale University Press, 2005.

theoretical structure of public deliberation that emerges from the main accounts of deliberative democracy. With an impressive and still growing number of theories under review, this task may seem destined to produce a series of *generalities*, instead of *generalizations*²: a set of indeterminate features that fail to distinguish deliberative democracy from alternative accounts, instead of a set of features that adequately pin the conceptual core with theoretical clarity. Yet theories of deliberative democracy seem to be, despite their large diversity, sharing indeed a certain analytical structure that is centered on the ideas of *public reason* and *reasonable pluralism*.

Deliberative democrats envisage their theories as reactions to the challenge of defining criteria for legitimate decision-making in face of the undisputable fact of reasonable disagreement among autonomous citizens. As theories of public political justification, therefore, these accounts aim to stipulate the normative standards that collective decisions have to satisfy. As contemporary societies are characterized by moral, political, religious pluralism, our task is, according to these authors, to formulate the terms of the circumstances in which respect for political diversity becomes compatible with finding the fair terms of cooperation, with setting up a shared basis for justifying political decisions. In defining the normative criteria for democratic decision-making, deliberative democrats mainly point to the need for citizens to *exchange reasons* before proceeding to collective decision-making.

*"[W]e can define deliberative democracy as a form of government in which free and equal citizens (and their representatives), justify decisions in a process in which they give one another reasons that are mutually acceptable and generally accessible, with the aim of reaching conclusions that are binding in the present on all citizens but open to challenge in the future."*³

Deliberative democracy examines seriously the reasons that individuals have for their preferences, instead of just accepting these preferences as given. Public debate with free, equal and fair access should

² Giovanni Sartori, "Concept Misformation in Comparative Politics," *The American Political Science Review*, no. 4, vol. 64, 1970, pp. 1033–1053.

³ Gutmann and Thompson, *op.cit.*, p. 7.

thus precede actual voting and inform it. In their deliberations, citizens are supposed to formulate reasons for their options, and to assess the arguments put forward by the other participants. As defined by its public character – publicity, accessibility and reciprocity –, public reasoning is thus different from interest-based bargaining that constitutes the default understanding of politics.

Deliberative democrats point to a contrast between deliberative conceptions of democracy and what they identify as “aggregative” conceptions. The dichotomy refers to a fundamental, constitutive normative choice, one that informs the subsequent positions and theoretical developments. Aggregation refers to a series of methods conventionally used in political science to connect a given set of preference to a collective choice. In one of the oft-cited essays detailing this distinction, Jon Elster characterizes social choice theories as beginning “with a given set of agents, so that the issue of a normative justification of political boundaries does not arise”. Questions of citizenship and cosmopolitanism are thus brushed over, yet the decisions and theories built on this series of presuppositions are not themselves neutral in effects. Then the agents are assumed “to confront a given set of alternatives, so that for instance the issue of agenda manipulation does not arise.” (3) The agents’ preferences are “not subject to change in the course of the political process. They are, moreover, assumed to be causally independent of the set of alternatives.” Individuals are unable to express the intensity of their preferences, which “have the formal property of transitivity, so that preference for A over B and for B over C implies preference for A over C. Given this setting, the task of social choice theory is to arrive at a social preference ordering of the alternatives”.⁴

The important critique of social choice theories of democracy is that these theories tend to assimilate citizens with consumers, and the act of voting with the act of purchasing. The sovereignty of the consumer in the marketplace has become the model of understanding the sovereignty of citizenry in a democratic political community. Mirroring Habermas’s distinction

⁴ Jon Elster, “The Market and the Forum: Three Varieties of Political Theory”, in Bohman and Rehg, *op.cit.*, p. 5.

between strategic and communicative action⁵, Elster has introduced a distinction between the market and the forum: in face of moral and political conflict, of the “reasonable pluralism” among conceptions held by autonomous individuals as citizens, collective decisions should be based on reasoned deliberations in which citizens engage as free and equals.

This deliberative ideal aims to address another core problem for democratic thought: the risk of the tyranny of the majority. In an indirect answer to Tocqueville, deliberative democrats maintain that in public deliberative settings, collective decisions should not be based simply on what a majority of citizens happens to prefer, even if we manage to adequately aggregate their preferences into a collective one.⁶ Public opinion, as long as this open deliberatory setting is absent, cannot in itself carry normative weight. Again, deliberative democrats insist that collective decisions need to be reached as part of a justificatory process in which the reasons for those preferences are discursively assessed. The “reason-giving requirement” applies to majorities as well, however large and determinate they may be. Instead of the force of numbers, legitimate decisions are reached when they are based on the force of the better arguments.⁷

The reasons that citizens are required to advance – and entitled to receive from others – should be, first and foremost, *public*. This means that citizens should formulate only those reasons that could be accepted by others, as “free and equal persons seeking fair terms of cooperation”.⁸ The requirement that others be able to accept the reasons we put forward for our preferences is, thus, a core feature of deliberative democratic theories. It is in this sense that public rational deliberation becomes different than

⁵ Jürgen Habermas, Thomas McCarthy, *The Theory of Communicative Action: Volume 2: Lifeworld and System: A Critique of Functionalist Reason*, Boston, MA: Beacon Press, 1985; Jürgen Habermas, *Between Facts and Norms: Contributions to a Discourse Theory of Law and Democracy*, Cambridge, MA: MIT Press, 1996.

⁶ Kenneth Arrow, *Social Choice and Individual Values*, New Haven, CT: Yale University Press, 1963.

⁷ Jürgen Habermas, “Three Normative Models of Democracy” *Constellations* vol. 1, no. 1, 1994, pp. 1–10; Jürgen Habermas, “Reconciliation Through the Public Use of Reason: Remarks on John Rawls’s Political Liberalism,” in *The Journal of Philosophy* vol. 92, no. 3, 1995, pp. 109–131.

⁸ Gutmann and Thompson, *op.cit.*, p. 3.

mere bargaining or threats; in public deliberation individuals cannot press their own case by ignoring or dismissing the others, or by using their heavier negotiating power in order to enforce their preferences. Reason-giving in this sense discounts those preferences that are only “selfish” and cannot be stated with at least some contemplation of the common good.⁹

A second sense in which reasons are public refers to their accessibility. There are at least three ways in which deliberative democrats insist that reasons advanced by citizens be accessible. Reasons for preferences that refer to revealed truth are not accessible to others, and therefore cannot meet the publicity test¹⁰. Another sense in which the requirement of accessibility becomes fundamental is related to the contexts in which collective decisions are taken in absence of relevant information. Secrecy is the opposite of open, reasoned discussion that is the substance of public deliberation. Whenever deliberation is held up by secrecy, and in as much as some participants to the debate are able invoke knowledge of secret data, the reasons they advance are not available to others, and hence not public.¹¹

Deliberative democrats also insist that public reasons are incompatible with the use of rhetoric. By choosing a rationalistic and – many have argued – over-moralizing description of public reason as the only adequate discursive means towards political justification, deliberative democrats have, implicitly or explicitly, re-enacted one of the oldest, most classical contradictions in political philosophy: that between philosophy and rhetoric. Obtaining public reasons and some form of rational consensus by necessarily eliminating any rhetorical elements from political discourse

⁹ Samuel Freeman, “Deliberative Democracy: A Sympathetic Comment,” *Philosophy & Public Affairs* 29, no. 4, 2000, pp. 371–418; Samuel Freeman, “Public Reason and Political Justifications,” *Fordham Law Review*, no. 72, 2003, p. 2021.

¹⁰ Dan Lazea, “Post-Secular Europe and the Role of Religion in Public and Political Sphere: Habermas Revisited”, in *Analele Universității din Craiova, Seria filosofie*, vol. 27, no.1, 2011.

¹¹ Simone Chambers, “Behind Closed Doors: Publicity, Secrecy, and the Quality of Deliberation,” *Journal of Political Philosophy*, vol. 12, no. 4, 2004, pp. 389–410; Jodi Dean, “Publicity’s Secret” *Political Theory* vol. 29, no. 5, 2001, pp. 624–650; David Stasavage, “Polarization and Publicity: Rethinking the Benefits of Deliberative Democracy,” *Journal of Politics*, vol. 69, no. 1, 2007, pp. 59–72.

constitutes an important part of deliberative democrats' normative ideal, but at the same time, it has been claimed, is the sign of a problematic conceptualization of the political.¹²

Gutmann and Thompson maintain that the opportunity for deliberation should not be restricted to "constitutional conventions, Supreme Court opinions, or their theoretical analogues"; rather, they should extend to what they call "middle democracy":

*"It should extend throughout the political process – to what we call the land of middle democracy. The forums of deliberation in middle democracy embrace virtually any setting in which citizens come together on a regular basis to reach collective decisions about public issues – governmental as well as nongovernmental institutions. They include not only legislative sessions, court proceedings, and administrative hearings at all levels of government but also meetings of grass roots organizations, professional associations, shareholders meetings, and citizens' committees in hospitals and other similar institutions"*¹³

For Rawls, however, the use of public reason in deliberation is particularly restricted: on the one hand, the object of deliberation is limited to what he names as "constitutional essentials" and questions of basic justice, while, on the other hand, the privileged place where such deliberations should take place is not necessarily the society at large and its many associations, parties and groups; rather, this forum is the U.S. Supreme Court. According to Rawls, public reason should guide the deliberations of the members of the constitutional courts, as well as of those placed in a position to articulate and interpret the ultimate political principles of a political community. In "The Idea of Public Reason

¹² Bryan Garsten, *Saving Persuasion: A Defense of Rhetoric and Judgment*, Cambridge, MA: Harvard University Press, 2009; Simone Chambers, "Rhetoric and the Public Sphere: Has Deliberative Democracy Abandoned Mass Democracy?", *Political Theory* vol. 37, no. 3, 2009, pp. 323–350; John. S. Dryzek, "Rhetoric in Democracy: A Systemic Appreciation," *Political Theory* vol. 38, no. 3, 2010, pp. 319–339; Benedetto Fontana, Cary J. Nederman, and Gary Remer, *Talking Democracy: Historical Perspectives on Rhetoric and Democracy*, University Park, PA: Pennsylvania State University Press, 2004.

¹³ Amy Gutmann, Dennis Thompson, *Democracy and Disagreement* Cambridge, MA: Harvard University Press, 1996, pp. 12–13.

Revisited", Rawls extends this understanding of political deliberation, and states that

"the ideal of public reason [...] is realized, or satisfied, whenever judges, legislators, chief executives, and other government officials, as well as candidates for public office, act from and follow the idea of public reason and explain to other citizens their reasons for supporting fundamental political positions in terms of the political conception of justice they regard as the most reasonable".¹⁴

Radicalism and Political Theory

What is, then, radical in deliberative democracy? What does it mean, for a political theory, to be radical? One can start answering these questions by looking into the etymological sources to the term - the Latin word *radix* indicates that the theory will aim for identifying and then correcting the *roots* of the problems, and deal with them comprehensively, instead of just suggesting cosmetic changes at the margins. Radicalism is, then, the attitude that claims to identify the "root of all evil",¹⁵ and promises to excise it or to change society in a dramatic way. This "root of all evil" may be understood, according to Fredric Jameson¹⁶, either a matter of human nature, or a matter of structural institutional design. It finds itself, in other words, either within a particular configuration of human psychology and the consequences thereof, or within a particular historical social arrangement, what is neutral vis-à-vis any specific understanding of the human nature. Consequently, the purported changes are themselves either in relation to the transformation of those human features that are viewed as the causes of "the root of all evil" (such as, for instance, 'greed') or to the drastic modification of the various structures that maintain the perceived unjust or evil state of affairs.

¹⁴ John Rawls, "Idea of Public Reason Revisited," *University of Chicago Law Review*, no. 64, 1997, pp. 765-766.

¹⁵ Fredric Jameson, *Archaeologies of the Future: The Desire Called Utopia and Other Science Fictions* London, UK: Verso Books, 2005.

¹⁶ Fredric Jameson, "The Politics of Utopia", in *New Left Review*, no. 25, 2004, pp. 35-54.

But the question of this study is, what makes a certain theory radical? Is there anything beyond its content that gives it this nature? Is there, at the very theoretical level, a certain pattern of its conceptual configuration that makes it radical as opposed to, say, simply reformist or even conservative? Political philosophy is, after all, for many, the search for the perfect government. But is any argument for an ideal state of affairs, a radical argument? If authors describe in great detail the reasons and nature of a perfect or desirable regime, but say nothing about how the current crop of political institutions and social relations should be transformed to approximate that perfect regime, are these authors to be described as radicals?

The question may be separated, then, into two separate questions. One is whether, at the level of its content (principles, policy proposals), a theory can be assessed as radical. In order to do that, the ideas and arguments have to be compared to some 'conventional' state of affairs. The second question is, however, directed toward not the relative mismatch between a perceived status-quo and the proposed substantive changes, but toward the particular type of conceptual formation that takes place within that theory. This time, assessing the radicalism of a theory pertains to the type of methodological approach that defines the decontestation¹⁷ at work. The answer to this second question is thus less relative to the distance from some given reality, but rather consists in pointing to a particular systematic choice in the process of decontestation and concept-formation that is central to the configuration of any political ideology.

Radicalism: participation-cum-deliberation

To be radical, a political theory must set to think globally about the world; to develop a major critique thereof; and to imagine a world in which the shortcomings of the present one have been resolved. In a nutshell, this is a characterization of a theory that usually goes further and specifies what precisely is wrong with the present state of affairs, why is it so

¹⁷ Michael Freeden, *Ideologies and Political Theory: A Conceptual Approach*, Oxford, UK: Oxford University Press, 1998.

fundamentally wrong, which are the actors that should be involved in its drastic transformation, and how exactly are they going to do it. The 'what', 'why', 'who' and 'how' are thus typical classical components of any major radical theory.

For many decades, the term "radical" was deemed synonymous with the radical left. A radical critique of modern and contemporary capitalism, with its contradictions and growth of the forms of domination, would be usually followed by various propositions for revolutionary change and redemption from such evil. Yet in recent years we have witnessed a marked shift in the main battlefronts of political radicalism, determined by the gradual fading of earlier prominent avenues for radical theorizing. This means that we are faced and we need to assess a series of new and more fragmented radical responses within the recent radical literature. This means also that when investigating the latest avatars of a historical radical left, and the relatively novel accounts of deep ecology and radical environmentalism, we might be able to detect the main elements of the new landscape of radical politics, questioning its sources and nature.

To be radical, the transformations that are proposed have to depart significantly from the 'conventional' strategies for reform. But this creates a major difficulty for the student of radical theories: at the end of the day, many ideas that used to be considered as outrageous to the common sense, become – either slowly in time, or in an abrupt irruption into our collective imaginaries – quite close to the 'conventional' understanding. What used to be viewed as radical in the 1950s, looks today as very much mainstream. For instance, access of women to various publicly subsidized birth control methods tends nowadays to be a standard health policy, yet such a claim would have shocked many half a century ago. In the aftermath of the Second World War, the idea of the genetic manipulation of human nature would have been offensive and contemptible, today it seems every day closer to a being accepted as a legitimate endeavor. Conversely, what could have been considered as conventional then (mass strikes, substantial trade union membership) looks now as a very radical proposal.

In democratic theory also, this variation of the perception of radicalism affected the various theoretical innovations both in the academia and in the political caucuses. Democracy itself was understood for

centuries as a radical idea, only to have nowadays virtually all political leaders paying lip service to its basic generic principles. Is, then, deliberative democracy a radical type of democratic theory? Or is it rather part of a 'conventional' set of political ideas?

According to some of its most prominent advocates, there is a clear sense in which deliberative democracy is radical: the juxtaposition of two major principles of democracy, i.e., participation and deliberation.

"In particular, radical-democratic ideas join two strands of democratic thought. First, with Rousseau, radical democrats are committed to broader participation in public decision-making. Citizens should have greater direct roles in public choices or at least engage more deeply with substantive political issues and be assured that officials will be responsive to their concerns and judgments. Second, radical democrats emphasize deliberation. Instead of a politics of power and interest, radical democrats favor a more deliberative democracy in which citizens address public problems by reasoning together about how best to solve them—in which no force is at work, as Jürgen Habermas [...] said, 'except that of the better argument'"¹⁸.

This conception of democracy – that joins the ideal of deliberation with the ideal of participation – is presented as radical when opposed to a 'conventional' conception of democracy, by which the authors mean

"systems of competitive representation, in which citizens are endowed with political rights, including the rights of speech, association, and suffrage; citizens advance their interests by exercising their political rights, in particular by voting for representatives in regular elections; elections are organized by competing political parties; and electoral victory means control of government, which gives winning candidates the authority to shape public policy through legislation and control over administration."¹⁹

In fact, neither the deliberatory nor the participatory dimensions of democracy are necessarily radical in themselves. Deliberation was supposed to be the primary advantage of parliaments in their 19th century

¹⁸ Joshua Cohen, Archon Fung, "Radical Democracy," in *Swiss Journal of Political Science* vol. 10, no. 4 2004, pp. 169–70.

¹⁹ *Ibidem*, p. 169.

“golden age”²⁰, with political elites deemed sufficiently capable to independently and reasonably assess and decide upon the various fundamental political issues facing the nation. Participation, especially in the small republics, was also a constant concern for republican political thought. Yet what is ‘ambitious’ about the project of deliberative democracy is that it demands *both* a highly rationalist standard of public deliberation, *and* a ‘strong democratic’ standard of public participation. It strengthens the normative core of both ideals of rational deliberation and public participation, *and* attempts to bring them together.

If deliberation and participation were important and challenging democratic desiderata on their own, deliberative democrats move to up the ante and specify stronger requirements while refusing to compromise one in favor of the other in the proposed democratic settings. In doing so, they render the deliberative advantages of small assemblies irrelevant as they become now part of a mainstream public participatory democratic life.

In other words, what is radical in deliberative democracy is the claim of fundamentally challenging an apparent consensus among political scientists: the idea that political representation, for all its shortcomings, is the central element of contemporary democracies. As representative democracies, the focus of political science scholarship must be on elections, parties, elites, accountability, and the other major elements of political representation. Deliberative democrats impose deliberative standards on political representatives, but by raising the standards of deliberation and applying them to citizens’ deliberations as well, these authors effectively remove the structural differences that existed in the ‘conventional’ view of democracy between represented and representatives.

Political representation becomes, therefore, not an inescapable feature and structural limit of modern democracies, but a modal feature, that may be used as an add-on to democratic public participation, and not as a substitute thereof. This is the radicalism of the deliberative democrats: joining two regulative standards that are articulated in their most demanding formulation.

²⁰ Silvia Marton, “« Faction » ? « Coterie » ? « Parti » ? L’émergence des partis politiques roumains au XIXe siècle”, in Silvia Marton, Anca Oroveanu, Florin Țurcanu (eds.), *L’Etat en France et en Roumanie aux XIXe et XXe siècles*, Bucharest: New Europe College, pp. 85-138.

Adding to the challenge – and hence, to the radicalism of the move – is that for many observers, the two ideals are notoriously difficult to reconcile. Besides the classical literature on this opposition, one other way in which this may happen is simply the discouraging effect that strong standards of deliberation impose on the prospective participants to the debate. Many individuals would avoid the prospect of being subjected to a public scrutiny and having to formulate and reformulate their preferences and reasons to a larger public entitled to reject them as not reasonable.

In an oft-quoted expression, Jon Elster has expressed hope in the “civilizing force of hypocrisy”²¹: the simple fact of being in an environment of publicity, visibility, and reciprocity, will make participating individuals translate their preferences into reasonable reasons; even if they initially are insincere and preserve their inner selfish preferences, in time this mode of defaulting social interaction on deliberation will progressively alter and transform the inner preferences as well.

The trouble with Elster’s hope is that even to have the ‘civilizing force of hypocrisy’ at work, one needs to convince a sufficient number of participants to engage in such deliberations while other citizens do not (yet). This rapidly becomes an example of what Bonnie Honig called a “paradox of politics”:

*“In order for there to be a people well-formed enough for good law-making, there must be good law for how else will the people be well-formed? The problem is: where would that good law come from absent an already well-formed, virtuous people?”*²²

The paradox is already present in Rousseau, and its significance for deliberative democracy is serious: it challenges the various authors that proclaim the standards for deliberation and participation, to offer the solution first to the “chicken-and-egg circle that presses us to begin the work of democratic politics *in medias res*”²³; it makes sense for citizens to

²¹ Jon Elster, “Deliberation and Constitution Making”, in Jon Elster (ed.), *Deliberative Democracy*, Cambridge, UK: Cambridge University Press, 1998, pp. 97–122.

²² Bonnie Honig, “Between Decision and Deliberation: Political Paradox in Democratic Theory,” in *American Political Science Review*, vol. 101, no. 1, 2007, p. 3.

²³ *Ibidem*, p. 2.

deliberate in a setting governed by a deliberative framework, but how can that framework be itself created, if deliberation is only its product? Deliberative democrats reluctantly face the prospects of a non-deliberative institution of a deliberative framework, but most of the time, they tend to take for granted that once the framework is in place, citizens have sufficient motivational and normative reasons to engage in public deliberation themselves. This paradox makes it clear that one sense in which participation and deliberation are at odds is that it is problematic to explain the reasons to participate to a deliberative framework without appealing to some non-deliberative moment of decision that established that framework.

A related difficulty resides in the motivational obstacles to public deliberation. Here, deliberatory standards are seen as incurring costs on the participants, and for such costs to be rational, a condition is again that most other citizens participate too. If the self-limitation (reason-giving requirements) presupposed by deliberation is not shared by other citizens – hence a problem of free riding – then engaging in deliberation fails the test of rational action, or at any rate, fails to provide a meaningful motivation for citizens to participate. A problem of coordination arises then, which again, may not be itself resolved deliberatively.

These examples point to the dynamic of deliberation as one in which, to ensure participation, a non-deliberative moment seems to be necessary. Either as a foundational, or as a motivational conundrum, a non-deliberative decision procedure needs to exist in order to constitute a deliberative public. Once constituted, the various requirements and assertions of deliberative democrats may start to operate. But these cannot produce themselves both a participating public and a deliberative framework at the same time.

A third sense in which participation and deliberation collide is one described by authors such as Cass Sunstein²⁴ and Diana Mutz²⁵:

²⁴ Cass R. Sunstein, "The Law of Group Polarization," *Journal of Political Philosophy* vol. 10, no. 2, 2002, pp. 175–195; Cass R. Sunstein, *Republic.com 2.0*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 2007; Cass R. Sunstein, *Going to Extremes: How Like Minds Unite and Divide*, New York, NY: Oxford University Press, 2009.

²⁵ Diana Mutz, *Hearing the Other Side: Deliberative Versus Participatory Democracy*, Cambridge, UK: Cambridge University Press, 2006.

deliberation, even in its looser forms, takes usually place among groups of like-minded people. The greater the diversity, the lesser the propensity for deliberation is. Furthermore, according to Sunstein, the effects of deliberation within groups of like-minded individuals are, counter-intuitively, worse than absence of deliberation. When assessed on the basis of deliberative criteria, deliberation among such groups fails to promote the stated purposes. The logic of group polarization, in this context, is a syntagm used by Sunstein to describe a series of possible explanations for the polarizing effects of deliberation in groups constituted by individuals who share with varying intensity – moderate or extreme – opinions favorable to one side in a wider moral, political or social debate.

For Diana Mutz, evidence from social network studies suggests that “people tend to selectively expose themselves to people who do not challenge their view of the world”.²⁶ Her thesis is that the most favorable social environments for either participatory democracy or deliberative democracy tend to undermine each other. The empirically informed argument leads to the conclusion that normal social aggregations work at the expense of diversity. We tend to avoid encounters with people that hold adverse views and seek the company of those that share our views. We prefer consensus to political disagreement. The importance, for the health of the deliberative democratic enterprise, of the “cross-cutting exposure”²⁷ that maintain diversity, is uncontroversial. Yet in practice, we have less and less occasions for change encounters, for serendipity in our social interactions. As Sunstein also emphasizes, we have less and less opportunities to meet in the street the other fellow citizens, to be exposed to their different views and to experience alterity as a key ingredient in the critical formation of our own ideas. The internet, the crisis of printed generalist newspapers, the shape of modern cities that reduces sideways and public squares, the changing forms of political mobilization, and the convenient technological instruments to switch off inputs from others, all reduce the chance for face-to-face encounters and exposure that was the fundamental ingredient of a common, public space.

²⁶ *Ibidem*, p. 9.

²⁷ *Ibidem*, p. 147.

Realism and deliberative democracy

The relative radicalism of deliberative democracy is thus usually assessed against various understanding of what is currently feasible or “conventional”, and as such, against a background of “realism”. The puzzle here is that a number of political theorists – dubbed “political realists”²⁸ – have recently described deliberative democracy as a radical theory; but other authors, writing in a very different tradition, hold deliberative democrats to be advocates of a “politics of consensus” that a true radical democratic perspective should dislodge.

Criticizing the Kantian overtones of much of contemporary normative political theories, Raymond Geuss writes that

*political philosophy must be realist. That means, roughly speaking, that it must start from and be concerned in the first instance not with how people ought ideally (or ought “rationally”) to act, what they ought to desire, or value, the kind of people they ought to be, etc., but, rather, with the way the social, economic, political, etc., institutions actually operate in some society at some given time, and what really does move human beings to act in given circumstances.*²⁹

What the democratic realists object is precisely the disregard that deliberative democrats tend to share, for specifying the practical ways in which a more deliberative republic can be instituted. Without such an incremental approach and without tests that evaluate to which degree the prospective changes actually improve the conditions they purport to change, any radical change is doomed to be irrelevant at best, dangerous at worse.

This has been a classical staple for pragmatists that want social change to have measurable benefits. But at the same time, arguments that dismiss radical change as irrelevant or dangerous would also find inspiration in a similarly old, but very different tradition. Best described in

²⁸ Marc Stears, *Demanding Democracy: American Radicals in Search of a New Politics* Princeton, NJ: Princeton University Press, 2010.

²⁹ Raymond Geuss, *Philosophy and Real Politics* Princeton, NJ: Princeton University Press, 2008, p. 9.

the work of Hirschman³⁰ on the “rhetoric of reaction”, this critique takes the form of three main types of discourse: the futility thesis, the perversity thesis, and the jeopardy thesis. The futility thesis maintains that radical change, while ambitious and normatively appealing, may not lead to any effective change. Revolutions may wreak havoc in societies, yet after the dust is settled, the changed may turn to be ephemeral or illusory, as “the ‘deep’ structures of society remain wholly untouched”.³¹

The perversity thesis, however, maintains that the change brought by radical transformations is real, yet it is, “via a chain of unintended consequences, the *exact contrary* of the objective being proclaimed and pursued”. As a theoretical weapon of choice of such critique, the argument is that “*the attempt to push society in a certain direction will result in its moving all right, but in the opposite direction.*”³²

The jeopardy thesis, finally, accepts as well that radical change is possible, but instead of proclaiming it as being the polar opposite of the intended noble outcome (hence an unmitigated disaster), it describes such change as bearing an insurmountable cost. Each time change is produced, something of equal value is irremediably lost. There is a fundamental tragic conflict in any social change, in that all such radical transformations bring about the injury to as many valuable features as they help produce. In this logic, the more radical the change, the greater the value definitively lost. Usually the costs are seen to be bore by some previous most important accomplishment, be it a particular cultural identity, collective endeavor, or traditional institution.

All three theses can be understood as types of arguments against deliberative democracy as purporting change that is ultimately struck by irrelevance or dangerous side-effects. The futility thesis is at work whenever critics of deliberative democratic procedures manifest skepticism as to the real effects of such procedures. In spite of the best intentions, they

³⁰ Albert O. Hirschman, *The Rhetoric of Reaction: Perversity, Futility, Jeopardy*, Cambridge, MA: Harvard University Press, 1991; see also, Joseph V. Femia, *Against the Masses: Varieties of Anti-democratic Thought Since the French Revolution*, New York, NY: Oxford University Press, 2001.

³¹ Hirschman, *op.cit.*, p. 43.

³² *Ibidem*, p. 11.

say, the various deliberations must end in a decision, and that decision will bring back the aggregative mechanisms of 'conventional' democratic voting procedures. We cannot expect to reach consensus systematically, so most of the times we will be constrained to revert, after long and excruciating deliberations, to the same aggregation by vote. Deliberation does not manage, critics say, to change anything profound, after all. In the words of Raymond Geuss,

Just because certain ideal or moral principles "look good" or "seem plausible" to us, to those who propose them or to those to whom they are proposed – to the prophet or to the people whom the prophet addresses—it does not follow that these norms, canons, or principles will have any particular effect at all on how people will really act.³³

The jeopardy thesis might be understood to include arguments pertaining to the costs of deliberation. All deliberative democrats accept that public deliberation, if it is to be meaningful, entails important costs on our resources in time and organization. But, critics may say, we are not really deliberating animals: many other valuable purposes and projects become sacrificed for the sake of deliberation, and these losses are something that deliberative democrats are seldom interested in quantifying. Some authors advance proposals for compensation³⁴ in view of better organizing systematic, widespread and thorough public deliberations, but few studies are interested in a methodical evaluation of the nature and magnitude of the losses (individual and collective) that such generalized deliberations could produce.

The perversity thesis, finally, is indirectly invoked any time arguments against deliberative democracy point to its unintended disastrous consequences. In Cass Sunstein's analysis, an unreflected endorsement of generic deliberations will lead to the creation and multiplication of self-radicalizing and mutually rejecting small enclaves of like-minded individuals³⁵. Instead of helping societies reach a shared sense of the common good, achieve

³³ Geuss, *op.cit.*, pp. 9–10.

³⁴ Ackerman and Fishkin, *op.cit.*

³⁵ Sunstein, *op.cit.*

greater legitimacy and epistemic verification, deliberatory settings in inadequately crafted groups will lead to the internal polarization and radicalization of members' preferences, concomitant with a further separation of these groups from each other. Various psychological mechanisms are at work in explaining how this process usually happens. They are either cognitive or reputational in nature, and are augmented by the social amplification of these perceptions within groups ("social cascades"³⁶).

Another version of the perversity thesis underlies the arguments that point to the exclusionary nature of public deliberatory procedures. In a book in which she laments the moralizing style of theories of deliberative democracy, Wendy Brown observes that the different requirements of public deliberation can be assimilated to what she calls "speech codes" that, in the end, kill critique. They impose codifications and discursive filters that, at the end of the day, limit the opportunities for democratic contestation:

"[T]urning political questions into moralistic ones – as speech codes of any sort do – not only prohibits certain questions and mandates certain genuflections, it also expresses a profound hostility toward political life insofar as it seeks to preempt argument with a legislated and enforced truth".³⁷

The move that is decried here is one in which deliberative democrats opt to exclude, for instance, rhetoric from the acceptable forms of collective deliberation. Moreover, rhetoric is described as a "pathology of communication" (Habermas) or as an improper strategy that "would limit rather than enhance social justice because rhetoric moves people and achieves results without having to render an account of the bases upon which it induces people to engage in certain courses of action rather than others"³⁸ Yet rhetoric is one of the discursive strategies used precisely by those vulnerable and excluded, who are also most unable to comply with

³⁶ Cass Sunstein, "Deliberative Trouble? Why Groups Go To Extremes", in *Yale Law Journal*, vol. 110, no. 1, 2000, pp. 71-119.

³⁷ Wendy Brown, *Politics Out of History*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 2001, p. 35.

³⁸ Seyla Benhabib, "Toward a Deliberative Model of Democratic Legitimacy," in Seyla Benhabib (ed.), *Democracy and Difference*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 1996, p. 67.

the strong requirements of public deliberation. Many episodes of political and social emancipation were historically not examples of careful rational public deliberation, but quite the opposite, irruptions of rhetoric and political passion that would have failed any test recently proposed in the literature on deliberative democracy.

But when explaining the exclusionary nature of deliberative democracy, what most of these authors have in mind is precisely the loss of any radical attitude of deliberative democrats. "Competing" radical democrats such as Chantal Mouffe would decry the "politics of consensus" that is at the core of public deliberatory accounts, with their reliance on the presupposition of a common framework of deliberation. Deliberative democrats have perpetuated, according to Mouffe, the conviction that a rational consensus can be achieved, whereby power and antagonism are purged. By doing that, theories of deliberative democracy deny "the central role in politics of the conflictual dimension and its crucial role in the formation of collective identities". In this sense, these theories are fundamentally "unable to provide an adequate model for democratic politics".³⁹

Radicalism is, hence, from the perspective of the ideational content of deliberative democratic theories, a *relative* feature. It consists mainly in the juxtaposition of two demanding ideals, of public participation and rational deliberation, and the denial of their potential conflicts. According to the critical perspective adopted and the historical acceptability of their gist, deliberative democrats and their supporters may appear as radical or, quite the reverse, part of an establishment.

Epistemic radicalism?

Razmig Keucheyan suggests that, besides the radical positions of radical theories, there is a sense in which we can speak of an "epistemic radicalism", understood as a particular mode of concept-creation and

³⁹ Chantal Mouffe, "Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism", in *Social Research* vol. 66, no. 3, 1999, pp. 752.

theory-construction that is characteristic of radical theories. As a first approximation, epistemic radicalism claims that when theorizing a social phenomenon, one should always look to the extreme manifestations of this phenomenon, and not to its normal or ordinary manifestations.⁴⁰ Using quotes from Walter Benjamin, Siegfried Kracauer and Carl Schmitt, Keucheyan develops a characterization of radical theories as departing from a “default” method. Normal theories seek to examine precisely the most typical and oft-occurring phenomena, in order to extract the general attributes from these. If we care to study contemporary politics, for instance, then elections – a fairly regular occurrence with vital significance – should be of primary interest. Radical theories, however, seek to examine the rare events – revolutions, states of emergency – with the anticipation that those rare events truly reveal the essential nature of politics.

A second dimension of epistemic radicalism is the programmatic opposition to the common sense.⁴¹ It operates an epistemic break with commonly held beliefs, by questioning the shared assumptions of what is possible and desirable. In the words of Frederic Jameson, “our current blind spots block out any vision of genuinely radical change and limit our visibility to merely local readjustments and corrections (in other words, to what used to be called reforms, as opposed to that systemic transformation that used to be called revolution).”⁴²

“Our current blind spots” are indeed the primary object of contention between radical theories and their challengers. What radical theories aim to achieve is the profound transformation not only of the social and political landscape, but also of the shared maps that delineate for

⁴⁰ Razmig Keucheyan, « Qu'est-ce qu'une pensée radicale ? Aspects du radicalisme épistémique », *Journal du MAUSS*, 2010 [<http://www.journaldumauss.net/?Qu-est-ce-qu-une-pensee-radicale#nb8>], 20 June 2015: “En première approximation, le radicalisme épistémique soutient que lorsque l'on fait la théorie d'un phénomène social, il convient toujours de se tourner vers les manifestations extrêmes de ce phénomène, et non vers ses manifestations ordinaires ou normales.”

⁴¹ Razmig Keucheyan, *Hémisphère Gauche: Une Cartographie des Nouvelles Pensées Critiques*, Paris: Zones, 2013.

⁴² Frederic Jameson, “Utopia and Failure”, in *Politics and Culture*, 2, 2010, [<http://politicsandculture.org/2010/08/10/utopia-and-failure-by-fredric-jameson-2/>], 20 June 2015.

us (or for governments⁴³) the limits of the known possibilities. We see the world through these conceptual maps that Michael Freeden calls political ideologies,⁴⁴ and radical theories are there to disrupt, expand and convert their contours.

According to Freeden, political ideologies are clusters, or networks of concepts that shape the way in which individuals make sense of the political world.⁴⁵ These clusters are structured as specific combination of decontestations of the essentially contested concepts,⁴⁶ emerging as ideological morphologies that both enable and limit our capacity and resources for human action. A *radical* ideology might then be characterized by a particular type of conceptual decontestation and one that is trying to use the successively the partial decontestations in order to expand the spectrum of meanings available within the other essentially contested connected concepts.

Can we speak, then, of a “radical attitude” in political theory⁴⁷? According to Edwards, such an attitude consists in providing “a fundamental challenge to established ways of thinking, talking about and acting in politics”. The main paradox of radical political theories is, however, that most classical radical theories display a drive towards de-politicizing political philosophy, through a systematic and fundamental subordination of political principles to morality, religion and philosophy. Deliberative democrats are, after all, often accused of attempting to transcend the proper political nature of our relations by proclaiming the precedence of impartial moral obligations. They are at the same time often understood to be part of a longer tradition that aims to deny the legitimacy of partisanship and political polarization.⁴⁸

⁴³ James C. Scott, *Seeing Like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed* New Haven, CT: Yale University Press, 1998.

⁴⁴ Freeden, *op.cit.*

⁴⁵ *Ibidem.*

⁴⁶ W.B. Gallie, “Essentially Contested Concepts,” in *Proceedings of the Aristotelian Society*, vol. 56, 1955, pp. 167–198.

⁴⁷ Jason Edwards, *The Radical Attitude and Modern Political Theory*, London, UK: Palgrave Macmillan, 2007.

⁴⁸ Nancy L. Rosenblum, *On the Side of the Angels: An Appreciation of Parties and Partisanship*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 2008; for a different perspective, see also Jane J. Mansbridge, *Beyond Adversary Democracy* Chicago, IL: University of Chicago Press, 1983.

Yet while not arguing for the overcoming of political polarization *per se*, deliberative democracy theories are indeed premised on a presupposition of possible or necessary consensus that helps locate such theories within the conceptual space between reform and utopia. The precise ascription will depend on the particular local elaborations and their contrast with the perceived contemporaneous political realities. Assessed against three possible criteria for epistemic radicalism in political theory – searching the essence of the political in the rare phenomena; systematically contesting the established order; and purporting a radical de-politicization of social relations, then, it turns out that deliberative democratic theories fail to be intrinsically radical theories. They may still become radical relative to the established set of “blind spots” of our time.

Bibliography

1. Ackerman, Bruce; Fishkin, James (2005); *Deliberation Day*, New Haven, CT: Yale University Press.
2. Arrow, Kenneth (1963), *Social Choice and Individual Values*, New Haven, CT: Yale University Press.
3. Benhabib, Seyla (1996), *Democracy and Difference*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
4. Bohman, James; Rehg, William (1997), *Deliberative Democracy: Essays on Reason and Politics*, Cambridge, MA: The MIT Press.
5. Brown, Wendy (2001) *Politics Out of History*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
6. Chambers, Simone (2009), “Rhetoric and the Public Sphere: Has Deliberative Democracy Abandoned Mass Democracy?” in *Political Theory*, vol. 37, no. 3, 323–50.
7. Chambers, Simone (2004), “Behind Closed Doors: Publicity, Secrecy, and the Quality of Deliberation” in *Journal of Political Philosophy*, vol. 12, no. 4, 389–410.
8. Cohen, Joshua; Fung, Archon (2004) “Radical Democracy” in *Swiss Journal of Political Science*, vol. 10, no. 4, 23–34.

9. Dean, Jodi (2001), "Publicity's Secret" in *Political Theory* 29, no. 5, 624–50.
10. Dryzek, John (2010), "Rhetoric in Democracy: A Systemic Appreciation." *Political Theory*, vol. 38, no. 3, 319–39.
11. Edwards, Jason (2007), *The Radical Attitude and Modern Political Theory*, London: Palgrave Macmillan.
12. Elster, Jon (1998), *Deliberative Democracy*, Cambridge, UK: Cambridge University Press.
13. Femia, Joseph (2001), *Against the Masses: Varieties of Anti-Democratic Thought since the French Revolution*, Oxford, UK: Oxford University Press.
14. Fontana, Benedetto; Nederman, Cary; Remer, Gary (2004), *Talking Democracy: Historical Perspectives on Rhetoric and Democracy*, University Park, PA: Pennsylvania State University Press.
15. Freedon, Michael (1998), *Ideologies and Political Theory: A Conceptual Approach*, Oxford, UK: Oxford University Press.
16. Freeman, Samuel (2000), "Deliberative Democracy: A Sympathetic Comment." *Philosophy & Public Affairs*, vol. 29, no. 4, 371–418.
17. — — — (2003), "Public Reason and Political Justifications", *Fordham Law Review*, vol. 72.
18. Gallie, W.B. (1955), "Essentially Contested Concepts" in *Proceedings of the Aristotelian Society*, vol. 56, 167–98.
19. Garsten, Bryan (2009), *Saving Persuasion: A Defense of Rhetoric and Judgment*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
20. Geuss, Raymond (2008), *Philosophy and Real Politics*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
21. Gutmann, Amy; Thompson, Dennis (1996), *Democracy and Disagreement*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
22. Gutmann, Amy; Thompson, Dennis (2004), *Why Deliberative Democracy?* Princeton, NJ: Princeton University Press.
23. Habermas, Jürgen (1996), *Between Facts and Norms: Contributions to a Discourse Theory of Law and Democracy*, Cambridge, MA: MIT Press.
24. — — — (1995), "Reconciliation through the Public Use of Reason: Remarks on John Rawls's Political Liberalism", in *The Journal of Philosophy* Vol. 92, no. 3, 109–31.

25. — — — (1994), "Three Normative Models of Democracy" *Constellations* vol. 1, no. 1, 1–10.
26. Habermas, Jürgen; McCarthy, Thomas (1985), *The Theory of Communicative Action: Volume 2: Lifeworld and System: A Critique of Functionalist Reason*, Boston, MA: Beacon Press.
27. Hirschman, Albert O. (1991), *The Rhetoric of Reaction: Perversity, Futility, Jeopardy*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
28. Honig, Bonnie (2007), "Between Decision and Deliberation: Political Paradox in Democratic Theory", in *American Political Science Review* vol. 101, no. 1.
29. Jameson, Fredric (2005), *Archaeologies of the Future: The Desire Called Utopia and Other Science Fictions*, London, UK: Verso Books.
30. Keucheyan, Razmig (2013), *Hémisphère Gauche: Une Cartographie des Nouvelles Pensées Critiques*. Paris: Zone.
31. Mansbridge, Jane (1983), *Beyond Adversary Democracy*, Chicago, IL: University of Chicago Press.
32. Mouffe, Chantal (1999), "Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism" in *Social Research* vol. 66, no. 3.
33. Mutz, Diana (2006), *Hearing the Other Side: Deliberative Versus Participatory Democracy*, Cambridge, UK: Cambridge University Press.
34. Rawls, John (1997), "Idea of Public Reason Revisited, The." *University of Chicago Law Review*, vol. 64.
35. Rosenblum, Nancy (2008), *On the Side of the Angels: An Appreciation of Parties and Partisanship*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
36. Sartori, Giovanni (1970), "Concept Misformation in Comparative Politics" in *The American Political Science Review*, vol. 64, no. 4, 1033–53.
37. Scott, James (1998), *Seeing like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*, New Haven, NJ: Yale University Press.
38. Stasavage, David (2007), "Polarization and Publicity: Rethinking the Benefits of Deliberative Democracy" in *Journal of Politics* vol. 69, no. 1, 59–72.
39. Stears, Marc (2010), *Demanding Democracy: American Radicals in Search of a New Politics*, Princeton, NJ: Princeton University Press.

-
40. Sunstein, Cass (2009), *Going to Extremes: How like Minds Unite and Divide*, New York NY: Oxford University Press.
 41. — — — (2007), *Republic.com 2.0.*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
 42. — — — (2002), "The Law of Group Polarization" in *Journal of Political Philosophy*, vol. 10, no. 2, 175–95.

**SOUS LE SIGNE DES LUMIERES : LES REGLEMENTS ORGANIQUES
ET LA MODERNITE CONSTITUTIONNELLE DES PRINCIPAUTES
ROUMAINES. 1834-1856**

**UNDER THE SIGN OF ENLIGHTENMENT: THE ORGANIC
REGULATIONS AND THE CONSTITUTIONAL MODERNITY OF
THE ROMANIAN PRINCIPALITIES. 1834-1856**

Radu Albu-Comănescu*

Abstract

Innovative, enlightened and influenced by the moderate yet elitist Liberalism of the early 19th century, the Organic Regulations of Wallachia and Moldavia (fundamental laws in vigour from 1834 to 1856) are still in need to be thoroughly understood. Despite representing one of the most important steps in Romania's Europeanisation process, by modernising State and society, their critics focused on the Russian influence and seem to have overlooked the political and diplomatic context that shaped the institutional and legislative outcome of the Regulations, ultimately meant to create stability and prosperity in both countries.

Keywords: Wallachia, Moldavia, Russia, Liberalism, 19th century.

* Radu Albu-Comănescu, PhD, teaching assistant at the Faculty of European Studies, Babeş-Bolyai University, Cluj-Napoca, member of the Department of European Studies and Governance. BA in European Studies (Cluj-Napoca, 2002), MA in Comparative European Studies (Cluj-Napoca, 2003) and DEA Intelligence de l'Europe at the Université Paris-Est/Marne-la-Vallée (Géopolitique, Culture, Identités, 2003). PhD in History (2012) with a thesis on Conservatism and Liberalism in Romania, 1830-1930).

Contact: radu.albu@euro.ubbcluj.ro.

Le nom d'abord. Quoique révolu en termes d'actualité et donc obsolète, le terme "règlement organique" était courant au début du XIX^{ème} siècle : il s'appliquait à des textes qui réglait le fonctionnement des organismes d'État. Dans la lecture juridique, une loi organique est une loi fondamentale par excellence, car relative à l'organisation des pouvoirs, à la création d'un gouvernement. La Constitution peut être considérée comme un type particulier de loi organique.¹

Les Règlements roumains seront le résultat d'un long travail juridique et historique de deux commissions, une valaque, l'autre moldave. Leur application représente un moment dont la signification ne peut pas être ignorée.² Dès l'entrée en vigueur, les Principautés (cette fois officiellement classées comme Principautés³) disposeront d'un instrument destiné à offrir un cadre normatif au gouvernement, grâce auquel l'État, dans son acception moderne, est inventé avec sa mission et ses fonctions spécifiques.

¹ Ce sera plus tard – après 1848 – que le terme "constitution" gagnera définitivement, officiellement, le droit de désigner la loi fondamentale d'un État, surtout en Europe Centrale et Orientale. Il ne faut pas confondre la position des lois organiques dans les systèmes juridiques du début du XIX^{ème} siècle avec leur position actuelle. (En France, aujourd'hui, une loi organique est une loi complétant la Constitution afin de préciser l'organisation des pouvoirs publics ; dans la hiérarchie des normes, elle est placée en dessous de la Constitution mais au-dessus des lois ordinaires.) D'ailleurs, l'essence réside dans la fonctionnalité et non pas dans le nom. La Constitution du Royaume de Suède, par exemple, est composée de 4 lois fondamentales (organiques) – *Successionsordningen, Tryckfrihetsförordningen, Regeringsformen* et *Yttrandefrihetsgrundlagen* – dont la plus importante, la troisième, date de 1974, est se traduit par L'Instrument du Gouvernement. Quant au droit anglo-saxon, il définit les *Organic Laws* comme : « The fundamental law, or constitution, of a state or nation, written or unwritten. That law or system of laws or principles which defines and establishes the organization of its government », in *Black's Law Dictionary*, 9e édition, West Group, 2009, voix "Organic Laws". (Outre ceci, aux États-Unis, il existe toujours des lois nommés *organic statutes*, faisait partie du droit administratif américain, s'agissant de statuts élaborés par le Congrès, par lequel sont définies les responsabilités et l'autorité d'une institution administrative gouvernementale.)

² Le meilleur ouvrage concernant sur cette époque reste, après un siècle, Ioan C. Filitti, *Domniile Române sub regulamentul organic, 1834-1848* [Les règnes Règlementaires, 1834-1848], Bucarest : Socec & Co., 1915 ; voir aussi *Principatele Române de la 1828 la 1834. Ocupația rusească și Regulamentele organice* [Les Principautés roumaines de 1828 à 1834. L'occupation russe et les Règlements organiques], Bucarest : Institutul de Arte Grafice "Bucovina", 1934.

³ Ce qui, par rapport au pouvoir exercé par le souverain – c'est-à-dire le monarque de la monarchie classique roumaine – est un déclassement.

Leur nature est hétérogène, mi-constitutionnelle, mi-administrative.⁴ Les deux documents (l'un pour la Valachie, l'autre pour la Moldavie) étaient investis – par la Puissance protectrice, la Russie, et les élites locales – d'une mission précise : rationaliser, suivant les anciens projets de réforme, *l'architecture institutionnelle* des Principautés.⁵

Les Règlements introduisaient le partage des pouvoirs dans l'État ; et si la responsabilité ministérielle n'était pas explicitement consacrée, la séparation des pouvoirs démontrait nettement le désir de limiter le pouvoir du monarque.⁶

La régularisation du pouvoir juridique et la création explicite du pouvoir exécutif se retrouvent parmi les acquis les plus importants. Maître du pouvoir exécutif, le monarque – désigné par une Assemblée nationale extraordinaire – a un profil compatible avec la tradition roumaine d'un "exécutif" puissant, réjouissant de prérogatives juridiques et législatives, où il est appelé à collaborer avec l'Assemblée réorganisée. Les attributions législatives et financières de l'Assemblée nationale (création nouvelle, fondée sur les anciens 'états' des Pays) obligeaient le Prince de travailler ensemble avec celle-ci.⁷ Le chef d'État gardait sa position centrale au milieu des institutions constitutionnelles ; l'article 58 (du Règlement valaque) fait allusion aux « *anciennes lois et coutumes du pays* ». C'est par rapport à

⁴ Qui était, d'ailleurs, dans le style des lois fondamentales du XVIIIe et de la première moitié du XIXe siècle.

⁵ On a bien observé que la terminologie hésitante, la résistance devant l'insertion dans le texte des références aux droits de l'Homme (voulu par les Libéraux radicaux), le décalage entre cette solution constitutionnelle et le radicalisme des projets politiques de l'époque inspirés par la Révolution française, pèseront sur la pratique politique roumaine et influenceront plus tard, rétroactivement, la réception des Règlements au niveau des élites politiques.

⁶ Art 212 du Règlement de Valachie. Cet article (et sa contrepartie moldave) consacre explicitement la séparation des pouvoirs exécutifs et juridiques. Ces derniers connaîtront d'ailleurs une réorganisation détaillée.

⁷ En Valachie, l'Assemblée réunissait 190 députés, dont 4 hauts ecclésiastes, 50 boïars de première classe, 73 de deuxième classe, 34 députés représentant les départements du pays, 27 des corporations. Élu tous les cinq ans par 3 000 électeurs, l'Assemblée statuait pour deux mois continuellement (la session parlementaire), réunissant le Métropolitain du pays, 20 grands boïars en Valachie et 16 en Moldavie, et 19 boïars d'autre classe (en Valachie et Moldavie).

cette position du monarque princier qu'était prévue sa relation avec l'Assemblée nationale, afin que le souverain garde la prérogative « de l'ordre public ».

L'évolution – concession faite à la modernité – est visible dans la création des positions ministérielles, grâce auxquelles le souverain exerce ses compétences comme véritable homme d'État. Les “ministres” roumains naissent maintenant comme réalité légale et comme terminologie. Le cabinet est représenté par le Conseil administratif (articles 148-151), « composé par les ministres et, si besoin, présidé par le monarque », dont le domaine réservé sont les questions administratives, la régularisation des situations que la loi n'avait pas prévues, l'élaboration des nouvelles lois « et des mesures qui seront prises ». Ce cabinet regroupe le ministre de l'intérieur, le logothète [ministre⁸] de [la] justice, le logothète des questions ecclésiastiques, le ministre de l'administration militaire⁹ (gardant le titre médiéval de *spathaire*¹⁰), et le ministre des affaires étrangères (dont le titre médiéval de *postelnic*¹¹ sera remplacé par celui de ministre).

Dans la sphère du législatif, l'Assemblée nationale – assemblée parlementaire¹² – offre l'image d'une assemblée qui représente les classes de la noblesse roumaine. Comme ailleurs, on a choisi de greffer sur un type de

⁸ Terme d'origine gréco-byzantine, égal de *ministre*, dont on faisait usage depuis le XIV^e siècle.

⁹ Cf. lat. *spata* (épée). Version civile du ministre de la guerre, car, à l'époque, l'armée du pays – donc ses forces militaires – était en reconstitution.

¹⁰ “Gardien de l'épée du monarque”.

¹¹ Jadis, “chambellan”.

¹² Le deuxième dans la région, après la convocation, en 1825, de la Diète hongroise, mais dont les législatures n'étaient pas régulières (la séance de 3 novembre 1825 était précédée par celle de 1811). On remarqua, pourtant, en Hongrie, l'esprit libéral d'István Széchenyi (1791-1860), homme politique, économiste et écrivain, personnalité historique nationale hongroise des plus importantes qui se fit remarquer par un esprit innovateur dans l'économie, la politique extérieure, les transports, voire les sports. Figure emblématique de l'ère des réformes. On notera un projet commun entre la Hongrie autrichienne et la Valachie de l'époque Réglementaire : c'est l'aménagement des Portes de Fer, sur le Danube. – On notera aussi que là où un Széchenyi, ouvertement fidèle à la conservatrice maison d'Autriche, passe pour un réformateur éclairé dans l'historiographie hongroise, les réformateurs de Valachie et de Moldavie, Georges Bibesco et Michel Sturdza, passent pour des “réactionnaires” à cause d'une supposée “fidélité” à la conservatrice Russie...

représentation pré-moderne une série d'innovations procédurales, mêlant ainsi – peut-être à l'instar du parlement britannique, de sa Chambre des Lords, particulièrement – le vouloir démocratique au concept médiéval des « états »¹³. En tout cas, les Assemblées réussissent à établir une *continuité*

¹³ Gheorghe I. Brătianu, *Sfatul domnesc și Adunarea Stărilor în Principatele Române* [Le Conseil privé du monarque et les États généraux dans les Principautés roumaines], Bucarest : Enciclopedica, 1995, pp. 185-295 — Dans l'opinion de Ioan Stanomir, professeur de droit constitutionnel à l'Université de Bucarest, l'identification des Assemblées nationales instituées par les Règlements à des assemblées parlementaires ou représentatives serait abusive, dans la mesure où les Règlements introduisaient un mécanisme qui décourageait la sélection du personnel politique (*sic*) de tous les états de la société (Ioan Stanomir, *Lege, libertate și drept. O Istorie a constituționalismului românesc* [Loi, liberté et droit. Une histoire du constitutionnalisme roumain], Iași : Polirom, 2005, p. 21). L'argumentation nous semble insoutenable parce qu'il existe des régimes parlementaires et on parle de *famille parlementaire plus que d'un régime parlementaire type, où la représentativité diffère selon les règles de la loi fondamentale en vigueur* (cf. Marie-Anne Cohendet, *Droit constitutionnel*, Paris : Montchrestien-L.G.D.J., 2008, 4e éd., passim). Le "découragement de la sélection" n'empêche qu'une assemblée soit parlementaire, malgré les conditions restrictives du processus électif (car y compris aujourd'hui l'élection des membres d'une chambre peut varier selon les pays : pour certains ce sont les citoyens qui les élisent, pour d'autres ce sont des grands électeurs). À notre avis, il valait mieux dire que le type d'assemblée parlementaire moldo-valaque ne justifierait pas le nom de « régime parlementaire » employé (éventuellement) pour décrire l'architecture institutionnelle instaurée par les Règlements (d'ailleurs, n'était pas leur but), le gouvernement n'émanant pas du parlement, n'étant responsable devant lui, et ne pouvant pas être dissolu par celui-ci ; de même, les Assemblées des deux Principautés ne contrôlaient pas l'action de l'exécutif (mais ce n'était pas seulement le cas des Principautés roumaines). Mais ceci ne veut pas dire que les Assemblées nationales n'étaient pas parlementaires : elles jouaient pleinement ce rôle. Affirmer encore que les Règlements n'introduisent pas un régime représentatif serait tout simplement oublier la *différence entre la démocratie représentative et la démocratie directe*. La démocratie représentative (ou : régime représentatif, gouvernement représentatif, etc.) est, selon les définitions les plus compréhensives, un régime politique dans lequel on reconnaît à un organisme le droit de représenter une nation ou une communauté. La volonté des citoyens s'exprime par la médiation de représentants élus. C'est une forme d'aristocratie en ce sens où ce sont les meilleurs selon les électeurs qui détiennent le pouvoir. Or, *le régime instauré par les Règlements était représentatif*, tout en excluant les paysans (ce qui l'aurait transformé en régime démocratique, inacceptable selon les règles de gouvernance de l'époque presque partout en Europe et surtout en Europe centrale et orientale). Il ne faut pas remplacer, dans les études d'aujourd'hui, les définitions données à l'époque par les définitions actuelles. Que les élus appartiennent (en 1830, 1834 ou 1842) à la couche la plus cultivée et intéressée par la gouvernance, c'est déjà aussi une question sociale, et non plus institutionnelle.

par rapport à l'ancien régime monarchique, celui de la monarchie classique roumaine, tout en lui ajoutant les innovations du XIX^{ème} siècle. Les fonctions de l'Assemblée étaient bien précises et spécifiques (y compris la fonction de contrôle des finances). Dans ce dernier domaine, l'exécutif et le législatif étaient obligés de collaborer ; les arrêts de l'Assemblée produisent de l'effet juridique ; le ballottage, les prévisions concernant le vote secret, l'introduction des positions de secrétaire de l'Assemblée sont déjà des éléments qui démontrent un souci de perfection, d'adoption d'un modèle parlementaire institutionnellement plus performant.

La relation entre l'exécutif et le législatif était visible aussi dans la participation des deux branches de l'État à la légifération, de l'adoption de la législation qui, celle-ci, émanait, selon les Règlements, du monarque seulement ; il était le seul ayant droit d'initiative et réjouissait d'un droit de veto dans le dialogue avec l'Assemblée. L'article 49 prévoyait la sanction/approbation et la seconde lecture.¹⁴

Les Règlements ne prévoyaient pas un mécanisme grâce auquel soit activée la *responsabilité ministérielle*. Le législatif ne pouvait pas mettre un ministre en accusation, ni l'obliger à résigner. Le seul moyen disponible était la notification adressée au monarque.¹⁵

Même si la séparation de l'Église et de l'État n'est pas proclamée, et malgré avoir accordé aux membres du clergé une position privilégiée, l'Église sera surveillée par le gouvernement.

Le monarque prêtait le serment de respecter le Règlement et les lois ; le Trésor et la fortune privée du monarque étaient séparés, par la création d'une liste civile ; la responsabilité partielle du pouvoir central devant

¹⁴ De nouveau, I. Stanomir considère (*op. cit., loc. cit.*) que le type d'Assemblée prévu par les Règlements n'aurait pas permis une évolution du parlementarisme roumain vers celui consacré par les chartes constitutionnelles françaises ou la loi fondamentale belge. À notre avis, c'est une opinion un peu hasardée, puisque le parlementarisme des deux pays invoqués s'est développé au XIX^e siècle suivant des lignes institutionnelles introduites *exprès* par les constitutions, donc à cause d'une architecture institutionnelle voulue et recherchée et qui n'était plus liée à un parlementarisme "coutumier".

¹⁵ Cf. Radu Carp, *Responsabilitatea ministerială. Studiu de drept public comparat* [La responsabilité ministérielle. Étude de droit public comparé], Bucarest : ALL Beck, 2003, pp. 148-153.

l'Assemblée nationale (dans le domaine financier¹⁶) était instituée ; la séparation des pouvoirs dans l'État ; une réforme fiscale prévoyait la création d'une taxe prélevée par famille, l'élimination des taxes indirectes, la création d'un budget ; des nouvelles mesures fiscales et comptables étaient introduites ; la création des Banques Nationales était prévue – tout comme l'adoption d'une unité monétaire nationale – sans qu'elle puisse être appliquée effectivement.

Les Règlements devraient jouer le rôle de loi fondamentale de la restauration du pouvoir national, et pas d'une Restauration, car – dans le cadre général de l'époque – il n'y avait pas de dynastie à restaurer ; sauf pour une partie des boïars pour lesquels le regain du pouvoir politique par les Roumains devrait signifier la Restauration d'une monarchie de type classique.

On constate, en même temps, dès 1830, un renouvellement linguistique et lexical : le terme "constitution" s'introduit dans le langage politique, désignant au début les Règlements mêmes, et, plus tard, sous l'influence des partisans d'un régime plus libéral et plus démocratique, une loi fondamentale qui, par rapport aux Règlements, serait meilleure.¹⁷

Il y a pourtant des ressemblances entre l'interprétation juridique de la Charte révisée de 1830 en France, ses conséquences, et les conséquences juridiques des Règlements organiques pour les deux Principautés roumaines. *Cela démontre que l'esprit de l'époque était le même de Paris à Saint-Petersbourg, essayant de trouver une voie moyenne entre le maintien et le changement, entre le Conservatisme et le libéralisme.*

¹⁶ Le ministère des finances compte 37 fonctionnaires ; le ministère de l'intérieur 38 ; la Justice, 25.

¹⁷ Un des projets constitutionnels de 1838, élaboré par Ion Câmpineanu parle de "souverain", "loi", "liste civile", "représentation [= représentativité] nationale", "puissance légiférante" [= pouvoir législatif], "puissance accomplissante" [= pouvoir exécutif], qui ; au fond, des néologismes désignant des réalités vécues et consacrées par les Règlements, mais ici le renouveau lexical joue le rôle de démonstration des nouveaux débuts de la pensée politique roumaine. Cf. Laurențiu Vlad, "Inventarea 'constituției'" [L'invention de la constitution], dans Radu Carp, Ioan Stanomir, Laurențiu Vlad, *De la "pravilă" la "constituție". O istorie a începuturilor constituționale românești* [De "loy" à "constitution". Une histoire des débuts constitutionnels en Roumanie], Bucarest : Nemira, 2002, p. 31.

D'abord, remarquons les ambiguïtés constitutionnelles¹⁸ : si les Règlements rétablissaient l'état des affaires considéré "normal" avant "les Grecs", il ne le faisait que partiellement. Dynastiquement, la famille qui devait régner sur le pays selon les anciennes lois n'était plus appelée ; la Moldavie l'avait d'ailleurs perdue une fois avec l'extinction des derniers "Mușat" au début du XVIII^{ème} siècle. Les nouvelles familles ayant régné depuis – apparentées aux dynastes légitimes –, s'étaient immiscées dans le petit monde des familles phanariotes et étaient regardées comme y faisant partie. La question dynastique restait ainsi dehors le texte ; étant données les conditions et les intérêts, de l'ancien système héréditaire-électif (élection du dynaste le plus capable et doué à régner par les grands boïars/pairs) on n'avait gardé que le principe électif – ce qui allait stimuler les jalousies, les incompréhensions et l'opposition.

Le principe électif, le droit d'élection et l'existence d'une assemblée nationale de type parlementaire ne doivent être confondus à la "souveraineté populaire"¹⁹. Les Règlements sont un document conçu et issu par et pour l'élite politique, jouant un rôle organisateur-constitutionnel, consacrant une structure institutionnelle jugée opportune par rapport à la modernisation souhaitée.

¹⁸ Les droits et la souveraineté des Bourbons de la branche aînée, résultat d'un principe historique (sacrée dans son essence), est abolie en 1830 après les Trois Glorieuses, par la Charte révisée. La Chambre des députés prononce le 6 août 1830 la vacance du trône, justifiant que le roi qui aurait été légitime (selon le principe de la monarchie capétienne) n'était plus reconnu par le corps de la nation (principe appliqué après 1789, sous l'influence de la monarchie napoléonienne, même si "la nation", en soi, était un principe dont l'Ancien Régime tenait compte). La double abdication de Charles X et du dauphin (Louis XIX), le 2 août, qui devrait ouvrir la voie au règne du duc de Bordeaux (futur Comte de Chambord, Henri V) perd toute importance. Il n'est donc pas question d'une succession dynastique régulière, *ad habitum*, mais réglementée et contractuelle. C'est pourquoi Louis-Philippe d'Orléans règne sous le nom de Louis-Philippe I^{er} et non de Philippe VII.

¹⁹ En France, la monarchie de Juillet n'est pas davantage fondée sur la souveraineté populaire : la Charte de 1830 ne sera pas ratifiée par le peuple, non plus que l'accession au trône du nouveau roi. « L'appel au suffrage populaire – observe Guizot – eût donné à la monarchie précisément le caractère que nous avons à cœur d'écartier ; il eût mis l'élection à la place de la nécessité et du contrat. C'eût été un principe républicain, profitant de l'échec que le principe monarchique venait de subir, pour l'expulser complètement, et prendre encore, sous un nom royal, possession du pays » (cité par Jacques Godechot, *Les constitutions de la France depuis 1789*, Paris : Garnier-Flammarion, 1970, p. 245).

*Le nouveau régime monarchique roumain*²⁰, inauguré par les Règlements, peut être décrit comme **électif et contractuel** : **électif**, car ce sont les députés (appartenant à l'élite noble, à la bourgeoisie et à la paysannerie riche) qui élisent le souverain à vie ; et **contractuel**, car toute élévation au trône était subordonnée à l'acceptation des Règlements.^{21, 22} Le nouveau régime établit des monarchies constitutionnelles – et il convient de distinguer monarchie constitutionnelle et monarchie parlementaire, car dans les monarchies constitutionnelles, le souverain conserve l'essentiel du pouvoir; en revanche, dans les monarchies parlementaires, selon l'heureuse formule de Louis-Philippe, Roi des Français, «le roi règne mais ne gouverne pas» : il ne s'occupe pas de la gestion courante de l'État.²³

En ce que concerne l'organisation des pouvoirs, malgré le fait que le même principe héréditaire et méritocratique préside à la formation de la Chambre des pairs en France et de l'Assemblée nationale en Moldavie-Valachie, le régime politique qui découle des Règlements ressemble au

²⁰ Ou "nouveau régime de la monarchie roumaine". Nous appliquons la formule *nouvelle monarchie roumaine* à la monarchie libérale des Hohenzollern, après 1866. On parle de la première monarchie roumaine et la deuxième monarchie roumaine, ou de la monarchie classique roumaine et la monarchie libérale.

²¹ Faisant preuve que le futur souverain appartient à la nouvelle génération politique, moderne, "patriote", des Principautés, et non pas à la génération phanariote. – En France (voir Godechot, *supra*), la monarchie de 1830-1848 est élective et contractuelle : élective parce que ce sont les députés (une petite moitié des membres de la Chambre dissoute par Charles X le 25 juillet) qui constatent que « l'intérêt universel et pressant du peuple français appelle au trône S.A.R. Louis-Philippe d'Orléans » ; et contractuelle, car l'élévation au trône de Louis-Philippe est subordonnée à l'acceptation par celui-ci de la Charte révisée par les Chambres. Celle-ci, loin d'être concédée, comme celle de 1814, est un pacte entre le roi des Français et les Chambres ; c'est la principale raison pour laquelle le préambule de 1814 a été supprimé.

²² C'est la raison pour laquelle le premier Prince souverain "réglementaire" de Valachie, Alexandre Ghika (1796-1862, *regnavit* 1834-1842), frère cadet du Prince ayant régné antérieurement, Grégoire IV Ghika (1822-1828), sera forcé à abdiquer lorsqu'il n'accepte pas l'article additionnel ajouté au Règlement valaque par les représentants de la Cour protectrice, la Russie, stipulant que la loi fondamentale ne peut pas être modifiée sans l'accord des deux Puissances (suzeraine et protectrice), l'Empire ottoman et l'Empire russe. Au fond, l'article était superflu, parce que l'Empire russe et la Turquie avaient convenu une telle formule de coopération bien auparavant, dans le cadre des traités bilatéraux ; mais la manière dont il a été introduit *a posteriori*, en altérant le texte originel des Règlements, a fait scandale.

²³ Ce manque de différenciation est la principale – et grave – erreur de l'historiographie critique actuelle des Règlements, qui, trop souvent, par "monarchie constitutionnelle" comprend "monarchie parlementaire" (!). *Gardons-nous donc, de confondre, intrinsèquement, l'organisation des pouvoirs d'un monarque avec la limitation des pouvoirs d'un monarque.*

système de la Charte de 1814 en France et donc peut être qualifié de quasi-parlementaire : le renversement du gouvernement par le pouvoir législatif n'est pas prévu, mais un système d'"adresses" se met progressivement en place, étendant la portée de l'article qui stipule que le gouvernement est responsable.

À la différence de la Monarchie de Juillet, le régime Réglementaire n'amorce pas un parlementarisme dualiste en Moldavie-Valachie, et le rôle de la Couronne n'est pas contesté, ni n'est-elle le sujet d'une dispute politique : le Prince règne et gouverne.²⁴

Par son mélange de despotisme éclairé et libéralisme, du point de vue de l'administration d'État, les Règlements ont constitué une véritable étape de modernisation ; de point de vue de l'exercice du pouvoir, ils remplacent l'ancien absolutisme par un régime oligarchique qui concentrait le pouvoir dans les mains de quelques grandes familles : celles qui avaient graduellement renversé le régime phanariote et dont les représentants avaient participé à la rédaction des Règlements. « *Le régime politique adopté ne ressemblait plus à l'absolutisme pratiqué (...) à Saint-Pétersbourg* ». ²⁵

Mais les Règlements n'ont pas accordé un espace politique qui soit utile et constructif à cette nouvelle classe émergente, mélange de classe rurale comprenant les professeurs, les familles nobles de troisième rang et les familles nobles déchues, qui, malgré les différences sociales, disposaient d'un même niveau d'instruction que les familles aisées, et manifestaient le même désir de jouer un rôle sur la scène politique. La noblesse change sa définition : elle cesse d'être exclusive sans pourtant être plus perméable, car, même si les offices de Cour ou quelques dignités peuvent être achetés, ils n'offrent pas à l'aspirant la même position sociale acquise par les

²⁴ Malgré ces différences, les paroles de Pellegrino Rossi, porte-parole officieux du roi Louis-Philippe au sein de l'Université de Paris, semblent plutôt bien décrire la situation de la monarchie roumaine renouvelée : « La royauté, dans notre système constitutionnel, est le centre autour duquel tous les pouvoirs viennent se coordonner pour former un seul tout [. . .] C'est dans l'élément monarchique qu'est posé le principe d'unité qui tient ensemble les trois parties de la machine gouvernementale : la monarchie a une part dans les trois branches du pouvoir [. . .] Elle n'est complètement étrangère à aucun des grands pouvoirs de l'État » (Pellegrino Rossi, *Cours de droit constitutionnel*, leçons 72 et 92 – cité par Marcel Prélot, *Institutions politiques et droit constitutionnel*, 9e édition revue par Jean Boulouis, Paris : Dalloz, 1984, § 269, p. 413.)

²⁵ Vlad Georgescu, *Istoria românilor. De la origini până în zilele noastre* [L'Histoire des roumains. Dès origines et jusqu'à nos jours], Bucarest : Humanitas, 1992, p. 145.

membres des grandes familles au fil des siècles²⁶. La majorité écrasante de la nouvelle noblesse appartient à cette classe issue du commerce et de métayers enrichis. Les différences de conceptions politiques et sociales des deux catégories, les nobles de sang et les *homines novi* seront radicales : les uns regardaient vers l'avenir tout en tenant compte du passé, les autres – vers l'avenir seulement, faute d'avoir un passé ou de mieux le connaître.

Œuvre sous coordination russe – car à l'époque les Principautés se trouvaient sous le contrôle militaire et politique des Russes, par occupation suite à la guerre turco-ottomane de 1828-1829 – les Règlements sont décrits par le comte Paul Kiseleff (le plénipotentiaire envoyé par la Cour de Saint-Pétersbourg) comme un texte dont les principes « *sont le plus compatibles avec [la] situation sociale actuelle. Il n'inclut point une de ces théories qui, dans leur abstraction, ne manquent pas de but d'utilité reconnue, mais qui, une fois appliquées, faillent, dépassant les limites que seules la civilisation actuelle et les habitudes nationales auraient le droit de désigner.* »²⁷

C'est ainsi que les États roumains se pourront appeler des monarchies constitutionnelles. Effectivement, dans un almanach valaque de l'époque, la Valachie est décrite dans les termes suivants « L'État roumain est une principauté [monarchie] constitutionnelle », ayant la même langue, religion et origines que la Moldavie.

Les Constitutions d'un Conservatisme modernisateur

Comme tout produit politique qui ne réunit pas le consensus, les Règlements organiques ont été contestés : à la fois pour leur limitation (aux yeux de ceux désireux d'embrasser le libéralisme le plus pur de l'époque, qui était républicain) et pour l'empreinte russe qu'ils porteraient... En conséquence, dès que les contestataires auront l'occasion de déprécier et dévaluer la qualité de ces constitutions, dans la presse européenne, ils le feront sans hésiter ; de même coup, les 20 ans qui passent de 1830 à 1848 et 1856, seront taxés de "règnes rétrogrades", "sans patriotisme", "de soumission à la Russie" – et plus tard, oligarchiques, corrompus, dysfonctionnels.

²⁶ Le principe de la bonne naissance (l'eugénie, c'est-à-dire, ici, la noblesse de sang) reste en vigueur.

²⁷ *Annales parlementaires de Roumanie*, I (1831), Bucarest : Imprimeria Statului, 1890, p. 70.

Un esprit objectif s'étonnerait à juste titre devant toutes ces considérations : car, de 1830 à 1848, malgré le contexte difficile, on assiste à une époque *de stabilité politique et militaire*,²⁸ *de croissance économique, de développement institutionnel et édification de l'État, d'europeïsation culturelle* – qui veut dire un raccord à l'Europe – sans précédent.

Que cette époque ait eu ses bavures, c'est naturel. Tout nouveau régime hésite, cherche les meilleures façons d'avancer, s'enraciner, trouver le consensus, obtenir l'adhésion des élites, l'assentiment de la population, et la bienveillance des voisins.

Parler de l'inefficacité du régime parlementaire conçu pour les deux États roumains signifie ne pas se rendre compte que – en pleine Europe centrale-orientale – les États roumains à 1830 étaient les seuls à disposer d'un régime de type parlementaire : la Grèce n'aura son parlement qu'en 1844, l'Autriche son *Reichtag* en 1848, la Russie sa *Douma* en 1905.

Parler de l'inefficacité du régime parlementaire en Moldavie et Valachie signifie à la fois ne pas connaître les difficultés du régime parlementaire en Grande-Bretagne au long au XVIII^{ème} siècle et jusqu'à 1832, ou la question des *rotten boroughs* dans le système électoral anglais et britannique²⁹. Ou les difficultés de la France après la Restauration, dont la

²⁸ Sauf les mineurs incidents des insurgés bulgares.

²⁹ Les mouvements pour la réforme législative dans le Royaume-Uni, pour les réformes fiscales finiront par l'interdiction du droit de rassemblement des ouvriers. De 1820 à 1825, l'économie britannique avait connu un essor grâce à l'ouverture des marchés américains, les exports avaient augmenté de 40 à 70 000 000£. C'est suite à la crise de la spéculation financière, de 1825 à 1826 (lorsque 122 banques allaient suspendre les paiements) que l'économie britannique connaîtra un ralenti. Dans ce contexte, où la crise économique temporaire et les mouvements sociaux pouvaient servir de prétexte pour des émeutes, la réforme électorale, l'émancipation des catholiques et la question irlandaise devaient, obligatoirement, être résolues. – Quant aux "bourgs pourris", en anglais *rotten boroughs*, il s'agit du nom sous lequel on a flétri en Angleterre certaines circonscriptions où l'on faisait du trafic du droit d'élection. (Ces villes ou bourgades, jadis importantes, mais qui s'étaient dépeuplées avec le temps, ne comptaient plus qu'un très petit nombre de propriétaires (et donc d'électeurs selon le système d'alors), mais ceux-ci conservaient leurs privilèges électoraux et vendaient leurs voix au plus offrant. Les plus fréquemment citées sont Dunwich, dont la quasi-totalité du territoire avait été dévoré par la mer et dont l'unique électeur se vantait ouvertement de son statut privilégié, et Old Sarum qui comptait sept électeurs, East Looe, Gatton, Plympton Erle, Bramber, etc. Par contraste, les cités neuves comme Birmingham et Manchester n'avaient aucun représentant pour leurs dizaines de milliers d'habitants. Des hommes politiques illustres, comme Pitt l'Ancien (à Old Sarum) et Burke (à Wendover) profitèrent de ce régime.) Voir Eric J. Evans, *The Great Reform Act of 1832*, Londres : Routledge, 2008, pp. 4-15.

royauté passe du pouvoir absolu au pouvoir partagé avec la Chambre des députés des départements (1815-1830) et la Chambre des députés (1830-1848).

Les différences entre ce régime parlementaire et les autres, plus évoluées concernent l'ancienneté (qui implique une fonctionnalité déjà exercée, une capacité meilleure d'intégrer les intérêts politiques, de négocier, de trouver une voie moyenne ou de forger un compromis), les méthodes d'élection et l'impacte (accepté) de l'opinion publique sur les institutions politiques. *Mais la fonctionnalité en soi n'implique pas l'efficacité.* Au fond, l'opposition systématique de l'Assemblée parlementaire de Valachie – de 1842 à 1848 – reflète la même obstination que celle qui avait précédé la chute de Charles X de France, ou le clivage à la Chambre des députés qui sépare le parti du "mouvement", progressiste et considérant la Charte de 1830 comme un point de départ, et celui de la "résistance", conservateur et qui n'accepte aucun aménagement supplémentaire. Un régime parlementaire est difficile – c'est une réalité indéniable. Il a ses justifications, ses raisons, mais aussi ses inefficacités.

On peut se demander quelle aurait été, objectivement, l'opinion des détracteurs exprimée sur les Règlements de 1830 si la Russie se montrait plus douce qu'elle ne l'avait fait. Il y a une certaine incapacité de se détacher, toujours objectivement, du ressentiment que les Roumains portent à la politique russe, pour apprécier la valeur intrinsèque des actes constitutionnels de 1830. Oui, la crainte était justifiée : en 1812, la Bessarabie, c'est-à-dire la Moldavie orientale – 45 630 km² (50% du territoire moldave) et 240 000-360 000 habitants (25% de la population) – avait été incorporée à l'Empire russe malgré son appartenance à un État qui n'était pas un territoire de la Turquie ottomane ; dans un contexte très compliqué, militairement et diplomatiquement, les Russes s'étaient servis de tout ce que les prévisions internationales concernant la Moldavie laissaient interprétable. De surcroît, à la même époque, la Russie menait – de l'autre côté de la Mer Noire – une politique d'incorporation des antiques royaumes géorgiennes mêlant droit international (tel que compris par le Concert européen) et force militaire.³⁰

³⁰ Voir Ronald Grigor Suny, *The Making of the Georgian Nation*, Bloomington : Indiana University Press, 2004.

Or, la localisation de la Valachie et de la Moldavie en Europe changeait les rapports et les méthodes de contrôle envisagées. La Russie ne pouvait pas agir de la même manière en Valachie et Moldavie, parce que le Caucase était plus isolé par rapport à l'échiquier de forces politiques et militaires européennes ; pour la Perse ou les Ottomans, la perte des principautés-royaumes géorgiennes était moins une question économique que stratégique et de prestige militaire. Or, annexer deux États de la dimension de la Bavière et du Württemberg, sur les Carpates et le Danube, aurait provoqué l'hostilité entière des cabinets européens, et sans doute une alliance paneuropéenne menant à une guerre que la Russie ne pouvait que perdre. (L'intuition des Russes en 1821 ou 1830-34 s'est prouvée correcte : la guerre de Crimée commencera suite à l'occupation des terres roumaines par la Russie.)

De là, une *politique de séduction*, d'amitié à but précis, envers les Roumains. Mais jugeons cela d'une manière neutre. La Russie ne pouvait pas être sûre du résultat de ses efforts opérationnels. Au fond, elle dépensait largement la vie de ses soldats et des ressources bien utiles sur la libération des peuples chrétiens du sud-est européen – et c'était là le côté romantique, qui impressionnait, de la politique russe. C'est le côté que la Russie aimerait que les autres se souviennent. Elle y insiste depuis 1769. Au-delà de cette réalité indéniable se trouvent les autres projets de la politique russe, dont le plus grand est l'avance sur Constantinople. Les États roumains n'étaient qu'une étape ; autonomes ou non, incorporés ou non, il fallait établir sur les deux pays danubiens une sorte de prépondérance.

Michel Sturdza, Prince de Moldavie, exagérait-il peut-être (dirions-nous aujourd'hui, rétroactivement), lorsqu'il écrivait que « *le nom de la Russie doit être vénéré par le gouvernement et les habitants du pays qui lui doivent l'existence et la prospérité* ». ³¹ Mais le sentiment, à l'époque, était justifié et compréhensible si on l'intègre à l'expérience politique antérieure des Principautés roumaines, dans leur relation prolongée avec les Ottomans. La Russie apportait quelque chose que l'Empire ottoman n'avait jamais pu garantir : la *stabilité*.

Or, les élites politiques russes en étaient conscientes : Kiseleff avouait ouvertement que le but des Règlements était « *de soumettre les*

³¹ Collections Hurmuzaki, Bucarest : Socec, 1891, vol. IV, supplément I, p. 201.

Moldaves et Valaques à nos coutumes, de manière que par ces moyens, sauf si des changements ne surviendront en Europe, notre frontière sera le Danube, protégée par les autochtones ». ³²

Il s'agissait de fidéliser les Roumains en leur offrant la paix et la stabilité et surtout une évolution politique, institutionnelle et économique. L'intérêt russe était compatible avec l'intérêt roumain sur beaucoup de plans. Bien sûr, chaque fois que les officiels russes ont eu la possibilité d'interférer dans l'organisation interne des communautés chrétiennes du Sud-est européen ottoman, ils ont souligné le besoin d'introduire un ordre légal moderne, juridique et fiscal, fondé sur des règlements et procédures précis, couvrant une gamme vaste du processus de gouvernance, qui se transformait en moyen efficace et moral de prépondérance, voire domination, sur une série d'États qui n'avait pas encore l'exercice de ce type de gouvernement. Il s'agissait d'avancer dans le Sud-est européen par la bienveillance.

Lorsque le Tsar Alexandre s'empare de la Bessarabie, il déclare : « *Administrant la Bessarabie, il faut savoir qu'on met les fondements d'un édifice plus grand. Le peuple de cette province doit recevoir les bienfaits d'une administration paternelle et libérale de sorte qu'on attiré astucieusement l'attention des peuples voisins, limitrophes, sur son bonheur. Les Bulgares, les Moldaves, les valaques, les Serbes cherchent une patrie ; qu'on leur facilite leur voie. Il faut exalter par tous les moyens ces populations afin de les mener à une fin que nous nous proposons (...)* ». ³³

Annexée pour mieux protéger, au fond, l'Odessa, la Bessarabie se transforme en vitrine de l'administration impériale ; les lois traditionnelles du pays sont respectées, un gouvernement civil institué, remplacé six ans plus tard, le 29 avril 1818, par un *oblast* (région) avec une série de prévisions spéciales, telles que l'usage du roumain comme langue officielle (à-côté du russe), le maintien de l'église locale, une administration privilégiée. Ce n'est qu'à la suite des émeutes de 1821, par précaution, qu'une série de libertés lui seront retirées, et un nouveau statut lui est accordé le 29 février 1828.

³² Alexandru Papadopol-Callimakî, *Generalul Pavel Kiseleff în Moldova și Țara Românească 1829-1834 după documente rusești* [Le général Paul Kiseleff en Moldavie et Valachie 1829-1834 d'après des documents russes], Bucarest : Académie Roumaine, *Analele Academiei Române Memoriile Secțiunii Istorice*, II, 9/1886-1887, p. 84.

³³ Cité par Dimitrie Sturdza, *Europa, Rusia și România* [L'Europe, la Russie et la Roumanie], Bucarest : l'Institut d'Arts Graphiques Carol Göbl, 1914, p. 27.

Le chancelier russe Nesselrode écrivait le 12 février 1830 au grand-duc Constantin de Russie, gouverneur militaire du royaume russe de Pologne : « *le but de nos relations avec la Turquie est défini par le traité d'Andrinople. Il dépendait de nous seulement de faire avancer nos armées vers Constantinople, renverser l'empire turc. Nulle Puissance ne s'y serait opposée, nul danger immédiat ne nous aurait menacés si nous avions donné le coup fatal à la monarchie ottomane en Europe. Mais l'opinion de l'Empereur est qu'on doit beaucoup plus à nos intérêts politiques et commerciaux ; que cette monarchie soit affaiblie, qu'elle n'existe que sous la protection de la Russie et qu'elle n'exécute dorénavant que nos ordres. Tout autre arrangement substituerait à l'empire ottoman d'autres États qui, en peu de temps, rivaliseraient avec l'empire russe comme pouvoir, civilisation, industries richesse.* »³⁴

³⁴ *Ibidem*, p. 28. — La Russie aura une chance inespérée de pouvoir contrôler l'Empire ottoman de 1833 à 1840 par le Traité d'Unkiar Skelessi, qui démontra encore une fois l'extraordinaire force militaire de l'Empire russe. C'était à l'époque de la **crise égyptienne**, lorsque L'Égypte de Mehmet Ali, vassale de l'Empire ottoman, d'origine albanaise, gouverneur du pays, après une réforme militaire importante, était entrée en guerre contre le Sultan Mahmud II, dans le but de conquérir la Palestine, la Syrie et l'Arabie, y créant un empire indépendant. Mehmet Ali avait facilement battu les troupes turques et menaçait même Constantinople. Le Royaume-Uni et la France déclarent soutenir Mehmet Ali, tandis que le Tsar Nicolas I^{er} envoie un corps d'armée russe *pour venir en aide* aux Ottomans. À la suite de cette intervention, la paix est signée en mai 1833 entre les ottomans et les égyptiens, alors que Mehmet Ali prend le contrôle de la Syrie et de l'Arabie. La Turquie va signer, le 8 juillet 1833, à Hünkâr İskelesi (Unkiar Skelessi), un traité inclut aussi la suite à la dévastatrice guerre russo-turque de 1828-1829. En profitant du contexte difficile pour les Sultans, au lieu d'imposer sur la Turquie une politique de conquête, *la Russie lui propose un traité d'alliance sur huit ans, dont les clauses mettaient l'empire ottoman tout entier sous la protection russe ; cela renversait toutes les alliances imaginées et se constituait en un véritable protectorat.* Les deux empires se promettent une assistance mutuelle en cas d'attaque par une puissance étrangère. Un article secret dispense les Turcs d'envoyer des forces armées au secours des Russes ; en revanche, ils s'engagent à fermer les Dardanelles à tout navire non-russe, en cas de guerre contre la Russie. Ce traité a été temporairement accepté, vue la situation dans l'Orient méditerranéen. Le Royaume-Uni et la France s'inquiètent, craignant que les Turcs n'aient donné à la Russie la liberté d'envoyer sa flotte au-delà des Dardanelles. La Convention de Londres sur les Détroits, signée en 1841, est destinée à rétablir l'équilibre des forces en limitant la marge de manœuvre de la flotte russe (voir Frank Edgar Bailey, *British Policy and the Turkish Reform Movement: A Study in Anglo-Turkish Relations, 1826-1853*, Cambridge, MA : The Harvard University Printing Office, 1942, pp. 49-53). — À **Bucarest et Iași**, cela démontrait, si c'était encore nécessaire, la puissance militaire de la Russie sur l'Europe, la vulnérabilité accrue de l'Empire ottoman, et donc le risque immense de provoquer la Russie, à laquelle la Turquie même avait cédée. L'équilibre – et l'espoir – n'allaient revenir dans les deux capitales roumaines qu'en 1840/1841 par ladite Convention de Londres, qui montrait que la France et la Grande-Bretagne étaient concernées par l'équilibre européen. L'espoir de pouvoir se détacher de la Turquie et de la Russie s'attachait maintenant à **une solution diplomatique internationale.**

Était celle-ci une opinion constante ? En tout cas, à 1829-30, *il ne s'agissait pas d'annexion des Principautés roumaines, geste qui aurait provoqué une crise européenne*. Était celle-ci une solution secondaire ? Étaient les crises et les insurrections soutenues par les Russes en Bulgarie le premier pas vers la création d'un État bulgare, sorte de principauté autonomie à la façon moldo-valaque ? Était la création d'une chaîne d'États centrés sur le Danube (la Valachie, la Moldavie, la Serbie, la Bulgarie) contrôlés par la Russie seulement une manière d'affaiblir l'Empire ottoman, le restreindre et le dominer ?

Ces questions semblent recevoir une réponse vingt ans plus tard, pendant la rencontre de l'Empereur Nicolas I^{er} avec l'ambassadeur britannique, le 21 février 1853 : « *Constantinople ne peut être ni anglais, ni français, ni qu'il appartienne à un autre pouvoir, mais je ne vais pas admettre qu'on essaye la reconstitution d'un empire byzantin, ou l'agrandissement de la Grèce en faisant d'elle un État puissant, ou de fractionner la Turquie en des petites républiques (...)* En cas de dissolution de l'empire turc, les principautés de Moldavie et de Valachie peuvent rester ce qu'elles sont en faite, des États **indépendants** sous la protection de la Russie, la Serbie pouvant recevoir la même forme de gouvernement, et rien ne s'opposerait que la Bulgarie obtienne ainsi son indépendance. »³⁵

Or ces projets politiques qui engageaient d'empires et les plus grandes Puissances de l'Europe dépassaient incommensurablement les moyens militaires, diplomatiques et économiques des Principautés roumaines ; les Princes-régnants de 1830 à 1848/1856 (Ghika, Bibesco, Sturdza, Știrbey) en sont très conscients. Toute opinion contraire à cette réalité était superficielle et dérisoire : comment pouvaient-elles, deux Principautés d'allure moyenne, sorties d'un régime politique affaiblissant, s'engager dans un projet "national" ou anti-Conservateur, contraire aux intérêts prédominants en Europe ? Comment risquer l'existence-même de l'État au nom des projets libéraux improbables ?...

Il est obligatoire de revoir de cadre européen de la pensée politique des Princes de Valachie et de Moldavie. Vue de Saint-Pétersbourg, la Sainte Alliance – s'opposant au libéralisme démocratique ou radical – n'avait pas cessé d'exister, même si le Tsar Alexandre I^{er} était mort³⁶. Immédiatement

³⁵ *Ibidem, loc. cit.*

³⁶ Pour la Russie, les principes de cette alliance ne cesseront que les jours de la Guerre de Crimée, lorsque les alliés de 1815 seront devenus des ennemis.

après l'établissement de la Triple et de la Quadruple Alliance, la Russie fera rejoindre celle-ci par des États comme la Saxe, la Suisse, le Hambourg, le Brême et le Lübeck ; elle allait recommander à l'Espagne d'envoyer ses armées dans les colonies sud-américaines. Elle est le *leader* d'une stabilité européenne imposée militairement. Plus tard, la Russie propose un pacte général qui remplace la Quadruple-Alliance³⁷ en y faisant entrer la France et les puissances moyennes ; maîtresse de l'Europe par ses moyens militaires gigantesques, la Cour de Saint-Petersbourg finira par envisager et proposer un système mondial où, par médiation européenne, les colonies sud-américaines soient incluses dans le plan du traité de Vienne, cela permettant de faire cesser la révolte contre la métropole espagnole.³⁸ Ces sont des projets visant l'Europe entière, soutenus par une armée immense, prête à intervenir.

A son tour, Metternich désirait appliquer au niveau européen un système de garantie générale (limité initialement à la France par la Quadruple-Alliance), tout en excluant les Amériques. Sous son impulsion – au Congrès de Troppau en 1820, à Laybach en 1821 –, et de l'affirmation d'un « droit d'intervention si la situation intérieure d'un État menace la paix de ses voisins », la Sainte-Alliance se transformera en alliance contre-révolutionnaire, réprimant les insurrections considérées contraires à l'ordre de Vienne. D'ici naîtront les expéditions d'Espagne (1823), celle de Naples, de Pologne, appuyées sur les forces des grandes Puissances.

L'activité de la Sainte-Alliance continuera, même si divisée sur deux plans : les relations franco-britanniques d'un côté (plus ouvertes, plus libérales) et les relations russo-austro-allemandes de l'autre. Cette scission d'intérêts s'est révélée le moment de la création de la Belgique – l'Autriche,

³⁷ Il s'agit du pacte conclu le 20 novembre 1815 entre l'empire d'Autriche, le royaume de Prusse, l'empire de Russie et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande. Son but était de préserver l'équilibre européen.

³⁸ La fébrilité des projets mondiaux de la Russie ne s'arrêtait là : contrôle des îles Baléares, commerce russo-espagnol dans le Pacifique (position négociée avec l'État espagnol), droits de la Compagnie Russo-Américaine (la Russie étant en possession de l'Alaska, à l'époque) de faire commerce sur les côtes de la Californie... (cf. Walter Alison Phillips, *The Confederation of Europe: A Study of the European Alliance, 1813-1823 as an Experiment in the International Organization of Peace*, Londres : Longmans, Green and Co., 1920 et Lawbook Exchange, 2005).

la Prusse et, au début, la Russie, étant hostiles au détachement des terres belges du royaume néerlandais –, même si elle était circonscrite au désir de paix et stabilité en Europe.

Le 14 août 1833, les souverains de l'Autriche et de la Prusse se rencontrent à Töplitz, dans le château de Theresienstadt. Le 9 septembre, la même année, le Tsar, l'Empereur et le *Kronprinz* de Prusse se rencontrent à Münchengrätz, dans le royaume de Bohême, Metternich se déclarant d'accord avec la politique russe en Turquie – y compris l'accord pour la politique russe en pays roumain³⁹ – afin de pouvoir obtenir l'accord russe pour sa politique en Allemagne. Quant aux souverains des royaumes et des duchés allemands, et ceux des États italiens – surtout les membres des branches de Toscane et de Modène de la maison d'Autriche –, le danger révolutionnaire les avait approchés de l'Autriche : en 1834, le 12 juin, les souverains de la Confédération allemande concluent séparément un traité à Vienne, ouvrant aux Habsbourg les portes d'une influence grandissante en Allemagne.

Il s'agit donc un système international fermé, au milieu duquel il fallait naviguer avec beaucoup de sagesse, beaucoup de diplomatie. Les choix des deux Principautés roumaines étaient cruciaux. *La configuration institutionnelle des Règlements était ainsi faite en sorte de servir à une meilleure gouvernance, à une modernisation sans provocation.* La politique des souverains roumains incarnera la prudence. Leur penchant libéral se manifestera par des réformes entreprises dans les limites socialement, politiquement et économiquement acceptées à l'époque. C'est de cette sorte que dans l'histoire des Roumains au XIX^{ème} et XX^{ème} siècles faudrait-il parler d'une *modernisation conservatrice* – ou d'un *Conservatisme modernisateur* – couvrant l'époque qui va de 1822 à 1856, suivie d'une modernisation de type libéral (1859-1930), donc d'un *Libéralisme modernisateur*, déjà si bien connu.

³⁹ Voilà pourquoi l'Autriche ne jouera qu'un rôle passif dans l'évolution des Principautés Roumaines de 1830 à 1853.

Bibliographie

- *** (1890), *Annales parlementaires de Roumanie*, Bucarest : Imprimeria Statului, I (1831), 70
- Bailey, Frank Edgar (1942), *British Policy and the Turkish Reform Movement: A Study in Anglo-Turkish Relations, 1826-1853*, Cambridge, MA: The Harvard University Printing Office.
- Brătianu, Gheorghe I. (1995), *Sfatul domnesc și Adunarea Stărilor în Principatele Române* [Le Conseil privé du monarque et les États généraux dans les Principautés roumaines], Bucarest : Enciclopedica.
- Carp, Radu, *Responsabilitatea ministerială. Studiu de drept public comparat* [La responsabilité ministérielle. Étude de droit public comparé], Bucarest : ALL Beck, 2003.
- Cohendet, Marie-Anne (2008), *Droit constitutionnel*, Paris : Montchrestien-L.G.D.J.
- Collections Hurmuzaki (1891), Bucarest : Socec, vol. IV, supplément I, 201
- Evans, Eric J., *The Great Reform Act of 1832*, Londres : Routledge, 2008
- Filitti, Ioan C. (1915) *Domniile Române sub regulamentul organic, 1834-1848* [Les règnes des Princes roumains sous le Règlement organique] Bucarest : Socec & Co.
- Filitti, Ioan C. (1934) *Principatele Române de la 1828 la 1834. Ocupația rusească și Regulamentele organice* [Les Principautés roumaines de 1828 à 1834. L'occupation russe et les Règlements organiques], Bucarest : Institutul de Arte Grafice "Bucovina"
- Georgescu, Vlad (1992), *Istoria românilor. De la origini până în zilele noastre* [L'Histoire des roumains. Dès origines et jusqu'à nos jours], Bucarest : Humanitas.
- Godechot, Jacques (1970), *Les constitutions de la France depuis 1789*, Paris : Garnier-Flammarion.
- Papadopol-Callimaki, Alexandru (1887), *Generalul Pavel Kiseleff în Moldova și Țara Românească 1829-1834 după documente rusesci* [Le général Paul Kiseleff en Moldavie et Valachie 1829-1834 d'après des documents russes], Bucarest : Académie Roumaine, *Analele Academiei Române Memoriile Secțiunii Istorice*, II, 9/1886-1887.

- Phillips, Walter Alison (1920), *The Confederation of Europe: A Study of the European Alliance, 1813-1823 as an Experiment in the International Organization of Peace*, London : Longmans, Green and Co. (Lawbook Exchange, 2005).
- Prélot, Marcel (1984), *Institutions politiques et droit constitutionnel* (9e édition), Paris : Dalloz.
- Stanomir, Ioan (2005), *Lege, libertate și drept. O Istorie a constituționalismului românesc* [Loi, liberté et droit. Une histoire du constitutionnalisme roumain], Iași : Polirom.
- Sturdza, Dimitrie (1914) *Europa, Rusia și România* [L'Europe, la Russie et la Roumanie], Bucarest : Carol Göbl.
- Suny, Ronald Grigor (2004), *The Making of the Georgian Nation*, Bloomington : Indiana University Press
- Vlad, Laurențiu (2002), "Inventarea 'constituției'" [L'invention de la constitution], in Carp, Radu ; Stanomir, Ioan ; Vlad, Laurențiu, *De la "pravilă" la "constituție". O istorie a începuturilor constituționale românești* [De "loy" à "constitution". Une histoire des débuts constitutionnels en Roumanie], Bucarest : Nemira, 31

BIOFUELS: AN ALTERNATIVE TO OIL?¹

Andrei Roth*

Abstract

Oil dominates our world energetic mix and this aspect is especially visible in the transportation sector with over 90% of the fuel supply being represented by oil. Due to the geographic concentration of oil reserves, assuring energetic security becomes a challenge for countries short of resources. Biofuels are liquid or gaseous fuels derived from biomass. Energy crops can be specially harvested for this purpose and thus a renewable resource is available. Due to climate change considerations, biofuels use can reduce GHG emissions. Originating from agricultural feedstocks biofuels can offer an alternative market for these commodities. Governments have developed biofuels instruments, such as blending mandates, in order to improve their energetic security, replace oil and maintain the agricultural feedstock prices. The present paper analyzes the opportunity of using biofuels regarding their sustainability, competitiveness and their potential to improve energetic security.

Keywords: biofuels, oil, energetic security, sustainability, blending mandates

¹ This paper is a result of a doctoral research made possible by the financial support of POSDRU/159/1.5/S/134197 "Performance and excellence in doctoral and postdoctoral research in Romanian economics science domain", project

* Andrei Roth is PhD Student at the Faculty of Economics and Business Administration, Babes-Bolyai University Cluj-Bapoca. He is graduated of the Faculty of European Study, Babes-Bolyai University Cluj-Bapoca – European Studies and Management of European Institutions sections. He obtained two master degrees in Accounting Management, audit and control and Project assessment and administration at the Faculty of Economics and Business Administration. He is elaborating a PhD Thesis on energy systems and sustainable development in Europe.

Contact: rothandrei@yahoo.com

1. Aspects regarding biofuels

The concept of biofuels refers to liquid or gaseous fuels obtained through the transformation of biomass.² Being produced from organic materials derived from biomass distinguishes them from oil, which is the main fuel that they aim to replace by their deployment. Through biomass we can understand biodegradable matter from agriculture, forestry, related industries or industrial and municipal waste.³ Energy crops from plants, trees or herbaceous biomass can be harvested with the aim of obtaining energy.⁴

Biomass has been used for thousand of years in order to produce energy mainly through the use of wood and charcoal. Biofuels are related mainly with the transportation system and we can track their origins along with the development of automobile industry dating back to the 19th century. Back then different types of technologies were developed in order to propel the automobile with various energy sources such as coal, electricity or gasoline. In the end the internal combustion engine, build by Nikolaus Otto proved to be the most viable option by the beginning of the 20th century.⁵ Testimonies from this period mention the fact that alcohol-based fuels were also used for fuelling. Ford T model for this matter was capable of running with ethanol.⁶ Also in 1929, Rudolph Diesel used vegetal oil for the ignition of his diesel engine. However he noticed that the use of biofuels had some negative consequences upon the engine such as

² International Energy Agency, *Technology Roadmap Biofuels for Transport*, 2011, [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/biofuels_roadmap.pdf], 10 October 2014

³ Virginie Doumax, *The past and future of biofuels*, 2010, [http://www.irefeurope.org/en/sites/default/files/4part_energy%20police_small.pdf], 10 October 2014.

⁴ World Energy Council, *Biofuels: Policies, Standards and Technologies*, 2010, [http://www.worldenergy.org/wp-content/uploads/2012/10/PUB_Biofuels_Policies_Standards_and_Technologies_2010_WEC.pdf], 10 October 2014.

⁵ D. Rajagopal, D. Zilberman, "Review of Environmental, Economic and Policy Aspects of Biofuels", *The World Bank, Policy Research Working Paper Series*, n° 4341, September 2007 *apud* Doumax, *op. cit.*

⁶ C. Dimitri, A. Effland, "Fuelling the Automobile: An Economic Exploration of Early Adoption of Gasoline over Ethanol", *Journal of Agricultural and Food Industrial Organization*, vol. 5, 2007, *apud* Doumax, *op.cit.*

reduced atomization, a lower heating value, pump wear and carbon/coke deposits over the long run.⁷

The use of biofuels in the transportation field remained limited due to economic considerations, as alcohol-based fuels proved to be more expensive than gasoline. In the United States alcohol taxation and high corn prices restricted the adoption of biofuels.⁸ In Germany with governmental support an ethanol market was developed at the beginning of the century but it lasted only for a few years as ethanol prices proved to be too high.⁹ Besides fuel price, the network development in the US for oil distribution, which occurred before the development of the auto industry favored the use of gasoline. In contrast, there was no distribution system for grain commodities to facilitate ethanol processing.¹⁰ We can also identify in the US at the beginning of the century upon until 1917 a period characterized by high farm prices. Due to price and infrastructure oil proved to be the first choice in the automobile fuel industry.¹¹

It was not until the seventies that biofuels were to be reconsidered as an alternative fuel to gasoline and this was due to the oil crisis. A number of countries began to develop biofuel programs, but they were not substantial and were influenced by oil prices. Brazil, a heavily dependent oil country, developed a program where bioethanol was mixed with gasoline. However the main reason for implementing this measure was not the substitution of oil, but the need to balance the demand and production on the international sugar market. Being a major sugar exporter, Brazil needed an instrument in order to reduce the price volatility on the market which was affecting its export revenues.¹² The program aimed at reducing oil dependence while also developing an industry and lowering unemployment.¹³ We can observe that the renewed interest in the biofuel use did not occur purely on energetic security reasons but also from economic ones such as trade imbalances and unemployment.

⁷ World Energy Council, *op.cit.*

⁸ Dimitri, *op.cit.*

⁹ Doumax, *op.cit.*

¹⁰ Dimitri, *op.cit.*

¹¹ Doumax, *op.cit.*

¹² World Energy Council, *op.cit.*

¹³ Doumax, *op.cit.*

However in the mid eighties oil prices dropped and the interest for finding alternatives to oil declined. At the beginning of this century interest for the biofuel industry resumed, driven by actors such as the United States or the European Union which implemented measures in order to develop biofuel production.

Currently, governments are motivated in their actions by the fear of oil price escalations, greenhouse gasses and the overproduction present in the farming sector which lowers commodities prices. Policy makers aim in the same time to enhance energy security, combat climate change and to create new markets for the agricultural sector.¹⁴

2. Biofuels types and technologies

When we approach technologies, we can distinguish between conventional and advanced technologies. Conventional technologies have been scientifically proven and allow their deployment at an industrial level. Products of these technologies are known as first generation biofuels and among them we can find ethanol from sugar or starch, biodiesel from vegetable oils and biogas resulted from anaerobic digestion. Feedstocks used for first generation biofuels include sugarcane, sugar beet, corn, wheat or oil crops such as rape, soybean and palm oil. Regarding advanced technologies they are not yet found at the maturity stage. The products of these technologies are called second and third generation of biofuels. They include hydrotreated vegetable oil (HVO), biofuels resulted from lignocellulosic biomass such as cellulosic-ethanol, diesel resulted from the conversion of biomass in liquid (BtL), bio-synthetic gas (bio-SG) and also algae based biofuels.¹⁵ The main distinction between the two technologies is the nature of the feedstocks used. For the first generation of biofuels we can find food crops which can be subject to competition between food and energy and can lead to cereals commodities price escalation while in the advanced technologies biofuels we can find feedstocks that are not among food crops.¹⁶

¹⁴ *Ibidem.*

¹⁵ International Energy Agency, *op.cit.*

¹⁶ World Energy Council, *op.cit.*

In the category of first generation of biofuels we can find bioethanol which is obtained by fermenting biomass with a high content of carbohydrates. It can be obtained from sugar or starch, but the future generation of biofuels will allow it being obtained from cellulose and hemicelluloses.¹⁷ Sugar ethanol is obtained through the fermentation of sucrose from sugarcane, sugar beet or sweet sorghum.

Secondary products resulting from the process such as dried distiller's grains with soluble (DDGS) or fructose enhance the overall economic performance of the process. Sugar and starch prices have an important share in the final costs of this type of biofuels.¹⁸ Ethanol can be a substitute for oil in gasoline. It can be either blended in low proportions like the E10, or even replace gasoline in high proportions such as the E85.¹⁹ Biodiesel is obtained from raw vegetable oils which are converted to biodiesel by the help of methanol or ethanol. From the biodiesel production process secondary products also result such as protein meal or glycerine which contributes to the economics of the process. Similar to ethanol production costs are sensitive to feedstocks prices.²⁰ Biodiesel can be used either as an additive in order to reduce the engine's emissions or as fuel.²¹ Biogas is obtained through the anaerobic digestion of organic wastes or energy crops. It is used for generating heat and electricity, but by removing the CO₂ and hydrogen sulfide (S₂) results biomethane which can be used as a fuel for vehicles.²²

Passing to the advanced technologies, we find the production of bioethanol from lignocellulose through the biochemical conversion of cellulose and hemicellulose components of biomass into fermentable sugars.²³ In the next phase the sugar is fermented in ethanol similar to

¹⁷ *Ibidem*.

¹⁸ International Energy Agency, *op.cit*.

¹⁹ Doumax, *op.cit*.

²⁰ International Energy Agency, *op.cit*.

²¹ World Energy Council, *op.cit*.

²² International Energy Agency, *op.cit*.

²³ International Energy Agency, *From 1st- to 2nd-generation Biofuel Technologies: An Overview of Current Industry and RD&D activities*, OECD/IEA, Paris, 2008,

[http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/2nd_Biofuel_Gen.pdf],
12.10.2014

conventional biofuels. In contrast to conventional one, advanced ethanol performs better in terms of GHG emissions, land requirements and energy balance.²⁴ They will be able to be blended in any proportion with their fossil counterparts. We can identify in this category the hydrotreated vegetable oil (HVO) and the biomass-to-liquid-diesel (BtL). HVO is obtained through hydrogenating vegetable oils and animal fats while for BtL in the first stage biomass is converted into syngas and then the syngas is catalytically converted in hydrocarbon liquids.²⁵

Regarding the raw materials needed for producing biofuels we can highlight the potential of algae.

High productivity per hectare, usage of non-arable land and also various sources of water such as saline or wastewater represent potential advantages for using this resource.²⁶ Micro-algae are 16 times per hectare more productive as palm oil harvests and even to 100 times higher than land vegetable oil crops. Also they require up to 99% less water. Due to the fact that they absorb CO₂, algae crops can be injected with the carbon dioxide resulted from the fossil plants emissions thus creating a synergy between the two industries.²⁷ The fact that they can be grown on non-arable land such as ponds or even in the sea eliminates the competition for land.²⁸ The conversion process is similar to other vegetable oils conversion. In order for algae to be successful they have to be harvested in high quantities at a low price.²⁹ From algae crops, biodiesel can be produced for vehicles but also for airplanes thus an alternative for kerosene becomes available.³⁰

²⁴ *Ibidem*.

²⁵ International Energy Agency, *Technology Roadmap Biofuels for Transport*, 2011, [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/biofuels_roadmap.pdf], 10 October 2014

²⁶ A. Darzins, P. Pienkos and L. Edye, *Current status and potential for algal biofuels production*, a report to IEA Bioenergy Task 39, 2010, *apud* International Energy Agency, *op.cit.*

²⁷ International Energy Agency, *From 1st- to 2nd-generation Biofuel Technologies: An Overview of Current Industry and RD&D activities*, OECD/IEA, Paris, 2008, [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/2nd_Biofuel_Gen.pdf], 12.10.2014

²⁸ World Energy Council, *op.cit.*

²⁹ International Energy Agency, *op.cit.*

³⁰ World Energy Council, *op.cit.*

However, for the moment the costs for algae crops are quite high varying between 0.75-5 \$/l without taking into account the conversion costs to biofuels. Space availability, sunshine presence, crops contamination and production scaling remain the main challenges for algae biofuels development.³¹

Biofuels can replace fossil fuels up to a point but there are differences regarding their properties. Biofuels present a lower energetic content, thus requiring higher volumes of fuel. Ethanol has two thirds of the energetic content of oil while biodiesel has about 90% of the energetic content of fossil diesel.³² Differences occur also in the engines combustion due to fuel flux, phase transformation, and heat exchange. Ethanol can be used to supply engines with spark ignition, having similar properties to gasoline in terms of auto-ignitability. Due to the fact that small engines are with spark ignition, ethanol is adequate for this kind of vehicles.

In contrast to fossil fuels, ethanol has a lower viscosity, wider flammability and a lower flash point. Ethanol use provides a more efficient combustion but it also reduces the power of the engine, because it runs at lower temperature.³³ Ethanol is not that flexible as biodiesel when it comes to blending it other fuels. In can be blended with gasoline up to 10-15%, point from which gasoline engines are no longer compatible, the limit being also known as the *blending wall*.³⁴ Beyond that limit there is the need to use flexible fuel vehicles, which have a propulsion control calibrated to handle the high content of oxygen from ethanol.³⁵ These engines can run with ethanol in high shares up to 85% (E85) or fully on ethanol (E100).³⁶

In the case of biodiesel it can be blended with fossil diesel or substitute it, without the need of modifying the engine, especially when the blended volumes are reduced. Current diesel engines can run with biodiesel in shares up to 20% (B20). As in the case of ethanol, biodiesel presents a lower

³¹ Darzins, *op.cit.*

³² Rob Bailey, *The Trouble with Biofuels: Costs and consequences of Expanding Biofuel use in the United Kingdom*, *Energy Environment and Resources* 2013/01, 2013, [http://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/public/Research/Energy,%20Environment%20and%20Development/0413pp_biofuels.pdf], 15.10.2014

³³ World Energy Council, *op.cit.*

³⁴ Darzins, *op.cit.*

³⁵ US Department of Energy, *Alternative Fuels Data Center – Flexible Fuel Vehicles*, 2014, [http://www.afdc.energy.gov/vehicles/flexible_fuel.html], 12.10.2014.

³⁶ World Energy Council, *op.cit.*

energetic content, due to the fact that the oxygen does not have the energetic value of the hydrocarbon molecules. However the oxygen from the biodiesel increases the efficiency of the combustion. Another aspect concerning biodiesel is its chemical and biological degradability. Biodiesel reacts quickly to water, temperature variation, oxygen and microbial action, which can change its composition in the matter of months. Due to this fact, biodiesel proves itself difficult to store over long periods of time ³⁷ thus lowering its flexibility in contrast to fossil diesel.

3. Biofuels deployment in the transport energy market

Currently, we can observe a growing demand for biofuels use at global level mainly through the development of governmental programs. These programs aim at providing solutions to a series of challenges such as energetic security, agricultural commodities prices, rural development and greenhouse gases emissions reductions. Over 50 states have developed programs to enhance production and use of biofuels in the transport sector. The main instrument applied for the development of the biofuels industry is represented by the *blending mandates*. These stipulate the volumes of biofuels that must be found in the transport fuels.³⁸ Therefore fuel producers must acquire biofuels in order to mix them with the conventional fuels. These mandates create an artificial market for biofuels, by the governments but not at their expense.³⁹ The costs are passed directly to the fuel producers and on to the consumers. In contrast, traditional instruments such as tax credit or governmental subsidies offer a degree of transparency to the tax payer contribution.⁴⁰ Also we can observe the fact that the financial effort is not supported by all contributors but only by the ones from the transport

³⁷ *Ibidem*.

³⁸ International Energy Agency, *Technology Roadmap Biofuels for Transport*, 2011, [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/biofuels_roadmap.pdf], 10 October 2014.

³⁹ Anna Rauch, Michael Thone, *Biofuels – At What Cost? Mandating ethanol and biodiesel consumption in Germany*, 2012, [http://www.iisd.org/gsi/sites/default/files/bf_awc_germany.pdf], 15 October 2014.

⁴⁰ *Ibidem*.

sector. Blending mandates are not flexible because they can not adapt to market evolutions. This is due to the fact that they link oil and biofuel use. When oil prices are moderate and biofuels crops are high, the consumer can not opt exclusively for oil. Only in the adverse situation when oil prices are high and biofuels crops prices low, is there a benefit for the consumers.⁴¹ Given the fact that the first generation of biofuel uses food crops the blending mandates create a connection between the energy transport market and the food market which can have adverse effects to cereal prices. This is because cereals become substitutable to oil. By sustaining biofuels, governments are creating a growing demand for agricultural commodities which will increase food prices. Although the second generation of biofuels aims at using non-agricultural commodities there will still be a competition for the production factors involved in agriculture such as land, water and fertilizers.⁴² For the farmers the fact that they grow agricultural or energetic crops does not matter as long as commodities prices are high. Also high cereal prices will impact the costs of raising animals and the end the price of meat.⁴³

Through enhancing the consumption of biofuels, governments aim in reducing the price volatility present in the fuel market. However biofuels price can also be volatile, due to the fact that the feedstocks represent an important share, up to 45-70%, in the production costs.⁴⁴ In the case cereals price escalation occur, biofuels price will also escalate. This can also occur due to meteorological events, such as the example of Brazil where due to low sugarcane harvests and high sugar price on the market, the government decided to reduce the minim ethanol share in gasoline from 25% to 20%.⁴⁵

Policies aimed at developing biofuels use, present also a social component, namely rural development. It offers farmers the possibility of diversifying and growing their revenues by harvesting energetic crops. This

⁴¹ Chris Charles, et al; *Biofuels – At What Costs? A review of costs and benefits of EU biofuel policies*, 2013, [http://www.iisd.org/gsi/sites/default/files/biofuels_subsidies_eu_review.pdf], 15 October 2014.

⁴² Bailey, *op.cit.*

⁴³ Charles, *op.cit.*

⁴⁴ International Energy Agency, *op.cit.*

⁴⁵ International Energy Agency, *World Energy Outlook*, 2012, [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/WEO2012_free.pdf], 10 October 2014.

measure is also intended to maintain food prices stable. Jobs are created in the area of harvesting, processing and distributing biofuels. Refineries can be developed in rural areas for biofuel processing. Farmers can also produce their own fuel for their vehicles.⁴⁶ These policies open the possibility of signing long-term contracts with fuel producers which can secure farmers revenues.⁴⁷ However such measures create dependencies between farmers, the biofuel industry on one side and the governmental budgets on the other. Due to this created market, private investments are made into the sector. Such measures once adopted prove themselves difficult to revise due to the stakeholders involved. On the other hand the food and beverage industry is negatively affected by biofuel policies.⁴⁸ This aspect must also be linked with the fact that for certain regions, agriculture plays a dominant role in their economy and this kind of measures can also have an electoral purpose.⁴⁹ Such an example is provided by Al Gore, who recognized that his affinity for the agricultural states of Tennessee and Iowa and also the presidential elections played an important role in his decision to sustain biofuels use.⁵⁰

A third aspect for which biofuels are promoted by governmental programs is represented by greenhouse gases emissions. Given the fact that about 20% of the global GHG emissions originate from the transportation sector, it is considered that biofuels use can help limit these externalities.⁵¹ It is considered that during the burning of biofuels it is released in the atmosphere the CO₂ that was initially stocked by plants through the photosynthesis process when the crops have grown. Thus the GHG balance is considered to be null. However this aspect does not take into consideration emissions that occur due to the use of fertilizers, machinery use, biofuel refineries and indirect emissions from deforestation and land conversion.⁵²

⁴⁶ World Energy Council, *op.cit.*

⁴⁷ FAO. (2008). *The State of Food and Agriculture, Biofuels: prospects, risks and opportunities*. Rome: FAO, 2008, *apud* Charles, *op.cit.*

⁴⁸ Bailey, *op.cit.*

⁴⁹ Nicolas D. Loris, *The Ethanol Mandate: Don't Mend It, End It*, 2013, [http://thf_media.s3.amazonaws.com/2013/pdf/bg2811.pdf], 16.10.2014.

⁵⁰ "Al Gore's Ethanol Epiphany," *The Wall Street Journal*, November 27, 2010, *apud* Loris, *op.cit.*

⁵¹ World Energy Council, *op.cit.*

⁵² Bailey, *op.cit.*

When assessing biofuels GHG emissions, it is necessary to take into account the whole chain of transformation which can lead to emissions, from production to combustion. This analysis estimates that for corn ethanol the emissions reductions range between 10-15% compared to gasoline while for the Brazilian sugarcane ethanol they are higher 70-120%, also taking into account secondary products. In the case of biodiesel produced from oil-seed the reductions are between 30-60% in contrast to fossil diesel. These estimations do not take into consideration the indirect emissions resulted from land conversion.⁵³

Through governmental programs at global level, biofuels production has been on the rise. We can observe this in Figure 1, where biofuels production has grown over 5 times, reaching over 60.000 thousand toe in the course of a decade.

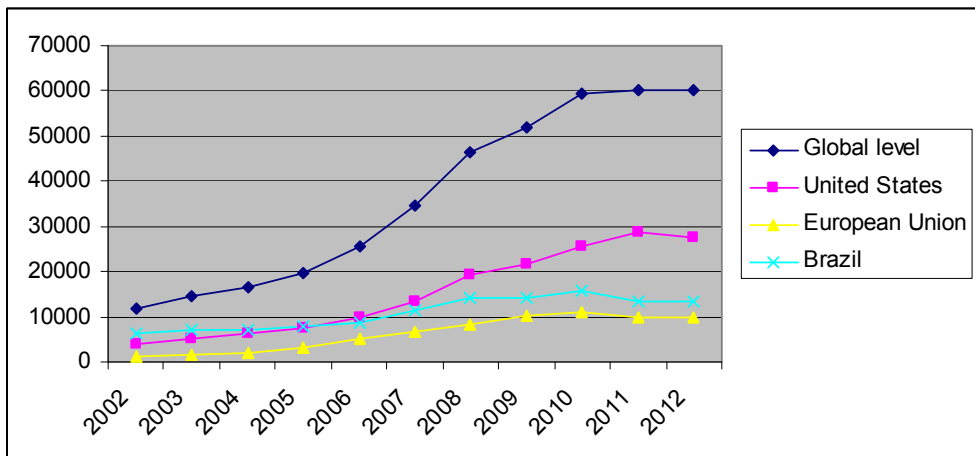


Figure 1: Biofuels production 2002-2012, thousand toe. Source: BP, 2013 after F.O. Lichts, US Energy Information Administration

Although production has risen at global level, there are only three major players in this field. The United States is the leading biofuel producer with over 27.000 thousand toe, this representing about 45% of the global production. Brazil, a traditional producer due to its sugarcane crops comes

⁵³ International Energy Agency, *CO₂ Emissions from Fuel Combustion Highlights*, 2013, [<http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/CO2EmissionsFromFuelCombustionHighlights2013.pdf>], 20.10.2014.

in second with about half of the US production, and the European Union in third with close to 10.000 thousand toe. At European level France and Germany dominate the production reaching in 2012 a volume of 4714 thousand toe. These three actors have an 84.33% share in the global production.⁵⁴ If we analyze the production from the perspective of developed versus developing economies (OECD/non OECD countries), we can observe that biofuels production tends to be localized in the area of developed economies, 63.86%, which are inclined to find alternatives to oil consumption in their transportation sector.

This aspect can also be highlighted by analyzing the evolution of the share of biofuels in transport fuels in the last decade in representative countries (Figure 2). During this interval at OECD level biofuels reached close to 6%.

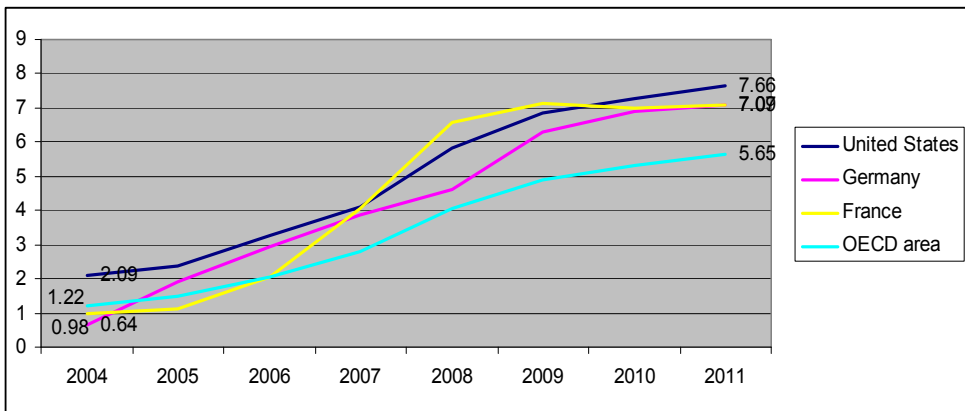


Figure 2: Percentage evolution of biogasoline and biodiesel in transport fuels, selected countries. Source: IEA, 2013 after Annual Oil Statistics.

However, despite the growing trend of biofuels use in the transportation sector, the overall impact of biofuels in this area is quite limited, as we can observe it in Figure 3, biofuels represent about 2% of the fuel use in transportation. Oil dominance in this field cannot be challenged currently by any of the existing alternatives despite current trends.

⁵⁴ British Petroleum, *BP Statistical Review of World Energy June 2013*, 2013, [http://www.bp.com/content/dam/bp/pdf/statistical-review/statistical_review_of_world_energy_2013.pdf], 20.10.2014.

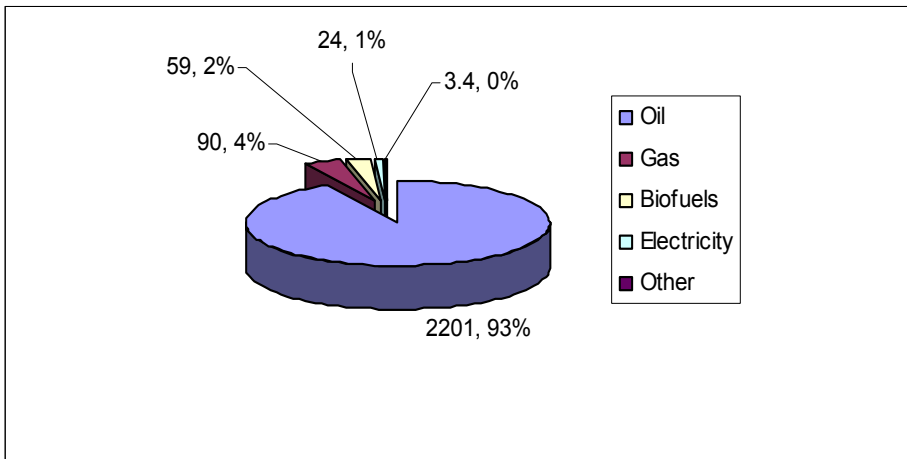


Figure 3: Energy demand by fuel in transport, 2011, mtoe. Source: IEA, 2012.

If we analyze the legal instruments used to promote biofuel use we can find in the United States the Renewable Fuel Standard (RFS) released in 2005, which stated the biofuel quantity (ethanol mainly) that must be found in refineries sales. According to the standard, its objective is to substitute oil use and reduce GHG emissions.⁵⁵

However, similar to the Brazilian policy from the seventies, we can also identify in this case the need to find an alternative market for the American corn. In 2004 due to rich harvests, corn prices fell and reduced farmer revenues.⁵⁶ Through the standard farmers can sell their harvests for energy purposes with a market at hand. If refineries can not meet the expected level of biofuels, they must acquire credits for quantities already sold on the market. The existence of the blending wall for engines does not allow for the number of credits to follow demand and thus the price of credits evolved from cents to dollars. Besides the provisions for first generation biofuel use, the RFS also mentioned requirements for cellulose ethanol but production did not prove to be viable and the levels were lowered and in the end dropped, however penalties were paid by the refineries.⁵⁷

⁵⁵ Loris, *op.cit.*

⁵⁶ Bailey, *op.cit.*

⁵⁷ Loris, *op.cit.*

In the European Union, through directive 2009/28/CE it is stipulated that each member state must meet until 2020, a minimum of 10% renewable sources in the final energy consumption from the transportation sector. Environmental considerations are taken into account for the deployment of biofuels. The directive mentions that the biofuels involved must meet a target of at least 35% GHG reductions, target that will evolve to 50% and 60% in the future. The crops used for the biofuels production process must not originate from lands with high carbon stocks. Lands rich in biodiversity must not be used for biofuels crops. Biofuels produced from wastes, residues, non-alimentary cellulosic material and lingo-cellulosic present a premium. Regarding the information of the public, member states must inform the consumers of the fuel composition only when the volumes of biofuels mixed are higher than 10%.⁵⁸ From 2012, the European Commission has limited the share of biofuels originating from food crops to 5%.⁵⁹ Similar to the US policy, the European biofuel policy aims at offering public goods such as energetic security, GHG emissions reductions and rural development.⁶⁰

In the case of the EU there is also the agricultural character of new member states which is taken into account in order to redirect revenues towards them. Both in the EU and the US it is intended to raise farmers revenues and reduce the need direct agricultural payments.⁶¹

Biofuels production growth will also imply a growing demand for agricultural land which will increase prices. Thus higher rents will reduce farmer profits. This competition for land can have adverse consequences upon biodiversity such as the case of Germany where in the period 2003-2009, 55.000 hectares of grassland were converted to maize.⁶² Intensive

⁵⁸ European Parliament and Council, *Directive 2009/28/EC of the European Parliament and of the Council of 23 April 2009 on the promotion of the use of energy from renewable sources and amending and subsequently repealing Directives 2001/77/EC and 2003/30/EC*, 2009, [<http://www.energy-community.org/pls/portal/docs/360177.pdf>], 15.10.2014.

⁵⁹ European Commission, *Proposal for a directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 98/70/EC relating to the quality of petrol and diesel fuels and amending Directive 2009/28/EC on the promotion of the use of energy from renewable sources*. European Commission, Brussels, 23. 2012, *apud* Charles, *op.cit.*

⁶⁰ European Commission (2009), *DIRECTIVE 2009/28/EC on the promotion of the use of energy from renewable sources (Renewable Energy Directive, April 23)*. *apud* Charles, *op.cit.*

⁶¹ Bailey, *op.cit.*

⁶² Charles, *op.cit.*

agricultural practices are also encouraged for energy crops which can affect the environment.⁶³

Analyzing biofuels from the perspective of international trade, we can observe that by harvesting energy crops and producing biofuels, new actors can be attracted in the fuel market, thus diversifying the number of suppliers. Countries like Brazil, China, Argentina and Thailand have an important potential in producing biofuels at industrial scale and exporting them to consumer areas.⁶⁴ Although opening export possibilities for developing countries, biofuels production can also be associated with growing poverty and food insecurity in poor countries.⁶⁵ In these countries, food and cereals have an important share in the household expenses in contrast with developed ones.

Productions costs represent one of the main barriers that limit the deployment of biofuels.⁶⁶ For the moment, they are not competitive with fossil fuels thus requiring governmental support. Without government intervention it is highly probable that the biofuel industry would not develop. For example in 2010, estimated production costs for petrol and diesel in Europe were 0.42 euro/liter respectively 0.45 while in the case of biofuels they were estimated at 0.58 for ethanol and 0.84 for biodiesel.

Taking into account their energetic balance the spread between fossils and biofuels is about 0.48 euro/liter.⁶⁷ One exception is Brazil, where ethanol can be competitive with fossil fuels without direct subsidies. However the high sugar price on the international market, can affect its competitiveness. In this country ethanol is founded in gasoline in shares ranging from 20% to 25%. In 2011, 95% of new cars sold were flexible-fuel vehicles in which ethanol can be blended from 20%-100% allowing the consumer to choose the cheapest available option.⁶⁸ However Brazil is a

⁶³ World Energy Council, *op.cit.*

⁶⁴ International Energy Agency, *Sustainable Production of Second Generation Biofuels. Potential and perspectives in major economies and developing countries*, OECD/IEA, Paris, 2010 [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/second_generation_biofuels.pdf], 20.10.2014

⁶⁵ Bailey, *op.cit.*

⁶⁶ International Energy Agency, *CO₂ Emissions from Fuel Combustion Highlights*, 2013, [<http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/CO2EmissionsFromFuelCombustionHighlights2013.pdf>], 20.10.2014.

⁶⁷ Rauch, *op.cit.*

⁶⁸ International Energy Agency, *op.cit.*

special case, it has an important experience in this area being a traditional sugarcane producer for hundred of years. Its climate and tropical conditions offers a unique opportunity for producing cheap biofuels. These conditions can be hardly replicated in any other part of the world. Due to experience gains, Brazil succeeded in raising ethanol productivity from 4.6 liters/hectare in the seventies when it begun production to 7.6 currently.⁶⁹ For these reasons biofuels contribute significantly to the Brazilian transport energy mix, while in other parts in spite of governmental efforts biofuel their impact on the market is limited. For example in 2008, in Brazil 21% of the road fuel demand was met by biofuels whereas in USA and the EU it was 4%, respectively 3%.⁷⁰ In order for biofuels to become a viable alternative to oil, significant progresses are to be made in the area of indirect greenhouse gases emissions and production costs.

4. Conclusions

Currently our world energetic mix, in the field of transports is dominated by oil, with over 90% of the fuel supply. The main problem of supplying our transportation system is not represented by availability of the resource but by its geographic concentration of the great majority of resources. Over 70% of the global oil reserves are distributed in OPEC countries⁷¹, aspect that raises problems regarding the energetic security of importing countries with high levels of oil demand and also price volatility. Looking back in the seventies regarding the distribution of oil consumption across sectors we can observe that oil tends to be a specialized resource in the transportation field. For example from 1973 to 2011 the sector share of oil consumption in industry has decreased from 19.90% to 8.90%, while in transportation has risen from 45.40% to 62.30%.⁷² If we analyze the evolution of oil consumption in developed countries in the last two decades, we can observe in Figure 4, that starting with the middle of the last decade, oil consumption has decreased while in the same period the use of

⁶⁹ World Energy Council, *op.cit.*

⁷⁰ International Energy Agency, *Technology Roadmap Biofuels for Transport*, 2011, [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/biofuels_roadmap.pdf], 10 October 2014.

⁷¹ British Petroleum, *op.cit.*

⁷² International Energy Agency, *World Energy Outlook, 2012*, [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/WEO2012_free.pdf], 10 October 2014.

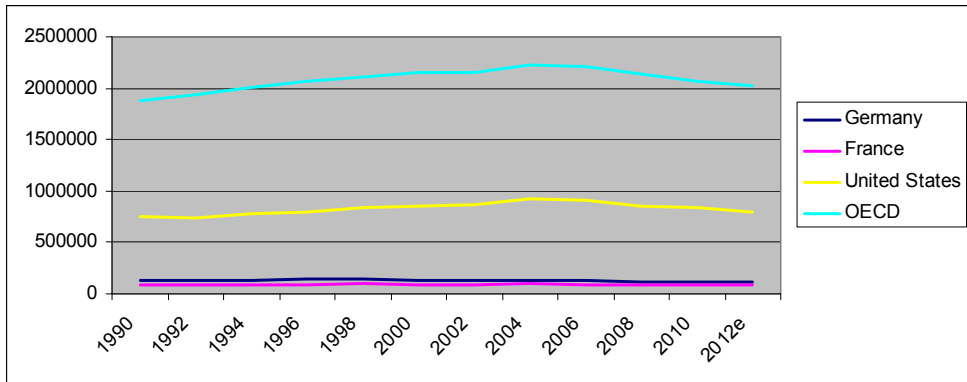


Figure 4: Oil gross consumption 1990-2012e, thousand metric tones.
Data for 2012 are estimated. Source: IEA, 2013.

biofuels in transportation has known an ascending trend. Thus in developed economies with energetic consumption in the transportation field, such as the US or Germany, oil is being replaced with biofuels through the use of governmental programs and measures such as blending mandates. Taking account also that over 80% of the global biofuel output is produced by three actors, from which one, Brazil is a traditional sugarcane producer with unique conditions that facilitate the use of biofuels, we can say biofuels represent a policy option for developed countries in search of an alternative to oil. However, in spite of the trends observed from 2004 onwards, at global level the impact of biofuels is quite limited. The main argument in favor of using biofuels, is the possibility of assuring one's country energetic security through the use of renewable resources, namely energetic crops, that can be locally harvested or imported from countries with an important agricultural output. Also states saw in biofuels, a possible market for farmers in order to diversify their revenues and stabilize the agricultural commodities prices, while in same time reducing the direct payments through agricultural programs. Greenhouse gases reductions from the transportation sector represented another reason in favor of using energy crops instead of oil. Therefore, biofuels use was sustained by governments for a variety of reasons. If we observe the history of biofuels use in automotive fuel industry back at the beginning of the 19th century we can see that their access was denied by

their lack of competitiveness in relation with fossil fuels. Also practical reasons such as the existence of fuel distribution networks played an important role in the emergence of oil use. Differences regarding competitiveness between the two types of fuels are present, due to higher productions costs which are passed to the consumers. The biofuel industry would not exist in the absence of governmental support. Biofuels substitute oil, through the use of oil and blending mandates because they need specially designed engines found in flexible-fuel vehicles which are not common on the market. Their energetic content is lower in relation their fossil counterparts, and also the engine performance that they supply is modified. One of their main attributes is the fact that they can supply vehicles through the modification of the current fuel supply distribution network, without the need of building a new one as in the case of electrical vehicles plug-ins. Taking into account their present limited share in the transportation energy mix, it is clear that for biofuels to achieve a significant role there will be the need of considerably growing the output of energy crops which will affect the food market due to the substitution of energy with food, and also the environment due to the need of agricultural land. Even if the second generation of biofuels becomes commercially available in the future there will still be a competition for the agricultural production factors such as labor and land which will affect the food market and prices. Energetic crops can represent an option for agricultural regions and developing countries but they can also affect poor countries where cereals have an important share in the household's expenses. Regarding their sustainability, indirect emissions must be also taken into account for a balanced overview of the biofuels efficiency in reducing GHG emissions. For these reasons, we conclude that biofuel do not represent for now an alternative to oil, but an effort of developed countries to diversify their transportation energetic mix. Biofuels use presents a number of drawbacks that can have potentially greater impacts once production is to be raised in significant shares to affect the transportation mix. Oil has emerged for practical and also economic reason in the transportation area, it does not have only a high energetic content but it also flexible to use, to supply and can be shipped over sea. If an alternative to oil is to be found it will also have to present a degree of practicability in use and supply. In this area electricity can be identified as the main

challenger. It can be produced far away from the point of supply and it has a reduced impact upon the environment especially if the resource used is not of fossil origin. Also it contributes to the energetic security of a country as it can be locally produced or traded. It does not require the extensive use of land, nor does it affect any other market such as the food market. Even more it links the transportation sector to the power sector which can have beneficial aspects due to the fact that it will reduce the importance of oil that becomes substitutable to electricity which can be obtained from varied number of resources and technologies. Similar to current status of biofuels, there will be the need for a significant technological leap as current electrical vehicles need improvements in the areas of engine performance, batteries costs and driving range. Also their current deployment is quite limited, in 2011 only 40.000 units were globally sold.⁷³ However for these arguments only we believe that they are a far adequate alternative to oil than biofuels. These considerations are also valid for hydrogen cells, a technology that also can help diversify the energy transportation mix. In conclusion, biofuels represent an alternative fuel to oil that raises issues regarding deployment, competitiveness and even sustainability while electricity can represent an alternative technology to the combustion engine with far better advantages.

Bibliography

1. *** British Petroleum (2013), *BP Statistical Review of World Energy, June 2013*, [<http://www.bp.com/content/dam/bp/pdf/statistical-review/statistical-review-of-world-energy-2013.pdf>], 20.10.2014
2. *** European Parliament and Council (2009), *Directive 2009/28/EC of the European Parliament and Council of 23 April 2009, on the promotion of the use of energy from renewable sources and amending and subsequently repealing Directives 2001/77/EC and 2003/30/EC*, [<http://www.energy-community.org/pls/portal/docs/360177.PDF>], 15.10.2014

⁷³ *Ibidem*.

3. *** International Energy Agency (2008), *From 1st to 2nd – Generation Biofuels Technologies. An overview of current industry and R&D activities.* [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/2nd_Biofuel_Gen.pdf], 12.10.2014
4. *** International Energy Agency (2010), *Sustainable Production of Second Generation Biofuels. Potential and perspectives in major economies and developing countries*, OECD/IEA, Paris, [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/second_generation_biofuels.pdf], 20.10.2014
5. *** International Energy Agency (2011), *Technology Roadmap Biofuels for Transport*, [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/biofuels_roadmap.pdf], 10.10.2014
6. *** International Energy Agency (2012), *World Energy Outlook*, [http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/WEO2012_free.pdf], 20.10.2014
7. *** International Energy Agency (2013), *CO₂ Emissions from Fuel Combustion*, [<http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/CO2EmissionsFromFuelCombustionHighlights2013.pdf>], 20.10.2014
8. *** US Department of Energy (2014) *Alternative Fuels Data Center – Flexible Fuel Vehicles*, [http://www.afdc.energy.gov/vehicles/flexible_fuel.htm], 12.10.2014
9. *** World Energy Council (2010), *Biofuels: Policies, Standards and Technologies*, [http://www.worldenergy.org/wp-content/uploads/2012/10/PUB_Biofuels_Policies_Standards_and_Technologies_2010_WEC.pdf], 10.10.2014
10. Bailey, Rob (2013), *The Trouble with Biofuels: Costs and consequences of Expanding biofuel Use in the United Kingdom, Energy Environment and Resources 2013/01*, [http://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/public/Research/Energy,%20Environment%20and%20Development/0413pp_biofuels.pdf], 15.10.2014
11. Charles, Chris; Gerasimchuk, Ivetta; Bridle, Richard; Morenhout, Tom; Asmelash, Elisa; Laan, Tara (2013), *Biofuels At What Cost? A review of costs and benefits of EU biofuel policies*, [http://www.iisd.org/gsi/sites/default/files/biofuels_subsidies_eu_review.pdf], 15.10.2014

-
12. Doumax, Virginie (2010), *The past and future of biofuels*, [http://www.irefeurope.org/en/sites/default/files/4part_energy%20police_small.pdf], 10.10.2014
 13. Loris, D. Nicolas (2013), *The Ethanol Mandate: Don't Mend It, Blend It*, [http://thf_media.s3.amazonaws.com/2013/pdf/bg2811.pdf], 16.10.2014
 14. Rauch, Anna; Thone, Michael (2012), *Biofuels – At What Cost? Mandating ethanol and biodiesel consumption in Germany*, [http://www.iisd.org/gsi/sites/default/files/bf_awc_germany.pdf], 15.10.2014

THE ROLE OF THE AGRO-FOOD SMEs FOR THE DEVELOPMENT OF THE ROMANIAN RURAL AREAS

Monica Ioana Burcă-Voicu*

Abstract

The importance of the development of the Romanian agro-food SMEs sector becomes a more and more important market feature for our country. Our research main purpose would be to investigate and analyze the role to be played by the Romanian SMEs in the agribusiness as an important factor that can generate and increase the development of the Romanian rural areas. On this path, we are going to study the present state of the Romanian agricultural sector and also the way in which we could stimulate the development of the SMEs in this sector as one of the most important triggers for growth of the rural areas.

Keywords: SMEs, agro-food sector, rural development, Romania.

Introduction

Most of the debates focusing on the realities of the Romanian agriculture, were directly or indirectly discussing the opportunities and also the threats that this sector has to face nowadays. The undoubtedly importance of the development of the Romanian rural areas with relevant EU consistence increasingly usually took the floor of the debate. The dynamic economic environment has generated important changes at the level of the Romanian agriculture and agro-food sector determining major

* Dr. Monica Ioana Burcă-Voicu is an Assistant Professor with the Department of European Studies and Governance, Faculty of European Studies at Babeş-Bolyai University.
Contact : mvoicu@euro.ubbcluj.ro)

new implications from the agribusiness point of view. On our path we can underline the important role to be paid by the SMEs companies and by the entrepreneurial spirit in the rural areas as one of the most important factor that can determine and sustain on the long run the development and the diversity of the Romanian rural areas.

Our view on the matter starts with the thorough analysis of the development of the agro-food SMEs due to the fact that it is widely recognized the important role that the Small and Medium Sized Enterprises are playing in the economic development of a country. Therefore, we must recognize also the role they are playing on the level of performance and future prosperity of the Romanian rural areas.

In our paper we have conducted our research based on theoretical elements combined with official statistical data provided by the Romanian Ministry of Agriculture and Rural Development, The National Institute of statistics of Romania and other relevant scientific and academic sources, reports and analysis, along with recent publications and newspapers presenting and describing the investigated topic.

The development of the agro-food SMEs in Romania outlook

The EU membership, the impact of the crisis and the new roadmap priorities reshaped without doubt the Romanian rural areas and its agricultural sector. The country encountered from this perspective many new opportunities but also an important number of barriers and risks. One of the main challenges faced by our country resides in its attempt to increase the competitiveness level of the agricultural sector along with the competitiveness level of SMEs that are playing a vital role on this path of developing a long run sustainable agro-food sector.

The literature identifies as special feature that the SMEs bear, attributes like: a factor of macro- and micro - economic balance, a source of generating new jobs, creating new industries and meeting the needs of the consumers, promoting technical innovations, stimulating competition, facilitating functioning of large enterprises, etc.¹

¹ Patricia Rațiu, Maria Mortan, „Analysing the potential of rural SMEs in the context of sustainable economic growth”, in *Revista Economică*, 66:2, 2014, p. 144, [<http://economice.ulbsibiu.ro/revista.economica/archive/66213ratiu&mortan.pdf>], 5 May 2015.

For our study we have chosen to investigate one of the most important sectors having a strategy importance on the path of the economic development of a country. From this perspective, the already mentioned important role that the SMEs are playing will be the focus of our further analyses.

We should begin by underlining the fact that the European food sector is also dominated by SMEs companies which are in this case diversifying and increasing the level of performances of the economic European environment.

The European food and drink industry is nowadays the largest manufacturing sector with a turnover reaching 956 billion Euro, and generating 4.1 million jobs.² Thus, European Member States are constantly encouraging the development of the business environment through a competitive SME sector able to respond more flexibly to a constant changing and increasing demand and market. This being said, we should state that one of the specifications made by the EU retailers is to set SME specific support programs along with a SBA recommendation that are encouraging the coaching of SMEs by large companies to facilitate for these companies a better both domestic and foreign market access.³

These realities have led to a constant development of the entrepreneurial activities, and sustainable development not only in the urban regions but also in the rural ones.

The statistics are indicating that, at the level of the EU market, the SMEs account for 21.6 million SMEs in the non-financial business sector (99%), employing 88.8 million people (2 employees out of 3) and generating 3,666 trillion in value added, figures that sustain the importance of a coherent policy to support these companies on their road to development.⁴

² Food Drink Europe, *Priorities for the Development of an EU Industrial Policy for Food. Competitiveness Report 2012*, 2012, p. 6, [http://www.fooddrinkeurope.eu/uploads/press-releases_documents/FINAL_competitiveness_web.pdf], 20 May 2015.

³ European Commission, *Report on the Competitiveness of the European Agro-Food Industry*, 17 March 2009, pp. 44-45, [http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/food/files/high_level_group_2008/documents_hlg/final_report_hlg_17_03_09_en.pdf], 20 May 2015.

⁴ Patrice Muller, Dimitri Gagliardi, Cecilia Caliendo, Nuray Unlu Bohn, Demetrius Klitou, *A Partial and Fragile Recover. Annual Report on European SMEs 2013/2014*, European Commission, July 2014, p. 6, [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/files/supporting-documents/2014/annual-report-smes-2014_en.pdf], 29 May 2015;

To draw a parallel in order to try and determine the state of the Romanian economic rural environment we are going to present a few facts and figures that characterize the on the ground realities from our country.

The Romanian general profile in terms of the main percentages is not very different from the European one, the SMEs companies remaining the backbone of our economy. The figures are indicating that we base our economy on small and medium size enterprises, 426,295 in number, counting for 99.7% from the overall companies, providing 2 708 806 jobs (66.7% of the employment) and generating 26 billion Euros (49.4% %) of the economic value added.⁵

Taking into consideration the dimension of the Romanian rural areas, the percentage of the population living in this regions, and the importance of the agriculture for the national economy, it is easily to recognize the importance of the rural economy as a generator of development.

For instance, MADR states that 87,1% of the Romanian territory is situated in the rural areas, fostering 45,0% of the Romanian total inhabitants (18,3% in 2012 being over 65 years old). The same report indicates that the non-agricultural SMEs acting on the rural areas have still a low percentage (18,1% in 2011) and a low work force absorption capability.⁶ In 2011 in Romania were 85,497 SMEs companies out of 435,788 total SMEs (19,6%).⁷ Between 2012 and 2013 the SMEs in the non-financial sector in Romania have had a positive development in terms of the number of firms, employment, and value added with more than 3%.⁸

The SME density was at the city level of 23.66 per 1,000 inhabitants followed by the rural situation where the figures had only reached 9,64 per 1,000 inhabitants.⁹

⁵ European Commission, *2014 SBA Fact Sheet – Romania*, 2014, p.2, [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/files/countries-sheets/2014/romania_en.pdf], 20 May 2015;

⁶ Ministry of Agriculture and Rural Development, *Analiza socio-economica a spațiului rural românesc*, pp. 1-2, [http://www.madr.ro/docs/dezvoltare-rurala/Descrierea_generala_a_situatiei_economice_actuale_4_11_2013.pdf], 20 May 2015;

⁷ Patricia Rațiu, Maria Mortan, *op.cit.*, p.153;

⁸ Patrice Muller, Dimitri Gagliardi, Cecilia Caliendo, Nuray Unlu Bohn, Demetrius Klitou, *op.cit.*, p.19;

⁹ Ministry of Agriculture and Rural Development, (2013), *Analiza socio-economica în perspectiva dezvoltării rurale 2014-2020*, July, pp. 49-50, [<http://www.madr.ro/docs/dezvoltare-rurala/programare-2014-2020/analiza-dezvoltarii-rurale-agricultura-iulie-2013.pdf>], 25 April 2015;

The agriculture is still providing in Romania a large number of workers that are usually earning modest and insufficient venues, workers that should be relocated to other sectors such as agribusiness where they can be hired by the entrepreneurs in SMEs companies diversifying this way the number of opportunities for the rural employees.

Some of the authors consider that „Romania needs a multifunctional, competitive agriculture, at the same time complementary to the agriculture of the other EU Member States”.¹⁰ This desiderate can be supported by stimulating the entrepreneurial spirit of the investors in the rural areas in order to increase the demand for the agricultural products and sustain the development of the rural areas.

Challenges facing entrepreneurship development in the Romanian rural areas

In terms of the future development of the rural areas entrepreneurship, we cannot overlook the major challenges that Romania has to face. For instance the on the ground realities show a rather poor infrastructure in terms of highways, roads and public transportation, and also reflected in the lack of basic services available for the inhabitants like water supply, electricity, information and telecommunication, health, cultural or educational services, etc.

The OECD identified a few challenges mentioned in the report from 2005¹¹ that are still current barriers in the process of the development of the Romanian rural areas. Between the mentioned barriers we find: declining employment opportunities mainly in agriculture, aging population (combined with an outmigration of the young people) and in-migration of the retired people) and the difficulty in maintaining facilities in a range of business services.

¹⁰ Paun Ioan Otiman, “Sustainable Development Strategy of Agriculture and Rural Areas on Medium and Long Term”, in *Agricultural Economics and Rural Development*, Year V, no. 1-2, 2008, p. 5, [ftp://www.ipe.ro/RePEc/iag/iag_pdf/AERD0802_4-18.pdf], 29 May 2015;

¹¹ David Smallbone, *Fostering Entrepreneurship in the rural areas*, OECD Report, Part II, Key Policy Issues in Entrepreneurship and SME development, Chapter 5 – Rural Entrepreneurship, 2005, p. 3, [http://www.oecd.org/site/cfecpr/42203059.pdf], 29 May 2015;

Moreover, we should underline the fact that there are important differences between the urban regions and rural regions in terms of entrepreneurship, business environment, size of the market and also sometimes size of the business, sectorial mix, innovation performance of the SMEs, labour characteristics (including the migration phenomenon), business premises, access to information and finance (due to the high level of poverty existing in the Romanian rural areas), entrepreneurial culture and attitudes (for instance here we can mention the lower level of education, the low propensity to start a business in the rural areas, etc.), etc.

Even if the local realities in the rural regions are mostly favourable to the development of non-agricultural economic activities, offering good opportunities for the rural economy diversification, and good conditions for agro-tourism and bio-tourism development they should be analysed in closed relationship with all the barriers mentioned before, barriers that are for the moment negatively impacting all the opportunities that can arise. By this, we should also be able to distinguish between the nowadays realities that are indicating mostly a Romanian rural subsistence economy that should develop into a competitive one in order to be able to even discuss about a sustainable rural development in our country.

Based on the investigated literature and all of the above mentioned, we can name here a few weaknesses that the SMEs companies usually have. We must recognize that this type of companies are developing their activity based on small quantities of resources and reduced reserves. It is also a fact that the decisions are usually made upon the dependence on the owner of the company who sometimes does not have the access to the needed information or does not take the necessary risks, or does not see all the opportunities that are arising, facts that are affecting the evolution of the economic rural environment. Moreover, the technical level for the SMEs is frequently reduced, registering also a more variable performance level than the larger companies do.¹²

¹² Irina Isac-Maniu, „Territorial Discrepancies Concerning SMEs Performances in Romania”, in *Romanian Journal of Regional Science*, Vol.2, No. 1, Summer 2008, [<http://www.rrsa.ro/rjrs/N2-ISAIC.PDF>], 20 May 2015;

Priorities for the Romanian rural development

The EU states for the 2014-2020 period as CAP priorities, three long-term strategic objectives for policy in order to reach the EU support of rural development (the 2nd Pillar of the Common Agricultural Policy):¹³

- fostering the competitiveness of agriculture;
- ensuring the sustainable management of natural resources, and climate action;
- achieving a balanced territorial development of rural economies and communities including the creation and maintenance of employment.

The rural development represents for our country one of the main priorities that should be based on sustainable, long term rural policy. We consider that on this path the role played by the Romanian SMEs and by the investments generated in the rural areas are key factor for the long term development of this environment. By this, we need to underline not only the economic impact brought by this perspective but also the social and cultural one with real positive implications for all the parties involved in this process.

The Rural Development Programme (RDP) was adopted by the European Commission on 26 May 2015, reaching 9.5 billion Euro for 2014-2020 period, and naming 3 priority areas: *promoting competitiveness and restructuring in Romania's agricultural sector; environmental protection and climate change; and stimulating economic development, job creation and a better quality of life in Romanian villages*. The allocated figures for RDP are representing 8.1 billion Euro coming from the EU budget (including 112.3 million Euro transferred from the CAP direct payments), and 1.34 billion Euro generates by the national co-funding schemes.¹⁴

For the development of the rural areas Romania should favour and encourage the entrepreneurial spirit, should facilitate the access to structural funds, attract investments, increase the international competitiveness of the

¹³ European Commission, *Rural development 2014-2020*,

[http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020/index_en.htm], 29 May 2015;

¹⁴ European Commission, *Factsheet on 2014-2020 Rural Development Programme for Romania*, p.1, [http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020/country-files/ro/factsheet_en.pdf], 29 May 2015;

SMEs, and modernise the business environment and infrastructure taking into account all the necessary characteristics of the nowadays changing business environment.¹⁵

Conclusions

As in conclusion, we consider that the Romanian SMEs still encounter a large number of vulnerabilities. There is a need to create the means that the rural entrepreneurs have access to finance, professional advices and support and to benefit from a better and modernised infrastructure. Moreover, we should ensure the support for network development in the rural areas to facilitate a dynamic economic environment for all the implicated parties.

We consider that the rural SMEs are a viable solution that can generate an economic dynamic, flexible and diversified environment. They can also represent a solution for the rural employees offering different opportunities and alternatives for the labour force improving also through this the quality of life by reducing the unemployment rate or by reducing the number of workforce implicated in agriculture.

Our attention should be focused not only on the agro-food sector but also on the non agricultural one even if the agribusiness can change also the degree in which we succeed in transforming the raw materials into products with incorporated value added, the non agricultural one can diversify the opportunities available for development.

To facilitate the innovation process for the rural SMEs we should ensure a transparent a facile knowledge transfer, provide the necessary means for the access to research and development for the companies acting in this regions, and to education and professional development and training for the labour force and for the entrepreneurs.

¹⁵ Laura Giurca Vasilescu, Ana Popa, "Correlations between SME sector, investment and sustainable rural development in Romania", in *Buletin USAMV – CN*, 64/2007, p. 6, [<http://journals.usamvcluj.ro/index.php/horticulture/article/view/2078/2001>], 29 May 2015;

Bibliography

1. European Commission (2009), *Report on the Competitiveness of the European Agro-Food Industry*, 17 March
[http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/food/files/high_level_group_2008/documents_hlg/final_report_hlg_17_03_09_en.pdf], 20 May 2015;
2. European Commission, (2014), *2014 SBA Fact Sheet – Romania*,
[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/files/countries-sheets/2014/romania_en.pdf],
20 May 2015;
3. European Commission, *Factsheet on 2014-2020 Rural Development Programme for Romania*, p.1, [http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020/country-files/ro/factsheet_en.pdf], 29 May 2015;
4. European Commission, *Rural development 2014-2020*,
[http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020/index_en.htm], 29 May 2015;
5. Food Drink Europe, (2012), *Priorities for the Development of an EU Industrial Policy for Food. Competitiveness Report 2012*,
[http://www.fooddrinkeurope.eu/uploads/press-releases_documents/FINAL_competitiveness_web.pdf], 20 May 2015.
6. Giurca Vasilescu, Laura; Popa, Ana (2007), “Correlations between SME sector, investment and sustainable rural development in Romania”, in *Buletin USAMV – CN*, Vol. 64, No. 1-2,
[<http://journals.usamvcluj.ro/index.php/horticulture/article/view/2078/2001>], 29 May 2015.
7. Isac-Maniu, Irina (2008), “Territorial Discrepancies Concerning SMEs Performances in Romania”, in *Romanian Journal of Regional Science*, Vol. 2, No. 1, Summer [<http://www.rrsa.ro/rjrs/N2-ISAIC.PDF>],
20 May 2015;
8. Ministry of Agriculture and Rural Development, (2013), *Analiza socio-economică în perspectiva dezvoltării rurale 2014-2020*, July,
[<http://www.madr.ro/docs/dezvoltare-rurala/programare-2014-2020/analiza-dezvoltarii-rurale-agricultura-iulie-2013.pdf>], 25 April 2015;

9. Ministry of Agriculture and Rural Development, *Analiza socio-economică a spațiului rural românesc*, pp. 1-2, [http://www.madr.ro/docs/dezvoltare-rurala/Descrierea_generala_a_situatiei_economice_actuale_4_11_2013.pdf], 20 May 2015;
10. Muller, Patrice; Gagliardi, Dimitri; Caliandro, Cecilia; Bohn, Nuray Unlu; Klitou, Demetrius (2014), *A Partial and Fragile Recover. Annual Report on European SMEs 2013/2014*, European Commission, July [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/files/supporting-documents/2014/annual-report-smes-2014_en.pdf], 29 May 2015;
11. Otiman, Paun Ioan (2008), „Sustainable Development Strategy of Agriculture and Rural Areas on Medium and Long Term”, in *Agricultural Economics and Rural Development*, Year V, no. 1-2, p. 5, [ftp://www.ipe.ro/RePEc/iag/iag_pdf/AERD0802_4-18.pdf], 29 May 2015;
12. Rațiu, Patricia; Mortan, Maria (2014), “Analysing the potential of rural SMEs in the context of sustainable economic growth”, in *Revista Economică*, 66:2, pp.141-159, [<http://economice.ulbsibiu.ro/revista.economica/archive/66213ratiu&mortan.pdf>], 5 May 2015.
13. Smallbone, David (2005), *Fostering Entrepreneurship in the rural areas*, OECD Report, Part II, Key Policy Issues in Entrepreneurship and SME development, Chapter 5 – Rural Entrepreneurship, [<http://www.oecd.org/site/cfecpr/42203059.pdf>], 29 May 2015.

ROMANIAN MIGRATION ABROAD AND EUROPEAN INTEGRATION: THE SOCIOCULTURAL ASPECTS*

Alexandra Vilcu**

Abstract

Amongst all European countries, Romania has one of the biggest immigrant communities abroad, and this has become a major social issue, especially after Romania became a member of the European Union. But what happens to these Romanian immigrants from the sociocultural point of view? Are they integrating themselves successfully in their adoptive countries? Which factors exert the most important influence in the process? How is sociocultural identity being reshaped by the immigration experience? In this paper, we shall try to find answers to all these questions, using already existing theories and studies, but also using a primary research on a group of high-skilled immigrants living in Italy and Great Britain.

Keywords: migration, intercultural communication, integration, identity.

Introduction

In the recent history, Romania has undergone significant political changes which also affected the country's population socially and culturally. The 1989 Revolution radically transformed the lives of the Romanian people

* This paper is made and published under the aegis of the Research Institute for Quality of Life, Romanian Academy, as part of the programme co-funded by the European Union within the Operational Sectorial Programme for Human Resources Development, through the Project for Pluri and Interdisciplinarity in doctoral and post-doctoral programmes. Project code: POSDRU/159/1.5/S/141086

** Alexandra Vilcu is a PhD Student and Assistant Researcher at the Research Institute for Quality of Life, Romanian Academy. Bachelor Degree in Media Studies at the University of West London (formerly Thames Valley University), and a Masters Degree in Intercultural Communication at the UNESCO Department of the University of Bucharest.

Contact: sandravilcu@yahoo.co.uk

from the scarcity and restriction of communism to a sudden overflow of information, consumer goods and media products from the western world, and, most of all, a newly-found freedom to travel, and even emigrate in search for a better quality of life. This process has amplified increasingly with the 2002 freedom of circulation in the Schengen area without a visa, then Romania's adhesion to the European Union in 2007, and ultimately, the fact that all EU member states were required to abolish all work restrictions applied to Romanian citizens. The last 25 years and all these historical and political milestones have turned Romania into one of the European countries with the biggest number of immigrant communities across the world, adding to an approximate number of four million people.

But who are these Romanian immigrants, socially and culturally? How were they accepted by the society of their countries of destination? Did they integrate themselves successfully, making the new country their home? Has their national identity undergone significant transformation? Apart from theoretical information and concepts, we will also look at the findings resulting from primary research, consisting of 20 interviews with high-skilled Romanian immigrants, who shared the particularities of their lives abroad, the important challenges they went through, and whether their cultural orientation and identity is still linked to Romania or has it been shaped by their host society to a large extent?

Post-communist Romania: Sudden Globalization and its Impact on Migration

Before the fall of the communist regime in December 1989, Romania was probably one of the communist countries with the least access to information coming from the capitalist western world, and also with one of the most restrictive legislations as far as traveling abroad was concerned. Consequently, the Romanian Revolution brought with itself an intense craving for knowledge of everything that was foreign, directly proportional with the restrictions that characterized the Romanian society up to that point in history. Globalization arrived suddenly and was experienced intensively, causing almost a counter-nationalist effect, resulting in the rejection of Romanian cultural values, especially in the younger generations. Suddenly, what was Romanian did not seem to matter anymore. It is true that Romanian

culture has regained its well-deserved place in society, and started being valued again after several years, but the 1990s consisted of an intensive orientation of the Romanian population towards the west.

The most important consequence of the fall of Communism is by far the freedom to travel, not only as a tourist in the mere quest to discover the world, but also as a migrant willing to take one's chance in finding a better quality of life abroad. Migration is a product of globalization, and, in the case of Romania, it also went through various transformations and phases. Hence, in the book *Lumile sociale ale migrației românești în străinătate* (*The Social Worlds of Romanian Migration Abroad*), sociologist Dumitru Sandu clearly describes the first three phases¹ which link historical periods with countries of destination and levels of qualifications of the immigrants:

a) 1990 – 1995: A period of initiation and the first steps towards mass emigration. This period was mainly characterized by the migration of ethnic minorities present in Romania towards their country of origin. Therefore, the main destinations tended to be Hungary, Germany, Israel, Turkey and Italy.

b) 1996 – 2001: The focus is being more intensively placed on the exploration of the western world. To the countries of the first phases, Canada and Spain are added. It is important to mention that in the first two phases dominate definitive and high-skilled migration.

c) 2002 – 2006: The milestone of free short-term circulation in the Schengen area is reached. The main form of emigration is for temporary, under-qualified work, and the main destinations are Italy and Spain.

To the phases defined by D. Sandu, we must add the latest phases and their particularities:

d) 2007 – 2014: Romania becomes a member of the European Union, a fact that considerably diminished the levels of work restrictions in the older member states, encouraging the increase of the emigration phenomenon. However, several countries still required a work permit for the Romanian citizens who wished to work on their territory.

e) 2014 – present day: On the 31st of December 2013 all work restrictions applied to Romanian citizens on the EU territory were abolished. Nine countries were still placing these restrictions: Belgium, Germany,

¹ Dumitru Sandu, *Lumile sociale ale migrației romanesti in strainatate*, Iasi: Polirom, 2010, p. 87.

Ireland, France, Luxembourg, Malta, the Netherlands, Austria and the United Kingdom. Spain, whose work market used to be unrestricted for quite a long period of time, had reintroduced restrictions in August 2011, due to the high unemployment rate that the country was facing. The elimination of all these restrictions resulted, as it was expected, in the orientation of Romanian immigrants towards these previously “difficult” countries, especially the United Kingdom. This fact is concerning migrants of all qualification levels and various activity domains.

A very numerous and worldwide dispersed immigrant community is, therefore, the result of a mix of factors: political, historical, Romanians' desire to explore the world, which was denied to them during the communist years, and, last but not least, the need to search for better professional opportunities abroad, opportunities to which they might not have access to by staying in Romania.

When we analyze the sociocultural integration process and the orientation of immigrants' identity, there is another key concept which we must take into consideration – the one of social world. This concept has also been defined by D. Sandu, and offers a general perspective on the social contexts of migrants. It is defined as “strongly structured life space, based on thinking patterns, identities and actions associated to migration. Sociocultural spaces in which group profiles are strongly defined on criteria such as thinking and acting mechanisms, as well as identity affirmation. The social world of Romanian migration abroad is in permanent motion.”².

The author mentions that social worlds are differentiated according to three factors:

- a) migration situation: the Romanians who are abroad in the present moment as opposed to returned migrants;
- b) identity orientation: migrants can be mainly oriented towards Romania, towards the host country, or simultaneously towards both;
- c) migration wave: recent migrants compared to those arrived in the host country several years ago;
- d) migrants' level of education: high-skilled as opposed to medium or low-level qualification.

² Dumitru Sandu, *op.cit.*, p. 12

Our paper will give a particular attention to the second factor, identity orientation, the transformations it may go through, and the reasons behind these transformations. Moreover, as far as migrants' level of education is concerned, we will concentrate upon the high-skilled ones, for reasons that will be revealed in a later section.

Romanian Sociocultural Identity – European Sociocultural Identity

There are two main types of theory³ regarding identity. We shall start with the substantialist theory, which affirms “a static vision of identity, accentuating biological, social, or historical traits”. This way of interpreting identity implies the fact that, at birth, an individual is assigned to a specific, fixed identity, which remains as such throughout the entire life span. On the other hand, interactionist theories present identities as being subjective, according to the theories of Ladmiral and Lipianskyi, mentioned by A. Gavreliuc, analyzing it “in the context of a dynamic relationships with other identities, in which, as a given, identity becomes a process. The social actor builds his self-representation in relation to other actors in a particular society, national identity becoming not as much an organic inheritance, but a permanent cultural and social crystallization and negotiation”.⁴

On a middle ground between these two approaches, Horațiu Rusu sums up the concept of sociocultural identity as the result of any action or product of social actors, “be they individual or collective, it is a combination of social and cultural factors. (...) All types of collective identities, regardless of their reference system – race, nation, ethnicity, class, gender, etc. - are sociocultural identities. In other words, we let go from the beginning of the concept of multiple identities and instead we affirm the idea of the unique, yet multidimensional, reference point.”⁵

³ Alin Gavreliuc, *Psihologie Interculturală*, Iasi: Polirom, 2011, p. 51.

⁴ Alin Gavreliuc, *op. cit.*, p. 51.

⁵ Horatiu Rusu, *Schimbare sociala și identitate socioculturala*, Iasi: Institutul European 2008, p. 120.

If we were to talk about a Romanian sociocultural identity, this is already a complex topic in itself, as it is hardly a fixed frame of values and characteristics. We could start from the basics, such as the fact that we find ourselves at a geopolitical crossroads between European countries and cultures. Romanian is the only Latin language in Eastern Europe, also with Slavic, Greek, Turkish and Hungarian influences. Also, Romania is the only Latin nation which is predominantly orthodox. All Romanian art forms hold similarity to all the surrounding cultures, while also keeping its own national specific. Social behavior tends to vary geographically, people being known to be more open and friendly in some parts of the country rather than others, and adherence to traditions is more accentuated in the rural environment rather than the urban one. And the list could continue. In other words, the Romanian identity seems to be inherently prone to flexibility and transformation.

Taking a further step, thanks to the post-communist intake of western information and cultural products, we could say that Romanians have become prepared for some of the challenges that emigration may involve, especially in relation to general knowledge and language proficiency. As a consequence, this leads to a higher level of openness towards embracing a foreign society with a different culture. An individual who chooses to live in a different country from his native one, will gain a global perspective on the world, which will most likely result in a multidimensional sociocultural identity. In the book entitled *Cultura și valorile morale în procesul de globalizare (Culture and Moral Values in the Globalization Process)*, author Elena Cobianu emphasizes precisely this aspect of cultural identity and the transformations that it can go through in relation to globalization. The landmarks of national identity which are specific to a nation, such as language, traditions, lifestyle, and the way to relate to society, are apparently jeopardized the moment the subjects interact with cultures which are different from their own. Therefore, nations or local communities often defend their cultural imprint and the right to be different.

In the case of immigrants, it is interesting to discover the result. Could we talk about borrowing cultural values from abroad, to the detriment of the national ones? Or, on the contrary, does life in a different environment accentuate the national identity, increasing the subjects' desire to affirm

and defend their own values, creating an informational exchange between themselves and the “others”?

In the article “Policies and Practice Concerning the Integration of Immigrants and Refugees in European States”, author Mircea Radu talks about the common vision drafted by the European Commission, in November 2004, during the Danish presidency of the European Union. With regards to the integration of immigrants in the society of the member states, several key principles were established, the most important priorities being the following⁶:

- respecting the fundamental values of a democratic society;
- the immigrants' right to preserve their own identity;
- offering appropriate rights and obligations, in accordance with the EU legislation;
- the active participation of immigrants in all aspects of community life (economic, social, cultural, political civic), in the same regime as the local population.

However, we must keep in mind that the European Union consists of numerous independent states, each one with its own set of laws, but also with its own separate sociocultural identities. Abandoning national sociocultural identities in the name of globalization, or, better said, “europeanization” is impossible, as is the creation of a system of European values, which are totally valid and accepted in all EU countries. “The formation of the European citizen conscience, that makes a lifestyle of these values, is a long-term, difficult process, more so as the nations' diversity brings their national imprint on the front line”.⁷ It often happens that in each European country there are attitudes showing fear towards a possible uniformization of cultural values and practices, to the detriment of national ones. These attitudes and opinions are often induced by extreme right political parties, but also conservative communities and individuals.

⁶ Mircea Radu, „Politica și practica privind integrarea imigranților și refugiaților în statele Europene”, în *Calitatea Vieții XVII*, nr. 3-4, 2006, p. 322.

⁷ Elena Cobianu, *Cultura și valorile morale în procesul de globalizare*, Grinta: Cluj-Napoca, 2008, p. 349.

Sociocultural Integration: a Challenge for Immigrants and Host Societies

The concept of integration, originally defined by Marc Granovetter, refers to “a characteristic of the social system, of the global society, the intensity of the established relationships between parties, social cohesion, individual and group perspectives”⁸. This includes two variable components, directly proportional with the extent to which sociocultural integration is being achieved:

- 1) frequency (the number of contacts between the immigrant population and the native one)
- 2) intensity (the quality of human relationships)

Most times, frequent and intense contact between the parties involved have as a consequence a more efficient exchange of information, leading to mutual knowledge and understanding, culminating with at least the partial identification of the subject with the adoptive society. Therefore, it is rather unlikely for people who do not identify themselves with other groups in their social world to develop frequent and intense liaisons.

At a first glance, the crucial factors which determine the success of sociocultural integration is closely linked to concrete living conditions (housing, employment, social life, personal relationships), which must be equal or superior in quality to those from the country of origin.

On a deeper look, and keeping in mind the particularities of social worlds, sociocultural integration is first of all characterized by the state in which the individuals who left Romania's territory find themselves in. How did they perceive the separation from their native country – as a sacrifice or as a step towards a better life? From the sociocultural point of view, do they still identify themselves with Romania, do they rather feel citizens of their host country, or do they feel somehow balanced, being pleased with their lives abroad, but also staying in contact with Romania, and creating a transnational lifestyle? Obviously, those who regret their lives in Romania and who perceive their departure as a necessary, yet temporary, sacrifice,

⁸ Marc Granovetter în Mircea Radu, „Politica și practica privind integrarea imigranților și refugiaților în statele Europene”, în *Calitatea Vieții XVII*, nr. 3-4, 2006, p. 319

would be much more attached to Romania and possibly also inclined to return home, compared to those who adapted themselves successfully to their new social world and who generally feel emotionally connected to both countries. Although identities are not fixed, but built and rebuilt according one's own personal experiences, we could inevitably say that there is also a given/inherited identity foundation, which the subject will work upon, consciously or subconsciously.

Besides, in the cases in which the immigrants choose to life in close contact with the Romanian communities, they would be more tempted to keep the national cultural and social values alive. This option is more frequently met in the cases of Romanian immigrants with low to medium qualification, than in the one of high-skilled migrants. However, when the company of fellow Romanians is specifically sought, we might come across a vicious circle. As long as a Romanian immigrant keeps stronger bonds with the country of origin, there are bigger chances for him to preserve the national cultural identity. Still, the episodes of daily life happening (almost) exclusively in groups of Romanians would make communication and interaction with the authorities and population of the host country difficult, slowing down the process of mutual knowledge, and, implicitly, stalling the integration process.

In the study entitled *Fenomenul migrationist din perspectiva aderării României la Uniunea Europeana (The Migration Phenomenon from the Perspective of Romania's EU Adhesion)*, coordinated by Daniela-Luminita Constantin and published by the European Institute of Romania, the author follows to achieve a synthesis of a sociocultural dimension of the migration phenomenon. Therefore, in order to analyze the process of sociocultural integration, the answers to some essential questions are followed⁹:

1. What is the profile of the migrant?
2. How are migratory flows perceived both in Romania and in the countries of destination?
3. How is the integration of immigrants achieved?
4. What is the attitude towards return migration?

⁹ Daniela-Luminița Constantin, *Fenomenul migrationist din perspectiva aderării României la Uniunea Europeana*, Iasi: Institutul European, 2004, p.37

These questions represent a good departure point in the empirical research. The process of sociocultural integration is presented to us as a challenge for both parties involved: for the immigrant communities (in our case, Romanians), through individual and collective willingness to adapt to the new life environment, as well as for the population of the host country, through its own level of openness towards diversity. Therefore, the most important aspects for both parties are mentioned in the lists below:¹⁰

a) Challenges for the immigrant:

- achieving proficiency in the language of the host country;
- access to education system;
- access to work market;
- the possibility of increasing professional mobility through raising the level of education and professional qualification;
- equality in front of law;
- cultural and religious liberty;
- respect for the laws and traditions of the host country.

b) Challenges for the society of the destination country:

- developing values such as tolerance and openness towards immigrants;
- agreement to receive immigrants;
- understanding the advantages and challenges of the multicultural societies;
- offering unlimited access to information regarding the advantages of integration, tolerance and intercultural dialogue;
- respect and understanding for the condition, traditions and culture of the immigrants;
- respect towards immigrants' rights.

On a similar note, the problematic of sociocultural identity and integration in a country that is different from the country of origin is also approached by Florin-Teodor Olariu, in the study entitled „Romanii din Torino – comportament și atitudini (socio)lingvistice în mediu aloglot” (“The Romanians of Torino” - (Socio)Linguistic Behaviors in a Different

¹⁰ *Ibidem*, p. 39.

Linguistic Environment”). Although the study is present in a linguistic journal and offers a particular focus on linguistic aspects, some principles could be applied in all aspects of sociocultural integration. Therefore, the integration process is defined through the following factors¹¹:

a) the emigration policy of the host country, containing the specific legal frame, reflected in the country's own cultural, economic and social policies;

b) Romania's state policy regarding the emigration process; support for its own migrant communities by creating the necessary institutions in order to safeguard Romanian identity;

c) explaining cliches and stereotypes in the daily discourses of the target society;

d) safeguarding cultural and linguistic identity and learning the relationship dynamic between verbal and non-verbal communication during the integration process;

e) the internal availability for adaptation manifested by the Romanian communities and people's capacity to cope with the challenges of the immigrant status.

Therefore, the responsibility for the sociocultural integration does not belong exclusively to the population of the host country, which may be more or less open towards immigrants, or to immigrants themselves, who can choose to make a bigger or smaller effort towards integration. Both parties must be aware of the challenges they have to face, and make consistent efforts in order for this social phenomenon to develop in a least problematic way possible.

Case Study: High-Skilled Romanians in Italy and Great Britain

For the case study, two very different European countries have been chosen. The motivation behind this choice is very simple. Both countries have been intensively targeted by Romanian immigrants, each of them in different periods of time and by different social categories. Moreover, each country has had a different set of immigration policies, as well as different cultural values and characteristics.

¹¹ Florin-Teodor Olariu, „Romanii din Torino – comportament și atitudini (socio)lingvistice în mediu aloglot”, *Philologia Jassyensia VI, nr. 2*, 2010, p. 221

The category of high-skilled immigrants was chosen, as they are more inclined to look at the migration experience beyond the necessity of finding a job and improving their material status, making it also a general learning experience, and an exercise in embracing another culture from all points of view. In order to achieve an effective intercultural learning experience, a strong cultural awareness, which is also more prominent for this social category, and “upon which one can build a wide and objective perception of plurality, behavioural openness towards the others, a complex and multidimensional understanding of the pluricultural nature of the world. Intercultural capacity facilitates the relationship between cultures – internal or external to a society – and interprets them critically, analytically, and in a balanced way.”¹² Therefore, despite the mutable nature of sociocultural identity, a subject who had a different openness to education and knowledge will also be able to filter the sociocultural values and manifestations which suit him, among what is being offered by the society of the host country, and also willing at least to understand and respect those parts of the new society which are very different from his own, or even deemed unacceptable in his home country.

Italy has been a very popular country of destination since the 1990s, chosen mainly due to its relative geographical closeness, the linguistic similarity, which makes it easy for Romanian nationals to learn the Italian language without having studied it in school, and the cultural similarities, Italy being a country with similar values (family, gastronomy, art, nature, etc.). On the other hand, more often than not, Italy was chosen as a country of emigration by low and medium qualified immigrants. High-skilled immigrants are also present, but in a smaller proportion. As far as immigration policies are concerned, Italy never implemented a specific set of policies for high-skilled workers, and mainly focused on filling workplaces which were deficient on the Italian work market. Statistically, high-skilled migrants can be found in professional domains such as healthcare, education, finance, engineering, and Romanian-specific cultural activities. However, weaknesses of the legal system has unwillingly allowed the arrival of illegal immigrants, who were a source of criminality, damaging Romania's reputation as a country. Consequently, the

¹² Anca Nedelcu, *Fundamentele Educatiei Interculturale*, Iasi: Polirom, 2008, p. 25.

major challenge for the Italian society has been learning to identify and respect honest and unthreatening Romanian immigration, and for immigrants to work a little harder towards rebuilding the image of Romanians as a nation, emphasizing its real values and making it known to the native population.

Great Britain instead has only been a preferred country of destination during the past two or three years, mainly because of its strict immigration and employment regulations. Before 2008, British immigration regulations required Romanian workers to obtain a work permit, the application having to be made by the employer in the name of the employee, and only in cases where the job could not be fulfilled by a British citizens. In 2008, Great Britain implemented a points-based system which was highly favourable to high-skilled immigrants, facilitating the process of being assigned the right to work on the country's territory. Although it was one of the countries with a most restrictive policy system, most immigrants aspired to it for its worldwide-known good reputation in the academic world, as well as the wide variety of professional opportunities. Not only is the British culture very different from the Romanian one, but also Great Britain is a cultural contrast between its classical stereotypes which hardly exist any longer, and a modern, informal and often libertine contemporary reality, which often creates cultural shocks. Apart from that, the multicultural environment which can be found there, particularly in London and the major cities, would make it easy for any immigrant to find a social world to fit in.

Beyond the theory and the facts, what are Romanian immigrants telling us? From the methodological point of view, 20 structured and semi-structured interviews with high-skilled Romanian immigrants living in these two countries, have been carried out. They are students and professionals aged between 25 and 60, from different activity domains: IT, teaching, cultural management, languages, graphics and design, finance and accountancy, business management.

Some of the interviewees emigrated during school and university years in order to accompany their working parents, who only in some cases were high-skilled immigrants. This situation is more frequent amongst the Romanian immigrants living in Italy than those living in Great Britain. The younger the age of emigration, the easier the integration in the society of the host country, both socially and culturally.

Chronologically, the first step in the integration process consists of the immigration formalities, and the regulations applied by the host country. These used to be more difficult and more strongly bureaucratic before Romania's EU adhesion. Although these are strictly administrative procedures, their easiness or difficulty manage to dictate the first perceptions of life in the host country. If the subject feels he has to go through a lot of verifications and questioning before being granted the right to stay in that specific country, or if he knows he has restriction towards a career of his choice, he would feel hostility, resulting in a cause and effect chain between the feeling of not being accepted and the unwillingness to integrate.

Language proficiency also played an important part from the first interactions with the new society, having consequences on the academic and professional life, as well as social life. In the case of Italy, the cases in which the immigrant arrived on the country's territory already fluent in Italian were rather rare, and improved their Italian language skills with time, through study and through practice in daily life. Instead, Great Britain was chosen by numerous professionals also thanks to the fact that English is the language most frequently studied at school in Romania, which represented one obstacle less in the way of finding work, or simply in the way of general integration in society.

The next fundamental element in the process of sociocultural integration is deemed to be the access to education and/or employment. Access to education never proved itself to be a problem as far as formalities are concerned (especially after Romania became a member of the EU), but rather as far as academic requirements are concerned, and surely more problematic in the cases where the subject does not display a thorough knowledge of the host country's language. An example of this kind is the one of Great Britain, where university assignments encourage creativity and analytical thinking, compared to memorizing theory, which often occurs in Romania. Instead, finding a workplace tends to be more difficult, even in the case of high-skilled migration, notably in the cases where the subject did not have an already-made employment arrangement in the moment of emigration. Before Romania became a member of the European Union, tuition fees were much higher and the formalities linked to obtaining a work permit more complicated than they are nowadays, and the access to a job that is in accordance to academic qualifications, much more difficult. At

present, although the work restrictions have been abolished in both researched states, in countries where the unemployment rate is high, such as Italy, finding suitable employment is still an issue, but it applies also to the native population, therefore nobody can blame the discrimination factor.

Beyond these problems, which are unavoidable for all immigrants, it is important to find out to which extent they are still oriented towards Romania, or if the society of the host country has transformed their ways of thinking and behaving. Amongst the most appreciated sociocultural characteristics of the host countries, the following have often been mentioned:

- The open mentality of the native population and the feeling of being accepted. Hostile behaviors were only mentioned in a few isolated cases, and often cases of lack of general knowledge about Romania lead to conversational gaffes (the former was more frequently mentioned for Italy, whilst the latter for Great Britain). On the other hand, the fear of not being accepted, which often exists before emigrating is followed by a stronger sense of relief, even if the attitude of the host population is simply 'not hostile', even when it is not 'over-friendly'.
- Well-adjusted social protection system and public administration institutions, with minimal bureaucratic procedures. Formalities which were particularly difficult in Romania, in these two countries could be solved with unimaginable ease.
- Community spirit and civic participation;
- The possibility to develop their own professional skills in any domain;
- Well-functioning healthcare system;
- Appreciation and respect at the workplace;
- Regular road traffic;
- Low level of corruption;
- Environmental awareness.

Although these all practical social aspects of daily life, and they are generally applied to both case studies country, the cultural components of the host countries are also appreciated and often adopted, especially in the case of Italy, which is more similar to Romania, from the cultural point of view. Plus, the Romanian immigrants in Italy are those who claim to have a

bigger number of friends from the native population, as opposed to Great Britain, where they prefer to socialize with other foreigners, Romanians included. Consequently, the orientation towards Romania or towards the host country also depends on the similarity between the two national cultures. Instead, professional and administrative advantages, notably in the case of Great Britain, are strong enough to maintain the immigrants' desire to remain in their adoptive country.

As far as the orientation towards Romania is concerned, this is always present, regardless of the immigrant profile and the country of destination. People become more aware of their own cultural identity and cultural values when they interact with other societies, with their own different cultures. This is when the difference between “us” and “them” becomes more visible, both when we notice similarities and when we notice contrasts. In particular, Romanians also have to work at re-establishing the nation's reputation, ruined by illegal immigrants and by old stereotypes (e.g. Dracula). Therefore, the orientation towards Romania increases also as an immigrant “teaches” a local citizen about Romania and its realities, as the focus is placed on the positive. However, the sociocultural aspects being missed the most are rather of an emotional or purely cultural nature. Amongst these, the following were mentioned:

- family members and friends who remained at home;
- the feeling of having “roots”;
- gastronomy;
- hearing the Romanian language on a daily basis;
- nature and landscapes;
- music, literature and free or convenient cultural events.

What is being demonstrated is that, in general, high-skilled immigrants have a balanced sociocultural orientation, being mentally and emotionally tied both to Romania and to the country of emigration. Being in a different country from your own implies discovering and embracing different cultures, as well as developing self-awareness as far as one's original cultural identity is concerned. In this context, identity can be shaped according to the subject's values and experiences, as a mixture of the inherited part, and what is acquired during the immigration process.

Conclusions

Sociocultural integration is a non-linear process, involving numerous factors, and, beyond theoretical approaches, it is a continuous daily life training. The Romanian identity, as well as the country's history and geopolitical situation, is complex and not easy to define in a rigid frame. But, at the same time, it is also flexible, and easy to combine with other cultures, finding various similarities. In other words, it is very likely for a Romanian to integrate socially and culturally in many parts of the world, especially in Europe. On the other hand, one of the biggest challenges is to be open to differences, as well as to the laws and customs of the host countries. All these should be understood and respected, even though they are not in line with our own. More often than not, these social actors will build a transnational identity, adopting elements of both cultures and mixing them according to preference.

Last but not least. We should keep in mind that, despite the European Union functioning successfully from the sociocultural point of view, and the Romanians' ability to integrate in different countries and social structures, Romania is losing a valuable workforce, which becomes more numerous each year. Beyond the sociocultural aspects, there are also the practical matters which attract and keep the Romanian workforce in Western Europe. It is hoped that this flexibility in matters of sociocultural integration becomes re-applicable also to Romania, in the eventuality of return migration. As we have seen, Romanian identity and values never disappeared, even when the migrating subject is fully integrated and happy in the country of destination. Therefore, those elements of society which keeps them there, and which may not be as present in Romania should act as guidelines for social policies, with the final purpose of encouraging return migration.

Bibliography

1. Cobianu, Elena (2008), *Cultura și valorile morale în procesul de globalizare*, Cluj-Napoca: Grinta.
2. Constantin, Daniela-Luminita (coord.) (2004), *Fenomenul migrationist din perspectiva aderării României la Uniunea Europeană*, Iași: Institutul European.

3. Gavreliuc, Alin (2011), *Psihologie interculturala*, Iași: Polirom.
4. Nedelcu, Anca (2008), *Fundamentele educatiei interculturale*, Iași: Polirom.
5. Olariu, Florin-Teodor (2010), „Romanii din Torino – comportament și atitudini (socio)lingvistice în mediu aloglot”, în *Philologia Jassyensia VI*, nr. 2, 219 - 229.
6. Radu, Mircea (2006), „Politica și practica privind integrarea imigranților și refugiaților în statele Europene”, în *Calitatea Vieții XVII*, nr. 3-4, 319-341.
7. Rusu, Horațiu (2008), *Schimbare sociala și identitate socioculturala*, Iași: Institutul European.
8. Sandu, Dumitru (2010), *Lumile sociale ale migrației românești în străinătate*, Iași: Polirom.

BOOK REVIEW

Radu Albu-Comănescu*

Sorin Bocancea, *Je suis Charlie? Regândirea libertății în Europa multiculturală [Je suis Charlie? Rethinking freedom in a multicultural Europe]*, Iași, Adenium, 2015, 358 pages

Are we Charlie ? There was hardly anything more controversial this year in Europe and North-America than the Charlie Hebdo massacre on January 7 and its subsequent intellectual. A mass extermination of a French editorial team by French-Muslim fanatics was followed by world-wide arguments, pros and cons, related to the freedom of speech and the social transformations of the Western societies in the last 30-40 years, especially in France and Britain, under the impact of Muslim immigrants.

For Romania, this is foremost an intellectual exercise not a daily reality. But it does not mean that Western Europe's dramas should be distantly regarded; we cannot afford to ignore the vehemence of such events reshaping Europe's perception of Islam (altered after 9/11) and the idea of immigration (whose protective and welcoming grounds are disrupted by suspicion and increasing cynicism).

* Radu Albu-Comănescu, PhD, teaching assistant at the Faculty of European Studies, Babeș-Bolyai University, Cluj-Napoca, member of the Department of European Studies and Governance. BA in European Studies (Cluj-Napoca, 2002), MA in Comparative European Studies (Cluj-Napoca, 2003) and DEA Intelligence de l'Europe at the Université Paris-Est/Marne-la-Vallée (Géopolitique, Culture, Identités, 2003). PhD in History (2012) with a thesis on Conservatism and Liberalism in Romania, 1830-1930).

Contact: radu.albu@euro.ubbcluj.ro

Romania joins the international debate through Sorin Bocancea's book *Je suis Charlie? Regândirea libertății în Europa multiculturală*, an achievement that deserves full attention. With a foreword by Thierry de Montbrial – a prestigious choice –, the book reunites the opinions of some finest Romanian commentators and analysts, debating in separate parts the freedom of speech (fundamental value of the West), the problems of nowadays Europe (especially Liberalism and the lack of social integration), the problems of the Muslim world (with its extremist penchant and difficult modernization), the clash of civilizations, ending with a depiction of the *Charlie Hebdo* case in the aftermath of the January 7 tragedy.

For Alina Mungiu-Pippidi the freedom of speech is quintessential to the civilization developed by the Europeans. She is followed by Sabin Drăgulin, for whom the attack was a denial of 800 years evolution of the West, directed against one of the fundamental values of the modern State, while for Arthur Suciuc the massacre can be regarded, ultimately, as an expression of a profound disenchantment with the effects of globalization.

Constantin Ilaș sees it not only as an attack of higher symbolical value than 9/11, but a moment of shock that should teach Europeans to appreciate more the virtues of their society ; in this, Putin's vehemently anti-Liberal views and Muslim radicalism can only strengthen Europe's convictions. Radu Magdin argues that Europeans are able to defend their values, especially if a better targeted education is revived by Europe's societies. The freedom of speech should not be limited (consider Laure Hinckel, Grigore Cartianu, Doru Pop, Vitalie Ciobanu) : what matters is the intrinsic value of it, not necessarily the way it is interpreted. By no mean the West should ever renounce at or diminish the significance of the freedom of speech. The book also moves towards a different touch: Raluca Mureșan and Minodora Sălcudean bring nuances, needed to enlighten France's specificity, while Radu Carp detaches himself from a *je-suis-Charlie* absolute stance, invoking ethical reasons justified by another fundamental right of the Western patrimony: religious liberty. Nicu Gavriluță insists on the responsibility that comes with expressing oneself, warning against the fetish surrounding the 'freedom of speech'. He is joined by theologian Constantin Sturzu.

The specter of terror that comes with such events is shrewdly analyzed by Sandra Pralong and Mungiu-Pippidi, who warn against the excessive involvement of the State in our lives for 'safety' reasons. Additionally, aspects pertaining to the Muslim radicalization, the European reaction and the profound cultural differences are carefully shaped and discussed by Angelo Chielli, Bogdan Ghiu, Dan Pavel, Angelo Mitchievici, Alexandru Ojica and Dan Tomozei. With frankness, Iulia Badea-Guéritée asks if the sympathies addressed to the victims weren't excessively Eurocentric; her thoughts are backed by Preda Mihăilescu, himself irritated by the political exploitation of the CH tragedy, and by Daniela Rațiu, who doubts the honesty underlying the freedom of speech.

As for Islam, Sorin Ioniță displays well-crafted arguments in demonstrating that its radicalization is limited and related to a certain type of political elites, while Ioan Stanomir portrays an accurate political image of a multifaceted religion lost in the turmoil of the past 50 years. Vasile Ostaciuc emphasizes the shift of Islam towards anti-Occidentalism and violent rhetoric, compatible to the desire of undermining the West from the inside, as Cristian Unteanu puts it. To this, Ovidiu Nahoi adds his remarks on the volatility of our enemy today, impossible to seize when outside and shockingly 'one-of-us' when inside. Because of it, Petre Iancu states, Islam and the West are in a cultural conflict that could end only through a liberal, flexible evolution of the first, whereas the West needs to remember that it has to fight for its values, not just state them. This is why *je-suis-worried* is the formula Cristian Pătrășconiu suggests, almost conclusively, troubled by the growing tension between Europe and Islam.

In his worries, he seems to be right: in the CH massacre Raymond Clarinard sees the eternal evil of plots and assassinations, with biblical roots, a never-changing human feature; Vasile Ernu calls it almost a facet of the human condition that never fails to dreadfully renew itself.

How was it all perceived? If Sergiu Mișcoiu focuses on the public discourse generated by the event (based on political interests, social agendas and actors whose interests are mainly converging, yet involve relevant differences), Doru Tompea analyzes the transformations occurring immediately afterwards in the public perception of the Other: apparently less than expected, but sensible...

Thirty-four articles build a book which is dense, vivid, pondered, rational and undeniably sophisticated. It is a text that brings information, encourages new critical views and demonstrates that – when willing – Romania can be a pertinent actor in the crucial debates of Europe today; and not only an actor, but an attuned, well-suited and discerning one.

CALL FOR PAPERS

Since 1996, the academic journal *Studia Europaea*, issued by the Faculty of European Studies, has been representing an open arena for promoting research endeavours. The journal is refereed by international specialists and officially acknowledged by the Romanian National University Research Council (CNCSIS). *Studia Europaea* is covered by several prestigious databases, such as ProQuest CSA Worldwide Political Science Abstracts, ProQuest CSA Sociological Abstracts or Central and Eastern European Online Library (CEEOL). Each article is reviewed by two independent academics in a "double-blind" system. Senior as well as junior academics from Europe and from the United States have found in *Studia Europaea* a way of expressing their preoccupations by publishing academic articles that have focused on the European experience and perspectives in various fields of social science.

By launching the Call for Papers, *Studia Europaea* is prepared to receive articles that will be grouped in six sections:

- **"History, International Relations, and Political Science"** - welcomes articles that stress the European perspective of world politics and the analysis of the European political developments.
- **"European Economy and European Information Society"** - invites articles that include analyses and comments concerning the most relevant aspects of the European economy and information technology.
- **"European Community and Business Law"** - brings together articles that refer to the European states and the European Communities and their judicial and institutional organisation, as well as facets of business regulation.
- **"European Culture, Philosophy, and Anthropology"** - will concentrate on the cross-cultural European experience, with an emphasis on relations with other cultural areas, such as Asia or the Americas.
- **"Forum"** - open for the BA and MA students in the fields mentioned above.
- **"Book Review"** - welcomes critical reviews of the latest books related to the fields listed above.

Guidelines for authors

(see <http://www.euro.ubbcluj.ro/studia/guide.htm>)

Papers should be written in English, French, German, Italian or Spanish and should count ten to fifteen pages. A five to eight row abstract, five key-words (both written in English), as well as a ten row bio note about the author(s), including the contact details (at least, the e-mail address) should accompany the paper. For the articles written in languages other than English, the authors should also provide the title of the article in English.

Authors should comply with the following editing requirements:

1. Page setup:

- Paper Size: A4 (metric) paper (29.7 cm X 21 cm)
- Paper Orientation: Portrait
- Margins: Top & Bottom: 4.8 cm, Left & Right: 4 cm
- Header & Footer: 4.5 cm, different on first page and different on odd and even pages

2. Fonts: use Palatino Linotype and follow the sizes specified below:

- 9 pt for Footnotes,
- 10 pt Header & Footer and Table captions
- 11 pt for the Main text
- 11 pt (*italic*) for Abstract
- **12 pt (bold) for Author(s) name and section titles**
- **14 pt (bold), SMALL CAPS, for the Title of the paper**

3. Authors are required to use **footnotes**, as following:

For books: Author(s): First name Last name, *Title*, Place of publication: Publisher, Year, Page.

e.g.: Sergiu Mişcoiu, *Le Front National et ses repercussions sur l'échiquier politique francais*, Cluj-Napoca: EFES, 2005, p. 7.

For studies within a volume: Author(s): First name Last name, "The title of the study", in Editor(s): first name last name (ed.), *The title of the volume*, Place of publication: Publisher, Year, Page.

e.g.: Laura Herta Gongola, "Modelul societății informaționale. O abordare sociologică", in Horea Todoran (ed.), *Societatea informațională europeană*, Cluj-Napoca: EFES, 2005, p 57.

For studies in periodicals: Author(s): First name Last name, "The title of the study" in *Title of the periodical*, Number, Volume (optional), Year, Pages.

e.g.: Laura Herta Gongola, "An Interpretation of Romanian-Yugoslav Relations according to Frederick H. Hartmann's Cardinal Principles" in *Studia Europaea* no. 2-3, 2005, pp. 107-120.

For electronic materials: Author(s): First name Last name, *The title of the study* Year (if applicable) [complete web address], Date consulted.

e.g.: E. D. Hirsch, Joseph F. Katt, James Trefil, *The New Dictionary of Cultural Literacy*, 2002 [<http://www.bartleby.com/59/17/postindustri.html>], 20 January 2005.

4. Authors are required to use **bibliography**, numbered and in alphabetical order, as following:

Bibliography

< For books: Author(s): Last name, First name, (Year), *Title*, Place of publication: Publisher.

e.g.: Mișcoiu, Sergiu (2005), *Le Front National et ses repercussions sur l'échiquier politique français*, Cluj-Napoca: EFES.

Johnson, Pierre; Kranzenstein, Rashela (1995), *From the First Empire to the Second*, Boston: Rufus Publ.

< For studies within a volume: Author(s): Last name, First name, (Year), "The title of the study", in Editor(s): last name, first name (ed.), *The title of the volume*, Place of publication: Publisher, Pages.

Herta Gongola, Laura (2005), "Modelul societății informaționale. O abordare sociologică", in Todoran, Horea (ed.), *Societatea informațională europeană*, Cluj-Napoca: EFES, 36-57

Martin, François; Morley, Frank (1983), "Spaces of Belonging" in Horowitz, Stanley; Kocsis, Ibolya (eds.), *Identity, Belonging, and Social Behaviour*, London: Identitas, 78-114.

< For studies in periodicals: Author(s): Last name, First name (Year),
"The title of the study" in *Title of the periodical*, Number, Volume (optional),
Pages.

Herta Gongola, Laura (2005), "An Interpretation of Romanian-Yugoslav
Relations according to Frederick H. Hartmann's Cardinal Principles" in
Studia Europaea no. 2-3, 107-120

Mișcoiu, Sergiu; Tătărâm, Marina (2004), "Sur les avancées timides et les
promesses risquées de la révision constitutionnelle roumaine" in *Politeia*,
no. 5, 35-45

< For electronic materials: Author(s): Last name, First name (Year) (if applicable),
The title of the study [complete web address], Date consulted.

Hirsch, E. D.; Katt, Joseph F.; Trefil, James (2002), *The New Dictionary of
Cultural Literacy* [<http://www.bartleby.com/59/17/postindustri.html>],
20 January 2005

Marketing Glossary Dictionary

[<http://www.marketingpower.com/mg-dictionary-view2464.php>],
19 January 2005

Submitted papers should be sent either by regular mail (accompanied by a
CD) to:

Studia Europaea

Faculty of European Studies,

1, Em de Martonne St.,

Cluj-Napoca,

Romania

or by e-mail to the Executive Editor-in-Chief:

Dr. Sergiu Mișcoiu, miscoiu@yahoo.com

The Editorial Staff is looking forward to receiving your papers for times per
year: **before the 1st of February, before the 1st of May, before the 1st of July
and before the 1st of October.** *Studia Europaea* is thankful for the interest
you show in this *Call for Papers* and hopes for a future collaboration.